



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

24. Sitzung

3. Wahlperiode

Mittwoch, 15. September 1999, Schwerin, Schloß

Vorsitz: Präsident Hinrich Kuessner und Vizepräsidentin Renate Holznagel

Inhalt	Jürgen Seidel, CDU	1167
	Torsten Koplin, PDS	1168
	Heinz Müller, SPD.....	1169, 1172
Mitteilungen des Präsidenten	Dr. Ulrich Born, CDU	1170
	Gerd Böttger, PDS.....	1171
	Dr. Armin Jäger, CDU	1173
	Minister Dr. Gottfried Timm	1174
Genehmigung der Tagesordnung		1161
Lutz Brauer, CDU (zur Geschäftsordnung)		1161
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung)		1161, 1163
Friedbert Grams, CDU (zur Geschäftsordnung)		1162
Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung)		1162
Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung)		1162
Johann Scheringer, PDS (zur Geschäftsordnung)		1163
B e s c h l u ß		1162, 1163
Aktuelle Stunde		
Entwicklung des Strommarktes in Mecklenburg-Vorpommern		1163
Claus Gerloff, SPD.....		1163
Eckhardt Rehberg, CDU.....		1164
Peter Ritter, PDS		1165
Erhard Bräunig, SPD		1166
	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen (Haushaltsrechtsgesetz 2000 – HRG 2000 –) (Erste Lesung) – Drucksache 3/600 –	1179
	Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklen- burg-Vorpommern (1. ÄndG SpkG M-V) (Zweite Lesung und Schlußabstimmung) – Drucksache 3/441 –	1175
	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 3/689 –	1175
	Georg Nolte, CDU.....	1175, 1177
	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	1176
	Gabriele Schulz, PDS	1177
	B e s c h l u ß	1178

Unterrichtung durch die Landesregierung: Mittelfristige Finanzplanung 1999 bis 2003 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung	Eckhardt Rehberg, CDU..... 1238, 1240
– Drucksache 3/599 –	Wolfgang Riemann, CDU..... 1241
Ministerin Sigrid Keler..... 1179	B e s c h l u ß 1241
Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff..... 1186	
Eckhardt Rehberg, CDU..... 1190, 1222	Unterrichtung durch die Landesregierung:
Minister Helmut Holter..... 1200	Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an den allgemeinbildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns
Volker Schlotmann, SPD..... 1206	– Drucksache 3/671 –
Angelika Gramkow, PDS..... 1209	1241, 1251
Wolfgang Riemann, CDU..... 1214, 1219, 1220	Antrag der Fraktion der CDU
Eckhardt Rehberg, CDU (zur Geschäftsordnung)..... 1219	– Drucksache 3/704 –
Rudolf Borchert, SPD..... 1220	1241, 1251
B e s c h l u ß 1222	Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung)..... 1242
	Minister Dr. Peter Kauffold..... 1251
Nachwahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages 1222	Sylvia Bretschneider, SPD..... 1253, 1265, 1266
Antrag der Fraktion der PDS: Nachwahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages	Andreas Bluhm, PDS..... 1256
– Drucksache 3/672 –	Karla Staszak, SPD..... 1259
B e s c h l u ß 1222, 1270	Steffie Schnoor, CDU..... 1261, 1265, 1266
	Heike Polzin, SPD..... 1266
	B e s c h l u ß 1268
Gesetzentwurf der Landesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Erste Lesung)	Unterrichtung durch die Landesregierung: Bericht zur Verstärkung des Marketings im Tourismus
– Drucksache 3/666 –	– Drucksache 3/670 –
Minister Dr. Gottfried Timm..... 1223, 1241	Minister Helmut Holter..... 1242
Dr. Armin Jäger, CDU..... 1227	Gesine Skrzepski, CDU..... 1245, 1248
Gabriele Schulz, PDS..... 1229	Rainer Prachtl, CDU..... 1248
Heinz Müller, SPD ... 1232, 1233, 1236, 1239, 1240	Detlef Müller, SPD..... 1248
Friedbert Grams, CDU..... 1233	Kerstin Kassner, PDS..... 1249
Herbert Helmrich, CDU..... 1236	B e s c h l u ß 1251
	Nächste Sitzung
	Donnerstag, 16. September 1999..... 1269

Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 24. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, daß der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlußfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Der Ältestenrat empfiehlt mehrheitlich, abweichend von der ausgedruckten Tagesordnung, den Tagesordnungspunkt 10 zur Beratung der Volksinitiative „Gegen eine Zwei-Klassen-Medizin im Osten“ am Freitag zu Beginn der Sitzung, und zwar nicht um 9.00 Uhr, sondern um 8.00 Uhr, aufzurufen – also Tagesordnungspunkt 10 von Donnerstag auf Freitag 8.00 Uhr. Da es hierzu unterschiedliche Auffassungen im Ältestenrat gegeben hat, lasse ich hierüber abstimmen.

(Der Abgeordnete Lutz Brauer meldet sich zur Geschäftsordnung.)

Bitte sehr, zur Geschäftsordnung.

(Lutz Brauer, CDU: Ich wollte gleich einen Dringlichkeitsantrag einbringen.)

Das bitte hinterher. Ich lasse nur über die Verschiebung des Tagesordnungspunktes von Donnerstag auf Freitag abstimmen, und dann können die Dringlichkeitsanträge gestellt werden.

Ich lasse also darüber abstimmen, wer dafür ist, daß Tagesordnungspunkt 10 auf Freitag, 8.00 Uhr verschoben wird. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag auf Verschiebung des Tagesordnungspunktes 10 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion sowie zwei Gegenstimmen, bei Enthaltung der CDU-Fraktion und drei weiteren Enthaltungen angenommen worden.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Jetzt gab es noch eine Bemerkung vom Geschäftsführer Caffier, die ich nicht ganz verstanden habe.

(Lorenz Caffier, CDU: Die Akustik kommt hier gestört an. Es müßte mal die Akustik in Ordnung gebracht werden.)

Wir bitten den Akustiker, die Töne besser in den Raum zu leiten.

Jetzt gibt es einen Antrag zur Geschäftsordnung von der CDU. Bitte sehr.

Lutz Brauer, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Werte Abgeordnete! Die CDU bittet darum, daß drei Dringlichkeitsanträge noch aufgenommen werden. Einen davon darf ich hier selbst vortragen:

„Antrag

der Fraktion der CDU

Gutachten zu den Auswirkungen der Ausweisung von FFH-Gebieten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag über die Modalitäten (Zeitpunkt, Auftraggeber, Kosten) der Auftragsvergabe zur Erstellung eines Gutachtens zu den Auswirkungen der Ausweisung von FFH-Gebieten an das Umweltplanbüro Froelich & Sporbeck (Bochum) zu berichten.

2. über die Ergebnisse des Gutachtens des Umweltplanbüros Froelich & Sporbeck (Bochum) zur beabsichtigten Meldung von Fauna-Flora-Habitaten gemäß der FFH-Richtlinie (92/43/EWG) zu berichten.
3. gegenüber dem Landtag zu ihrer Aussage in der Drucksache 3/633 zu Frage 9 a) bis d) Stellung zu nehmen.

Begründung:

Aus aktuellen Medienberichterstattungen ist ersichtlich, daß das Wirtschaftsministerium ein Gutachten zu den Auswirkungen der Ausweisung von FFH-Gebieten in Auftrag gegeben hat. Noch am 3. August 1999 bestritt die Landesregierung in der Drucksache 3/633 die Absicht, ein solches Gutachten in Auftrag zu geben oder bereits gegeben zu haben.

Aufgrund der Auswirkungen auf die Entwicklung des Landes durch die Ausweisung der Gebiete ist es notwendig und angemessen, den Landtag regelmäßig und umfassend über den Verfahrensstand und Ablauf zu informieren und schließlich in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Als Entscheidungsgrundlage sind dazu dem Landtag alle Daten sowie die Ergebnisse des oben genannten Gutachtens vorzulegen.“

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Wird dazu Gegenrede von der SPD- oder PDS-Fraktion gewünscht? – Bitte sehr, Herr Schoenenburg.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung): Die CDU hat angekündigt, drei Dringlichkeitsanträge zu stellen. Ich habe eine Frage zum Verfahren. Soll jetzt über jeden Antrag abgestimmt werden, oder wird über die drei Anträge nacheinander abgestimmt?

(Unruhe bei den Abgeordneten)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich lasse über jeden Antrag einzeln abstimmen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Keine ZK-Abstimmung.)

Herr Riemann, ich glaube, es war eben nicht nötig, das zu diffamieren. Wir sollten uns schon gegenseitig achten.

Ich lasse hintereinander abstimmen. Mein Vorschlag ist, daß wir sofort – da es drei verschiedene Anträge sind – in der Sache dagegenreden, wenn es gewünscht wird, und dann abstimmen.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung): Ja, dann möchte ich gleich dagegenreden. Es liegt noch kein Beschluß der Regierung vor. Wie ich weiß, soll dieser Beschluß erst gefaßt werden zu der Sache.

(Wolfgang Riemann, CDU: Es geht um das Gutachten und nicht um den Beschluß.)

Entschuldigen Sie, es wäre sehr nützlich, sich auch über das Gutachten zu unterhalten,

(Zuruf von Gerd Böttger, PDS)

wenn die Regierung eine Beschlußlage hergestellt hat.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Und deswegen lehnen wir diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag ab.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich lasse jetzt zunächst darüber abstimmen.

Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag auf Drucksache 3/701 zum Thema „Gutachten zu den Auswirkungen der Ausweisung von FFH-Gebieten“ erweitert werden. Nach Paragraph 40 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muß über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag der CDU mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Enthaltung der PDS-Fraktion abgelehnt, die Aufsetzung auf die Tagesordnung ist abgelehnt. Der Antrag ist nicht in der Sache entschieden, sondern er ist nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden. Entschuldigung.

Bitte sehr, Herr Grams, Sie haben für den zweiten Antrag das Wort.

Friedbert Grams, CDU (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die CDU-Fraktion möchte folgenden Dringlichkeitsantrag zur „Schließung des Generalkonsulates Stettin“ einbringen.

„Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über ihre konkreten Schritte, Gespräche und Maßnahmen sowie Erfolgsaussichten zu berichten, um die durch das Berliner Sparpaket drohende Schließung des Stettiner Generalkonsulates abzuwenden.

Ferner wird die Landesregierung aufgefordert, dem Landtag die möglichen Konsequenzen einer Schließung des Stettiner Generalkonsulates darzulegen und mögliche Ausgleichsmaßnahmen zu erläutern.

Begründung:

Im Zuge des Berliner Sparpaketes plant die Bundesregierung, im Haushalt 2000 des Auswärtigen Amtes 270 Mio. DM einzusparen. In Osteuropa sollen die Konsulate in Stettin und Opatowitz (Polen) sowie in Temeswar (Rumänien) geschlossen werden.“

Heute beginnen im Bundestag die Diskussionen zum Haushalt. Bereits der Kreistag hat sich zu dieser Problematik an den Außenminister gewandt.

„Die geplante Schließung des Stettiner Konsulates wäre ein schwerer Rückschlag für die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Polen. Die Vertretung in der Hauptstadt der unmittelbaren Nachbarregion Westpommern ist ein wichtiger und naher Ansprechpartner für alle deutsch-polnischen Kontakte sowie die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Beziehungen. Über das Konsulat werden eine Reihe der bilateralen Projekte koordiniert, wie zum Beispiel die gemeinsame Abiturausbildung in Löcknitz, Aktivitäten der deutsch-polnischen Kommunalvereinigung Pomerania sowie Fragen der grenzüberschreitenden Sicherheitspolitik und Paßangelegenheiten. Auch für die deutsch-polnische Parlamentariergruppe im Landtag ist die Stettiner Vertretung immer ein entscheidender Anlaufpunkt.

Die Schließung des Konsulates im Vorfeld der anstehenden Osterweiterung und der beiderseitigen Bemühungen um eine stärkere Kooperation in allen relevanten Berei-

chen würde außenpolitisch und vor allem im Nachbarland Polen als ein verheerendes Signal wahrgenommen werden.“

Wirtschaftsverbände und andere erwarten hier von der Landesregierung konkrete Maßnahmen, um dem entgegenzuwirken. Ich bitte, diesen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Herr Grams.

Bitte sehr, Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Wir hätten gern vor der Abstimmung fünf Minuten Auszeit.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung: 10.11 Uhr

Wiederbeginn: 10.14 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Ich setze die unterbrochene Sitzung fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dankert von der SPD-Fraktion.

Reinhard Dankert, SPD (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sehen keine Dringlichkeit bei diesem Antrag, und schon gar nicht sehen wir den Grund, die beginnenden Haushaltsberatungen, ein. Den Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen ist dieses Thema bekannt. Wir können darüber das nächste Mal in Ruhe diskutieren. Wir lehnen die Dringlichkeit ab.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU:
Wir können in Ruhe weiterschlafen.)

Präsident Hinrich Kuessner: Meine Damen und Herren! Von der Fraktion der CDU liegt Ihnen auf Drucksache 3/702 ein Antrag zum Thema „Schließung des Generalkonsulates Stettin“ vor.

(Angelika Gramkow, PDS: Liegt nicht vor. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Liegt noch nicht vor.)

Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Hier ist es auch so, daß wir eine Zweidrittelmehrheit benötigen, um ihn auf die Tagesordnung zu setzen. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion abgelehnt,

(Friedbert Grams, CDU: Das kann doch wohl nicht wahr sein! Das kann nicht wahr sein!)

bei Befürwortung durch die CDU-Fraktion.

Herr Abgeordneter Caffier, Sie haben das Wort.

Lorenz Caffier, CDU (zur Geschäftsordnung): Die CDU-Fraktion stellt einen weiteren Dringlichkeitsantrag:

„Fortführung des Flächenerwerbsprogrammes nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. das Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (EALG) ist ein nach langem Ringen entstandener tragfähiger Kompromiß der verschiedenen Interessen bezüglich des Verfahrens zum Flächenerwerb,
2. es ermöglicht sowohl juristischen Personen, Wieder- und Neueinrichtern als auch den sogenannten Alteigentümern, am begünstigten Flächenerwerb teilzunehmen,
3. dies sichert eine breite Eigentumsstreuung, die der Grundstein für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land ist.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den im Bundeskabinett vorgelegten Entwurf zur Novelle des Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetzes in seiner jetzigen Form abzulehnen.
2. sich in geeigneter Weise gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß
 - a) das Flächenerwerbsprogramm umgehend fortgeführt wird;
 - b) die Rahmenbedingungen für Rechts- und Planungssicherheit für die Betroffenen geschaffen werden;
 - c) der notwendige Vertrauensschutz für die Personen, die bereits Verträge mit einer Nachbewertungsklausel abgeschlossen haben, unabhängig von einer etwaigen Grundbucheintragung gewährleistet bleibt.

Begründung:

Nachdem die EU-Kommission festgestellt hat, daß das Flächenerwerbsprogramm nach EALG mit dem europäischen Recht nicht in Einklang steht, hat die Bundesregierung überzogen reagiert und einen vorläufigen Verkaufsstopp ausgesprochen. Im Interesse aller Betroffenen ist ein schnelles Handeln erforderlich.

Die Fraktion der CDU spricht sich dafür aus, daß die Privatisierung der ehemaligen volkseigenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen an Ortsansässige und Alteigentümer sofort weitergeführt wird.

Eine Nichtbeachtung der konkreten Bedingungen Mecklenburg-Vorpommerns als benachteiligtes Gebiet kann ebenso wenig hingenommen werden wie eine Schlechterstellung der Alteigentümer.“

Aufgrund dessen ist die Dringlichkeit geboten, daß sich das Parlament mit dieser Situation auseinandersetzt. Die Fraktion bittet um Aufnahme dieses Antrages in die Tagesordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schoenenburg.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung): Wir beantragen fünf Minuten Auszeit.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 10.18 Uhr

Wiederbeginn: 10.21 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Ich setze die unterbrochene Sitzung fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Scheringer. Bitte sehr.

Johann Scheringer, PDS (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß sich der Bundestag mit der Veränderung zum Flächenerwerbsprogramm beschäftigen will, ist seit langem bekannt. Es gibt dazu Entwürfe vom März 1999 sowie die Vorlage des Bundeskabinetts vom August 1999. Das Bundeskabinett hat eine Vorlage zur Veränderung dieses Programms am 1. September 1999 verabschiedet. Es ist nicht zu erwarten, daß sich der Bundestag vor der letzten Oktoberwoche mit diesem Entwurf beschäftigen wird. Wir vertreten die Auffassung, daß dieses Problem in der nächsten Landtagssitzung behandelt werden soll. Es ist ausreichend Zeit. Die Dringlichkeit zu diesem Thema ist im Moment nicht zu begründen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS

und Volker Schlotmann, SPD –

Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich lasse darüber abstimmen, ob dieser Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wer ist für die Aufsetzung? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion abgelehnt.

Ich stelle fest, daß wir die Tagesordnung mit der einen Änderung beschlossen haben.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unseren Kollegen Herrn Monty Schädel nachträglich zu seinem 30. Geburtstag

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

und Herrn Lutz Brauer nachträglich zu seinem 50. Geburtstag herzlich gratulieren. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei den Abgeordneten)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde.

Aktuelle Stunde Entwicklung des Strommarktes in Mecklenburg-Vorpommern

Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Entwicklung des Strommarktes in Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Gerloff von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Gerloff.

Claus Gerloff, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Der Unterschied zwischen Plan- und Marktwirtschaft heißt Wettbewerb. Gewinner sind dabei die Verbraucher,

(Gerd Böttger, PDS: Manchmal.)

besonders wenn alte, preisdiktierende Monopolstrukturen geknackt werden. Denken wir an die Telekommunikation als positives Beispiel oder an den unzureichenden Wettbewerb in der Mineralölwirtschaft als negatives.

(Peter Ritter, PDS: Oder die Bahn AG.)

Das steht hier sogar. Ich könnte mich auch auf die DB AG beziehen, bloß das ist ein zu weites Feld für fünf Minuten.

(Gerd Böttger, PDS: Das stimmt.)

Jetzt also Liberalisierung der Strommärkte. Bisher hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern die höchsten deutschen Strompreise. Versuchte politische Einflußnahme, diverse Gespräche, Tarifprüfungen im Wirtschaftsministerium – nichts half. Die Kostensituation erlaubte angeblich keine Tarifsenkungen. Jetzt plötzlich gibt es diese um 20 bis 40 Prozent. Das vermag Wettbewerb zu leisten.

Der Wettbewerb berührt aber auch bisher gewollte, weil richtige energiepolitische Ansätze. Energetisch hoch-effektive Kraft-Wärme-Kopplung ist nicht am billigsten. Auch Windenergie übersteht ohne Hilfen nicht den Wettbewerb. Die erhöhte Einspeisevergütung belastet wiederum den Regionalversorger in dessen eigener Wettbewerbssituation. Für eine umweltpolitisch vernünftige und zukunftsorientierte Energiepolitik müssen wir für Rahmenbedingungen sorgen, ohne den Wettbewerb zu unterdrücken. Wir brauchen also eine regional ausgerichtete Energiepolitik, die den Zukunftsenergien, also besonders den regenerativen Energien, ihre Entwicklungschancen bis zum Marktdurchbruch sichert. Hierbei denke ich in unserem Land an Wind- und Solarenergie, aber auch an nachwachsende Rohstoffe.

Mir geht es darum, die Liberalisierung um keinen Preis zurückzurollen, sondern über die Ökosteuer, die ihren Namen dann auch tatsächlich verdient, energiepolitisch zu handeln. Das heißt also, keine Ökosteuer als Futter für die Rentenkasse, sondern für eine ökologische energiepolitische Steuerung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Diese müssen wir in Verantwortung für die kommenden Generationen angehen.

Die Pressemeldungen der letzten zwei Tage, die darüber berichten, daß es Überlegungen gäbe zum Schutz der Stadtwerke, müssen wir sehr gründlich und vor allen Dingen zu Ende überdenken. Wettbewerbsfreie Enklaven um Stadtwerke, die tatsächlich auch Strom produzieren, und das sind nur etwa zehn Prozent der Stadtwerke, werden sich die Bürger nicht gefallen lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich möchte die Stadtverteter sehen, die solche Beschlüsse fassen, die dazu führen, daß man selber höhere Tarife hat, und im Umfeld werden niedrigere Tarife angeboten. Deswegen geht eine Regelung zur sinnvollen Verknüpfung zwischen Wärme- und Stromerzeugung nur, indem wir diese Stromerzeugung begünstigen über eine Ökosteuer, aber nicht über unterschiedliche Tarife.

Durch eine zukunftsorientierte Energiepolitik wird eindeutig auch die Wirtschaft profitieren, wird der Standort Deutschland durch seine Pionierarbeit einen Innovationsvorsprung gewinnen. Wir Sozialdemokraten haben schon immer im Energiebereich auch Chancen für Mecklenburg-Vorpommern gefördert. Ich denke an die Technologieförderung für den Energiebereich, aber ich denke auch an die Entscheidungen, die wir hier mitgetragen haben zum Bau des Steinkohlekraftwerkes in Rostock.

Wir wollen noch stärker ein Stromerzeugerland werden. Deswegen orientieren wir uns ganz konkret auf den Energiestandort Greifswald, aber nicht für Kernkraftwerke wie

teilweise unsere schwarze Konkurrenz, sondern für hoch-effiziente Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke, die mit Erdgas gespeist werden.

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD)

Uns erscheint es trotz der besonderen Situation der Braunkohlenverstromung in den neuen Bundesländern durchaus realistisch, daß zumindest Vasa Energy bereits 2003, wenn die Braunkohlebindung ausläuft, mit einer Kapazität von 1.200 Megawatt ans Netz gehen wird. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Torsten Koplin, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Rehberg von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Wettbewerb tut not, und er tut auch gut – auch auf dem Strommarkt. Ich hoffe, daß diese Einsicht alle Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus teilen.

Das Frappierendste der letzten Woche für mich ist – und der Kollege Gerloff hat das zu Recht so umschrieben: alle preisdiktieren Monopolstrukturen, wenn sie fallen, dann hat der Verbraucher etwas davon –, wie Strompreise in dieser Art und Weise sinken konnten. Daß bei den EVUs Reserven sind, das haben wir alle vermutet. Aber daß Stadtwerke ihre Strompreise auf einmal um bis zu 30 Prozent senken können, das hätte ich nun wirklich nicht vermutet.

Und es stellt sich auch die Frage, wenn denn den Intentionen einiger Kollegen, wie dem Kollegen Müller, in diesem Hause gefolgt wird: Was wird, Herr Müller, mit den Stadtwerken, wenn die Strompreise noch weiter sinken? Wir sind doch erst am Anfang. Gucken Sie sich doch mal den Telekommunikationsbereich an! Die Entwicklung ist dort noch nicht zu Ende, sondern wir sind mittendrin. Und beim Strommarkt sind wir am Anfang.

Ich hätte erwartet, daß der Innenminister einmal Stellung nimmt und aufklärt, was in diesem Lande denn eigentlich gespielt wird.

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Ich kläre Sie noch auf, Herr Rehberg!)

Ja, ich denke, Stil und Anstand ist es, Herr Innenminister, daß Sie zuerst reden,

(Angelika Gramkow, PDS: Ach?! –
Heidemarie Beyer, SPD: Sie
müssen uns belehren, was Stil ist.)

damit wir auch wissen, was die Landesregierung zu tun gedenkt, und nicht ...

(Unruhe bei Abgeordneten der
SPD, CDU und PDS – Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ja, Herr Ministerpräsident, Sie brauchen schon gar nicht zu lachen! Ich warte darauf, ob Sie es heute fertigbringen, in der Haushaltsdebatte einmal vor mir zu reden, ob Sie den Mut aufbringen und sich nicht wie die letzten Male immer ganz hinten anstellen.

(Beifall Harry Glawe, CDU –
Friedbert Grams, CDU: Jawohl!)

Aber offenkundig haben Sie ja nichts zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Müller sagt, wir wollen den Unternehmen schon im Vorgriff auf eine Gesetzesänderung durch eine Änderung des Verwaltungshandelns helfen.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Wenig später folgt dann auch die Erklärung, man hat sich mit der PDS geeinigt, und auch das Innenministerium sei auf Linie. Na wunderbar! Herzlich willkommen in der Demokratie à la SPD und PDS! Die Regierungsfractionen klüngeln untereinander eine Position aus,

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

das SPD-Ministerium teilt wundersamerweise die Auffassung, und fertig ist der Lack. So funktioniert also das Zusammenarbeiten von Legislative und Exekutive im roten Mecklenburg-Vorpommern.

Es bleibt die Frage, warum wir heute hier stehen, wenn Gesetzesänderungen im Vorabmarsch schon eben im Verwaltungshandeln antizipiert werden. Ebenso bleibt die Frage, was denn überhaupt die Zielrichtung der Landesregierung ist. Ich frage: Wie wollen Sie eine solche Politik, wo Sie schon vorab entscheiden und danach Gesetze ändern, denn den Bürgern deutlich machen? Und wer soll dann verstehen – und der Kollege Gerloff ist ja darauf eingegangen –, wie sich der Bürger darauf einstellen soll? Haben Sie denn überhaupt bedacht, wenn Sie in Ihrem Sinne einen Schutzgürtel um die Stadtwerke legen oder auch das Örtlichkeitsprinzip durchbrechen, was nach unserer Auffassung überhaupt nicht aufgehoben werden muß, von der Kommunalverfassung her, ...

(Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Machen Sie den Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern klar, daß die Neubrandenburger Stadtwerke vielleicht ihren Strom auch in Bayern anbieten können? Wie sind Ihre Intentionen?

Wenn man die Kommunalverfassung ändern will, muß man sich auch im klaren sein, was man ändern will. Zum Beispiel: Was bewirkt die Änderung der Kommunalverfassung hinsichtlich der Stadtwerke? In welchen Bereichen sollen denn die Stadtwerke tätig werden und in welchem Umfang? Wie definieren Sie öffentliche Daseinsvorsorge? Wie soll das genau abgegrenzt werden, wo die Stadtwerke tätig werden? Gehört die Lieferung der Steckdose und eine Beratung zur Energieeffizienz noch zum Leistungsprofil rund um den Strom oder nicht? Vielleicht endet das Leistungsprofil erst dann, wenn die Stadtwerke auch Fernseher, Waschmaschine und Kühlschrank liefern. Entspricht es denn den Intentionen des Gesetzgebers, wenn die Stadtwerke, wie gesagt, Strom auch nach außerhalb liefern?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Gesetze ändern will, muß sich ganz genau im klaren darüber sein, wenn er sie ändert, welche Auswirkungen sie denn bedingen. Die nächste Frage ist, wenn Sie das Gesetz ...

(Sylvia Bretschneider, SPD: Die Frage hätten Sie sich früher mal stellen sollen, als Sie Gesetze durchgepeitscht haben!)

Frau Bretschneider, zumindest haben wir eines getan: Wir haben sie nicht durchgepeitscht,

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Oh, das ist ja ganz was Neues.)

wir haben die Betroffenen angehört, und wir haben seriös parlamentarisch beraten.

(Rudolf Borchert, SPD: Heiligenschein.)

Was Sie in den letzten elf Monaten hier mit einigen Gesetzen gemacht haben – Sie bringen die Gesetze ein, damit die Landesregierung keine Anhörungen machen muß, und peitschen sie dann im Parlament durch, ohne gründlich beraten zu haben –, das hat es in den ersten acht Jahren nicht gegeben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Gerd Böttger, PDS:
Nicht ein Beispiel haben Sie dafür.)

Das ist ganz einfach so.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Dafür kann ich Ihnen aber genug Beispiele geben. –
Angelika Gramkow, PDS: Nennen Sie mal ein Beispiel, Herr Rehberg!)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie sich überhaupt gefragt,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Kommen Sie doch mal zur Sache! Ihre fünf Minuten sind rum, Herr Rehberg.)

wie in diesem Bereich Landesrecht, Bundesrecht und europäisches Recht in Einklang zu bringen sind? Haben Sie sich – ich bin sofort fertig –

(Heinz Müller, SPD: Na Gott sei Dank!)

denn überhaupt gefragt, Herr Müller, wenn Sie einen Schutzgürtel um die Stadtwerke legen und der einzelne Bürger in der Stadt den Rechtsweg beschreitet, wie Ihr Änderungswillen dann wie ein Kartenhaus zusammenbrechen wird? Ich sage Ihnen eines, der Kollege Gerloff hat das zutreffend ausgeführt: Wir sollten Wettbewerb zulassen, denn Wettbewerb kommt dem Verbraucher zugute.

(Beifall Friedbert Grams, CDU)

Der Telekommunikationsmarkt zeigt es, der Strommarkt wird es zeigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Sylvia Bretschneider, SPD: Aber auch mit den gleichen Bedingungen für die Stadtwerke. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Ritter.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit einigen Wochen wissen wir alle, Strom ist grün, blau oder gelb.

(Heike Lorenz, PDS: Ja.)

Dennoch kommt der Strom immer noch aus der Steckdose beim Verbraucher an, und Energieversorgungsunternehmen transportieren ihn dorthin.

Die Schlagzeilen der letzten Wochen lauten: „Verbraucherzentrale warnt vor überschnellem Wechsel“ oder, wie in der Zeitschrift „Capital“ zu lesen ist: „Billigstrom für alle – Rund 7 Milliarden DM sparen deutsche Haushalte künftig im Jahr ein“. Hinter all diesen Feststellungen steht das Zauberwort „Liberalisierung“. Im Wirtschaftslexikon steht

dahinter: Erstens, allgemeine Befreiung von einschränkenden Vorschriften, zweitens, Aufhebung beziehungsweise Reduzierung dirigistischer Eingriffe in einen freien Austausch von Gütern und Produktionsverfahren.

Wem aber nützt nun diese Liberalisierung? Ich behaupte, der Ökosteuer jedenfalls nicht,

(Beifall Annegrit Koburger, PDS)

denn wenn alle Verbraucher weniger bezahlen, kommen die Einnahmen nicht, die für das Stopfen des einen oder anderen Haushaltslochs eingeplant waren. Der Umwelt und Energieeinsparung hilft dieses Konzept auch nicht, denn billiger Strom verführt nicht unbedingt zum Stromsparen, und auch Strom aus regenerativen Energien wird bei diesem Konzept nicht bevorzugt. Den Stadtwerken nützt dieses Konzept auch nicht. So ist in der Zeitschrift „Capital“ zu lesen: „Von heute 900 Stadtwerken bleiben höchstens 100 wirtschaftlich.“ Zu lesen ist auch, wem die Liberalisierung nützt: den großen EVUs, die den Markt längst unter sich aufgeteilt haben, egal, ob der Strom nun gelb, grün oder blau ist.

(Beifall Annegrit Koburger, PDS –
Gerd Böttger, PDS: Genauso ist es.)

Die Liberalisierung des Strommarktes und die Schaffung eines einheitlichen EU-Strommarktes auf der Grundlage der EU-Richtlinie von 1997 wirken also bei der gegenwärtigen Umsetzung kontraproduktiv in bezug auf Energieeinsparungen. Es werden neue Monopolstrukturen geschaffen, und auf Dauer werden auch die privaten Haushalte wieder benachteiligt. Die EU-Richtlinie für 1997 und die nationale Gesetzgebung haben die Energie zu einer Ware wie jede andere gemacht. Damit ist die Energieversorgung als kommunale Daseinsvorsorge in Frage gestellt.

Darüber hinaus tragen die gegenwärtigen Regelungen zu einem enormen Arbeitsplatzabbau in der Energiewirtschaft bei. Nach Angaben des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst sind innerhalb der Europäischen Union von 1990 bis 1998 mehr als 250.000 Arbeitsplätze im Strom- und Gassektor verlorengegangen. Allein in Deutschland sind mit der Liberalisierung des Energiemarktes 40.000 Arbeitsplätze gefährdet.

Es wird also deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Liberalisierung, also die allgemeine Befreiung von einschränkenden Vorschriften, nur nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen wurde. Ökologische und soziale Aspekte im Sinne einer nachhaltigen Energiewirtschaft wurden wie immer außer acht gelassen. Wer dies ändern will, muß die Spielräume der EU-Richtlinie für die nationale Gesetzgebung im Sinne einer umweltorientierten Energiewirtschaft nutzen, auch wenn sie noch so klein sind.

Nun ist gestern in Berlin offenbar Bewegung in die Sache gekommen. Ob sie allerdings positive Ergebnisse bringt, ist völlig offen und zu bezweifeln. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Bräunig von der SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Erhard Bräunig, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, ich bin eigentlich immer davon ausgegangen, daß Sie ein Vertreter der kommunalen Ebene sind und sich einsetzen für die Stadtwerke, aber aus Ihrem

Redebeitrag konnte ich erkennen, daß Sie eigentlich die Stadtwerke damit ruinieren wollen und sich obendrein vielleicht noch freuen, wenn sie ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Na, na!)

Doch, wenn ich davon ausgehe. So hat sich das hier angehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, ich möchte die Aktuelle Stunde dazu nutzen, um über die Situation der Stadtwerke zu sprechen.

Die Stadtwerke haben in Mecklenburg-Vorpommern einen Jahresumsatz von 1,26 Milliarden DM. Das heißt, jede dritte Mark kommt aus dem Stromgeschäft. Der Innenminister hat bereits gesagt, wie er die Stadtwerke für die Veränderung des Strommarktes fit machen wird. Das war in der Zeitung veröffentlicht, und er wird sicherlich heute auch noch etwas dazu sagen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit einer kundenfreundlichen Verwaltungspraxis auf dem richtigen Weg sind. Ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen, daß Verwaltungshandeln hier strengstens und schnellstens gefordert ist. Wenn wir auf eine Novellierung der Kommunalverfassung warten und diese durchsetzen, dann hat der Strommarkt sich für die Stadtwerke von selbst erledigt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Stadtwerke sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserem Land. In Gesprächen mit ansiedlungswilligen Unternehmen wird auch nach Energiepreisen und nach den Kosten für Wasser und Abwasser gefragt. Heute müssen Unternehmen mit jedem Pfennig rechnen, das wissen wir. Und der Preisverfall zeigt, daß die Strompreise in den letzten Jahren nicht leistungsgerecht waren. Ich begrüße ausdrücklich, daß sich diese Preise nach unten bewegen. Meine Damen und Herren, ich warne aber ausdrücklich davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Die Stadtwerke in unserem Land haben gute Strukturen. Sie beschäftigen – und das muß man sich mal vorstellen – in diesem Land 3.300 Menschen und stellen viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. Und wenn man sich vorstellt, daß Stadtwerke durch dieses Preisdumping kaputtgehen sollten, wäre das sehr, sehr bedauerlich und für den Arbeitsmarkt überhaupt nicht dienlich.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Die Stadtwerke dürfen nicht durch unseriöses Preisdumping ruiniert werden. Die regionalen Monopole sollen ja gerade abgeschafft werden. Das ist richtig so.

Die Stadtwerke in unserem Land haben erhebliche Investitionen in moderne Anlagen getätigt. Allein im letzten Jahr haben sie beinahe 2,6 Milliarden DM investiert und stellen somit sogar die Werften in den Schatten. Durch die Investitionen konnten der CO₂-Ausstoß und dadurch die Belastung der Umwelt erheblich vermindert werden. Das ist in unserem Land, das vom Fremdenverkehr lebt, nicht unwichtig.

Kraft-Wärme-Kopplung heißt das technische Zauberwort. Ich habe hier im Lande Anlagen mit einem energetischen Wirkungsgrad zwischen 70 und 90 Prozent gesehen. Damit sind die Stadtwerke vorbildlich. Solche Anlagen sind im Westen noch die Ausnahme. Die SPD in

Mecklenburg-Vorpommern wird es nicht zulassen, daß die modernen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen abgeschafft werden müssen. Das wird es mit uns nicht geben! Mecklenburg-Vorpommern hat den höchsten Produktionsanteil an ökologischer Kraft-Wärme-Kopplung von allen Bundesländern. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern müssen.

Meine Damen und Herren, die Wettbewerbsfähigkeit der Stadtwerke ist mir ein besonderes Anliegen. Wenn die Kunden die Anbieter frei wählen können, dann müssen auch die Anbieter überregional anbieten können. Zum Beispiel Edeka, die Kirchen und andere Bündelkunden haben sich einen preiswerten Anbieter gesucht, und die Stadtwerke müssen zusehen, wie ihnen die besten Kunden vor der Nase weggeschnappt werden. So geht das nicht länger weiter! Die Stadtwerke müssen aus dem örtlichen Wirkungskreis heraus, den ihnen die Kommunalverfassung vorschreibt.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr richtig.)

Das heißt, man kann sagen, sie sitzen wie ein Kaninchen vor dem Bau. Deshalb brauchen wir eine schnelle Verwaltungsentscheidung, damit Stadtwerke nicht durch die Kommunalaufsicht weiter ausgebremst werden.

Ich hatte an dieser Stelle in meinem Redebeitrag stehen, daß sie sich zusammenschließen sollten, habe nun aber erfahren, daß sich die Stadtwerke aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zu einem Verband zusammengeschlossen haben, der Local Energy heißt und bereits billigen Strom anbietet. Dies ist richtig so, dies ist nur zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch einmal auf die Beschäftigungssituation der Stadtwerke zurückkommen. Die Entscheidung der E.DIS, einer Tochter der PreussenElektra, den Hauptsitz ins brandenburgische Fürstenwalde zu verlegen, sollte eine Ausnahme bleiben. Die Unternehmenszentralen müssen gerade im Strombereich hier im Lande bleiben. Das muß künftig Politik der Landesregierung werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Seidel von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Seidel.

Jürgen Seidel, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollten uns einmal zurückerinnern: Nicht zuletzt aus wirtschaftlicher Sicht waren in den vergangenen Jahren die Strompreise bei uns im Lande – nicht nur bei uns, aber auch bei uns – ein negativ zu Buche schlagender Standortfaktor, und dies gerade bei den kleinen und mittelständischen Firmen, also bei denen, die nicht die sogenannten Sondervertragskunden bei den EVUs oder Stadtwerken sind.

Mit dem Energiewirtschaftsgesetz kommt es nun zum Fall der Monopole, und es ist ja wirklich interessant zu beobachten, wie der Wettbewerb auch in Gang kommt. Die Redner vor mir haben das betont. Interessant sind auch die Margen, die dort in den letzten Jahren tatsächlich satte Gewinne möglich machten. Eigentlich ist dies aus der Sicht der Verbraucher, und das sollten wir zunächst wirklich einmal feststellen, und eben auch der Wirtschaft – und Mecklenburg-Vorpommern hat eine

kleinteilige Wirtschaft – eine außerordentlich positive Richtung, die wir nur begrüßen sollten.

Doch schon entstehen neue Probleme, und ich stelle fest, so mancher, auch in der Politik, sehnt sich bereits nach den alten monopolistischen Strukturen.

(Gerd Böttger, PDS:
Darum geht es doch gar nicht.)

Eine sicherlich problematische Situation für die Stadtwerke ist nicht nur bei uns im Lande entstanden. Diese wird auf das Örtlichkeitsprinzip zurückgeführt. Auch ich habe in der Kommunalverfassung nachgelesen, konnte es dort jedoch nicht finden. Aber gut, das mag ja mit anderen Augen anders aussehen.

Es gibt jetzt, wie man zur Kenntnis nehmen muß oder wie man lesen kann, im wesentlichen, so sehe ich das, zwei Grundrichtungen, die verfolgt werden. Erstens gibt es ganz offensichtlich in der Berliner Bundestagsfraktion der SPD Bemühungen, das Energiewirtschaftsrecht, kaum beschlossen, sofort wieder zu verändern

(Gerd Böttger, PDS: Zu spät.)

und jetzt sozusagen einen Schutzzaun um die Stadtwerke zu errichten oder eben die Durchleitung zu verhindern. Wie das denn in der Praxis aussehen soll, das ist noch nicht ganz klar. Und der neueste Vorschlag vom Bundeswirtschaftsminister Müller, ich denke, der ist überhaupt nicht ernst zu nehmen. Das ist wohl wirklich ein taktischer Schachzug, den er dort macht. Zweitens geht es um die Aufhebung – ich sage das immer in Anführungsstrichen – dieses Örtlichkeitsprinzips, das die Stadtwerke unternehmerisch sicherlich behindert.

Wenn man nun das Ganze ordnungspolitisch diskutieren würde, käme man mit beiden Lösungsvorschlägen sicherlich in Schwierigkeiten. Auch ich will sagen, daß Realitäten anerkannt werden müssen. Also ich werde mich nicht in die Ecke drängen lassen, daß man nun einfach sagt, die Stadtwerke sollen nun zusehen, wie sie klarkommen. Realitäten muß man anerkennen. Es gibt eine gewisse Entwicklung in den letzten Jahren, die ich nicht einmal begrüßt habe, ich sage das auch ganz deutlich. Aber gut, jetzt stehen wir da, wo wir stehen. Ich würde aber in jedem Fall meinen, daß man hier – wenn man nicht will, daß es sozusagen zum Austrocknen der Stadtwerke kommt – zunächst erst einmal sagen sollte, völlig falsch und, ich glaube, im übrigen auch rechtlich nicht haltbar wäre der Weg, der da in Berlin angedacht wird, wie auch immer jetzt, zum Beispiel die Durchleitung zu verhindern. Übrigens, da müssen Sie sich einmal überlegen, was das für Lubmin für Konsequenzen hätte, denn dort müssen die durchleiten. Also, das wird nicht in unserem Sinne sein.

Und es ist auch nicht wirtschaftsfreundlich, und es ist auch nicht verbraucherfreundlich. Man muß sich immer die Auswirkungen vor Augen führen. Denken Sie mal daran, was passieren würde, wenn man jetzt in Stadt und Land unterschiedliche Preise für Elektroenergie hätte, was das für Auswirkungen hätte für die Städte im Hinblick auf ihre Bevölkerung, auf ihre wirtschaftliche Entwicklung und, und, und. Das sollte man sich überlegen, wenn man das Örtlichkeitsprinzip aufhebt, wenn man also wirklich sagt – aber, wie gesagt, ich kann's ja gar nicht erkennen in der Kommunalverfassung –, laßt sie agieren.

(Gerd Böttger, PDS: Fragen Sie doch mal Herrn Jäger, wie er das gehandhabt hat! – Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ja unerhört, Herr Böttger!)

Dann will ich dazu sagen, daß ich dieses Thema nicht gleich vom Tisch wischen würde, aber es beinhaltet natürlich die Gefahr – und das wurde von Herrn Rehberg ausgeführt –, daß die Stadtwerke sozusagen Universaldienstleister werden in diesem Land. Und da bitte ich Sie, auch wieder daran zu denken, ob das nun für den Wettbewerb sinnvoll wäre. Es darf nicht passieren, daß Stadtwerke Pakete anbieten, wie sie ja schon diskutiert werden, wie Grundstückspflege, Reparaturleistungen, Leistungen des Baunebengewerbes und, und, und. Da kann man natürlich der Kreativität freien Spielraum lassen. Mein Appell deswegen auch an die Kommunalpolitiker hier im Parlament: Es ist sicherlich notwendig, Entscheidungen zu treffen, aber da muß man erst einmal sagen, was denn nun ist, was man denn nun tun will. Und das auf dem Erlaßwege zu regeln, das halte ich nun auch für, gelinde gesagt, rechtlich außerordentlich bedenklich.

(Gerd Böttger, PDS: Stimmt!)

Ich bitte Sie nur, beziehen Sie bei Entscheidungen – ich richte mich jetzt mal an alle Kommunalpolitiker – den wirtschaftlichen Sachverstand dieses Landes mit ein. Bedenken Sie die Folgen, die das hat! Ich glaube, wir haben in der letzten Zeit genügend gesetzliche Regelungen erlebt, wo die Folgen eben nicht bedacht wurden. Deswegen würde ich herzlich darum bitten, daß man die Dinge miteinander schnell diskutiert und auch entscheidet, aber eben nicht überhastet. Ich bitte Sie also, diesem Rat zu folgen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Koplín von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Koplín.

Torsten Koplín, PDS: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion bin ich dankbar, daß sie die Entwicklung des Strommarktes in Mecklenburg-Vorpommern zur Aktuellen Stunde thematisiert haben. Der überaus turbulente Strommarkt und seine Auswirkungen auf die öffentlichen und privaten Haushalte ist wahrlich eines der brennendsten Themen dieser Tage.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Strommarkt als Segment der allgemeinen Wirtschaft besteht wie überall aus Konsumenten und Nachfragern, aus Produzenten und Anbietern. Unter der Wirkung von ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen finden Austauschverhältnisse ebenso statt wie Macht- und Verdrängungskämpfe. Ein Publizist einer Zeitschrift, die sich der kommunalen Wirtschaft widmet, schreibt gar von einer kriegesischen Auseinandersetzung um den Kunden.

All das läuft in einem historischen Kontext ab. Mit der deutschen Einheit wurde auch in Mecklenburg-Vorpommern ein völlig neues Energiekonzept notwendig. Ein hoher Investitionsstau in technischen Anlagen und Netzen war zu konstatieren. Die Versorgungsstrukturen mit hohen Energieverlusten waren sehr kostenintensiv, die Verbraucherlandschaft hatte sich erheblich verändert. Die Deindustrialisierung auf dem Territorium der neuen Bundesländer führte dazu, daß der Energiebedarf um zwei Drittel sank. Auf dem Gebiet Mecklenburg-Vorpommerns boten

drei große Energieerzeuger nach der Wende ihre Leistungen den Verbrauchern an. Deren Preise lagen jedoch mehrere Pfennige je Kilowattstunde über dem altbundesdeutschen Niveau. Zeitlich parallel dazu erhielten kommunale Unternehmen vertraglich von ihren Gesellschaftern den Auftrag, für die kommunale Daseinsvorsorge Gewähr zu tragen. Und, Herr Rehberg, Sie hatten gefragt, wo das Wort definiert ist. Im Kommentar zum Sozialgesetzbuch ist Daseinsvorsorge definiert.

Es stellte sich die Frage, ob die Kommunen über ihre Unternehmen die Stromsparte selbst betreiben und ihre eigenen Erzeugungsanlagen aufbauen oder sich des Preisdiktats der großen Konzerne beugen sollen. Durch den Erhalt der sogenannten Paragraph-5-Genehmigung erhielten die betreffenden Kommunen die Möglichkeit, selbst Energieanlagen als Produzent und Vermarkter zu betreiben. Zum Bau von Kraftwerken wurden umfangreiche Fördermittel an die kommunalen Unternehmen ausgereicht.

Die Liberalisierung des Strommarktes im Rahmen des sich gestaltenden Binnenmarktes Europas bietet nunmehr Chancen und Gefahren für die kommunalen Unternehmen. Die Liberalisierung bricht bisherige Marktstrukturen und -begrenzungen auf und gibt den Anbietern von Strom die Möglichkeit, in bislang geschützte Räume einzudringen und hier Kunden zu akquirieren. Somit sind die stromproduzierenden kommunalen Unternehmen unseres Landes zum einen einem harten Preiskampf ausgesetzt, und zum anderen sind sie regionalen Beschränkungen unterworfen. Das ist, als wenn zwei Boxer einen Boxkampf bestreiten sollen, einem jedoch ein Arm auf dem Rücken festgebunden wurde. So ungleich sind die Wettbewerbsbedingungen sinnbildlich gesprochen. Und genau an dieser Stelle ist Politik gefragt!

Ich denke in diesem Zusammenhang an den Parlamentarischen Abend vor einigen Wochen, der vom Verband kommunaler Unternehmen veranstaltet wurde. Herr Jäger, wenn ich mich recht entsinne, haben Sie die Örtlichkeitsproblematik anerkannt und sich auf die Seite der kommunalen Unternehmen gestellt.

(Gerd Böttger, PDS: Deshalb darf er heute auch nicht reden.)

Das weiß ich nicht, ob er noch reden wird. Zumindest hat mich dann sehr verwundert,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich hoffe, der Innenminister sagt endlich mal, was er will. Dann kann man dazu auch mal Stellung nehmen.)

was Ihr Fraktionschef Herr Rehberg zu diesem Thema ausgeführt hat.

Wir haben Sorge dafür zu tragen, daß die kommunalen Unternehmen Rahmenbedingungen vorfinden, bei denen sie weiter im Auftrage ihrer Gesellschafter die kommunale Daseinsvorsorge gewährleisten können. Wir haben dafür Sorge zu tragen, daß die bislang ausgereichten Fördermittel auch weiterhin ihren ursprünglich gesetzten Zweck erfüllen können.

Drei Dinge sind aus meiner Sicht elementar wichtig und wären es eigentlich Wert gewesen, daß sie in einem Beschluß münden, was in einer Aktuellen Stunde leider nicht möglich ist:

Erstens. Das Land muß sich für eine bundesweit wirkende Regulierungsbehörde einsetzen.

Zweitens. Wir brauchen die Aufhebung des Örtlichkeitsprinzips für kommunale Unternehmen, um sie in die Lage zu versetzen, im Wettbewerb der Stromerzeuger und -vermarkter eine faire Chance zu haben. Es geht nicht um eine Bevorteilung, sondern um eine faire Chance.

Drittens. Das Land muß im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge tragen, daß es bei der Regelung der Energieeinspeisung zu keinen Diskriminierungen bei den Durchleitungsgebühren für kommunale Unternehmen ebenso wie für regionale Unternehmen kommt.

Zu diesen drei Punkten ist das Handeln der Landesregierung gefragt. Und wenn ich allein an Parlamentarische Abende, ich bezog mich darauf, oder an Veröffentlichungen der „Landtags-Nachrichten“ – bereits in der Ausgabe 8/1996, also vor drei Jahren, hat Herr Timm sich hier für eine Stärkung der kommunalen Wirtschaft ausgesprochen – denke, ist das auch eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit, hier zu handeln.

Lassen wir weiterhin Zeit verstreichen, ist das Szenario vorgezeichnet. Eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit kommunaler Unternehmen durch verzögertes Reagieren auf die Anforderungen des Strommarktes wird mit Sicherheit Arbeitsplätze kosten. Von derartigen Auswirkungen können viele Mitarbeiter der Stadtwerke Dresdens ein trauriges Lied singen. Aufgrund der Konkurrenzsituation haben sie bereits in den letzten Monaten ein Viertel des Personals entlassen. Bis Ende nächsten Jahres sollen weitere 180 Arbeitsplätze abgebaut werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von mehreren meiner Vorredner, zunächst vom verehrten Kollegen Claus Gerloff, ist auf die Rolle von Wettbewerb hingewiesen worden und darauf, wie wichtig Wettbewerb für den Verbraucher, für den Kunden ist. Ich kann diese Äußerungen nur voll und ganz unterstreichen, aber ich möchte auch unterstreichen, was Kollege Koplin ausgeführt hat. Wettbewerb heißt, daß alle, die am Wettbewerb teilnehmen, auch tatsächlich die gleiche Ausgangsposition haben und daß alle am Wettbewerb teilnehmenden Anbieter tatsächlich die gleiche Chance bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und genau diese Situation haben wir im Moment nicht.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr richtig!)

Unser Bestreben, meine Damen und Herren, ist es, gleiche Wettbewerbschancen für Stromanbieter überhaupt erst mal herzustellen, denn Fakt ist, wir haben sie nicht.

Machen wir es an einem Beispiel deutlich. Das Beispiel ist nicht erfunden, sondern ist Fakt. Ein Unternehmen mit mehreren Verkaufsstätten kommt zu einem regionalen Stromunternehmen, zu Stadtwerken und bittet um Belieferung mit Strom. Drei der Verkaufsstätten dieses Unternehmens liegen im Stadtgebiet, drei liegen außerhalb des Stadtgebietes. Unsere Stadtwerke können ihnen sagen: „Jawohl, die drei Betriebsstätten innerhalb der Stadt können wir beliefern, die drei außerhalb nicht.“ Der potentiell

le Stromkunde sagt sich natürlich: „Ihr spinnt wohl! Dann gehe ich doch woanders hin. Ich muß nicht bei sechs Betriebsstätten jetzt auch noch mit zwei Elektrizitätsversorgungsunternehmen einen Vertrag abschließen. Dann gehe ich doch lieber woanders hin.“ Genau das ist das Strickmuster, nach dem Stadtwerke tatsächlich – und darauf kommt es an – gegenüber anderen Anbietern benachteiligt werden. Und diese Benachteiligung, meine Damen und Herren, die muß ein Ende haben!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Friedbert Grams, CDU: Der Bürger bezahlt.)

Und zwar muß sie ein Ende haben, weil wir Wettbewerb wollen, weil wir Wettbewerb im Interesse des Kunden, im Interesse des Stromabnehmers wollen, und nicht, weil wir ihn einschränken wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Diese Einschränkung, die unsere kommunalen Unternehmen derzeit unterliegen, resultiert aus dem Örtlichkeitsprinzip. Dieses Örtlichkeitsprinzip ist etwas, was wir nicht explizit in der Kommunalverfassung in dieser Form stehen haben,

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es. Richtig.)

das aber sowohl aus den Regelungen des Grundgesetzes als auch der Kommunalverfassung hergeleitet wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber
eine sehr großzügige Interpretation.)

Und das, Herr Dr. Born, richtig, ist eine sehr großzügige Interpretation. Allerdings – und da sind wir bei des Pudels Kern –, Rechtsaufsichtsbehörden, und das sind in der Mehrzahl der Fälle die Landkreise,

(Harry Glawe, CDU: Das Innenministerium.)

kommen hier zu einer Interpretation in dieser Frage, die faktisch zu der von mir genannten Einschränkung führt. Und diese Interpretation ist das Problem.

(Gerd Böttger, PDS: Das Innenministerium ist nicht viel besser.

Die interpretieren das genauso. –
Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

Daß auch das Innenministerium dieses in der Vergangenheit so interpretiert hat, Herr Böttger, will ich gar nicht bestreiten, aber Fakt ist, das Innenministerium

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

ist Rechtsaufsichtsbehörde für rund eine Handvoll von Stadtwerken,

(Gerd Böttger, PDS:
Ja, für die großen, die großen.)

und Kollege Bräunig hat zu Recht darauf verwiesen, wie groß das Netz der Stadtwerke in unserem Lande ist.

(Gerd Böttger, PDS: Rostock,
Schwerin, Neubrandenburg.)

Für die Masse der Unternehmen sind Rechtsaufsichtsbehörde die Landräte.

Aber, Herr Dr. Born, ich würde gerne Ihren Gedanken aufgreifen, daß das rechtlich ja gar nicht so eindeutig ist. Richtig, da gibt es zum Beispiel den Unterausschuß Kommunale Wirtschaft des AK 3 der Ständigen Konferenz der

Innenminister und Innensenatoren der Länder. Diese Damen und Herren, ein sehr erlauchtes und fachkundiges Gremium, haben sich mit der Frage auseinandergesetzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß sie zu keinem Ergebnis kommen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hochdotierte Beamte.)

sondern daß es unterschiedliche Meinungen gibt.

Ich möchte, wenn Sie gestatten, die Meinung der Innenministerien – und das ist jetzt hoffentlich ganz unverdächtig – aus Bayern und Thüringen zitieren. Ich stelle mit Freuden fest, daß die in Bayern nicht nur Komödienstadt machen mit dem Stück „Eine Männerfreundschaft geht zu Ende“,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

sondern daß sie sich auch noch mit Sachthemen befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU:
Hier kann man nur lernen.)

Untertitel: „Entlassung eines Ministers per Telefax“.

(Heiterkeit bei Heidemarie Beyer, SPD)

Aber wir wollten ja nicht über Telekommunikation, sondern über Strom reden. Und da kommt Bayern zu dem Ergebnis, ich darf mal kurz zitieren: „Als Zwischenergebnis ist festzustellen, daß es ein Örtlichkeitsprinzip im Sinne einer schlichten, durch das Gemeindegebiet definierten räumlichen Begrenzung gemeindlichen Handelns außerhalb des hoheitlichen Tätigkeitsbereiches nicht gibt.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Korrekt!)

Also, eindeutige Position der Bayern: Dieses Örtlichkeitsprinzip gilt im Bereich hoheitlichen Handelns unserer Gemeinden und nicht im Bereich wirtschaftlicher Betätigung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: So ist es.)

Sie führen dann weiter aus, und auch diesen Gedanken möchte ich unterstützen, daß das wirtschaftliche Handeln einer Gemeinde nicht die Interessen anderer Gemeinden tangieren darf, aber auch dazu wird ausgeführt: „Für eine zunehmende Gruppe von Fällen ist das Einvernehmen oder die Anhörung der betroffenen Gemeinde weder aus aufgabenspezifischen Gründen vorgegeben, noch existieren einschlägige Sondervorschriften.“ Wenn zum Beispiel nach der Reform des Energiewirtschaftsrechts die Gemeinde A einen Abnehmer in der Gemeinde B über das Netz eines Dritten mit Strom versorgen will, muß die Gemeinde B weder aus sachlichen Gründen noch energierechtlich beteiligt werden.

Ich denke, meine Damen und Herren, das ist eine Rechtsposition, die wir uns zu eigen machen sollten. Und ich werde, wenn Sie gestatten, gleich noch einige weitere hinzufügen, die sicherlich die Diskussion bereichern werden. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Born von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Kollege Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Problematik, das konnten

wir gerade wieder feststellen, ist viel zu vielschichtig, als daß man sie womöglich noch mit populistischen wohlklingenden Forderungen und einer oberflächlichen Betrachtungsweise in einer Aktuellen Stunde bewältigen könnte. Was vielmehr gefragt ist, ist knochenharte Sacharbeit – da bin ich Herrn Müller sehr dankbar für diesen Hinweis –, und da ist in erster Linie der Innenminister unseres Landes aufgerufen, endlich seine Hausaufgaben zu erledigen und dem immer wieder angekündigten Gesetzentwurf einzubringen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nur, um dies tun zu können, muß man natürlich in etwa wissen, was man eigentlich will. Was jedenfalls nicht geht, ist, einerseits die Stromversorgung zu liberalisieren, also eine bisherige Monopolveranstaltung zu beenden, Markt und damit Wettbewerb auf breiter Ebene einzuführen, um dann festzustellen, daß man den Wettbewerb in bestimmten Bereichen nur in der Weise haben will, daß zwar bisherige Monopolisten ihr Versorgungsgebiet ausdehnen können, andererseits auf ihrem eigenen Versorgungsgebiet Wettbewerb nicht stattfinden darf.

Das ist es nämlich im Klartext, worauf zunächst einmal die gestern bekanntgewordenen Forderungen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion hinauslaufen. Und wenn das Ganze dann letztlich als „Kompromiß“ verkauft werden soll, dergestalt, daß größere Unternehmen ihren eigenen Stromlieferanten aussuchen könnten, hingegen Gewerbetreibende und Privatkunden ihre Elektrizität von ihren Stadtwerken wie bisher beziehen müssen, dann wäre dies ein denkbar schlechter, ein geradezu fauler Kompromiß.

Meine Vorredner haben die verschiedenen Facetten der Problematik, mit der man sich auseinandersetzen muß, angesprochen – einerseits Stromversorgung als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, andererseits die Möglichkeit, eine flächendeckende Stromversorgung durch Schaffung und möglichst freien Zugang zu einem Strommarkt zu gewährleisten. Wiederum auf der anderen Seite, Stadtwerke mit enormen Investitionen in den letzten Jahren, die zum Teil noch nicht abgeschlossen sind, und Stadtwerke, die nicht nur die Aufgabe der Stromversorgung wahrnehmen, sondern darüber hinaus eine Vielzahl von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen haben, von der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung bis hin zum öffentlichen Personennahverkehr und dem Betreiben von Schwimmbädern und anderem mehr, Stadtwerke die mit einer Vielzahl von Beschäftigten möglicherweise in ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten gelangen, wenn sie dem freien Strommarkt ohne jegliche zusätzliche Schutzmechanismen ausgeliefert und damit auf diesem Sektor kaum wettbewerbsfähig sind.

Aber man muß sowohl Stadtwerken wie auch anderen bisherigen Monopolversorgern, insbesondere den großen Stromkonzernen – und darauf hat Kollege Rehberg ja bereits hingewiesen –, natürlich die Frage stellen, wie denn plötzlich Preisnachlässe bis zu 30 Prozent möglich sind, wo wir bisher doch immer gehört hatten, bei den Strompreisen sei ein weiteres Nachgeben nicht mehr möglich. Jetzt aber können die Preise plötzlich um rund 30 Prozent gesenkt werden, ohne daß die Unternehmen deswegen dem Ruin anheimgegeben werden oder die Beschäftigten dadurch ihre Arbeitsplätze gefährdet sehen.

Entscheidendes Gewicht muß bei einer Lösung der hier in der Aktuellen Stunde aufgeworfenen Frage schlicht den Interessen der Gesamtbevölkerung beigemessen werden.

Und das heißt nichts anderes, als daß nach Möglichkeit der einzelne Verbraucher den Vorteil einer Liberalisierung des Strommarktes in der Weise auch unmittelbar erfahren muß, daß die von ihm selbst zu zahlenden Strompreise deutlich niedriger sind als bisher. Und genau deshalb kann man nicht einfach einen Schutzwall um Stadtwerke bauen, mit der Maßgabe, Stadtwerke sollen zwar außerhalb ihres bisherigen Versorgungsgebietes tätig werden können, aber Wettbewerber dürfen andererseits nicht ihren Strom auf dem bisherigen Versorgungsgebiet der Stadtwerke anbieten.

Übrigens, ordnungspolitisch ist natürlich durchaus die Frage zu stellen, inwieweit Stadtwerke durch Fusionen – auch darauf hat Kollege Bräunig hingewiesen – mit anderen Stromversorgern ihre Marktchancen verbessern können und inwieweit nicht eine angemessene Reaktion auf die geänderte Wettbewerbssituation die Privatisierung von Stadtwerken ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich mit dem Thema seriös auseinandersetzt, so stellt man fest, hier gibt es mehr Fragen als fertige Antworten. Jedenfalls eignet sich für eine seriöse Debatte nur eine diskussionsfähige Grundlage, und die hat leider der zuständige Kommunalminister, der Innenminister, zwar seit Monaten immer wieder in Aussicht gestellt, aber bis zum heutigen Tage dem Landtag und der interessierten Öffentlichkeit vorenthalten. Deshalb schlicht an die Adresse der Landesregierung und hier insbesondere des Innenministers: Von Ihrer Seite sind der Worte genug gewechselt, lassen Sie nun endlich Taten folgen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Kollege Böttger von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Herr Böttger.

Gerd Böttger, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, ein aktuelles Thema, in der Tat, noch keine greifende Lösung. Allerdings wird eins klar: Wettbewerb im Interesse der Verbraucher, sowohl der Privaten als auch der Betriebe – ja, aber ich sage auch ganz deutlich, es darf nicht zu Lasten der Stadtwerke gehen. Wir brauchen eine Chancengleichheit. Es kann doch nicht sein, daß private Dritte im Stadtgebiet oder im Gebiet des Territoriums der Gemeinde sozusagen Kunden anwerben können, aber die Stadtwerke selbst das nicht können.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist richtig.)

Das ist doch keine Chancengleichheit. Das ist eine Verzerrung der Chancengleichheit und um nicht mehr als das ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber das Umgekehrte geht auch nicht.)

Nein, aber da komme ich noch dazu, zu dem Umgekehrten. Da komme ich noch dazu.

Eins kann ich Ihnen sagen, auch Herr Born, Sie haben über das Gesamtinteresse der Bevölkerung gesprochen. Das Gesamtinteresse besteht natürlich nicht nur an niedrigen Energiepreisen, sondern es besteht auch an niedrigen Preisen zum Beispiel für die Straßenbahn in Schwerin.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

Und eins geht doch nicht, was gegenwärtig läuft. Wir können doch nicht die Gewinne immer mehr privatisieren, aber die Verluste immer mehr kommunalisieren. Das ist doch das Problem, was gegenwärtig läuft. Die Stadtwerke

in Schwerin zum Beispiel haben ja nicht nur den Energiebereich, sie haben ja auch über eine ganz bestimmte Form der Zusammenarbeit die Straßenbahn. Und die grundsätzliche Idee der Kommunalvertreter, die war doch richtig

(Zuruf von Claus Gerloff, SPD)

angesichts der kommunalen Haushaltssituation, daß die möglichen Gewinne aus dem Bereich der Energie für die Verluste der Bäder zum Beispiel, die wir zu betreiben haben, und im Gesamtinteresse der Straßenbahn, die wir zu betreiben haben, im Gesamtinteresse verwendet werden und deshalb die Stadtwerke all diese Aufgaben formulieren. Deshalb ist es in der Tat eine sehr komplizierte Frage. Man darf aber gegenwärtig nicht nur die Energiefrage stellen, sondern muß die gesamten Aufgaben hinterfragen, die wir in der Kommunalverfassung in Paragraph 2 geregelt haben.

Und hier bitte ich Sie, auch einmal reinzuschauen. Mir scheint das Problem nicht der 68er zu sein, weil es das Örtlichkeitsprinzip ist, sondern der Paragraph 2. Hier wird nämlich sozusagen der eigene Wirkungskreis formuliert, der natürlich das Gemeindegebiet ist. Hier steht drin, daß die Versorgung mit Energie, Wasser und so weiter zu den Aufgaben der Gemeinde gehört. Sie können meiner Meinung nach, und das ist die enge Auslegung der Rechtsaufsichtsbehörden, nicht tätig werden über das Gemeindegebiet hinaus, im Gemeindegebiet schon.

Meine Damen und Herren, es ist eine grundsätzliche Frage, wie stehe ich zu Stadtwerken, wie stehe ich zur kommunalen Selbstverwaltung. Die PDS wird alles tun, das kann ich hier deutlich sagen, um die Stadtwerke, die kommunalen Gesellschaften und Betriebe weiter zu stärken, ihnen Chancen im Wettbewerb mit den Privaten einzuräumen, und nichts tun, um diese Chancen zu vermindern.

Nun haben wir seit gestern, meine Damen und Herren von der SPD, den neuen Vorschlag Ihrer SPD-Bundestagsfraktion auf dem Tisch. Da kann ich Ihnen wirklich nur sagen, wenn das so kommt, wie es heute in der Zeitung steht – nun mag ja nicht alles stimmen, was in der Zeitung steht –, aber wenn das so kommt, dann passiert folgendes: Die Kommunen, das heißt die Vertretungen, sollen jetzt eine Entscheidung herbeiführen, wenn ich das richtig lese, ob sozusagen die Stadtwerke alleine mit Energie versorgen im Gebiet, bleiben wir mal in der Stadt Schwerin. Und dann passiert genau das, was hier schon beschrieben worden ist, dann bietet ein privater Dritter, ob der nun Yello heißt oder wer weiß wie, einen niedrigeren Preis. Und dann stehen die armen Kommunalvertreter in einer Situation, wo sie natürlich dem Druck der Bevölkerung ausgesetzt sind. Ich habe doch in den letzten Tagen mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert ...

(Wolfgang Riemann, CDU: So werden die Lasten auf die Kommunen abgewälzt.)

Natürlich, aber das hätten Sie genauso gemacht. Sie haben ja im Prinzip das ursprüngliche Gesetz erst verursacht. Das ist nicht mein Thema.

(Wolfgang Riemann, CDU:
So hätten wir es nicht gemacht.
So haben wir es auch nicht gemacht.)

Aber ich habe ja mit einigen schon gesprochen und habe erklärt, wie umweltfreundlich wir zum Beispiel in der Stadt Energie produzieren.

Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen, einem Großteil der Bevölkerung ist es ziemlich egal, ob der Strom, der aus der Steckdose kommt, umweltfreundlich produziert worden ist oder ob er wer weiß woher kommt. Sie wollen sozusagen das über den Preis regulieren. Die armen Stadtvertreter möchte ich mal sehen. Herr Jäger und ich in Schwerin, wir werden die Hand heben müssen, und wir werden natürlich so oder so die Schläge der Bevölkerung bekommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Also, dieses Abwälzen der eigenen Verantwortung, meine Damen und Herren, auf die Kommunen, das sollten Sie als SPD-Landtagsfraktion nicht zulassen, denn das löst das Problem überhaupt nicht. Wir sollten vielmehr über das Örtlichkeitsprinzip reden. Und ich bin mir selbst noch nicht ganz im klaren, ob dieses Örtlichkeitsprinzip dadurch aufgehoben werden kann, indem der Innenminister es klärt in seinem Ministerium, oder ob wir nicht wirklich eine Änderung der Kommunalverfassung herbeiführen müssen, um eine gewisse Rechtssicherheit zu haben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Da muß er mal seine Hausaufgaben machen.)

Wir haben schon viel Zeit verstreichen lassen. Und es wird jetzt höchste Zeit, daß wir im Interesse – egal, was da in Bonn passiert –, im Interesse der Stadtwerke und der Kunden eine Lösung finden, die allen Ansprüchen gerecht wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann reicht es aber nicht, daß der Minister schweigt, und schweigt, und schweigt.)

Und da bitte ich Sie auch als Opposition, daß Sie daran mitwirken. Sie sind herzlich eingeladen, in den Ausschüssen an dem Problem mitzuwirken und auch hier im Parlament. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat noch einmal Kollege Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte Ihnen angekündigt, daß ich noch zwei weitere, wie ich finde, sehr interessante Positionen hier zur Kenntnis geben möchte.

Das eine ist ein Positionspapier des Fachausschusses Industrie, Technologie und Umwelt der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin. Dieser Fachausschuß der IHK hat ein Positionspapier zur Energiewirtschaft und zur wirtschaftlichen Betätigung von Stadtwerken verabschiedet. Und in diesem Positionspapier heißt es, und das ist eine Linie, die wir von der Industrie- und Handelskammer kennen: „Bestrebungen einzelner Verbände und Stadtwerke in Mecklenburg-Vorpommern zur Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen betrachtet der IHK-Fachausschuß kritisch.“ Wir haben also hier sicherlich eine Organisation vor uns, die nicht mit wehenden Fahnen die Interessen der Stadtwerke vertritt.

(Gerd Böttger, PDS: Na das ist ja normal.)

Das ist normal, das wissen wir, das kennen wir. Das ist auch legitim.

(Gerd Böttger, PDS: Ja.)

Aber auch eine solche Organisation kommt zu dem Ergebnis: „Allerdings darf die Liberalisierung des Energiemarktes nicht zu einer wettbewerbsrechtlichen Diskriminierung der Stadtwerke führen. Daher muß das Gemeinderecht den europaweiten Liberalisierungsbestrebungen angenähert werden. Durch eine Öffnung des regionalen Örtlichkeitsprinzips muß es Stadtwerken möglich sein, neue Kunden im näheren Umkreis des eigenen Versorgungsgebietes zu akquirieren.“

Sie sehen, meine Damen und Herren, der Konsens, daß wir dieses Örtlichkeitsprinzip aufknacken müssen, geht weit über die Koalition, weit über die Kommunalpolitiker und weit über die Stadtwerke hinaus und geht bis hinein in die IHK.

Und Herr Rehberg – er ist jetzt leider nicht mehr da, aber das kennen wir ja von ihm, daß er seine Meinung sagt und dann geht –

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

hat die Frage aufgeworfen, inwieweit denn hier Gesetze geändert werden müssen und ob das denn eigentlich legitim sei, daß hier nur die Frage der Interpretation von Gesetzen eine Rolle spielt. Nun, auch dazu darf ich das Papier der IHK Schwerin zitieren: „Insbesondere hinsichtlich der Liberalisierung des Energierechtes muß der mögliche Spielraum nach dem Kartellgesetz umgehend ausgelotet werden.“ Also auch kartellrechtliche Bestimmungen müssen interpretiert werden. Und Ihre Aussagen, Herr Dr. Born, gehen ja auch in die Richtung, daß wir die kommunalrechtlichen Vorschriften interpretieren müssen und daß wir von dort zu einer Liberalisierung und zu einem echten Wettbewerb auf dem Strommarkt kommen müssen.

Last, not least, habe ich einen ganz besonders interessanten Zeugen für meine Position. Das sind Sie, Herr Dr. Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Der spricht gleich.)

Ich habe eine Presseinformation der CDU-Fraktion vom 4. Mai 1999 vorliegen, da heißt es, entgegen der Auffassung von Innenminister Dr. Timm ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Zu Ihrer Presseerklärung zu den
Kommunalfinzen komme ich auch noch.)

Da sind wir alle sehr gespannt, Herr Riemann. Wir können es kaum ertragen, es abzuwarten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Jetzt lassen Sie mich aber bitte noch mal zitieren, was Ihr Kollege Dr. Jäger gesagt hat. Da hat er zumindest weitgehend recht: Entgegen der Auffassung von Innenminister Dr. Timm – den Teil finde ich nicht in Ordnung, aber was jetzt kommt, ist in Ordnung –

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Na das ist klar.)

sieht der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Dr. Armin Jäger keinen Bedarf zur Änderung der Vorschriften über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Vielmehr müsse die vom Innenminister ausgeübte Kommunalaufsicht sich auf die modernen Herausforderungen einstellen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Tut es aber nicht.)

was sie offenkundig in den vergangenen Jahren nicht getan hat. Und ich füge hinzu: Auch die Kommunalaufsicht auf der regionalen Ebene muß sich auf die moderne Situation einstellen. Herr Kollege Böttger, es geht also nicht um die Frage, Verwaltungshandeln ändern oder Kommunalverfassung novellieren. Wir wollen ja die Novelle der Kommunalverfassung – das haben wir beide ja gemeinsam in der Koalitionsvereinbarung vereinbart –,

(Gerd Böttger, PDS: Ja.)

und wir wollen dabei natürlich auch die Rechte der Gemeinden im Bereich wirtschaftliche Betätigung stärken.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Aber eins muß uns doch klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Eine Novellierung der Kommunalverfassung, das ist kein gesetzgeberisches Vorhaben, das man hier im Hopplahoppverfahren in wenigen Wochen durch den Landtag peitschen kann,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU:

Aber gar nichts tun, das geht auch nicht.)

sondern das bedarf einer sehr sorgfältigen und sehr gründlichen Diskussion.

Ganz so spät geht auch nicht, aber eine ordentliche und vernünftige Diskussion mit den Betroffenen wollen wir haben. Dieses wird Zeit in Anspruch nehmen, und angesichts der Ereignisse auf dem Strommarkt haben unsere kommunalen Unternehmen diese Zeit nicht,

(Gerd Böttger, PDS: Na ja, das ist doch das Problem.)

und deswegen brauchen wir Handeln jetzt. Wir müssen sie von den Beschränkungen, von den rechtlich sehr zweifelhaften Beschränkungen des Örtlichkeitsprinzips befreien. Wir müssen tatsächlich zu freiem Wettbewerb kommen. Dazu ist in der Tat die Landesregierung gefordert. Ich bin aber überzeugt, daß die Landesregierung handeln wird und daß wir dann tatsächlich zu einem gleichen, zu einem fairen Wettbewerb, jawohl, zu einem fairen Wettbewerb auf dem Energiesektor kommen zum Nutzen der Kunden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat Kollege Jäger. Bitte sehr, Herr Dr. Jäger, Sie haben das Wort.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem ich mehrfach zitiert worden bin, kann ich sagen, die Zitate sind richtig. Ich habe mich bewußt ganz nach hinten setzen lassen, weil ich davon ausging, daß der Innenminister nun endlich mal sagt, was er macht, aber er zieht es vor, nachher keine Gegenrede mehr zu kriegen. Dann will ich ihm gleich ins Stammbuch schreiben, was er bitte noch zu berücksichtigen hat:

Erstens. Es ist richtig, eine Kommunalaufsicht, die unter einer politischen Leitung steht, die handelt, braucht eigentlich keine Gesetzesänderung, denn – es ist hier mehrfach angedeutet worden – es steht gar nicht in unserer Kommunalverfassung, das Örtlichkeitsprinzip. Es wird aber abgeleitet, und das ist korrekt, aus Artikel 28. Aber auch wir wissen, daß der Artikel 28 eine Garantie der Selbstverwaltung ist und keine Einschränkung. So, wie bis

in die letzten Tage hinein Kommunalaufsicht in diesem Lande gegenüber Stadtwerken betrieben wird, ist wirtschaftlicher Schaden durch die Untätigkeit schon entstanden. Ich verweise darauf, wir haben am 09.06. wenige, ...

(Gerd Böttger, PDS: Da haben Sie doch auch eine Verantwortung.)

Entschuldigung, nein, nein, Herr Böttger. Ein Schreiben noch aus diesem Monat liegt mir vor, in dem genau das, was Herr Müller hier gesagt hat, ins Gegenteil verkehrt wird. Hier wird der regionale Raumordnungsplan nicht berücksichtigt. Hier wird im Schienenpersonenverkehr eine Meinung vertreten, die meines Erachtens mittelalterlich ist. Die steht in keiner Kommunalverfassung.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Herr Innenminister, ich hätte hier erwartet, daß Sie sagen, was Sie wollen. Ich habe eigentlich noch im Ohr, daß es eine sehr weitgehende Übereinstimmung in diesem Hause, allerdings in einem anderen Saal, beim Verband der kommunalen Unternehmer gab, daß nämlich eine Entscheidung getroffen werden muß, nicht nur im Hinblick auf Energiemärkte,

(Gerd Böttger, PDS: Richtig.)

sondern überhaupt im Verhältnis zu solchen Leistungen. Und da zitiere ich genau das, was Sie getan haben, nämlich im Unterausschuß des AK 3 – da sitzen übrigens Beamte, das ist gar keine politische Entscheidung. Wir sind im Bereich der schlicht wirtschaftlichen Betätigung, und wenn Sie die politische Entscheidung nicht als Minister treffen wollen, dann müssen Sie das Gesetz ändern. Aber Sie können nicht einerseits wenige Tage vor der Kommunalwahl am 09.06., das war so, hier in diesem Hause den Bürgermeistern und den Vertretern der kommunalen Unternehmen sagen, daß Sie nur noch in die Innenministerkonferenz müssen, die stand damals wenige Tage bevor. Ich habe mal die Beschlüsse der Innenministerkonferenz nachgelesen. Oh, da haben Sie sich aber durchgesetzt, Herr Minister!

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU – Minister Dr. Gottfried Timm: Die können Sie gar nicht nachgelesen haben.)

Da steht überhaupt nichts darüber drin.

Und im übrigen: Wir brauchen keine Ratschläge, wir brauchen keine Ratschläge für die Beurteilung unserer kommunalen Situation. Die haben Sie zu Hause zu erarbeiten. Bis heute haben Sie nichts vorgelegt, und Sie haben damit schon den Kommunen einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden zugefügt.

Ein Letztes. Ich bin sehr dafür, daß man Abreden über Auslegung trifft, Herr Müller. Da sind wir uns sofort einig, es ist möglich. Aber ich sage Ihnen eins, das gibt uns Steine statt Brot in der kommunalen Praxis, denn damit wird übersehen, daß wir ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb haben, daß da im Paragraphen 1 die Möglichkeit von Abwehrklagen steht. Herr Böttger hat das angesprochen, insofern als Schweriner sind wir an dem Punkt mal ausnahmsweise einig, sonst haben wir viele Dissense, die wir leider auch nicht bereinigen können. Aber das geht nicht, daß sich die Politik, daß sich die Leitung im Ministerium zurückhält und sagt, laß sie mal laufen, und wenn einer klagt, dann entsteht hoher Schaden. So kann man wirtschaftlich nicht arbeiten.

Die ganze Diskussion, ob wir einen Schutzzaun um die Stadtwerke brauchen oder nicht, ist vollkommen verfehlt. Ich will keinen Schutzzaun, das will keiner. Das wäre auch unpraktisch, und das würde auch die Stadtwerke überhaupt nicht weiterbringen. Was wir brauchen, das ist Rechtssicherheit.

Herr Innenminister, nun sind Sie endlich dran, jetzt haben Sie genug gehört, von allen die an Ihnen rumkritisiert haben. Ihre eigene Fraktion hat gesagt, jetzt soll er mal endlich was tun. Nun sagen Sie uns bitte, was Sie wollen! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Innenminister Herr Timm. Bitte sehr, Herr Minister.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt hat er allen Mut zusammengekommen. –
Minister Dr. Wolfgang Methling:
Sie haben ihm Mut zugesprochen.)

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß diese Aktuelle Stunde eine sehr aktuelle Debatte führt, haben wir eben im Laufe der letzten 60 Minuten gehört. Ich bin sehr froh über diese Debatte und habe mich ausdrücklich an das Ende setzen lassen, weil ich gelernt habe, daß die Aktuelle Stunde eine parlamentarische Stunde ist. Ich habe einmal bei einer Aktuellen Stunde zu Beginn gesprochen und mußte mich dann kritisieren lassen, so nach dem Motto, wieso läßt er die Abgeordneten nicht reden.

(Gerd Böttger, PDS: Herr Timm,
Sie können machen, was Sie wollen,
die CDU kritisiert Sie immer. –
Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Gerd Böttger, PDS: Das ist doch wahr.)

Ich sage folgendes ...

Na gut. Das ist sozusagen Prinzipialopposition oder wie man das auch nennt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Gerd Böttger, PDS: Nehmen Sie es gelassen!)

Ich sage Ihnen folgendes noch ausdrücklich auf den Beitrag von Herrn Abgeordneten Seidel hin. Ich bin sehr daran interessiert, die Meinungen der Abgeordneten in meine Arbeit einzubeziehen. Aber es zeigt sich auch in dieser Debatte, daß es gar keine ganz klare Meinung einer Fraktion oder eines Abgeordneten gibt, beispielsweise auch nicht der Opposition. Ich habe die Pressemitteilung der Opposition sehr genau verfolgt. Die erste kam vom 04.05. unter der Überschrift „Keine Änderung der Kommunalverfassung für wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden“.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Sechs Wochen später, Herr Dr. Jäger, haben Sie gemeinsam am Parlamentarischen Abend erklärt, es muß,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja bei Ihnen als
Innenminister schon, weil Sie nicht handeln.)

es muß eine rechtliche Änderung des Kommunalverfassungsrechtes geben.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie müssen handeln! Handeln!)

Und da haben Sie mir auch noch gesagt – da habe ich ein bißchen abgewehrt –, das muß alles ganz schnell gehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja sicher.)

Ich sage Ihnen, es muß vor allem abgestimmt gehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Mit wem denn?)

Die entscheidende Frage ist doch, das sehen wir auch in der bundespolitischen Debatte seit gestern, ob Bundesrecht noch einmal geändert wird. Denn sollte es zu einer Schutzklausel,

(Gerd Böttger, PDS: Aber so nicht, so nicht!)

sollte es zu einer Schutzklausel kommen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Sie drücken sich.)

halte ich die daraus folgenden Konsequenzen für nicht richtig. Ich sage es vorsichtig, nicht richtig.

Meine Damen und Herren, die entscheidende Frage, vor der wir stehen, ist hier mehrfach angesprochen worden, es ist die: Wie stärken wir die Stadtwerke im Stromgeschäft bei der sich seit dem letzten Jahr völlig neu ergebenden Wettbewerbssituation. Das ist die entscheidende Frage. Die Monopole sind gefallen, und demzufolge müssen auch die Stadtwerke, die in bestimmten Gebietskörperschaften diese Monopolstellung verloren haben, in der Lage sein, einen überörtlichen Wettbewerb zu bestehen.

Und ich sage Ihnen folgendes: Die kommunalen Stromunternehmen sind ebenso wie die Kommunen selbst, das ist hier schon erwähnt worden, an den Grundgesetzartikel 28 gebunden. Und dieser hat nicht nur den Schutz der kommunalen Selbstverwaltung im vertikalen Bereich, sondern auch im horizontalen Bereich angesprochen. Demzufolge ist die entscheidende Frage die, die hier immerzu diskutiert wird, die nach dem Örtlichkeitsgrundsatz, der allerdings nicht mehr auf Kommunalverfassung definiert ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schade!)

Wir haben das Problem erkannt. In unserem Hause wird eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, vertreten durch den Verband der kommunalen Unternehmen, gepflegt. Und ich sage Ihnen ganz klar, es gibt derzeit in Mecklenburg-Vorpommern kein Problem, das nicht durch eine untergesetzliche Lösung geregelt werden kann,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU:
Na dann machen Sie, machen Sie!)

derzeit kein Problem, das nicht durch eine untergesetzliche Lösung geregelt werden kann.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Aber Sie müssen es doch regeln.)

Wir haben in unserem Hause entschieden, daß wir auf zwei Ebenen arbeiten. Die eine Ebene ist die der engen und direkten Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, um ihre Wettbewerbssituation zu verbessern, das heißt, eine untergesetzliche Regelung auf dem Verwaltungswege zu praktizieren, die die tatsächlichen Probleme löst – ich rede nicht von ideologischen Fragestellungen, die gelegentlich auch diskutiert werden –, die die tatsächlichen Probleme löst.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo denn?)

Wir arbeiten auf einer zweiten Ebene, indem wir im Bundesgebiet erreichen wollen, daß wir einen einheitlichen Korridor dafür definieren, wie die einzelnen Gemeindeordnungen und Kommunalverfassungen der Länder gemeinsam oder zumindest abgestimmt geändert werden, weil auch der Strommarkt Mecklenburg-Vorpommerns nicht an der Grenze zu Brandenburg aufhört. Weil hier gefragt wird, was hat der Innenminister vor, sage ich noch einmal das gleiche.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Und wie lange soll das dauern? –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir werden das im Bundesgebiet abstimmen. Herr Dr. Jäger, wenn Sie die Protokolle der Innenministerkonferenz gelesen haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

werden Sie festgestellt haben, daß das Land Mecklenburg-Vorpommern für November diesen Tagesordnungspunkt beantragt hat, und ich gehe davon aus, daß wir da auch zu einem Ergebnis kommen. Dann werden wir abgestimmt, und nicht im Schnellschußverfahren, auch die rechtlichen Änderungen vornehmen, die dann für das gesamte Bundesgebiet gelten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich sage noch mal, wir arbeiten auf zwei Ebenen. Die eine ist die direkte Abstimmung zwischen den Rechtsaufsichtsbehörden, also meines Hauses und den übrigen im Lande, das sind die zwölf Landkreise, die Stadtwerke, das heißt der Verband der kommunalen Unternehmen. Wir werden in diesem Monat noch eine Besprechung haben, wo wir einen Erlaß gemeinsam abstimmen, der die Interpretationsmöglichkeit für die Stärkung der Wettbewerbssituation der Stadtwerke definiert. Und wir arbeiten zweitens daran, bundeseinheitliche Korridore zu schaffen, um einen rechtlichen Rahmen für alle Bundesländer zu erarbeiten, in dem sich dann diese Wettbewerbsstärkung vollziehen kann.

Die Schwierigkeit, die ich derzeit sehe, liegt darin, daß wir bei der Debatte über die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Stromunternehmen zu sehr, nur zu sehr über das Kommunalrecht reden. Das Kommunalrecht ist nur beschränkt in der Lage, diese Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Das ist in Teilen der Debattebeiträge schon gesagt worden.

Worum geht es? Wenn wir die nächsten fünf bis acht Jahre ins Auge nehmen und ganz seriös und nüchtern fragen, wie entwickelt sich in Mecklenburg-Vorpommern die Stadtwerklandschaft, dann sage ich Ihnen: Was wir auch immer ändern am Kommunalrecht, die entscheidende Frage ist, wie die kommunalen Unternehmen zusammenarbeiten, um dem Wettbewerbsdruck, der von den großen Stromkonzernen ausgeht, standzuhalten. Die 23 einzelnen Stadtwerke mit ihren sicherlich 3.500 Beschäftigten werden nicht in der Lage sein, dies im einzelnen zu schaffen, sondern nur dann, wenn sie kooperieren. Und da gibt es die ersten erfreulichen Ansätze in Mecklenburg-Vorpommern. Ich sehe hierzu auch keine Alternative.

Die andere Frage ist, wie wir bei der Debatte über die Universaldienstleistung der Stadtwerke die Frage nach

dem Risiko beurteilen. Herr Seidel hat das angesprochen. Ich sehe es auch etwas skeptisch, wenn wir hier den Eindruck erwecken, als wäre ein universaldienstleistendes Stadtwerk in der Lage, den Wettbewerb besser zu bestehen. Es ist immer eine Frage des Preis-Leistungs-Verhältnisses. Das Risiko, das es im Geschäft zwischen den Privaten und den Stadtwerken zu bestehen gilt, kann auch ein Innenminister keiner Kommune und keinem Stadtwerk abnehmen.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir haben deutlich gemacht, und zwar vor allem auf der parlamentarischen Tagung des Verbandes der kommunalen Unternehmen, daß wir sehr daran interessiert sind, eine praktikable tagaktuelle Lösung der Probleme in Mecklenburg-Vorpommern anzustreben. Es muß uns darum gehen, die Wettbewerbsfähigkeit der Stromunternehmen mindestens zu erhalten, wenn nicht zu verbessern. Und soweit wir als Kommunalaufsicht mit unseren Bordmitteln und dann auch durch die Gesetzgebung hierzu in der Lage sind, werden wir es tun. Aber ich sage es deutlich, der Einfluß, den wir haben, der ist begrenzt. Ich hoffe, daß wir im Zuge der Zusammenarbeit der Stadtwerke und der Stärkung der einzelnen durch den Zusammenschluß dazu kommen, daß wir auch in fünf bis acht Jahren noch kommunale Stromwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Andreas Bluhm, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Der Tagesordnungspunkt 2 „Fragestunde“ wird vereinbarungsgemäß am Donnerstag nach der Mittagspause aufgerufen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Zweite Lesung und Schlußabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/441, hierzu Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses auf Drucksache 3/689.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (1. ÄndG SpkG M-V)**
(Zweite Lesung und Schlußabstimmung)
– **Drucksache 3/441** –

**Beschlußempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses**
– **Drucksache 3/689** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der 22. Sitzung des Landtages am 24. Juni 1999 lag der Gesetzentwurf zur Ersten Änderung des Sparkassengesetzes dem Landtag zur Ersten Lesung und zur Beratung vor. Bereits anläßlich dieser Sitzung war klar, daß der Gesetzentwurf sehr rasch beraten werden sollte, um eine zügige Zweite Lesung zu ermöglichen.

Unter Berücksichtigung dieser Zielsetzung verständigten sich der federführende Finanzausschuß und der mit-

beratende Innenausschuß, eine Anhörung zu diesem Gesetz unmittelbar nach der Sommerpause, am 1. September 1999, durchzuführen. Gehört wurden Vertreter des OSGV, Verbandsobleute der Sparkassen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände. Am gleichen Tag beriet der Innenausschuß den Gesetzentwurf und übermittelte sein mitberatendes Votum. Am 2. September 1999 befaßte sich der federführende Finanzausschuß mit der Gesetzesmaterie. Sowohl bei den Anzuhörenden als auch in den Ausschüßberatungen waren die veränderten Regelungen zu den Ausschüttungsmöglichkeiten, das heißt die diesbezüglichen Erleichterungen, gekoppelt an das Verhältnis der Sicherheitsrücklage zu den wichtigsten Risikoaktiva unstrittig.

Mit unterschiedlichen Intentionen wurde die zukünftige Rolle der Aufsichtsbehörde und die beabsichtigte Regelungskompetenz hinsichtlich der Personalpolitik und der Richtlinien für die Aufwandsentschädigungen gemäß Paragraph 14 Absatz 4 des Gesetzes sowohl von den Anzuhörenden als auch von der CDU-Fraktion betrachtet.

Weiterer Diskussionsstoff im Ausschüß entstand zu folgenden Fragen:

Erstens. Ist es sinnvoll, in das Gesetz eine Passage bezüglich der Nichtanrechnung erfolgter Ausschüttungen der Sparkassen an den Gewährträger aufzunehmen, die sich auf das FAG bezieht?

Zweitens. Erscheint es zweckmäßig, ausdrücklich im Gesetz eine Passage aufzunehmen, die eine Entscheidung über eine zusätzliche Rücklage ermöglicht?

Drittens. Wie ist die Rechtsnachfolge bei der Übertragung von Zweigstellen so zu regeln, daß möglichst geringe Hürden und Kosten entstehen, zum Beispiel durch eine notarielle Beurkundung?

Hauptdiskussions- und -beratungspunkt waren im Gesetzentwurf vorgesehene Regelungen zu den Anstellungsregelungen der Vorstände. Sie verletzten nach Ansicht der OSGV die Gestaltungsmöglichkeit und Freiheit der Sparkassen. Die Kompetenz der Aufsichtsbehörde als Rechtsaufsicht würde durch einen Genehmigungsvorbehalt von Anstellungsverträgen in Richtung einer Fachaufsicht verschoben.

Der Innenausschuß folgte in seiner mitberatenden Stellungnahme dem Votum der Anzuhörenden und schlug vor, die Ziffer 7 des Artikels 1 zu streichen. Der federführende Finanzausschuß folgte diesem Votum einstimmig. Statt dessen wurde im Paragraphen 20 Absatz 1 Satz 3 eine Neufassung formuliert, die eine Pflicht des OSGV vorsieht, Empfehlungen für den Inhalt von Anstellungsverträgen zu erlassen. Beim Nichtzustandekommen solcher Empfehlungen oder im Fall beabsichtigter Abweichungen von diesen Empfehlungen ist die Zustimmung durch die Sparkassenaufsichtsbehörde vorgesehen.

Vor dem Hintergrund dieser veränderten Kompetenz der Aufsichtsbehörde war die Zustimmung der CDU-Fraktion zu den diesbezüglichen Regelungen nicht gegeben. Das exakte Abstimmungsverhalten zu den einzelnen Artikeln und Ziffern des Gesetzentwurfes entnehmen Sie bitte der Seite 9 in dem Bericht zur vorliegenden Gesetzesnovelle.

Heute muß ich das Plenum noch auf ein Detail aufmerksam machen, das so nicht explizit in der Beschlußempfehlung und dem Bericht enthalten ist. Der feder-

führende Ausschüß hat die Streichung der Ziffer 7 Artikel 1 beschlossen und dies dem Plenum zur Bestätigung vorgeschlagen. Damit würde automatisch die Ziffer 8 des Gesetzentwurfes zur Ziffer 7. Hierüber enthält die Beschlußempfehlung keine ausdrückliche Bemerkung. Unter Berücksichtigung der Regelungen des Handbuches der Rechtsförmlichkeit, Seite 146, wird daher von dieser Stelle nochmals ausdrücklich auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht. Die neue nachrückende Ziffer 7 der Beschlußempfehlung hat daher folgenden Wortlaut: „Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der Bestimmung zur Nr. 6a geändert.“ Sie können dies im Gesetzentwurf laut Drucksache 3/441 unter der alten Ziffer 8 nachlesen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Körner von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Körner.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es liegt ein arbeitsreiches Jahrzehnt hinter unseren Sparkassen. Ich erinnere an die Währungsunion. Es ging dann um Fortführung der Modernisierung unserer Sparkassen, die enormen Anstrengungen zur Fortbildung der Mitarbeiter zur Einführung elektronischer Ausstattung. Ich erinnere an die großen Investitionen unserer Sparkassen, zum Beispiel für bauliche Veränderungen bei den Hauptgebäuden, bei den Zweigstellen. Ich erinnere an die gravierenden Veränderungen im Rahmen der Kreisgebietsreform. Die Geschäftsgebiete mußten neu angepaßt werden, Zweigstellen mußten herausgelöst beziehungsweise integriert werden. Gegenwärtig arbeiten die Sparkassen an der Einführung der Parallelwährung bis hin zur vollständigen Währungsumstellung einschließlich des Bargeldverkehrs. Also ruhig werden auch die nächsten Jahre für unsere Sparkassen nicht werden, im Gegenteil. Insbesondere diese Institutionen tragen eine große Verantwortung für das Vertrauen der Menschen in die kommende beziehungsweise schon gegenwärtige Währung.

In dieser Situation wurde ein Gesetzentwurf der Landesregierung plaziert unter anderem mit dem Ziel einer Gewinnausschüttung an die gewährtragenden Kommunen. Diese Gewinnausschüttung erfolgt in Abhängigkeit vom Geschäftsergebnis und kann damit kein Selbstbedienungsladen werden. Es gibt eine ausdrückliche Befürwortung des OSGV zu dieser Gewinnausschüttung, ich zitiere aus der Stellungnahme: „Die Sparkassen können damit einen wichtigen Beitrag für die Verwirklichung kommunaler Selbstverwaltung leisten und in wahrnehmbarer Weise ihrem öffentlichen Auftrag nachkommen.“

Eine zweite Veränderung wurde vom Kollegen Nolte schon angedeutet: Die Anstellungsverträge der Vorstände sind auf eine neue Grundlage gestellt worden. Sie sind damit wirtschaftlicher, und sie können auch der Angemessenheit Rechnung tragen. Insbesondere aber in dem ersten Punkt, der Gewinnausschüttung, leisten unsere Sparkassen einen Beitrag, die Spar- und Konsolidierungsbemühungen der Haushalte der öffentlichen Hand

mitzutragen. Ich werte dies als Ausdruck der Unterstützung des Konsolidierungskurses, wie er nach Jahren der Schuldenanhäufung nun endlich auch im Deutschen Bundestag und in der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Erfolgreiche Unternehmen und die Sparkassen sind wichtige Wirtschaftsfaktoren. Dem, was erfolgreiche Unternehmen praktizieren, indem sie sich mit einem eigenen Beitrag an einem Kurs neuer Politik beteiligen, sollten sich auch einzelne Parteien nicht entziehen, weder durch unbezahlbare Finanzforderungen noch durch substanzlose Blockadepolitik. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schulz von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Schulz.

Gabriele Schulz, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die durch den Kollegen Nolte vorgestellte Beschlußempfehlung zur Änderung des Sparkassengesetzes verdeutlicht eins: Dieser Gesetzentwurf ist ein positiver. Er ist positiv für die kommunalen Gewährträger der Sparkassen, für die Sparkassen selbst, und er kann eine gewisse Vorbildwirkung nicht nur für die Mitglieder des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes ausüben.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das haben die kommunalen Spitzenverbände – wie eben Herr Körner schon sagte – in ihrer Anhörung im Innen- und Finanzausschuß am 01.09.1999 deutlich unterstrichen. Mit diesem Gesetzentwurf wird aufgrund der guten Entwicklung der Sparkassen in unserem Land die gewährträgerorientierte Neuausrichtung forciert. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes in diesem Jahr können die Sparkassen erstmalig im Jahr 2000 Teile ihres Jahresüberschusses 1999 an die Gewährträger abführen. Nach dem derzeitigen Stand, so haben wir es in der Ersten Lesung bereits festgestellt, wären das 6 Millionen DM. Das ist bei den allerorts beklagten leeren Kassen und der kommunalen Haushaltssituation eine nicht zu unterschätzende Summe.

Von wachsendem Gewicht ist der künftige Beitrag der Sparkasse zur wirtschaftsbezogenen Infrastruktur und zur sozialen und kulturellen Ausstattung der Regionen. So begleitet sie in stärkerem Maße die Verbesserung der kommunalen und regionalen Wirtschaftsstruktur. Mit den vorgesehenen möglichen Ausschüttungen wird die regionale Verankerung der Sparkassen befördert und die Nutzenstiftung im Interesse der Region deutlich verbessert. Das erhöht natürlich die Verantwortung der Verwaltungsräte, bei denen letztendlich die Entscheidungen liegen. Davon unabhängig unterliegen die Beschlüsse einem Versagungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde, also dem Finanzministerium. Ich denke, auch so wird ausgeschlossen, daß durch Ausschüttungen Gefahren für die Leistungsfähigkeit einzelner Sparkassen entstehen.

Mit dieser Regelung und mit der Bindung der Gelder insbesondere an Investitionen im öffentlichen Bereich, aber auch für gemeinnützige Zwecke wird aus Sicht meiner Fraktion verhindert, daß diese Gelder zum Ausgleich defizitärer Kommunalhaushalte verwendet werden. Die im

Zuge des Anhörungsverfahrens geäußerten kritischen Bemerkungen des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes, der kommunalen Spitzenverbände und der Vertreter einzelner Sparkassen zu einzelnen Punkten unseres Gesetzentwurfes, vor allem hinsichtlich der vorgesehenen Ergänzungsregelung für die Anstellungsverträge der Vorstände, wurden durch den Innen- und Finanzausschuß weitgehend berücksichtigt. Diese Veränderungen finden sich in der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses auf der Drucksache 3/689 wieder. Sie nehmen den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband nunmehr auch in die Pflicht, verbindliche Regelungen für die Ausgestaltung neuer Anstellungsverträge für Sparkassenvorstände zu entwickeln. Damit haben die Sparkassen und ihre Organe die von Ihnen gewünschte Verantwortung.

Meine Damen und Herren, alles in allem begrüßen wir diesen Gesetzentwurf, und ich bitte Sie namens der Fraktion der PDS um Zustimmung zur Beschlußempfehlung des Finanzausschusses.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Nolte von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Nolte.

Georg Nolte, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen dieser Debatte möchte ich noch mal die Position der CDU-Fraktion zum Gesetzentwurf verdeutlichen. Das Sparkassengesetz in seiner geänderten Fassung bietet hinsichtlich der veränderten Ausschüttungsmöglichkeiten keinen Ansatzpunkt für kontroverse Auffassungen. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände begrüßten die neuen Regelungen. Auch die angehörten Vertreter der Sparkassen sehen diese Regelung in Übereinstimmung mit ihren selbst vorgestellten Leitsätzen, die ich hier ausdrücklich zur Lektüre empfehle.

Der OSGV hob in seiner Stellungnahme bei der Anhörung ausdrücklich hervor, daß damit die Sparkassen einen wichtigen Beitrag für die Verwirklichung der kommunalen Selbstverantwortung leisteten. Herr Dr. Körner hat darauf noch mal hingewiesen. Ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt, den der OSGV dort geäußert hat. Allerdings blieb im federführenden Ausschuß bei der Beschlußfassung das Ansinnen der Sparkassen unberücksichtigt, eine zusätzliche Risikorücklage möglicherweise bilden zu können. Ebenso folgte die Koalitionsmehrheit nicht dem Antrag der CDU-Fraktion, im Paragraphen 27 eine Nichtanrechnung der Ausschüttungen auf das Finanzausgleichsgesetz zu formulieren.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist überhaupt nicht möglich.)

Dieser Antrag sollte der Befürchtung der kommunalen Spitzenverbände Rechnung tragen, daß eventuell die ausgeschütteten Beträge zu einer Schmälerung der Finanzausgleichsmasse führen könnten. Die Argumente der Koalitionsfraktionen, daß die Nichtanrechnung eine Selbstverständlichkeit sei, die auch an anderer Stelle praktiziert würde, muß sich in der Zukunft erst als richtig erweisen. Ich persönlich denke hier sofort an das Handeln der Finanzministerin, die die ursprüngliche Disposition für die finanzielle Ausgleichsmasse nach dem FAG trotz mittelfristiger Finanzplanung kürzte und deckelte und so ein gravierendes Beispiel für unzuverlässiges und kommunal unfreundliches ministerielles Handeln bot.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Sie als Finanzausschußvorsitzender sollten hier nicht
Äpfel mit Birnen vergleichen, Herr Nolte!)

Als weiterer ...

Das mag ja sein, aber Geld ist nun mal Geld, und das beziffert sich in D-Mark und später in Euro,

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

und insofern sind Äpfel mit Äpfeln verglichen, das ist völlig klar.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler –
Angelika Gramkow, PDS: Völlig inkompetent.)

Als weiterer Diskussionspunkt mit kontroversen Auffassungen sowohl in der Anhörung als auch im Finanzausschuß war die Regelung der Rechtsnachfolge bei der Übertragung von Zweigstellen zu betrachten.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist doch wohl eine Frechheit, tut mir leid.)

Die Sparkassen legten Wert darauf, daß ins Gesetz eine eindeutige Formulierung eingeht, die den öffentlich-rechtlichen Vertrag als alleinige Grundlage des Rechtsaktes festschreibt. Dazu konnten sich die Koalitionsfraktionen nicht entschließen, weil Erwägungen aus bundesrechtlicher Sicht dafür maßgebend waren. Die CDU-Fraktion hätte im Interesse der Rechtsklarheit eine präzisierende Formulierung vorgezogen, allerdings hierfür keine Mehrheit gefunden.

Eine ausgesprochen kontroverse Auffassung vertritt meine Fraktion zu der Absicht der Aufsichtsbehörde, ihre Kompetenzen auf die Anstellungsverhältnisse der Sparkassen auszudehnen. Dieses Ansinnen stieß bereits beim OSGV auf Widerstand, der sich mit diesbezüglichen Formulierungen im Gesetzentwurf regelrecht überrumpelt fühlte.

(Angelika Gramkow, PDS:
Warum wohl, Herr Nolte, warum wohl?!)

Die Sparkassen – ich darf das gern ausführen – gehen davon aus, daß sie als Geschäftsbanken agieren, und sie möchten auch als solche in der Konkurrenzlandschaft ihr Personal unter adäquaten Konditionen akquirieren.

(Angelika Gramkow, PDS:
Teuer ist nicht immer gut.)

Der Eingriff in diese Eigenregelungskompetenz durch einen Zustimmungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde für Anstellungsverträge wurde als nicht zweckdienlich angesehen. In der Anhörung wurde dieser Problemkomplex sehr deutlich von den Anzuhörenden artikuliert. Die CDU-Fraktion vertritt unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität die von den Sparkassen vorgetragene Position.

In den Ausschußberatungen konnte hierzu ein Kompromiß gefunden werden, der allerdings aus Sicht der CDU-Fraktion nicht vollständig befriedigend ist. Dieser Kompromiß hebt darauf ab, daß der OSGV verpflichtet wird, Empfehlungen für den Inhalt von Anstellungsverträgen zu formulieren. Wenn solche Empfehlungen nicht zustande kommen oder von ihnen abgewichen wird, so soll der betroffene Anstellungsvertrag dem OSGV zur Stellungnahme und der Aufsicht zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Probleme dieses Kompromisses liegen in der Kompe-

tenz des Gesetzgebers, einer Vereinigung Pflichten aufzuerlegen, die über das Gebiet eines Bundeslandes hinaus agiert.

Die zweite Klippe dieser Regelung liegt in der weiterhin bestehenden Zustimmungsmöglichkeit, Zustimmungsregelung oder im Zustimmungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde. Die CDU-Fraktion geht davon aus, daß die Rechtsaufsicht damit deutlich im Sinne einer nicht bestehenden Fachaufsicht unzulässig erweitert wird. Aus Erfahrung vertritt meine Fraktion die Auffassung, soweit wie möglich nicht staatlich einzugreifen, wo dies nicht ausdrücklich geboten ist. Wenn ich hier an die Aufsicht des Sozialministeriums gegenüber den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherung und der Rentenversicherung denke, wird der Vorbehalt deutlich. Gerade bei den Gehaltsregelungen der Aufsichtsgremien der Sozialversicherung hat die Aufsicht des Ministeriums versagt und unvertretbare Auswüchse bei Gehaltsregelungen zugelassen.

(Angelika Gramkow, PDS: Na was nun:
Begrenzen oder nicht begrenzen?)

Wenn ich an die Aufsichtswahrnehmung bei Investitionsentscheidungen denke, dann ist mir nur zu deutlich, daß die der Aufsichtsbehörde – ich komme gleich zum Schluß – darin bestand abzuwiegeln, wie das zum Beispiel bei Beanstandungen des Bundesrechnungshofes bei der BfA war.

Aus diesen Gründen wird meine Fraktion sich bei der heutigen Abstimmung der Stimme enthalten. – Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Ministerin Sigrid Keler: Ach!)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 3/441. Der Finanzausschuß empfiehlt in Ziffer I seiner Beschlussempfehlung, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den in der Beschlussempfehlung enthaltenen Maßgaben und im übrigen unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf Artikel 1 des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer in Artikel 1 den Ziffern 1 und 2 sowie der Überschrift des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Ziffern 1 und 2 sowie die Überschrift des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/689 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Ziffer 3 entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 3/689. Wer dieser Vorschrift zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Ziffer 3 entsprechend der Beschlussempfehlung mit dem gleichen Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Ziffer 4 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dieser Vorschrift zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenpro-

be. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Ziffer 4 entsprechend der Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/689 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion ebenfalls angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Ziffer 5 entsprechend der Beschlußempfehlung. Wer dieser Vorschrift zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Ziffer 5 entsprechend der Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/689 mit dem gleichen Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Ziffer 6 entsprechend der Beschlußempfehlung. Wer dieser Vorschrift zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Ziffer 6 entsprechend der Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/689 mit dem gleichen Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Ziffer 7 entsprechend der Beschlußempfehlung. In seiner Beschlußempfehlung unter Nummer 4 schlägt der Finanzausschuß vor, die Ziffer 7 des Gesetzentwurfes zu streichen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Ziffer 7 entsprechend der Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/689 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion gestrichen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Ziffer 8 entsprechend der Beschlußempfehlung. Der Abgeordnete Nolte hat im Rahmen seiner Berichterstattung darauf hingewiesen, daß für den Fall der Annahme der Ziffer 4 der Beschlußempfehlung die ursprüngliche Ziffer 8 des Gesetzentwurfes zu Ziffer 7 wird. Wer der neuen Ziffer 7 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die neue Ziffer 7 entsprechend der Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/689 mit dem gleichen Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 2 entsprechend der Beschlußempfehlung. Wer dieser Vorschrift zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 entsprechend der Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/689 mit dem gleichen Stimmverhalten angenommen.

Wir kommen zur Schlußabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im ganzen entsprechend der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/689 sowie der vom Abgeordneten Nolte vorgetragenen Änderung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlußempfehlung auf Drucksache 3/689 einschließlich der vom Abgeordneten Nolte mündlich vorgetragenen Änderung mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

In Ziffer II seiner Beschlußempfehlung empfiehlt der Finanzausschuß, einer Entschließung zustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlußempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 3/689 mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion bei einer Stimmenthaltung bei der PDS-Fraktion und Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: a) Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen, Drucksache 3/600, in Verbindung mit b) Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 1999 bis 2003 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, Drucksache 3/599.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung und
Änderung haushaltsrechtlicher Bestimmungen
(Haushaltsrechtsgesetz 2000 – HRG 2000 –)
(Erste Lesung)**

– Drucksache 3/600 –

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Mittelfristige Finanzplanung 1999 bis 2003
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung
– Drucksache 3/599 –**

Das Wort zur Einbringung hat die Finanzministerin Frau Keler. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat sich inzwischen herangesprochen, daß der Haushaltsplanentwurf 2000, den die Landesregierung heute hier einbringt, in Teilen noch einmal angepaßt werden muß. Das wird über eine Ergänzung geschehen, die in der nächsten Landtagssitzung formell vorgelegt wird. Damit wird dann das Zukunftsprogramm der Bundesregierung in den Haushaltsplan übernommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sparpaket!)

Die notwendigen Änderungen am vorliegenden Haushaltsplanentwurf werden dabei nicht im entferntesten den umwälzenden Umfang erreichen, den die Opposition seit Wochen der Öffentlichkeit weiszumachen versucht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es geht lediglich um einen ganz normalen Aktualisierungsvorgang, wie wir ihn aus den vergangenen Jahren auch schon kennen. Die Grundzüge werde ich Ihnen nachher erläutern. 99 Prozent der Titel werden von den Anpassungen völlig unberührt bleiben, kein Grund also, Herr Rehberg, die jetzige Vorlage als Altpapier zu entsorgen. Wer so etwas absolut Überflüssiges verlangt, blendet die Nachteile einfach aus, die sich aus einer verspäteten Verabschiedung des Haushalts ergeben würden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Ich denke,
das ist das eigentliche Ziel. – Zurufe von
Heinz Müller, SPD, und Heike Lorenz, PDS)

Ich komme gleich dazu.

Die sollten aber nur ausnahmsweise in Kauf genommen werden, wenn es wie beim Haushalt 1999 wegen später Wahltermine nicht anders geht. Da hat uns die CDU Verspätung vorgeworfen, heute setzt sie auf Verzögerung. Das zeigt schon ein ganz schönes Maß an Beliebigkeit,

(Heinz Müller, SPD: Immer wie es paßt.)

meine Damen und Herren von der Opposition. Und das will so gar nicht zu der von Ihnen vollmundig angekündigten konstruktiven Oppositionsarbeit passen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das ist doch Obstruktion in Reinkultur.

Wir haben auch nicht vor, ich zitiere Herrn Rehberg, „im Oktober das wirklich Wichtige klammheimlich nachzureichen“. Wenn wir tatsächlich etwas verschleiern wollten, würden wir es leichter im großen Paket verstecken können und es nicht gesondert präsentieren. Und, Herr Rehberg, welche Konsequenzen die Landesregierung aus dem Zukunftsprogramm des Bundes für ihren Haushaltsplanentwurf zieht, entscheidet immer noch das Kabinett und nicht die Finanzministerin. Dies zu Ihrem Vorwurf, die Finanzministerin wisse seit langem Bescheid, wolle aber keine Zahlen nennen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist wahr.)

Mir will scheinen, Ihre Pressemitteilungen und Kleinen Anfragen sind das einzige, was hier reif ist für den Altpapiercontainer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Wenn Sie also, meine Damen und Herren von der CDU, den Haushalt wie angekündigt schon heute in der Ersten Lesung ablehnen wollen, dann steht Ihnen das natürlich frei. Damit stellen Sie sich aber selbst ins Abseits, weil Sie sich der Legitimation berauben, an der endgültigen Gestaltung dieses Haushalts konstruktiv mitzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD: So ist es.)

Ihre Ankündigung, den Haushalt bereits vor den eigentlichen Beratungen in den Fachausschüssen abzulehnen, paßt in das Bild, das Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, seit Monaten abgeben. Nicht konstruktive Opposition, sondern Panikmache scheint Ihr oberstes Leitmotiv zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Schon zum Haushalt 1999 haben Sie sich ja den notwendigen Anpassungen beim Landeserziehungsgeld und beim Landesblindengeld mit fadenscheinigen und populistischen Argumenten widersetzt,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso?
Frau Bunge soll doch dagegen demonstrieren.)

ohne jedes Verantwortungsbewußtsein für finanzpolitische Notwendigkeiten. Jetzt spielen Sie sich als Retter der Krankenhäuser und Anwalt der Rentner auf. Und das ist schon ein Treppenwitz der Zeitgeschichte. Am Ende der Ära Kohl wurden Sonntagsreden über die notwendige Absenkung der Lohnnebenkosten gehalten mit dem Ergebnis, daß diese auf ein Rekordniveau gestiegen sind. Jetzt handelt eine Bundesregierung, senkt im Rahmen der ökologischen Steuerreform die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

legt konkrete Vorschläge zur Sicherung der Beitragsstabilität in der Krankenversicherung vor, und Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, fahren durch die Krankenhäuser und schüren mit fragwürdigen Broschüren Ängste bei den Trägern, den Arbeitnehmern und den Patienten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Weder die SPD-geführte Regierung in Berlin noch die hier in Schwerin haben es nötig, sich von denjenigen Knüppel zwischen die Beine werfen zu lassen, die jahrelang zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Sozialversicherungskassen dazu mißbraucht haben, ihre Haushaltslöcher zu stopfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Überschriften wie „Wirtschaftlich gesunde Klinik kränkelt“ in der OZ am 31. August 1999 nach einem sogenannten Informationsbesuch der Herren Rehberg und Glawe mögen zwar in Ihr Konzept passen, der Realität entsprechen sie jedoch nicht im entferntesten. Welchen Schaden sie mit solch angeblichen Informationsbesuchen anrichten, mögen Sie an der Berichterstattung darüber erkennen. Da werden vermeintliche Abschreibungsmöglichkeiten des Trägers, die es in Wahrheit nie gegeben hat, mal eben von 1,5 Millionen DM auf 150.000 DM gekürzt und dann ein Horrorgemälde über die weitere Zukunft der Klinik an die Wand gemalt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Natürlich verunsichern solche Meldungen Patienten und Personal in Krankenhäusern. Wenn das der Zweck Ihres Besuches war, dann haben Sie ihn erreicht. Unter konstruktiver Opposition verstehe ich allerdings etwas anderes.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, meine Damen und Herren von der CDU, daß es die Regierung Schröder war, die innerhalb kürzester Zeit gerade in der Gesundheitspolitik die von Ihnen angerichtete soziale Schiefelage wieder beseitigt hat

(Lutz Brauer, CDU: Seit wann schreibt
Herr Ringstorff an Schröder einen Brief?)

und zu einer sozial gerechten Gesundheitspolitik zurückgekehrt ist!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Wolfgang Riemann, CDU,
und Georg Nolte, CDU)

Das sogenannte Krankenhausnotopfer wurde gestrichen, sozial ungerechte Zuzahlungen wurden gesenkt, die nach 1978 Geborenen erhalten wieder Zahnersatzleistungen, Elemente der privaten Krankenversicherung, die die solidarische Krankenversicherung weiter schwächten, wurden zurückgenommen.

(Lorenz Caffier, CDU: Wozu ist
denn die Volksinitiative jetzt da?)

Natürlich wird sich die Landesregierung sehr intensiv sowohl zum Zukunftsprogramm als auch zur Gesundheitsreform 2000 in die laufenden Verhandlungen einbringen.

(Reinhardt Thomas, CDU:
Dann müssen die in Thüringen und
Brandenburg alles mißverstanden haben.)

Ich will auch gar nicht verschweigen, daß es den einen oder anderen Punkt gibt, der uns gerade unter landesspezifischen Gesichtspunkten nicht gefällt. An einem

kann es jedoch keinen Zweifel geben: Wer die öffentlichen Haushalte einschließlich der Sozialversicherungen entlasten will, kann einzelne Bereiche nicht von vornherein von Eingriffen verschonen.

(Angelika Gramkow, PDS: Der kann sich aber um die Einnahmen kümmern, Frau Keler. – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Lorenz Caffier, CDU: Lauter!)

Es gibt zur Sanierung der Staatsfinanzen gar keine Alternative.

(Angelika Gramkow, PDS: Warum? Das hört das Protokoll schon, und das ist wichtig.)

Solide Finanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für neue Arbeitsplätze, für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Stabilität. Nicht gelten lassen kann ich deshalb das Gerede von der sozialen Schieflage des Zukunftsprogramms. Sozial ungerecht handelt derjenige, der es zuläßt, daß auch künftig jede vierte Mark des Steuerzahlers bei irgendwelchen Großbanken die Bilanz verbessert, ohne daß der Bürger dafür eine Gegenleistung bekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Sanierung des Bundeshaushaltes hat auch mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern absolute Priorität, denn ein notleidender Bund kann uns auch beim besten Willen nicht mehr auf die Beine helfen. Wer diesen Zusammenhang einfach ausblendet, zeigt, daß er nur von zwölf bis Mittag denkt oder die frühere unsolide Finanzpolitik des Bundes fortsetzen will.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das hilft aber auch nicht weiter, denn die Konjunktur reagiert nicht nur auf die Höhe der Staatsausgaben. Der Aufschwung braucht als Basis Vertrauen in die Politik und geordnete Staatsfinanzen. Wer vertraut denn schon einer Politik, die ungeachtet der schlimmen Folgen für die zukünftige Handlungsfähigkeit des Staates den Schuldenberg Jahr für Jahr höher auftürmt? Wie heißt es so schön in einem Artikel von Klaus Peter Schmid in „Der Zeit“ vom 2. September 1999, den ich Ihrer Lektüre empfehle: „... die scheinbar gesetzmäßige Entwicklung zu immer mehr Schulden umzukehren, ... ist ... nicht Gift für die Konjunktur, sondern ein Segen.“ Und das heißt schließlich, ein solider Haushalt wird den Aufschwung stützen.

Von Altbundeskanzler Schmidt, der das erst letzte Woche in Rostock noch einmal betont hat,

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

über den alten Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer und den neuen Bundesbankpräsidenten Ernst Welteke bis zu den Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf und Harald Ringstorff heißt es: Zum Sparpaket gibt es keine Alternative. Es kann für die Länder nicht mehr darum gehen, kurzfristige Vorteile zu Lasten des Bundes zu erreichen. Die Interessen des Gesamtstaates stehen auf dem Spiel. Nur eine günstige Großwetterlage kann auch bei uns für Schönwetter sorgen.

Meine Damen und Herren, unser Haushalt 2000 ist mehr noch als der Haushalt 1999 Ausdruck der neuen Politik der Koalition aus SPD und PDS.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Wo? Wo, Frau Keler, wo?)

Warten Sie es ab! Seien Sie nicht so voreilig!

Mit dem Haushalt 1999 und der Finanzplanung 1998 bis 2002 haben wir die finanzpolitischen Leitlinien für diese Legislaturperiode vorgestellt und festgelegt. Ich darf sie hier noch einmal in aller Kürze vortragen:

Erstens. Die Finanzpolitik hat die Aufgabe, verlässlich und auf Dauer finanzierbare Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung des Landes zu schaffen.

Zweitens. Die Ausgaben werden vorrangig für zukunfts-gestaltende und zukunftsichernde Maßnahmen eingesetzt.

Drittens. Mittel der europäischen Strukturfonds werden so breit wie möglich eingesetzt.

Viertens. Die allein aus Landesmitteln finanzierten Förderprogramme bedürfen einer kritischen Überprüfung auf ihre Wirksamkeit.

Fünftens. Bis 2002 wird die Gesamtzahl der Stellen unter 46.000 liegen. Langfristig wird eine Stellenausstattung wie in den westlichen Flächenländern angestrebt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wann?)

Sechstens. Die Nettokreditaufnahme wird Jahr für Jahr weiter verringert und 2002 auf 450 Millionen DM abgesenkt.

Der Haushalt 2000 setzt diese Leitlinien deutlicher noch als der Haushalt 1999 in konkrete Handlungen um. Für uns sind Gestalten und Konsolidieren kein Widerspruch. In der aktuellen Lage gehören für uns Gestalten und Konsolidieren untrennbar zusammen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wer heute nur neue Ausgabenschwerpunkte fordert, ohne dafür eine solide Finanzierung zu finden, schafft sich nur für kurze Zeit Luft auf Kosten der Handlungsfähigkeit in der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Das sieht Schröder aber ganz anders.)

Wer so handelt, denkt nicht über den Augenblick hinaus, er verspielt die Zukunft unserer Kinder.

Konsolidierung als Selbstzweck wäre politisch ebenfalls zu kurz gegriffen, denn wir müssen unser Land entwickeln und es auf vielen Feldern voranbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das erfordert den intelligenten Einsatz der begrenzten Mittel. Darunter verstehe ich, daß wir die Haushaltsmittel übergreifend bündeln. Auf diese Weise erreichen wir wirksamere Lösungen als mit einem kleinteiligen, allein auf die Fachressorts bezogenen Einsatz der Mittel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir müssen den Flickenteppich der isolierten Fördermaßnahmen zu einem organischen Gesamtkonzept weiterentwickeln. Das gelingt uns besser und besser. Dabei hilft – das mag man glauben oder nicht – auch der Druck der engen Haushaltsspielräume. Die breiteren Einsatz-

möglichkeiten der EU-Fördermittel haben dieser Zielsetzung einen zusätzlichen Schub gegeben.

(Jürgen Seidel, CDU: Das bezweifle ich.)

Die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns ist keine Aufgabe, die in kurzer Zeit zu bewältigen wäre. Unsere Probleme können nur Schritt für Schritt angegangen und gelöst werden. In diesem Zusammenhang kann ich es nur begrüßen, wenn Frau Gramkow öffentlich sagt, daß die PDS das Tempo überschätzt habe, mit dem politische Veränderungen erlebbar und wirtschaftliche Entwicklungen wirksam werden.

(Harry Glawe, CDU: Horch, horch!)

Wesentlich sind nicht nur die besonderen Bedingungen Mecklenburg-Vorpommerns selbst, denn wir leben nicht isoliert auf einer Insel.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Wesentlich sind unsere äußeren Rahmenbedingungen, denn wir sind eingebettet in die Entwicklungen in Deutschland, in Europa und auf diesem Globus. Weil das so ist, kann auch die Wirtschaftsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern nur begrenzt von der Landesregierung beeinflußt werden. Dies zur Kenntnis zu nehmen, gebietet die intellektuelle Redlichkeit.

Vor diesem Hintergrund wäre es nicht richtig, den niedrigen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent in 1998 dem damaligen CDU-Wirtschaftsminister anzulasten.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

Umgekehrt ist es dann aber auch unzulässig, für die nach wie vor schwierige Arbeitsmarktsituation die neue Regierung aus SPD und PDS verantwortlich zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Das sind die eigenen Ziele,
die Sie formulieren. Das sind Ihre Ziele, an
denen Sie sich messen lassen müssen.)

Das darf sich auch die Landesvorsitzende der CDU nicht erlauben. Jedenfalls ist es unlauter, wenn Frau Merkel die jetzige Regierung für Schwierigkeiten, etwa im Bereich des Schiffbaus, verantwortlich machen will. Völlig unter die Gürtellinie schießt Frau Merkel, wenn sie behauptet: „Früher waren an jedem weggefallenen Arbeitsplatz Herr Seite ... und Herr Kohl Schuld.“

(Wolfgang Riemann, CDU: Genau,
Backhaus ist in den Hungerstreik getreten.)

„Also muss sich Herr Ringstorff gefallen lassen, dass er jetzt Schuld ist.“ Nachzulesen in der SVZ vom 31. August 1999.

(Zurufe von Volker Schlotmann, SPD,
und Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, ich hoffe doch sehr, daß Frau Merkel damit nicht das Niveau unserer künftigen Debatten vorgegeben hat. Solche Diffamierungen helfen niemandem und bringen uns nicht weiter. Wir alle wissen inzwischen sehr genau, daß wir bei allen Unterschieden im Denken einen langen Weg in gemeinsamer Verantwortung zu gehen haben werden und deshalb nicht auf kurzatmige Effekthaschereien setzen sollten.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung steht und fällt die Entwicklung unseres Landes insgesamt. Prosperität sichert sozialen Frieden. Ich habe schon erwähnt, daß wir durch die ökonomischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland und in den anderen Teilen dieser Erde beeinflußt werden. Zur Zeit läßt sich kein klares, kein eindeutiges Bild dieser Lage zeichnen. Wir befinden uns immer noch in einer Situation, die der Sachverständigenrat im vergangenen Herbst so treffend mit „Aufschwung zwischen Hoffen und Bangen“ bezeichnet hat. Die Turbulenzen in Südamerika und in Ostasien scheinen sich allmählich zu beruhigen. Zugleich wird die Lage in Rußland, in der Ukraine und in anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion immer labiler. In Nordamerika beobachten wir dagegen eine langanhaltende kräftige Wirtschaftskonjunktur, die sich auch in Deutschland durch steigende Exportzahlen bemerkbar macht.

Die Europäische Zentralbank sagt für die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Währungsgebiet sonnige Zeiten voraus. Das schlägt sich aber noch nicht in harten Daten nieder, sondern ist eher Ausdruck von Stimmungen auf der Basis einiger positiver Signale. Für Ostdeutschland zeigen Konjunkturtests zwar eher einen Stillstand, die wachsende Konsumbereitschaft in den ostdeutschen Bundesländern deutet jedoch auf wachsendes Vertrauen hin. Das bestätigen auch die Meinungsumfragen in Mecklenburg-Vorpommern. Danach beurteilen 71 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut beziehungsweise sehr gut.

(Wolfgang Riemann, CDU: Als Herr Seite das gesagt hat, haben Sie immer gelacht, Frau Keler.)

Dieser Wert ist der beste der letzten Jahre. Vertrauen ist wichtig für einen Wirtschaftsaufschwung, um die wachstumsfeindlichen Tendenzen des Abwartens zu durchbrechen.

(Harry Glawe, CDU: Es kommt immer
darauf an, wie ich die Frage formuliere.)

Steigender und anhaltender Konsum ist eine wichtige Wachstumsstütze.

Bei dieser aber insgesamt immer noch unklaren Entwicklung kommt es darauf an, die positiven Tendenzen zu stützen und durch unbeirrtes Festhalten an der einmal für richtig erkannten Linie Stabilität auszustrahlen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe eingangs das Motto des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes genannt: Gestalten und Konsolidieren. Kann man nicht aus dem vollen schöpfen, kann das nur heißen: Was uns voranbringt, müssen wir fördern. Dafür müssen wir in anderen Bereichen Opfer bringen. Das schmerzt nicht nur die Betroffenen, sondern auch uns, aber es ist unumgänglich, denn nur ein solide gebautes Fundament trägt auch in der Zukunft. Darum gilt, der Maßstab für den Haushalt ist seine Zukunftsfähigkeit. Genau die haben wir durch unsere solide finanzierten Schwerpunkte geschaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich werde Ihnen jetzt einige Bereiche nennen, die uns voranbringen werden:

- Wir schaffen die Rahmenbedingungen für eine positive Wirtschaftsentwicklung durch den forcierten Ausbau der Infrastrukturen. Im Jahr 2000 werden die Straßenbaumittel aufgestockt, und wir unterstützen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Durch was?)

daß der Bund aus den EU-Strukturfondsmitteln den Fernstraßenbau beschleunigt, bei uns insbesondere den Rügenzubringer und die A 241 Schwerin-Wismar.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch nicht Ihr Verdienst.)

- Neben der klassischen Wirtschaftsförderung über die GA in Verbindung mit dem EFRE sind eine Reihe neuer Fördertatbestände geschaffen worden, beispielsweise Verbesserung von Managementqualitäten in kleineren und mittleren Unternehmen, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen außerhalb der GA, Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Mittel zur Bereitstellung von Chancenkapital und die Mittel für die Technologieförderung wurden aufgestockt.
- Wir erhöhen die Mittel für die Forschungsförderung bei Einzelprojekten um 5 Millionen DM.

(Georg Nolte, CDU: Und immer zu Lasten der Investitionen.)

Zwischen dem Wirtschafts- und dem Bildungsressort besteht eine enge Zusammenarbeit bei der Überleitung von Forschungsergebnissen in die ökonomische Verwertung.

- Die Ausbildungsplatzförderung wird finanziell auf gleichem Niveau fortgesetzt.
- Die Kulturfördermittel sind zunächst auf etwa der bisherigen Höhe stabilisiert worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: 500.000 DM weniger, und das bei den Musikschulen, Frau Keler.

Dann sagen Sie das ehrlichkeitshalber auch! –

Harry Glawe, CDU: Das war ein Rundungs-

fehler. – Wolfgang Riemann, CDU:

Ach so, ein Rundungsfehler.)

Durch das Bundesprogramm „Kulturbauten in den Ländern“ erreichen wir sogar eine Steigerung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

- Im Bereich Landwirtschaft sind durch Umschichtungen neue Programme zur Förderung des ländlichen Raumes möglich geworden. Im Bereich Naturschutz und Klimaschutz sind die Förderschwerpunkte durch Umschichtung deutlich verstärkt worden. Das Moor-schutzprogramm ist ab 2000 finanziell abgesichert.

Der Wald in Mecklenburg-Vorpommern, die Nationalparke und die Naturparke

(Wolfgang Riemann, CDU:
Was ist mit dem Preußenwald?)

sind wichtige touristische Anziehungspunkte. Zugleich dürfen sie in ihrer ökologischen, aber auch in ihrer ökonomischen Bedeutung nicht unterschätzt werden. Eine nachhaltige Sicherung dieser Ressourcen wird nur dann gelingen, wenn auch die Kosten auf Dauer tragbar sind. Der Vergleich zu anderen Ländern zeigt, daß hier noch Reserven erschlossen werden können. Zur Zeit wird untersucht, wie wir diesem Ziel näher kommen. Und es zeichnen sich gute Ansätze ab. Das erlaubt uns, Herr Riemann, den Preußenwald in Landeseigentum zu übernehmen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Wann? Das haben Sie schon Mitte des letzten Jahres versprochen.)

- Das Programm AQMV wird wiederum mit 119,9 Millionen DM ausgestattet.

- Die Schulsozialarbeit ist mittelfristig abgesichert.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

- Die Städtebauförderung wird auf Vorjahresniveau gehalten, die Ausgaben für die Wohnungsbauförderung hingegen werden planmäßig zurückgenommen.
- Die Kommunen erhalten als Garantiesumme wiederum 2,5 Milliarden DM aus dem kommunalen Finanzausgleich. Dieser Betrag wird sich sogar noch erhöhen. Dazu später.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

- Mecklenburg-Vorpommern fördert den Einsatz von Multimedia. Das Konzept haben wir letzte Woche im Kabinett beschlossen. Es ist unter einer Vielzahl von Haushaltstiteln abgesichert. Wir wollen auf diesem Gebiet einen kräftigen Sprung nach vorn tun. Dabei kommt uns das modernste Kommunikationsnetz in Europa zugute.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir müssen mit diesem Pfund wuchern, und das werden wir tun.

- Wir bauen unsere Hochschullandschaft kontinuierlich weiter aus. Das sind Investitionen in die Zukunft, die sich auszahlen werden. Im Jahr 2000 sind wieder 180 Millionen DM für den Hochschulbau veranschlagt. Insgesamt lassen wir uns die Hochschulen und die Hochschulklinika pro Jahr rund 867 Millionen DM kosten.

(Harry Glawe, CDU:
Das sind doch HBFG-Mittel.)

Nur die Hälfte,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, nur die Hälfte.)

aber bei den 180 Millionen DM. Sonst, das andere ...

(Harry Glawe, CDU:
Die müssen Sie ja kofinanzieren.)

Die ganzen Personal...

(Harry Glawe, CDU: Sonst gibt der Bund das Geld doch nicht.)

Ach!

90 Millionen DM kriegen wir HBFG-Mittel,

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

und 867 Millionen DM geben wir aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Harry Glawe, CDU: Und dann muß es kofinanziert werden.)

Nun gucken Sie sich doch das mal an!

(Volker Schlotmann, SPD: Das brauchen Sie jetzt nicht zu diskutieren. In den Ausschüssen wollen Sie eh nicht mitreden. Das lehnen Sie ja ab.)

Bei den knappen Mitteln und unter dem Konsolidierungsdruck ist dies eine Kraftanstrengung, die ihresgleichen sucht.

- Gegen alle Unkenrufe sichern wir eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung an den Schulen im Land. Damit setzen wir unser Regierungsprogramm ebenso um

(Wolfgang Riemann, CDU: Das Versprechen hören wir wohl, Frau Keler.)

wie mit der Erweiterung des Netzes kleiner Grundschulen.

- Anfang 2001 wird die neue Justizvollzugsanstalt in Neustrelitz in Betrieb genommen. Dafür haben wir 40 neue Stellen veranschlagt.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Mit diesen Punkten, deren Liste ich noch erheblich verlängern könnte, setzen wir eine ganze Reihe von Ankündigungen aus der Koalitionsvereinbarung um.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Daher sollte keiner das beklagen, was wir noch nicht erreicht haben. Die positiven Akzente können sich sehen lassen, und, meine Damen und Herren, Sie können sich darauf verlassen, daß wir diesen Weg in Ruhe und Verlässlichkeit weitergehen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Wir verzichten auf reißerische Schlagzeilen,

(Zurufe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

aber wir arbeiten stetig an der Verwirklichung unseres Programms für diese Legislaturperiode.

Nun zu dem unverzichtbaren zweiten Element unserer Haushaltspolitik, zum Konsolidieren. Wir haben unser Kreditziel von 650 Millionen DM eingehalten. Das war ein hartes Stück Arbeit. Dazu muß man wissen, daß wir in zwei Bereichen zwangsläufige Mehrausgaben auszugleichen hatten, an denen kurzfristig nichts zu ändern ist. Ich meine die Ausgaben für Personal und Zinsen. Zusammen steigen allein diese beiden Positionen um 170 Millionen DM. Dabei wäre der Anstieg der Personalausgaben noch höher,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Für ein zusätzliches Ministerium. –
Angelika Gramkow, PDS: Ach Quatsch!)

wenn wir nicht konsequent Stellen abbauen würden. Wir werden bis 2002 auf unter 46.000 Stellen kommen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Fällt dem auch nichts Neues mehr ein?)

Doch das Ziel für diese Legislaturperiode beschreibt noch nicht das Ende der Stellenreduzierung. Wir müssen längerfristig auf unter 40.000 Stellen kommen.

Auch an dieser Stelle zeigt sich die unredliche Haltung der CDU.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie geißelt Ausgabensteigerungen für Personal, anstatt einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß wir den Anstieg deutlich abgebremst haben. Ist Ihnen nicht mehr in Erinnerung, was die frühere Finanzministerin Kleedehn zu den zwangsläufigen Mehrausgaben bei Personal anlässlich ihrer Haushaltsreden gesagt hat?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und ist Ihnen nicht bekannt, daß unser hoher Zinssockel in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung aufgebaut worden ist?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Heiterkeit und Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Diese Mehrbedarfe für Zinsen und Personal mußten erst mal an anderer Stelle aufgefangen werden. Und darüber hinaus mußten wir Einnahmeverbesserungen beziehungsweise Ausgabeminderungen in Höhe von 274 Millionen DM erreichen, um den Kreditbedarf auf die Zielzahl von 650 Millionen DM zu drücken. Und das war nur möglich, weil unter anderem die Steuern einschließlich Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen um 247 Millionen DM höher veranschlagt werden konnten, in erhöhtem Maße Drittmittel zur Verfügung stehen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und eigene Sparsbemühungen unterbleiben.)

die Sach- und Fachausgaben um knapp 130 Millionen DM abgesenkt werden konnten, Herr Riemann, und die Investitionsaufgaben leicht abgesenkt worden sind, um 20 Millionen DM. Wir stehen aber mit 1.806 DM pro Einwohner immer noch an dritter Stelle in Ostdeutschland.

Die Koalition aus SPD und PDS hat den Kommunen für diese Legislaturperiode Jahr für Jahr 2,5 Milliarden DM im kommunalen Finanzausgleich garantiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Viel zuwenig.)

Ich komme gleich dazu. Wer so was sagt, der kennt die Zahlen nicht.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Damit finanzieren wir weiterhin einen ganz erheblichen Anteil der kommunalen Haushalte.

(Wolfgang Riemann, CDU: Welche Großzügigkeit, Frau Keler! Welche Großzügigkeit!)

Mit unserer Finanzausgleichsmasse von 1.390 DM pro Einwohner

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Bürgermeister stehen schon Schlange, um Ihnen Dank zu sagen. – Volker Schlotmann, SPD: Der Chefkomiker der CDU tobt wieder rum.)

liegen wir ganz vorn im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern und

(Eckhardt Rehberg, CDU: Na ja, Herr Schlotmann, ich enthalte mich jetzt.)

stehen somit an der Spitze der gesamten Bundesrepublik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Andreas Bluhm, PDS)

Nehmen Sie es doch mal zur Kenntnis!

Neben der absoluten Summe spielt gerade in letzter Zeit auch die Verteilung unter den Kommunen eine wichtige Rolle. Wir sollten uns in der Haushaltsdebatte aber auf die Volumensfrage beschränken. Die interne Aufteilung sollte bei der Diskussion um das neue Finanzausgleichsgesetz geklärt werden.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Die Diskussion um die kommunale Finanzausstattung muß ehrlich geführt werden.

(Heinz Müller, SPD: Das machen wir dann.)

So betragen die Lasten der Kommunen aus dem Zukunftsprogramm nicht annähernd 85 Millionen DM pro Jahr, wie im „Überblick“, der Zeitschrift des Städte- und Gemeindetages, behauptet wurde. Wir haben das einmal nachgerechnet,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Alle anderen haben unrecht.)

und wir kommen ohne pauschaliertes Wohngeld und ohne Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz auf etwa 13 Millionen DM pro Jahr

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wo haben Sie die Ökosteuer versteckt?)

und beileibe nicht auf 85 Millionen DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo haben Sie die steigenden Soziallasten aus dem Sparpaket versteckt? Die werden nicht aufgeführt.)

Dem Kabinett habe ich gestern über die Auswirkungen des Zukunftsprogramms der Bundesregierung auf den Landeshaushalt berichtet. Neben den kommunalen Mehrbelastungen ergeben sich daraus für den Landeshaushalt Mehrbelastungen von saldiert 14,1 Millionen DM. Darin enthalten sind die Belastungen aus der Verlagerung des pauschalierten Wohngeldes und den Leistungen aus dem Unterhaltsvorschußgesetz. Über diese Punkte ist das letzte Wort mit dem Bund noch nicht gesprochen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

Außerdem entfallen Bundesmittel beim Goldenen Plan Ost in Höhe von 4 Millionen DM, bei der Wohnungsbauförderung in Höhe von 2,6 Millionen DM und bei der GA Wirtschaft in Höhe von 7,9 Millionen DM. Das bedauern wir ausdrücklich. Zusammen sind das noch einmal etwa 14 Millionen DM und keine dreistelligen Millionenbeträge, wie heute wieder in der SVZ behauptet wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Allerdings führen diese Positionen nicht zu einer Verschlechterung des Landeshaushaltes. Sie sind haushaltsneutral. Die entsprechenden Änderungen werden wir Ihnen mit einer formellen Ergänzungsliste in der Oktober-sitzung des Landtages vorlegen.

Diese Liste wird außerdem Änderungen aufgrund neuer Erkenntnisse enthalten, die wir zwischenzeitlich gewonnen haben. Die wichtigsten Punkte sind:

- Vorsorge für die Auswirkungen des Verfassungsurteils über die Zusatzversorgungssysteme der DDR mit knapp 30 Millionen DM
- Vorsorge für die Risiken aus dem breiteren Einsatz von EFRE- und ESF-Mitteln, der durch die verspätete Wirksamkeit des Operationellen Programms gefährdet ist, Volumen knapp 50 Millionen DM

Diese Risiken verdanken wir übrigens in erster Linie der unsolidarischen Haltung von Sachsen und Thüringen

(Beifall bei der SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

in der Frage der Verteilung der Strukturfondsmittel auf die neuen Mittel.

– Außerdem werden wir die globalen Minderausgaben von 20 Millionen DM im Einzelplan 12, also Hochbau, auflösen und auf die einzelnen Projekte entsprechend den heutigen Erkenntnissen umsetzen.

(Angelika Gramkow, PDS: Hervorragend! –
Georg Nolte, CDU: Da bin ich ja mal gespannt. Das war unsere Forderung.)

Das ist ja richtig.

Wie finanzieren wir das nun alles? Der Basiseffekt, der aus den verbesserten Steuereinnahmen des laufenden Haushaltsjahres resultiert, führt nach unserer Schätzung zu Mehreinnahmen von 100 Millionen DM im Jahr 2000.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Dazu kommen wir nachher noch mal.)

Das, meine Damen und Herren, sind keine Steuerträume. Das ist die Folgewirkung aus den Steuerrechtsänderungen der neuen Bundesregierung, die Folge von geschlossenen Steuerschlupflöchern und die Folge von verbesserten Konjunkturdaten in der Bundesrepublik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Georg Nolte, CDU,
und Lorenz Caffier, CDU)

Ich erinnere daran, daß wir von 1995 bis 1998 gegenüber den bereits regionalisierten Steuerschätzungen noch mehr als 700 Millionen DM an Steuerausfällen zu verkraften hatten. Nun sind wir endlich einmal in der glücklichen Situation, daß die Steuern vielleicht besser laufen als geschätzt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Kommunen partizipieren über den kommunalen Finanzausgleich an dieser Steuerermehrung mit 27,4 Millionen DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und an den sonstigen Mehreinnahmen von 2,3 Prozent partizipieren Sie nicht. Dazu deckeln Sie noch.)

Diese Summe wollen wir den Kommunen zusätzlich zu dem Betrag von 2,5 Milliarden DM zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir verzichten insoweit darauf, die nach dem Koalitionsvertrag eigentlich vorgegebene Begrenzung auf 2,5 Milliarden DM zu realisieren.

(Harry Glawe, CDU: Die Begeisterung in den Kommunen ist riesig, Frau Keler.)

Mit diesen zusätzlichen Mitteln können die Kommunen ihre Belastungen in Höhe von 13 Millionen DM aus dem Bundesprogramm abdecken.

(Angelika Gramkow, PDS:
Sehr richtig, Frau Keler.)

Und sie können die von uns beabsichtigte hälftige Kostenbeteiligung bei Unterhaltsvorschuß und pauschaliertem Wohngeld auffangen. Damit sind die Kommunen letzten Endes von den Lasten des Zukunftsprogrammes völlig freigestellt.

(Beifall bei der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS)

Da behaupte noch einer, das sei keine faire Lösung. Ich denke, es ist mehr, als die Kommunen selbst erwartet haben dürften,

(Heinz Müller, SPD: So ist es.)

und, Herr Nolte, ich habe gegenüber den Kommunen bisher immer Wort gehalten.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD – Harry Glawe, CDU: Gucken Sie mal nach Ribnitz-Damgarten, Frau Keler!)

Die CDU hier im Landtag muß sich vorwerfen lassen, daß sie ganz bewußt Falschmeldungen über das Zukunftsprogramm verbreitet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Heinz Müller, SPD: Und das FAG.)

Die CDU rückt damit immer mehr ins mosernde Abseits.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Dazu komme ich auch noch.)

Die Ministerpräsidenten Biedenkopf und Vogel machen diesen Unsinn übrigens nicht mit. Sie begrüßen das Programm grundsätzlich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist schon wieder dementiert worden.)

aber sie fordern an einzelnen Stellen Nachbesserungen. Auf einer solchen Grundlage ist ein Dialog möglich. Falschmeldungen jedoch verhindern eine sinnvolle Auseinandersetzung von vornherein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, soweit möglich, haben wir für Risiken und Unwägbarkeiten Vorsorge getroffen, so zum Beispiel für die Neuordnung der Kinderbetreuungskosten und die Sonder- und Zusatzrenten ehemaliger DDR-Bürger aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes. Das größte Problem für 2000 und für die Folgejahre bis 2006 ist für uns aber die Aufteilung der Mittel aus den EU-Strukturfonds auf die neuen Länder. Dieses Problem wiegt weit schwerer als das Sparprogramm des Bundes.

Der Sachverhalt ist stark gekürzt folgender: Von den 16,1 Milliarden Euro für die neuen Länder sollte Mecklenburg-Vorpommern nach dem bisherigen Aufteilungsschlüssel 690 Millionen DM pro Jahr bekommen. Auf dieser Grundlage hat der Bund Ende Mai die Verteilung vorgeschlagen. Darauf sind unser Haushalt und die Finanzplanung aufgebaut.

Sachsen und Thüringen haben diesen Vorschlag im Juli überraschend abgelehnt und eine Aufteilung zu Lasten von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verlangt.

(Volker Schlotmann, SPD: CDU-regierte. – Wolfgang Riemann, CDU: Dieser Verteilung hat der Bundeskanzler zugestimmt.)

Wenn es nach diesen Ländern gehen würde, würde Mecklenburg-Vorpommern über die gesamte Förderperiode insgesamt circa 600 Millionen DM verlieren. Dieses Geld würde dann zusätzlich nach Sachsen und Thüringen fließen. Übrigens würde Brandenburg 1 Milliarde DM verlieren. Das ist für uns natürlich inakzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Der Bund appelliert an die neuen Länder, sich zu einigen. Nur, dieses Problem ist nicht konsensfähig. Deshalb haben wir den Bund aufgefordert, so zu entscheiden, wie zunächst von ihm vorgeschlagen. Für uns geht es dabei um sehr viel Geld, wie Sie eben gehört haben. Wir rechnen stark auf die Kraft des Bundes, der an dieser Stelle eine Entscheidung fällen muß.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich appelliere an Sie: Nehmen Sie Einfluß auf Ihre Parteifreunde in Sachsen und Thüringen, damit sie zu einer fairen Verteilung der Strukturfondsgelder zurückkehren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Zugleich mit dem Haushaltsplanentwurf 2000 bringt die Landesregierung auch den Finanzplan 1999 bis 2003 in den Landtag ein. In diesem Finanzplan haben wir den Kreditbedarf für 2003 weiter auf 400 Millionen DM abgesenkt.

Ich habe bereits dargestellt, warum diese Finanzpolitik für Mecklenburg-Vorpommern ohne Alternative ist. Das haben wir ausführlich im Finanzplan 1998 bis 2002 dargestellt. Es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, dieses Ziel zu erreichen. Reserven, die dem Haushalt zugeführt werden könnten, gibt es kaum noch. Deshalb werden wir unbeirrt an dem Konsolidierungskurs festhalten müssen. Der Haushalt 2000 zeigt, daß Konsolidierung nicht gleichgesetzt werden kann mit Verzicht auf politische Gestaltung. Die Gestaltungsspielräume werden enger, das verlangt uns mehr Kooperation und mehr Kreativität ab.

Zum Schluß. Ich vertraue darauf, daß dafür noch Reserven mobilisiert werden können. Ich hoffe auf sachliche und anregende Ausschußberatungen und gehe davon aus, daß die Opposition zu konstruktiver Mitarbeit findet.

(Beifall bei der SPD und Angelika Gramkow, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Wir lassen uns überraschen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Ministerin.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von insgesamt 150 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Ministerpräsident Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Willi Brandt hat einmal gesagt: „Wer morgen sicher leben will, muß heute für Reformen kämpfen.“ Auf die Haushaltspolitik übertragen heißt das: Wer morgen einen handlungsfähigen Staat haben will, der muß heute seine Staatsfinanzen in Ordnung bringen. Und mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2003 setzt die Landesregierung ihren Kurs der Haushaltskonsolidierung konsequent fort. Wir brauchen einen soliden Haushalt, weil wir gemeinsam mit allen gutwilligen gesellschaftlichen Kräften Mecklenburg-Vorpommern voranbringen wollen.

Es steht außer Zweifel – eine solide Finanzpolitik erfordert in der heutigen Zeit viel Mut zur Verantwortung, und

deshalb sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern ganz offen und ehrlich die Wahrheit.

(Wolfgang Riemann, CDU: Seit wann das?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir müssen den Gürtel enger schnallen, damit unsere Kinder und Kindeskindern morgen und übermorgen eine Perspektive haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Besonders im Osten.)

damit unser Land eine Zukunft hat. Es wäre der falsche Weg, die Staatsverschuldung weiter in die Höhe zu treiben. Die steigenden Ausgaben für Zinsen werden uns sonst der Möglichkeit berauben, dringende Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur vornehmen zu können.

Und deshalb sage ich als Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern: Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Grundlage für Wachstum und Beschäftigung, sie sind die Voraussetzung für Arbeitsplätze und soziale Stabilität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist höchste Zeit, daß wir uns dem Problem der Staatsverschuldung stellen, sonst fallen wir auch im Konzert der europäischen Länder zurück. Allein der Bund, meine Damen und Herren, ist heute mit 1.500 Milliarden DM verschuldet. Das ist die große Erblast aus der Ära Kohl der CDU-geführten Bundesregierung, die wir mehr und mehr zu spüren bekommen.

(Zuruf von Gesine Skrzepski, CDU)

Von jeder Steuermark gibt der Bund heute nahezu 25 Pfennig an die Banken, nur um die Zinsen zu bezahlen, die aus der hohen Schuldenlast resultieren. 230 Millionen DM jeden Tag sind die Zahlungen für Zinsen aus dem Bundeshaushalt. Das müssen Sie sich einmal vorstellen. Das, meine Damen und Herren, ist Umverteilung von unten nach oben, das ist sozial ungerecht.

(Beifall bei der SPD und Andreas Bluhm, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Die ganze Wiedervereinigung ist ungerecht, nicht, Herr Ringstorff?!)

Das ist die Wiedervereinigung, die unsolid finanziert wurde, weil Ihr ehemaliger Kanzler geglaubt hat, man könne die Lasten der Wiedervereinigung aus der Portokasse,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

allein aus den Zuwächsen finanzieren. Und das war eine Fehlkalkulation. Er hat die ausgestreckte Hand der SPD nicht angenommen, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Welchen denn? Durch die Steuererhöhungen oder welchen? – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Meine Damen und Herren, wir dürfen den Weg in den Schuldenstaat nicht weitergehen, jetzt gilt es, die Zukunft zu sichern.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund sage ich unmißverständlich: Mit Ihrem Zukunftsprogramm zur Haushaltskonsolidierung ist die Bundesregierung, ist Bundesfinanzminister Eichel prinzipiell auf dem richtigen Kurs.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Das Programm verbindet notwendige Konsolidierung mit sozialem Augenmaß und setzt gezielt Wachstumsimpulse. Entscheidend für Mecklenburg-Vorpommern und damit ausschlaggebend für mich als Ministerpräsident ist aber, daß der Kurs der Bundesregierung richtig ist, gerade für Ostdeutschland und auch für Mecklenburg-Vorpommern, denn gerade wir – und das bitte ich Sie zu überlegen – sind auch in Zukunft auf die Hilfe des Bundes angewiesen, und mit ihrem Sparkurs bleibt die Bundesregierung handlungsfähig, um den Aufbau Ost mit großer Intensität fortzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ohne Geld aus Berlin gibt es keinen weiteren Ausbau der Infrastruktur, fehlen die Mittel für Investoren zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sind unsere sozialen Sicherungssysteme in Gefahr. Und damit das ein für allemal klar ist: Ich unterstütze den Konsolidierungskurs der Bundesregierung, weil es dazu keine verantwortbare Alternative gibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da sind Sie aber der einzige Ministerpräsident. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Die Finanzministerin hat es schon angedeutet, daß über einige Details des Programms noch zu diskutieren sein wird. Ich bin aber für das Konzept des Bundesfinanzministers, weil der Kurs der Bundesregierung im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist. Wir müssen auf mittlere Sicht wieder unsere Fähigkeit zur politischen Gestaltung gewinnen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Angelika Gramkow, PDS: Aber doch mit den Menschen, und nicht gegen sie.)

damit wir die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit einer sozial gerechten Politik in eine sichere Zukunft führen können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das glaubt Ihnen doch keiner mehr! – Sylvia Bretschneider, SPD: Sie müssen nicht von sich auf andere schließen, Herr Riemann!)

Die Opposition in Mecklenburg-Vorpommern hat – und Sie schon gar nicht, Herr Riemann – diesen Zusammenhang bisher nicht verstanden. Statt dessen möchten Sie Geld ausgeben, wo keines mehr vorhanden ist, weil das Geld zu Ihren Regierungszeiten bereits ausgegeben wurde, weil Sie das Tafelsilber der Bundesrepublik weitgehend verscherbelt haben. Deshalb stelle ich ganz nüchtern und sachlich fest: Die CDU kann nicht mit Geld umgehen.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Unruhe bei der CDU – Sylvia Bretschneider, SPD: Richtig. – Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wer vom Bund finanzielle Mittel des Aufbaus Ost einfordert, darf sich nicht selbst den notwendigen Konsolidierungsanstrengungen verweigern. Und im übrigen: Im Vergleich zu 1998 wird im Jahr 2000 mehr für den Aufbau Ost ausgegeben. Auch das lassen Sie sich einmal sagen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: O Gott, das gibt's nicht, das gibt's nicht! Das gibt es wirklich nicht!)

So hat die Landesregierung, meine Damen und Herren, um zur Konsolidierung beizutragen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der lügt uns hier das Blaue vom Himmel runter. Das gibt es nicht! Ohne rot zu werden.)

eine Mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die über vier Jahre von 1999 bis 2002 eine Nettokreditaufnahme von insgesamt 2,6 Milliarden DM vorsieht. Im Gegensatz dazu hat die ehemalige CDU/F.D.P.-Landesregierung allein im Haushaltsjahr 1994 Kredite in Höhe von 2,7 Milliarden DM aufgenommen, also in einem einzigen Haushaltsjahr mehr, als wir in einer ganzen Legislaturperiode aufnehmen. Wir müssen ja Kredite vor allen Dingen deshalb aufnehmen – die Finanzministerin hat es gesagt –, weil uns die Zinslasten auch schon drücken.

Meine Damen und Herren von der CDU, das war nicht nur aus heutiger Sicht verantwortungslos, es war eine Politik gegen die Zukunft unserer Menschen,

(Beifall Dr. Henning Klostermann, SPD)

und damit ist es bei der SPD/PDS-Regierung nun vorbei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Martina Bunge, PDS)

Beobachtet man das Auftreten der Opposition in der Sommerpause, finden sich leider alle vermeintlichen Vorurteile aus der Vergangenheit bestätigt. Ohne seriösen Hintergrund werden konsumtive Ausgaben gefordert frei nach dem Motto „Im Himmel ist Jahrmarkt“.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Richtig schäbig wird es, wenn man wider besseres Wissen versucht, alte und kranke Menschen zu verunsichern.

(Heike Lorenz, PDS: Ja.)

Da werden Krankenhäuser und Patienten mit falschen Zahlen über Betten- und Personalabbau konfrontiert,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Wo ist denn Herr Glawe eigentlich?)

da werden Rentner schlichtweg hinters Licht geführt. Nehmen wir doch nur einmal Ihre Rentenkampagne. Sie versuchen, den Rentnern und Rentnerinnen einzureden, daß ihre Renten in den nächsten zwei Jahren gekürzt werden. Sie wissen selbst, das ist blanker Unsinn. Kein Rentner wird in den kommenden zwei Jahren weniger im Portemonnaie haben, nur der Anstieg der Renten wird für zwei Jahre auf die Preissteigerungsrate begrenzt. Keinem Rentner wird etwas genommen, keinem wird es schlechter gehen. Das wissen Sie, und wenn Sie trotzdem von Rentenkürzung sprechen, nenne ich das die Rentenlüge der CDU!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am heutigen Tag bringt die Landesregierung termingerecht den Haushaltsentwurf für das Jahr 2000 ein. Das gebietet uns die Landeshaushaltsordnung, und das gebietet uns auch unsere Achtung vor dem Parlament. Sie wollen ja angeblich etwas anderes, um uns dann wieder kritisieren zu können.

Mit dem heute vorgelegten Haushaltsentwurf wollen wir Ihnen Planungssicherheit geben. Im Vorfeld der heutigen Sitzung ist dabei von vielen Seiten spekuliert worden, ob

der Haushaltsplan angesichts des Zukunftsprogramms der Bundesregierung Bestand haben wird. Ich kann Ihnen heute und hier sagen: Die Landesregierung legt verlässliche Zahlen vor, die alle Risiken abdecken werden. Die Finanzministerin hat an dieser Stelle ja bereits erläutert, wie sie die zusätzlichen Lasten abfängt, mit Ruhe, Konsequenz und Verantwortungsbewußtsein wie die gesamte Landesregierung.

Meine Damen und Herren von der Opposition, heute zeigt sich, Ihre Zahlen, die Sie in die Öffentlichkeit gestreut haben, waren völlig aus der Luft gegriffen. Auch hier ging es Ihnen wiederum nicht um die Wahrheit, sondern um die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Verunsichern, diffamieren, falsche Zahlen streuen, schwarzmachen – das ist die Arbeitsweise der Opposition in Mecklenburg-Vorpommern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Anfang des Jahres haben Sie uns weismachen wollen, wegen der rot-roten Regierung würden keine Touristen mehr nach Mecklenburg-Vorpommern kommen.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Schauen Sie sich die Zahlen an! Wir werden wahrscheinlich wieder Spitzenreiter beim Zuwachs sein.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Sie sind trotz CDU gekommen, schauen Sie sich die Zahlen an!)

Anfang des Jahres haben Sie uns weismachen wollen, es kämen ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Die kommen vor allem in das schwarze Vorpommern, Dr. Ringstorff, da sind die größten Steigerungsraten.)

Anfang des Jahres ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Herr Riemann, auch wenn Sie es nicht hören mögen, ich muß Ihnen das sagen: Anfang des Jahres wollten Sie uns weismachen, es kämen keine Investoren mehr in das Land Mecklenburg-Vorpommern, weil die Bürger hier falsch gewählt haben. Ich kann Ihnen sagen, daß das Statistische Landesamt festgestellt hat, daß Mecklenburg-Vorpommern den größten Zuwachs an produzierendem Gewerbe unter den neuen Bundesländern im ersten Halbjahr dieses Jahres hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das sind die Tatsachen in Mecklenburg-Vorpommern, und Ihre Worte von Horrorszenarien und Chaospolitik nutzen sich langsam ab, meine Damen und Herren. Sie reden das Land herunter.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Im Interesse, uns zu schaden, nehmen Sie billigend Rufschädigung für das Land in Kauf. Vielleicht erreichen Sie damit kurzfristige Erfolge, aber auf lange Zeit nicht. Wer sich auf Kosten seines Heimatlandes profilieren will, meine Damen und Herren, der ist schlecht beraten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Im gemeinsamen Interesse unseres Landes fordere ich Sie deshalb auf: Seien Sie endlich bereit für eine konstruktive Arbeit im Parlament! Machen Sie endlich konstruktive Vorschläge, über die man seriös diskutieren kann!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ein solider Sparkurs ist nur ein Standbein für die Zukunft unseres Landes. Wir brauchen dazu eine Politik für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze, und hier gilt es, durch gezielte Zukunftsinvestitionen die richtigen Weichen zu stellen. Anstatt, wie in der Vergangenheit häufig geschehen, das Geld mit der Gießkanne zu verteilen, setzt diese Landesregierung eindeutige Schwerpunkte,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo?)

um den Aufbau des Landes weiter voranzutreiben.

Die Infrastruktur unseres Landes wird nicht zuletzt mit Unterstützung der neuen Bundesregierung zielgerichtet entwickelt, zum Beispiel bei der A 241, dem Seehafen Rostock sowie der Anbindung der Inseln Rügen und Usedom.

Und ich war schon überrascht, als ich heute die SVZ las, wo Herr Seidel zitiert wird,

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, ich auch.)

der einmal eine Binsenweisheit ausspricht. Er sagt, ein Ersatz von Landesmitteln durch EU-Mittel, etwa bei der Existenzgründerförderung oder im Straßenbau, klinge zwar gut, es bedeute aber zugleich den Verlust dieser Gelder für die Förderung weiterer Investitionen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Das ist uns natürlich auch klar, daß wir, wenn wir an einer Stelle investieren, nicht noch an einer anderen investieren. Aber dann kommt, immerhin löse eine Fördermark in der gewerblichen Wirtschaft 3 DM an Investitionen aus, im Straßenbau jedoch nur eine.

(Wolfgang Riemann, CDU: Auch das ist richtig. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Nein, das ist eben nicht richtig. Ich werde Ihnen das erläutern.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nun rechnen Sie das mal vor!)

Herr Seidel spricht sich gegen eine weitere Förderung des Straßenbaus in Mecklenburg-Vorpommern aus,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Angelika Gramkow, PDS)

müßte doch aber als Wirtschaftsminister wissen, daß eine vernünftige Infrastruktur Voraussetzung ist für weitere Investitionen der gewerblichen Wirtschaft in unserem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Sylvia Bretschneider, SPD: Deshalb ist er
ja auch nicht mehr Wirtschaftsminister.)

Meine Damen und Herren, im Bereich der Ausbildungsplätze unternehmen wir alle Anstrengungen,

(Reinhardt Thomas, CDU: Sie können
noch ein paar Jahre weitermachen, dann
werden wir noch viel mehr Unsinn hören.)

um gemeinsam mit der Wirtschaft jedem Jugendlichen in seiner Heimat eine Lehrstelle anbieten zu können. Zukunftspotentiale für wirtschaftliches Wachstum in Mecklenburg-Vorpommern werden von uns konsequent gefördert. Dazu zählen zum Beispiel die Biotechnologie, die Informations- und Kommunikationstechnik – die Finanzministerin hat darauf hingewiesen –, maritime Technologien, die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die Medizintechnik oder auch arbeitsintensive Dienstleistungen. Und mit der Bewerbung um die Endlinienfertigung des A3XX kämpft Mecklenburg-Vorpommern um eines der größten Industrieprojekte unserer Zeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Heidmarie Beyer, SPD: Richtig.)

Im Bündnis für Arbeit – und das ist neu für Mecklenburg-Vorpommern – sitzen wir gemeinsam mit allen wichtigen Akteuren an einem Tisch, um das Beste für die Zukunft des Landes zu entwickeln, die besten Konzepte. Keine Veranstaltung – das sage ich hier deutlich – für kurzfristige Showeffekte, sondern für langfristige Erfolge.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, erste Erfolge sind sichtbar.

(Wolfgang Riemann, CDU:
8.000 Arbeitslose mehr.)

Es gibt eine positive Grundstimmung in unserem Land. Mecklenburg-Vorpommern arbeitet sich langsam nach oben.

(Wolfgang Riemann, CDU: An die
letzte Stelle des Wirtschaftswachstums.)

Ich habe schon darauf hingewiesen: Im ersten Halbjahr dieses Jahres – Sie hören das nicht gern, Herr Riemann, deshalb schreien Sie hier ständig dazwischen – hatten wir im produzierenden Gewerbe die höchste Zuwachsrate aller Ostländer. Beim Tourismus werden wir am Ende des Jahres mit unseren Wachstumsraten wahrscheinlich wieder an der Spitze aller Länder stehen. Natürlich wäre es schön, wenn wir schon weiter wären, gerade auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenzahlen können niemanden zufriedenstellen, schon gar nicht den Ministerpräsidenten. Wir werden deshalb auch im kommenden Haushaltsjahr unsere Politik für mehr Arbeitsplätze fortsetzen. Aber auch hier sind wir alle gemeinsam gefordert. Unser oberstes Ziel bleibt, Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen, und deshalb halten wir die Investitionsquote im Landeshaushalt weiter hoch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Georg Nolte, CDU:
Nie war sie so niedrig wie heute.)

In einigen Regionen ist die Arbeitslosigkeit aber so hoch, daß wir auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt weiter etwas tun müssen, denn wenn es darauf ankommt, die Menschen in Lohn und Beschäftigung zu bringen, finanzieren wir letztlich lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und da unterscheiden wir uns ganz deutlich von der CDU, während Frau Merkel gerade das Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit dem Rotstift opfern will. Durch dieses Programm – hören Sie sich die Zahlen an – haben bei uns in Mecklenburg-Vorpommern bis Ende August 12.171 Jugendliche einen Ausbildungsplatz oder eine Weiterbildung erhalten,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und die Jugendarbeitslosigkeit stieg von 16 auf 19 Prozent.)

und die Jugendarbeitslosigkeit ist im Vergleich zum Vorjahresmonat um 8,9 Prozentpunkte zurückgegangen, Herr Riemann.

Lassen Sie sich das einmal sagen: Verbreiten Sie hier nicht schon wieder falsche Zahlen mit Ihren Zwischenrufen! Wir werden uns mit der Jugendarbeitslosigkeit nicht abfinden, meine Damen und Herren. Wir tun etwas für die Jugend, damit sie Arbeit bekommt. Und wir werden uns nicht von Ihnen, Herr Riemann, auch von der CDU nicht davon abbringen lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Dr. Martina Bunge, PDS)

Wir unterstützen ausdrücklich die Fortführung des Programmes gegen Jugendarbeitslosigkeit auch im nächsten Jahr.

Herr Präsident,

(Georg Nolte, CDU: Frau Präsidentin!)

meine Damen und Herren, wir konsolidieren die Staatsfinanzen, weil wir den Standort Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Kräften unseres Landes voranbringen wollen. Mehr noch: Wir brauchen eine breite Standortoffensive für unser Land, und bei knappen Ressourcen bedeutet das, daß jede Mark sinnvoll ausgegeben, sinnvoll eingesetzt werden muß.

Ich persönlich werde mich mit Unternehmern dieses Landes gemeinsam an einen Tisch setzen, um offen darüber zu reden, wie wir zusammen den Standort Mecklenburg-Vorpommern verbessern können.

Meine Damen und Herren, wir zeigen mit diesem Haushalt, daß die Landesregierung Kurs hält mit ihrer Politik – für mehr Arbeitsplätze, für mehr soziale Gerechtigkeit und für Investitionen in die Zukunft unserer Jugend.

(Wolfgang Riemann, CDU: Besonders im Osten.)

Dieser Haushalt erfüllt sicher nicht alle Wünsche. Aber es ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

(Lutz Brauer, CDU: Unsozial.)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, damit es weiter vorangeht in unserem Land, wünsche ich mir konstruktive und zügige Haushaltsberatungen. Lassen Sie uns gemeinsam handeln für Mecklenburg-Vorpommern mit Vernunft und Augenmaß, Mut und Verantwortung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir heute den Haushalt des Jahres 2000 diskutieren, dann tun wir es vor dem Hintergrund von einem Jahr Rot-Grün in Bonn beziehungsweise Berlin und einem Jahr Rot-Rot hier in Schwerin. Vor diesem Hintergrund folgende Bemerkungen: erstens die Wirtschaft stagniert, zweitens die Arbeitslosigkeit steigt – und, Herr Ringstorff, ich sage Ihnen eines zu: ...

(Friedbert Grams, CDU: Der ist nicht da. – Lorenz Caffier, CDU: Der ist gar nicht da.)

Ja. Er hat ja offenbar – das ist ja auch ein Punkt – weder Stil noch Anstand in diesem Parlament.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Er hat eben als Abgeordneter Ringstorff geredet und nicht als Ministerpräsident. Er ist nicht mal in der Lage, die Form zu wahren und von der Regierungsbank aus zu reden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ooh!)

Ich finde das mittlerweile wirklich schlimm, was den Stil und Anstand in diesem Parlament gerade vom Ministerpräsidenten betrifft. Und wenn er sich jetzt noch verdrückt,

(Lutz Brauer, CDU: Das Weite sucht.)

vor der Debatte das Weite sucht, dann muß ich mich fragen: Herr Ringstorff, warum haben Sie überhaupt geredet?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Scheuen Sie die Auseinandersetzung mit der Opposition, oder warum verdrücken Sie sich?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Ringstorff, ich sage Ihnen eines zu: Ab dem nächsten Monat gibt es in der CDU-Fraktion eine Ringstorff-Uhr. Und zwar werden wir dann aufweisen: Hat sich etwas in diesem Land verbessert auf dem Arbeitsmarkt, oder hat sich nichts verbessert? Herr Ringstorff, ich sehe nicht die soziale Gerechtigkeit. Die soziale Lage wird schlechter. Und wenn Sie den Rentnern im Osten über zwei Jahre lediglich eine Rentenerhöhung auf Basis des Inflationsausgleiches zumuten und nicht einmal ansatzweise, wie es ja zumindest Stolpe getan hat, darauf hinweisen, daß die Rentner im Osten dann strukturell weniger haben als die im Westen, dann frage ich mich ganz einfach: Für wen sind Sie Ministerpräsident?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und die Unzufriedenheit der Menschen nimmt zu. Ja, wie kommt es denn zustande? Wollen Sie 190.000 Menschen in diesem Land für dumm verkaufen, die die Volksinitiative gegen eine 2-Klassen-Medizin im Osten unterschrieben haben, und ihnen unterstellen, daß sie nicht wissen, was die rot-grüne Bundesregierung und die rot-rote Regierung im Bereich Gesundheitswesen machen? Das sind doch keine Horrorszenerarien!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

190.000 Menschen haben sich gegen Ihre Politik gewandt.

Meine Damen und Herren, die soziale Schieflage ist da, bei Renten besonders im Osten, im Gesundheitswesen besonders im Osten. Und Sie schmücken sich hier mit Blumen, 71 Prozent der Menschen hätten eine positive Grundstimmung. Ich muß Ihnen sagen: Der Sommer war phantastisch, der Spätsommer ist noch phantastischer.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, das ist wegen Rot-Rot, zum ersten Mal.)

Deswegen kommen wahrscheinlich auch die Tourismuszahlen zustande. Nur, mit einem Lorbeerkrans sollten Sie sich nicht schmücken:

(Wolfgang Riemann, CDU:
Gott Ringstorff hat das Wetter gemacht.)

mit den Investitionen im ersten Halbjahr 1999. Da gilt ein Dankeschön dem Ministerpräsidenten Berndt Seite und dem Wirtschaftsminister Jürgen Seidel insbesondere,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

denn die Investitionen sind in 1997 und 1998 angeschoben worden, und nicht in 1999!

Ich kann Ihnen auch sagen, warum die Menschen unzufrieden sind. Ich habe eigentlich von einem Ministerpräsidenten Ringstorff erwartet, wenn er sich denn hier schon mal zum Beginn der Debatte zum Haushalt hinstellt – Regierungserklärungen hat er ja bis auf die erste noch keine weitere abgegeben –, daß er sagt, wohin dieses Land soll, wo die Stärken des Landes liegen, wo die Potentiale von Mecklenburg-Vorpommern sind, und nicht einfach Haushaltstitel daherbetet, die angeblich aufgesetzt worden sind. Denn die allermeisten, von denen er gesagt hat, sie sind rauf-, die Politikpunkte, die sind nämlich runtergegangen.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen, Herr Ministerpräsident Ringstorff. Wenn Sie davon sprechen, wir wollen Forschung und Innovation vorantreiben, warum kürzen Sie die allgemeinen Bewilligungen im Bereich Hochschulen um über 15 Millionen DM, über 12 Prozent? Das heißt, Sie nehmen doch diesem Land Entwicklungspotentiale. Übrigens, diese Mittel sind insbesondere für Kleinausstattungen im Forschungsbereich und viele andere Dinge mehr vorgesehen. 15 Millionen DM! Oder halten Sie es für gerechtfertigt, wenn Sie von Innovation reden, daß die Mittel für die Einführung neuer Medien in Schulen gekürzt werden um rund 1,5 Millionen DM? Haben wir genug Computer in den Schulen? Stehen sie schon in der Grundschule? Schon zehnjährige Kinder wollen daran arbeiten. Nein, die Landesregierung zieht sich hier aus der Verantwortung, offenbar ein Verschiebebahnhof, denn die Schulträger sollen's übernehmen.

(Lutz Brauer, CDU: Die Gymnasien.)

Aber denen kappen Sie dann noch mal die Gelder im kommunalen Finanzausgleich. Das ist Zukunftspolitik, wie sie Rot-Rot in Schwerin versteht. Nein, es ist Zukunftspolitik gegen Forschung und Entwicklung, und es geht auch gegen Bildung, wenn Sie diese beiden Positionen weiter auf dem Stand belassen, wie Sie sie in den Haushalt eingestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren! Offen und ehrlich, und die Wahrheit sagen wir, hat der Ministerpräsident verkündet. Auch Frau Keler hat das so beschrieben. Meine Damen und Herren, schämen Sie sich gar nicht?! Lesen Sie sich doch mal Ihre Wahlprogramme durch, die von SPD und PDS hier im Land, das Bundeswahlprogramm! Oder lesen Sie sich die Reden durch, die Sie seit 1990 in diesem Landtag gehalten haben! Sie werden doch daran gemessen – und Frau Keler, Sie haben Fairneß eingeklagt –, wie Sie sich seit acht Jahren in der Politik in Mecklenburg-Vorpommern gebärden. Und wenn Sie sagen, Frau Merkel hat völlig unter der Gürtellinie gearbeitet, vielleicht schicke ich Ihnen mal ein paar Kopien der Reden des Herrn Ringstorff als Fraktionsvorsitzender hier im Landtag zu – aber das wäre ja noch verständlich, wenn man als Oppositionsführer so redet, wie er eben geredet hat –,

nein, als stellvertretender Ministerpräsident, als Wirtschaftsminister und als Fraktionsvorsitzender der großen Koalition. Ich denke, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren von der Regierung, Sie haben zuhauf Wahlversprechen gebrochen. Sie sind im vergangenen Herbst angetreten in Berlin und hier in Schwerin und haben den kleinen Leuten das Blaue vom Himmel versprochen. Man müsse nur ein bißchen von oben nach unten verteilen, alles zur Chefsache erklären, die Verantwortung für alles Schlechte auf die alte Regierung schieben, und schon würden sich sämtliche Mißstände in Bund und Land gleichsam von selbst auflösen. Die Steuern würden gesenkt, die Renten erhöht, der Beitragssatz hierfür reduziert, das Gesundheitssystem reformiert, ohne daß es jemandem weh täte. Die Ausgaben für Forschung und Bildung sollten sich in vier Jahren verdoppeln, die EU-Beiträge spürbar reduziert und die Arbeitslosenzahlen im Schnitt um über 250.000 pro Jahr zurückgeführt werden.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Doch diese Reduzierung erfolgt jetzt schlicht durch Buchungstricks, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und zwar setzen Sie auf die biologische Lösung, und Sie setzen darauf, daß aufgrund der demographischen Entwicklung die Arbeitslosenzahlen im Jahr 2002 bei 3,5 Millionen liegen werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Und das werden Sie dann als einen Riesenerfolg von SPD-Politik verkaufen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und keiner ist mehr in Arbeit gekommen.)

Sie haben sich einen weiteren Trick ausgedacht. Es wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nicht mehr erhoben. Das heißt, Sie blenden die wichtige Zahl aus, wie viele Menschen im ersten Arbeitsmarkt beschäftigt sind, denn das ist die entscheidende Zahl. Haben wir hier einen Zuwachs? Nicht die Arbeitslosenquote ist die entscheidende Zahl,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

sondern vielmehr, ob Sie mehr neue Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schauspielertricks.)

Und auf einmal ist Sparen die goldene politische Lösung. Sparen, Konsolidieren geht über alles.

(Georg Nolte, CDU: Wie im Saarland.)

Wissen Sie, ich wundere mich besonders, daß ich während des Bundestagswahlkampfes nichts von der Sanierung der Staatsfinanzen gehört habe. Wenn das heute ein Mann auf seine Fahnen schreibt, wo der Niedersächsische Staatsgerichtshof dreimal seinen Landshaushalt für verfassungswidrig erklärt hat,

(Georg Nolte, CDU: So ist es.)

dann kann ich nur sagen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Armes Deutschland!)

wer als Abteilungsleiter versagt hat, sollte als Vorstandsvorsitzender nicht so laut herumposaunen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jetzt hat man sich ein neues Spiel in der Berliner Politik und auch in der Schweriner Politik ausgedacht. Man will die Menschen mit Zahlen erdrücken. Man will ihnen mit Zahlen angst machen, mit 1,5 Billionen DM Schulden, die der Bund angehäuft hat.

Frau Keler, Helmut Schmidt ist der schlechteste Zeuge dafür, darauf hinzuweisen, mit soliden Staatsfinanzen zu arbeiten. Helmut Schmidt hat 1982 308,9 Milliarden DM an Staatsschulden der Kohl-Regierung hinterlassen.

(Heike Lorenz, PDS: Herr Kohl das Vierfache.)

Übrigens 1969 hat nicht eine Mark an Schulden bestanden in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialliberale Koalition hat mit null Mark Schulden angefangen.

(Ministerin Sigrid Keler:
Das stimmt doch überhaupt nicht.)

Ich komme noch auf den Zwischenruf: „Herr Kohl das Vierfache.“

Wissen Sie, was mich auch immer wundert? Die Vergesslichkeit einzelner, was Sie hier in den letzten acht Jahren gefordert haben, ob Sie Fraktionsvorsitzende, finanzpolitische Sprecherin waren oder Ausschußvorsitzende im Haushaltsausschuß. Sie sollten sich wirklich mal Ihre alten Reden durchlesen, was Sie an zusätzlichen Geldern in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990/91 eingefordert haben. Ich hoffe, daß Ihnen wenigstens mal die Blässe oder die Röte ins Gesicht steigt, je nachdem, wenn Sie sich daran erinnern, was Sie hier und heute gesagt haben.

Meine Damen und Herren! Es gibt keine schreckliche Erblast der Regierung Kohl.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Richtig ist eins, nämlich daß die Regierung Kohl die deutsche Einheit realisiert und verwirklicht hat.

(Gesine Skrzepski, CDU: Richtig.)

Und wenn Sie wenigstens mal so ehrlich sind und von den 1,5 Billionen DM die Sondervermögen rausrechnen – Erblastentilgungsfonds, das ist fast eine halbe Billion –

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

und dann noch sagen, wie groß die Nettotransfers von 1991 bis 1998 waren – wovon hat das Land Mecklenburg-Vorpommern gelebt, daß es auch heute gerade mal jede zweite Mark selbst erwirtschaften kann über Steuern? –, und Sie dann ehrlich sagen, daß das ein einmaliger Vorgang in der Geschichte war. Ich sage Ihnen eins, ich halte diese Schulden zur Tilgung der Lasten der Teilung für 100 Prozent gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß Ihnen sagen, Herr Ministerpräsident, ich habe Ihre vorherigen Funktionen aufgezählt, auch Sie sollten sich Ihre ehemaligen Reden vornehmen. Ich kann mich entsinnen, als der Fonds Deutsche Einheit umgestellt werden sollte auf den Bundesfinanz- und Länderfinanzausgleich, da haben Sie hier wörtlich gesagt, der Bund saniert sich auf Kosten der neuen Länder und auf Kosten der Kommunen. Herr Ringstorff, was Sie heute machen –

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

damals war es übrigens umgekehrt, die neuen Länder haben mehr Geld gekriegt, sie haben eine rechtliche

Sicherheit bekommen und waren nicht Jahr für Jahr vom Bundeshaushalt abhängig, das war ein guter und wichtiger Schritt zu diesem Zeitpunkt –,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

was machen Sie denn, Herr Ministerpräsident, mit Ihrem kommunalen Finanzausgleich?

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Ich habe Sie heute zu drei Vierteln erlebt, daß Sie die unsoziale, die Kahlschlagpolitik, die schlechte Politik von Schröder gegenüber den neuen Bundesländern nur verteidigen. Ich muß Ihnen eins sagen, Herr Ministerpräsident, lesen Sie sich noch mal Ihren Amtseid durch! Sie sind nicht auf Herrn Schröder verpflichtet, Sie sind auf das Land Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und ein weiteres Märchen verbreiten Sie, ein echtes Märchen. Schröder, Lafontaine haben 1999 einen Bundeshaushalt auf den Tisch gepackt – das war nicht Lafontaine alleine, der soll heute zum Buhmann gemacht werden –, der um 30 Milliarden DM höher war als der Bundeshaushalt 1998. Herr Schlotmann, auch wenn Sie jetzt griesgrämig gucken,

(Reinhardt Thomas, CDU:
Und das wollen sie einsparen.)

das entspricht den Tatsachen – um 30 Milliarden DM höher! Jetzt auf einmal wollen Sie 30 Milliarden DM wieder einkassieren. Ja, wo sind die 30 Milliarden DM? Wo sind sie denn untersetzt? Ein Teil sind globale Minderausgaben, rund 4,2 Milliarden DM, insbesondere in den Bereichen Haushalte, Verkehr, Verteidigung und Wirtschaft, die auch die neuen Bundesländer noch betreffen können, und ein weiterer Teil ist einfach eine Lastenverschiebung, Unterhaltsvorschuß, Wohngeld und originäre Arbeitslosenhilfe, zu Lasten der Länder und der Kommunen. Sie kommen überhaupt nicht auf eine Einsparung von 30 Milliarden DM. Selbst wenn Sie die 30 Milliarden DM realisieren sollten, dann liegen Sie im Jahr 2000 immer noch 7,5 Milliarden DM über dem Bundeshaushalt von 1998. Meine Damen und Herren, von Sparen ist bei Rot-Grün in Berlin überhaupt keine Rede.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Wenn sich der Ministerpräsident hier hinstellt und sagt, daß die Sanierung der Staatsfinanzen das Gebot der Stunde ist, um ein weiteres Wirtschaftswachstum zu erreichen und soziale Gerechtigkeit, Herr Ministerpräsident, dann gebe ich Ihnen einen Rat: Befassen Sie sich mit der Mittelfristigen Finanzplanung von Herrn Schröder und Herrn Eichel! Da ist es nämlich so, sie werden bis zum Jahr 2003 weitere 220 Milliarden DM an Schulden anhäufen. Und da kann ich nun wirklich nicht erkennen, daß man von einer soliden Finanzpolitik reden kann. Und vielleicht gucken Sie doch noch mal in den Duden rein, was das Wort „sparen“ wirklich bedeutet!

Sie sparen im Bundeshaushalt für das Jahr 2003 eine Investitionsquote – so niedrig war sie noch nie – von 10,3 Prozent. Die Forschungsinvestitionen werden dann um fast 600 Millionen DM niedriger sein als heute.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die sollten doch eigentlich verdoppelt werden.)

Genau. Soviel zu Wahrheit und Ehrlichkeit! Von einer Verdoppelung war im Wahlprogramm die Rede.

Ich denke, meine Damen und Herren von der SPD, Sie kennen Herrn Flassbeck. Herr Flassbeck war mal Konjunkturabteilungschef im DIW, das der SPD relativ nahe steht. Das DIW prognostiziert bis zum Jahr 2003 durch die rot-grüne Politik eine Lastenverschiebung auf Länder, Kommunen und Sozialkassen von 20 Milliarden DM. Keine Zahlen von uns, Zahlen des DIW. Ich frage mich in diesem Zusammenhang, ob hinsichtlich des prinzipiellen Vorgehens Herr Eichel von Frau Keler oder Frau Keler von Herrn Eichel gelernt hat, auch wenn ich das FAG betrachte. Eins steht in jedem Fall fest, begriffen haben offenbar beide nichts.

Und übrigens, Herr Ringstorff, wir sind im Bundesvergleich am unteren Ende angelangt bei der Investitionsquote: 23,3 Prozent! Wo wollen Sie mit dieser Investitionsquote hin? Sie kommen ja langsam auf bayerisches Niveau,

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

und die Bayern haben das höchste Niveau im Westen. Saarland, Niedersachsen, die krebzen so bei zehn Prozent rum. Da fragt man sich doch: Wie wollen Sie hier das Land entwickeln? Ich gehe übrigens noch mal darauf ein, Frau Keler, daß Sie das Wort „sparen“ wirklich überhaupt nicht begriffen haben. Wenn ich das Wort „sparen“ positiv besetze, dann mache ich mir Gedanken, wie ich mit weniger Geld mehr einnehme. Sie machen sich nur Gedanken, wie Sie weniger Geld hinbekommen – ob mit Taschenspieler- oder Buchungstrick, das ist Ihnen ziemlich Wurscht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch Sie, Herr Ministerpräsident, haben hier ein Drohpotential aufgebaut, so, wie es Herr Eichel zweimal den neuen Bundesländern gegenüber gemacht hat. Ich will Ihnen nur eins sagen: Ich war in vielen Runden bei Helmut Kohl dabei, Fraktionsvorsitzendenrunden und anderes. Eins ist nie passiert, daß uns gedroht wurde, wenn wir nicht politisch willfährig sind, daß uns die Gelder gekürzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das ist eine neue Qualität von Politik einer Bundesregierung gegenüber Landesregierungen. Und wenn Sie hier noch verteidigen, daß der Aufbau Ost dann nicht mit der großen Intensität fortgeführt wird, ja sagen Sie mal, wo ist denn die Intensität? Sie wollen doch in den nächsten drei Jahren etwa 27 Milliarden DM sparen, pro Jahr zwischen 8 und 9 Milliarden DM, nicht nur direkt beim Aufbau Ost, sondern Sie wollen zum Beispiel den Rentnern in die Tasche greifen. Denen greifen Sie nämlich nicht nur nächstes Jahr ganz kräftig in die Tasche, sondern auch die darauffolgenden Jahre. Das kann man alles sehr schön ausrechnen.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Eins müßten Sie bitte zur Kenntnis nehmen – Frau Keler, ich kann Ihnen auch gerne die entsprechende Internetadresse geben –, diesen Zahlen ist nie widersprochen worden. Die neuen Länder betrifft es insgesamt mit 8 Milliarden DM, davon 5 Milliarden DM im Bereich der gesetzlichen Leistungen und 3 Milliarden DM hinsichtlich der Auswirkungen auf die Landeshaushalte, auf die persönlichen Einkünfte, auf Kommunen, auf die Bundesanstalt für

Arbeit und auf die BvS. Es ist doch wirklich so, daß viele Dinge ...

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler)

Frau Keler, ich habe das nie anders gesagt.

Für Mecklenburg-Vorpommern sind das knapp 1 Milliarde DM. Ich werde nachher noch darauf eingehen.

Und Sie haben gestern in Ihrer Pressekonferenz ja mehr als rumgeeeiert. Was ist denn mit der Alterssicherung der Landwirte? Was ist denn mit den Gasölbeihilfen? Sind das keine Gelder, die auch Unternehmen und Personen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern zugute kommen? Ich bin sehr gespannt darauf, muß ich Ihnen sagen, wie groß die Summe der Mindereinnahmen für Mecklenburg-Vorpommern über den Bund dann letztendlich ausgewiesen wird, wenn die letzte globale Minderausgabe im Bundeshaushalt 2000 aufgelöst ist, wenn wir dann einen Strich drunterziehen.

Noch einmal zu den Rentnern. Diese Drohpotentiale, die aufgebaut werden gegenüber den neuen Ländern, halte ich für völlig unangemessen. Und, Herr Ringstorff, wir haben nie behauptet, daß die Rentner weniger in der Tasche haben.

(Dr. Manfred Reißmann, SPD: Doch.)

Nein, das haben wir nie behauptet.

Was aber richtig ist, ist, daß die Rentner in den nächsten beiden Jahren rund 2.300 DM weniger in der Tasche haben würden, als wenn die Nettolohnentwicklung nach wie vor die Grundlage der Anpassungsstruktur wäre. Wie stellen Sie sich überhaupt zu dem Thema, daß die Rentner in den neuen Ländern in den letzten Jahren

(Reinhard Dankert, SPD: 4.000 DM weniger.)

ja erheblich höhere Nettolohnzuwächse als Anpassung erhalten haben als im Westen, weil natürlich dadurch, daß Basis West und der Osttarif steigen, höhere Nettolohnentwicklungsprozente zustande kommen? Ich muß Ihnen eins sagen, nach diesen beiden Jahren sehe ich überhaupt keine Chance mehr, nicht mal ansatzweise die Chance, daß die Ostrentner in absehbarer Zukunft noch mal auf 100 Prozent der Westrente kommen. Und das erklären Sie bitte den Leuten draußen! Die Verantwortung tragen Sie, weil Sie dieses ja so begrüßen.

Und noch einen Satz zu den Rentnern in den neuen Bundesländern. Das ist größtenteils das einzige Einkommen, das Rentner hier haben. In der Regel können sie nicht auf privates Vermögen zurückgreifen, und in der Regel haben sie auch keine private Altersvorsorge beziehungsweise betriebliche Vorsorge. Also ist die Rente in der Regel das einzige Einkommen. Das sieht übrigens in den alten Bundesländern grundsätzlich anders aus, weil die über 40 Jahre eine andere Struktur hatten. Herr Ringstorff, Sie sollten sich schämen, hier nicht die Interessen der Rentnerinnen und Rentner in Mecklenburg-Vorpommern wahrzunehmen, sondern in Nibelungentreue zu Herrn Schröder zu stehen!

(Beifall bei der CDU)

Kollege Gerloff ist jetzt leider nicht da, Ökosteuer ist Abzocksteuer. Aus der Ökosteuer – und, Frau Keler, hier können ja gegebenenfalls auch Steuerermehreinnahmen herkommen – inklusive der Mehrwertsteuer werden in den nächsten Jahren 105,5 Milliarden DM hereinkommen.

Davon will die Bundesregierung lediglich 41,2 Milliarden DM zur Reduzierung bei den Rentenbeiträgen verwenden. Es bleibt also ein Saldo von 64,3 Milliarden DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht mal die Hälfte! Versprochen und gebrochen!)

Herr Dankert, auch hier wieder Quelle DIW, SPD-nah. Das sind nicht unsere Zahlen. Das heißt, hier werden Löcher im Bundeshaushalt gefüllt. Und deswegen nochmals, wir von der CDU wollen keine Steuererhöhungen. Steuererhöhungen sind in der Regel das unsozialste, was es gibt.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Und gerade bei der Ökosteuern tragen Rentner, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose mit dazu bei, aber es erfolgt überhaupt keine Kompensation, in keinem Gebiet! Das ist die Realität!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und jetzt wollen Sie noch weiter in diesem Bereich. Ich gehe nur in den Bereich der originären Arbeitslosenhilfe. Das wollen Sie jetzt noch auf die Kommunen schieben und auf Sozialhilfesätze herunterdrücken. Ich finde das unsozial und unverschämt, was Sie hier betreiben, gerade gegenüber den sozial Schwachen. Mit sozialer Gerechtigkeit, meine Damen und Herren von der SPD, hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Und Frau Keler bringt auch keinen Ausgleich dafür.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden diesen Haushalt ablehnen. Das ist sicher ein einmaliger Vorgang, aber dieser Haushalt ist Altpapier.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das sieht man doch hier an der Beteiligung der Koalition, daß das Altpapier ist.)

Und Sie werden, Frau Finanzministerin, scheinchenweise, wirklich scheinchenweise mit der Wahrheit dann Stück für Stück kommen.

Was mich am meisten gewundert hat, Sie haben gesagt, Sie hätten vor der Haushaltsdebatte keine Angst. Nun frage ich mich aber, nachdem Sie gestern die Pressekonzferenz gegeben haben: Wo kommen denn auf einmal die 100 Millionen DM her? Eine Steuerschätzung gibt es nach meiner Kenntnis zweimal im Jahr: im Mai und im Herbst, im Oktober/November.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Die werden von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe durchgeführt und dann auch regionalisiert. Und auf einmal – da müssen sich ja auch Ihre Ministerkolleginnen und -kollegen ausgetrickst fühlen – ziehen Sie 100 Millionen DM Steuermehreinnahmen hervor, obwohl Sie nach meiner Kenntnis noch in den '99er Haushaltsberatungen gesagt haben, Sie rechnen eher mit Steuermindereinnahmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Frau Keler, das sind weder Luftbuchungen noch Buchungstricks, das sind unseriöse Taschenspielertricks, die Sie hier vornehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mehr kann man dazu nicht sagen.

Und wenn, meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungsfraktionen, Sie das alles so mitmachen, dann muß ich Sie fragen: Welches Verständnis haben Sie von parlamentarischer Arbeit?

(Reinhardt Thomas, CDU: Keins.)

Sie kriegen hier einen Haushalt vorgelegt, wo ich zwei Entwürfe im Bereich Staatshochbau/Landtag habe, und zwar den Kuessner-Entwurf und den Keler-Entwurf, die sich um 5,5 Millionen DM unterscheiden.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Nimm mir nicht alles weg!)

Ein toller Vorgang! Sie kriegen einen Haushalt vorgelegt, in dem das FAG nicht eingearbeitet ist, die Reduzierungen Sonderbedarf, kommunaler Aufbaufonds, Fehlbedarfszuweisungen um je 5 Millionen DM. Sie kriegen einen Haushalt vorgelegt, in dem die Polizei nicht eingearbeitet ist. Sie kriegen einen Haushaltsentwurf, in dem das Versorgungsrücklagengesetz, das seit dem 1. Januar in Kraft ist, nicht eingearbeitet ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: In Kraft sein sollte.)

In Kraft sein sollte.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das wurde doch verschlafen.)

Aber auf jeden Fall sind die Auswirkungen nicht dabei. Ich könnte die Punkte fortführen.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, für mich ist solch ein Papier schlicht Altpapier. Es gehört in den Reißwolf oder in den Papierkorb. Eine seriöse Beratung zu diesem Landeshaushalt ist doch ab der kommenden Woche überhaupt nicht möglich. Und, Frau Keler, wenn Sie weiterhin sagen, die Auswirkungen betragen für den Landeshaushalt 13, eventuell 14 Millionen DM, aber 67 erwarten Sie noch –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

das steht ja in der gestrigen Pressemitteilung gleich im nächsten Satz –, ja, dann schieben Sie doch gleich die 67 Millionen DM mit rein! Machen Sie das doch gleich heute kund, in welchen Bereichen das passiert!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe hier nur Teile genannt, die nach unserer Auffassung fehlen, wo Haushaltstricks angewendet werden. Und Sie, Frau Keler, besitzen die Frechheit, die politische Frechheit, hier zu sagen, das seien seriöse Zahlen. Uns geht es nicht darum, irgendwelche Haushaltsberatungen zu verhindern. Ich habe Sie ja nun fast drei Jahre als Finanzministerin erlebt. Ich denke, Sie haben eine CDU-Fraktion erlebt, die immer sehr kooperativ bei den Haushaltsberatungen war,

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

nur das, was hier und heute abläuft, einen Landeshaushalt einzubringen, in dem wesentliche Auswirkungen des Bonner Sparpakets nicht vorhanden sind, in dem das FAG fehlt, in dem andere Dinge fehlen, die einfach vorhanden sein müssen – über Ihlenberg will ich gar nicht reden, das wird mein Kollege Riemann nachher in aller Ausführlichkeit tun –, das ist einfach eine politische Frechheit gegenüber diesem Parlament, nicht nur uns gegenüber. Ich sage es noch mal, meine Damen und Herren von PDS und

SPD, wenn Sie sich dieses gefallen lassen, dann ist das Ihr Problem, nicht unseres.

Kommen wir nun im Detail zu den Zahlen, die angeblich keine Auswirkungen auf den Haushalt von Mecklenburg-Vorpommern haben. Was ist mit dem Bereich Alterssicherung der Landwirte, landwirtschaftliche Unfallversicherung, landwirtschaftliche Krankenversicherung? Was ist mit der GA „Agrarstruktur und Küstenschutz“? Was ist – das hat schon indirekt Auswirkungen, muß nicht im Landeshaushalt eingearbeitet werden – mit der Einsparung der Strukturanpassungsmaßnahmen Ost hinsichtlich der Wirtschaftsunternehmen? SAM Ost – gekürzt um insgesamt 800 Millionen DM in 2000, 1,1 Milliarden DM in den Folgejahren. Da müßten doch gerade Sie, die den zweiten Arbeitsmarkt so hochhalten, förmlich aufschreien, wenn 1,1 Milliarden DM im Jahr 2001 für die neuen Bundesländer fehlen. Wohngeld, Abwälzung von einer dreiviertel Milliarde DM pro Jahr, zwischen 750 und 847 Millionen DM dann im Jahr 2003. Ich darf Ihnen nur diese Liste aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Kollegen Luther empfehlen, die ist noch in keiner Art und Weise vom Bundesfinanzministerium dementiert worden.

Frau Keler, Sie werden doch wohl in der Lage sein, da Sie ja – und die Unterlagen haben wir – seit dem 10. August im Besitz der CD-ROM hierzu sind, uns rechtzeitig zu Beginn der Haushaltsberatungen die Daten zur Verfügung zu stellen. Und was ich Ihnen noch mal ganz persönlich sagen muß: Ich halte es für völlig unangemessen, wenn eine Mitarbeiterin von Ihnen mir hinterhertelefoniert und mich dazu bringen will, auf das Datum zur Beantwortung der Kleinen Anfrage zu verzichten und daß ich mich auf den 12. oder 13. September festlegen soll. Frau Keler, was haben Sie für ein Verständnis dazu, welche Rechte Abgeordnete haben?

(Zuruf von Friedbert Grams, CDU)

Ich sage Ihnen noch mal, Sie haben seit Wochen die Daten bei sich im Haus, und Sie hätten sie den anderen Ressorts zur Verfügung stellen und letztendlich auch rechtzeitig in den Landeshaushalt einarbeiten können. Sie haben es einfach nicht getan.

Meine Damen und Herren! Sie stehen ja voll hinter diesem Sparpaket. Beim Unterhaltsvorschuß, beim Wohngeld, da wollen Sie noch mal diskutieren. Was mich mehr als schockiert hat, das ist die Einstellung des Ministerpräsidenten zum Unterhaltsvorschuß und zum pauschalieren Wohngeld. Am 7. September lobte er die Bundeskürzungen beim Wohngeld und beim Unterhaltsvorschuß in folgender Art und Weise: „Wenn ich das Geld vollständig von Dritten bekomme, habe ich beispielsweise kein Interesse, säumige Väter, die nicht zahlen, aufzuspüren.“ Herr Ringstorff, wie sollen Kommunen die Väter finden, wenn es schon der Bund nicht kann? Vielleicht sollten wir jetzt den Müttern kein Geld mehr geben, damit sie selber die Väter ihrer Kinder suchen?! Was soll denn allein dieser Ansatz im Verwaltungshandeln? Das heißt, jetzt muß die kleine Gemeinde oder das Amt – das werden Sie ja noch regeln müssen, das haben Sie ja bisher nicht geregelt, ...

(Friedbert Grams, CDU: Das wurde bisher in der Kommune behandelt. – Heike Lorenz, PDS: Das wird auch bisher in der Kommune bearbeitet. Das ist doch Unfug, was Sie erzählen.)

Das bearbeiten, sehr verehrte Frau Kollegin, die Jugendämter der Landkreise.

(Heike Lorenz, PDS: Richtig. Und der Landkreis ist eine Kommune.)

Der Landkreis ist ausführend, aber jetzt sind es die Gemeinden. Warum?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Jetzt kriegt er das Stottern.)

Welchen Sinn hat es denn,

(Heike Lorenz, PDS: Erzählen Sie doch nicht, daß die Gemeinde nachforschen muß!)

ein Amt mit 5.000 Einwohnern, mit 16 Angestellten damit zu belasten? Ja, welchen Sinn hat es? Welchen Sinn, das frage ich Sie, hat es, daß der Unterhaltsvorschuß jetzt von den Kommunen getragen werden muß?

(Heike Lorenz, PDS: Das ist eine andere Frage.)

Ich sehe da überhaupt keinen Sinn.

Und wenn ich Sie weiter zitieren darf, zum Wohngeld führten Sie aus: „Es gibt tatsächlich eine nicht unerhebliche Zahl von Fällen, wo Wohngeldbezieher doch in sehr großen Wohnungen leben, die oft auch städtischen Wohnungsbaugesellschaften gehören, die an der Vermietung natürlich ein Interesse haben.“ Ich muß Ihnen sagen: Was haben Sie für eine Einstellung, was haben Sie für eine Kenntnis? Welche Unverfrorenheit und soziale Kälte besitzen Sie gegenüber den Betroffenen? Das Wohngeld ist doch nur ein Teil der Miete. Und wer wirklich in einer großen Wohnung sitzt, der wird aus eigenem Interesse dafür sorgen, in eine kleinere umzuziehen. Völlig unberührt davon ist übrigens das Tragen der Miete von den Sozialämtern bei Sozialhilfeempfängern. Über die Zumutbarkeitsregelungen kann man da trefflich diskutieren, aber jetzt den Kommunen zu unterstellen und auch den Wohnungsgesellschaften, daß sie ganz bewußt Zwei- oder Dreipersonenhaushalte in Fünf- und Sechsräumwohnungen belassen, das ist doch völlig daneben. Herr Ringstorff, lassen Sie sich bessere Begründungen für Ihre soziale Kälte und für Ihre politische Unverfrorenheit einfällen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heidemarie Beyer, SPD: Das müssen Sie uns sagen!)

Frau Beyer, dieses Recht haben wir heute, Ihnen das zu sagen. Sie haben den demographischen Faktor bei der Rente, auch Sie hier im Parlament, als unsozial bezeichnet. Aber was Sie heute mit den Rentnern machen, in zwei Jahren die gleiche oder fast die gleiche Nettolohnsumme – es sind anderthalb Prozentpunkte mehr –, wie wir es in fünfzehn Jahren wollten, und dann zielgerichtet auf eine Rentenreform zuarbeiten. Übrigens die Rentenreform sehe ich nicht mal ansatzweise. Im Augenblick machen Sie nur eins: Lafontaine hat 30 Milliarden DM in siegestrunkenen Sektaune ausgegeben, und die muß Herr Eichel jetzt wieder einkassieren. Das ist die Politik, die Sie im Augenblick betreiben, und die Zeche müssen insbesondere Rentner, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose zahlen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich mache Ihnen deswegen den Vorwurf, weil Sie noch vor einem Jahr und vor zwei Jahren ganz anders geredet haben. Und diese Vorwürfe von gebrochenen Wahlversprechen müssen Sie ganz einfach zur Kenntnis nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind doch in

Thüringen nicht umsonst drittstärkste Partei mit 18,5 Prozent geworden. Das kann uns als CDU doch auch nicht freuen. Und ich denke mal, am Sonntag in Sachsen erleben Sie dasselbe Debakel. Zwei Gründe sind dafür für mich entscheidend: erst mal die rot-grüne Politik in Bonn und zweitens Ihr nicht geklärtes Verhältnis zur PDS.

(Reinhardt Thomas, CDU: Doch, Herr Ringstorff ist unser bester Wahlkämpfer.)

Und gucken Sie sich die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern an! Die sind auch nicht viel besser. Uns haben die Menschen im Herbst 1998 abgewählt, aber in so kurzer Frist solche Klatsche vom Wähler zu kriegen, das ist einmalig in der deutschen Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Reinhardt Thomas, CDU: Ringstorff ist
unser bester Wahlkämpfer! Auch in Sachsen.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es einen Energiemarkt gibt, wo die Preise sinken, scheint man im Finanzministerium noch nicht mitbekommen zu haben. Daß es einen Telekommunikationsmarkt gibt, wo auch die Preise sinken, scheint man auch noch nicht mitgekriegt zu haben. Im Finanzministerium steigen die Mittel für Fernmeldeanlagen um 5,6 Prozent. Ich habe den Eindruck, da muß besonders viel, aus welchen Gründen auch immer, telefoniert werden. Wo sind denn die Einsparpotentiale in den Erläuterungen zum Haushalt?

Auf den doppelten Plan im Staatshochbau bin ich schon eingegangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie halten wir es mit der politischen Wahrheit? Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der PDS, ich weiß gar nicht, ob Ihr Landeswahlprogramm mittlerweile so heiß vor Lügen geworden ist, daß Sie es gar nicht mehr anfassen können.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Ihre Sorgen möchte ich haben!)

Wenn ich nur einen Punkt herausgreifen darf: Sie wollten ursprünglich mal die Kulturförderung bei einem Prozent des gesamten Haushaltsvolumens festschreiben. Jetzt tragen Sie mit, zumindest Ihre Minister – ich weiß ja nicht, wie das Verhältnis zwischen den Fraktionen und den drei PDS-Ministern in der Landesregierung ist –,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist
doch auch nicht Ihr Problem.)

daß die Kulturförderung noch mal um 1,34 Millionen DM gekürzt wird. Meine Damen und Herren, das ist Kulturpolitik à la Rot-Rot, und am meisten müssen die darunter bluten, wo die Kommunen eh schon Probleme haben, die Finanzierung mit aufzutreiben, und das sind die Musikschulen.

Hundertprozentige Unterrichtsversorgung – Frau Keler, es tut mir leid, gehen Sie in Ribnitz-Damgarten in die Berufsschule! Und jetzt wird es noch schlimmer: Gehen Sie in die G- und L-Schulen, wo sich mittlerweile Eltern, Erzieher und Lehrer beschweren, daß die Unterrichtsversorgung nicht mehr gesichert werden kann. Herr Kauffold ignoriert das ja einfach in seinem Antwortschreiben. Ich glaube nicht, daß dort Erzieher und Eltern übertreiben. Wissen Sie, ich habe noch Verständnis dafür, daß ein Französisch- oder Englischlehrer fehlt, aber wenn Sie jetzt

schon in dem Bereich nicht mehr in der Lage sind, die hundertprozentige Versorgung zu sichern, wenn Sie in den Berufsschulen dazu schon seit Jahren nicht in der Lage sind, denn Sie stellen seit 1994 die Kultusministerin oder besetzen das Kultusministerium, und Sie, Frau Keler, sind seit 1996 Finanzministerin, kann ich Ihnen nur eins prophezeien: Wir werden im September des Jahres 2000 ganz genau Rechenschaft von Ihnen einfordern. Sichern Sie die Unterrichtsversorgung ab, so, wie Sie es versprochen haben, oder haben Sie hier auch nur wieder mehr als politisch getäuscht?

Herr Minister Kauffold, Sie lassen sich 8,4 Millionen DM für Aushilfskräfte wegnehmen. Sie erhöhen aber gleichzeitig – und das ist bei fast allen Ressorts so – die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit um fast vier Prozent. Also die Verpackung, habe ich den Eindruck, wird aufwendiger, um den immer dürftiger werdenden Inhalt zu kaschieren.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich denke aber, Sie werden auf Dauer nicht die Öffentlichkeit hinters Licht führen können.

Ich will noch mal den Bereich Schule ansprechen. Für die Bereitstellung neuer Medien an den Schulen wird um 2,55 Millionen DM gekürzt. Herr Kauffold, Sie müssen dann schon dem Parlament und der Öffentlichkeit erklären, wie Sie Ihr hochtragendes Qualitätskonzept an den allgemeinbildenden Schulen letztendlich verwirklichen wollen, wenn Sie in diesem Bereich solches Wegstreichen zulassen wollen.

Und nochmals, damit Sie auch wissen, Herr Minister, daß ich mich mit dem Haushalt beschäftigt habe: Im Einzelplan 07, Kapitel 0770 lassen Sie eine Streichung von 15,4 Millionen DM im Titel „Bewilligungen für Wissenschaft, Forschung und Hochschulen“ zu. Ist das Ausdruck neuer Politik? Wenn das der Ausdruck der neuen Politik von SPD und PDS ist, dann sage ich: Gute Nacht, Mecklenburg-Vorpommern, dann wirst du dich nicht fortentwickeln können!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Ministerin Keler! Die Wahrheit bei den EU-Mitteln ist eine andere. Die Wahrheit ist folgende: Für März 2000 beim Berliner EU-Gipfel hat sich diese Bundesregierung darauf eingelassen, daß die EU-Kommission einen neuen Verteilerschlüssel auflagen kann. Das heißt, man hat sich nicht strikt für den alten eingesetzt, den ich für gerechter halte. Es kann nicht rein nach Bevölkerung gehen, es müssen Arbeitsmarktindikatoren, Infrastrukturindikatoren und andere mit dabei sein.

Ich zitiere hier die „Frankfurter Rundschau“, die ist auf keinen Fall CDU-nah, weil ja nun Sachsen und Thüringen CDU-geführte Regierungen haben: „Nach den Regeln der gemeinschaftlichen Strukturpolitik ist die innerstaatliche Verteilung dieser Gelder ausschließlich Sache der jeweiligen Zentralregierung. Allerdings prüft die Kommission die Fördertöpfe.“ Und weiter: „Erwartet wird jetzt ein Kompromißvorschlag des Bundesfinanzministeriums, der allerdings kaum noch in diesem Monat zu erwarten ist.“

Frau Ministerin, wenn Schröder zuläßt, daß ein neuer Verteilungsmodus möglich sein kann, und wenn Herr Eichel oder Herr Lafontaine nicht entschieden haben, dann können Sie doch Sachsen und Thüringen nicht den Vorwurf dafür machen, daß sie sagen, den für uns günsti-

geren wollen wir haben. Hier wird ganz klar, das war in den Jahren zuvor auch immer so: Der Bund muß entscheiden. Herr Schröder hat es zugelassen, und Eichel ist nicht in der Lage zu entscheiden, und jetzt schieben Sie nicht Sachsen und Thüringen die Schuld in die Schuhe, sondern wenden Sie sich endlich an Herrn Eichel, ans Bundesfinanzministerium, daß der entscheidet und möglichst zu unseren Gunsten!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler)

Frau Keler, ich finde das nicht so lächerlich. Ich finde es wirklich nicht lächerlich.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Reden Sie doch mal mit Ihren CDU-Ministerpräsidenten!)

Wir würden doch genauso handeln, wenn wir eine Option hätten, die uns Vorteile bringt, dann würden wir doch auch auf diese Option setzen. Hier ist doch nicht der schuld, der die Option möglicherweise nutzen will, sondern es ist der schuld, der sie zugelassen hat und letztendlich in der Option nicht entscheidet. Das ist doch die Logik von Politik, und deswegen verstehe ich Ihr Lachen überhaupt nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie gerieren sich hier, daß Sie konsolidieren mit EU-Mitteln. Ich will Ihnen sagen, was Sie hier machen: Sie verspielen Zukunftspotentiale des Landes, wenn Sie einfach Mittel, die das Land bereitstellen müßte im Landesstraßenbau und in anderen Bereichen durch EU-Strukturmittel ersetzen. Dies ist für mich Effekthascherei, das ist kurzfristig gedacht. Der Einzelplan des Wirtschaftsministers ist hier ein Paradebeispiel. Ehemalige Landesbeiträge zur Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze werden ersetzt durch ESF-Mittel. Besonders deutlich wird die Pseudosparpolitik, die Sie jetzt schon das zweite Jahr betreiben, bei der GA-Förderung.

Frau Ministerin Keler, gegenüber 1998 sind die Zuweisungen an Gemeinden aus EFRE-Mitteln im Rahmen der GA um fast 40 Millionen DM gesunken. Wenn ich den Faktor 1,2 ansetze, 80prozentige, 70prozentige Förderung, dann sind das 52 Millionen DM an Investitionen, die im nächsten Jahr nicht ausgelöst werden können. Noch dramatischer sieht es aber aus bei den Zuschüssen an private Unternehmen für Investitionen. Die sind gegenüber 1998, wo sich Jürgen Seidel mit Erfolg gegen noch weitere Kürzungen gewehrt hat, um 150 Millionen DM zurückgegangen. Noch einmal: 150 Millionen DM stehen weniger zur Verfügung als 1998. Und wenn Sie hier den Faktor 3 nehmen, dann kommen Sie auf 450 Millionen DM. Und dieser Faktor 3 ist bei einer etwa 30prozentigen Durchschnittsförderung durchaus realistisch.

Meine Damen und Herren, das ist die Politik dieser Regierung: Wenn ich diese rund 500 Millionen DM mit dazunehmen zu den 200 Millionen DM, die abgebaut worden sind seit 1998 in der Bauförderung, und das mal fünf nehme, dann komme ich darauf, daß im Jahr 2000 mehr als 1,5 Milliarden DM weniger, insbesondere im Baubereich, an Investitionen möglich sein werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Landesregierung, Frau Keler, machen Sie sich mal wirklich bitte die Mühe, für diese 1,5 Milliarden DM Steuermindereinnahmen, Mindereinnahmen der Sozialkassen auszurechnen. Dann

werden Sie sehen, daß es mehr als eine Pseudosparpolitik ist. Sie schaden hier mit Ihrer Einschnittspolitik unterstützt von den Regierungsfractionen von SPD und PDS massiv der Entwicklung des Landes. Sinn und Zweck von EU-Mitteln ist es, daß die Entwicklungspotentiale des Landes genutzt und ausgebaut werden, und nicht, daß einfach hier in dieser Art und Weise weggestrichen und eingeschnitten wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Zum 2-Milliarden-Programm zur Jugendarbeitslosigkeit: Die aktuellen Zahlen Mecklenburg-Vorpommerns habe ich leider nicht, aber der Präsident des ZDH, des Deutschen Handwerkverbandes, Herr Philipp, hat ausgeführt, diese Probleme des 2-Milliarden-Programms werden darin deutlich, daß von rund 53.000 Jugendlichen, die eine Ausbildungsmaßnahme beendet hätten, schon 15.600 wieder arbeitslos seien.

(Zuruf von Dr. Hubert Gehring, CDU)

Bei 14.000 Teilnehmern wisse man gar nicht, wo sie verblieben seien, nur 8.500 junge Leute hätten tatsächlich Arbeit bekommen. Lediglich 1.700 hätten einen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden. 7.500 Jugendliche hätten die Ausbildung abgebrochen, sagte Philipp weiter, und 55.000 Angefragte seien erst gar nicht angetreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht so, daß die Jugendarbeitslosigkeit geringer geworden ist, nein, sie ist gestiegen. Und sie ist genau deswegen gestiegen, weil genau diese Täuschungsmaßnahmen, ich sage ganz bewußt Täuschungsmaßnahmen, wo man Jugendlichen zwei, drei oder vier Monate einen Lehrgang gegeben und ihnen suggeriert hat, das läuft dann in einen betrieblichen Ausbildungsplatz, in sich zusammengebrochen sind. Hören Sie auf, solche kurzatmigen Programme aufzulegen, den jungen Menschen vorzugaukeln, der Staat werde schon für sie sorgen! Ich denke, wichtig ist, daß wir weiter betriebliche Ausbildungsplätze ...

(Torsten Koplín, PDS: Ihre Programme waren auch kurzatmig.)

Herr Koplín, nun passen Sie mal wirklich auf,

(Volker Schlotmann, SPD: Na, passen Sie mal auf jetzt!)

machen Sie sich mal die Mühe: Wir haben dieses Jahr zur Ausbildungssituation nichts, aber auch gar nichts gesagt, obwohl nach wie vor Zahlen auf dem Tisch liegen, die besagen, daß rund 7.000 Jugendliche noch einen Ausbildungsplatz suchen,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, weil Sie auch keine Ideen haben.)

weil wir wissen, daß Jahr für Jahr – das war im letzten und vorletzten Jahr genauso – diese Zahlen zusammenbrechen, weil sich Jugendliche mehrfach bewerben, ihren Ausbildungsplatz nicht antreten und viele andere Dinge mehr. Und Sie haben keine Pressemitteilung der CDU-Fraktion erlebt – nicht so, wie Sie es letztes Jahr im Wahlkampf gemacht haben

(Jürgen Seidel, CDU: Richtig.)

mit Ihrer Unterschriftensammlung –, in der wir jungen Leuten vorgaukeln, der Staat könnte für Ausbildungsplätze sorgen. Das ist für uns Verantwortung gegenüber jungen Leuten!

(Heike Lorenz, PDS: Das ist Ihre Pflicht.)

Ich will noch eins sagen: Sie sollten danke schön sagen zur Wirtschaft in diesem Land, die doppelt so viele Ausbildungsplätze strukturell zur Verfügung stellt wie die Hamburger oder wie die Schleswig-Holsteiner und ihre Wirtschaft. Das ist eine Leistung der Wirtschaft in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und Heidemarie Beyer, SPD:

Das haben wir auch immer wieder betont. –

Heike Lorenz, PDS: Das ist richtig. –
Torsten Koplín, PDS: Natürlich.)

Nein.

(Heidemarie Beyer, SPD:
Da streite ich mich mit Ihnen.)

Frau Beyer, Sie haben 1997 einen Fraktionsvorsitzenden gehabt, der Handwerksmeistern vorgeworfen hat, daß sie die Hand aufhalten, damit junge Leute eingestellt werden können.

(Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Ich kann Ihnen das belegen mit Pressemitteilungen. So haben Sie Politik gemacht! Sie haben das jedes Jahr auch in der Großen Koalition – Sie, da spreche ich die ganze SPD-Fraktion an –

(Heidemarie Beyer, SPD: Ich sprach von mir.)

immer wieder thematisiert, obwohl Sie genau wie wir wußten, daß wir einen Zahlensalat ohnegleichen auf diesem Sektor haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, danke haben Sie der Wirtschaft nie gesagt.

(Heike Lorenz, PDS: Ach!)

Ich kann mich entsinnen, daß Herr Beckmann mal eine Lobrede auf den Herrn Wirtschaftsminister Ringstorff gehalten hat, da mußten wir noch einem Antrag zustimmen zu diesem Thema. Da kann ich Ihnen tolle Geschichten erzählen. Nein, kommen wir zurück.

Ich sage ja gar nicht, daß der Weg, den dieses Land geht, auf die betrieblichen Ausbildungsplätze zu setzen, falsch ist. Und übrigens, das Ausbildungsplatzprogramm, was heute läuft, unterscheidet sich doch kein Jota von dem, was 1997 und 1998 gelaufen ist. Das einzige, worüber ich mich freue, ist, daß wir die erste Aktion der Frau Ministerin Keler im Ressort Finanzen verhindert haben, die ganz kräftig in diesem Bereich streichen wollte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh ja.)

Wenn ich nur die freien Berufe sehe: Sie haben es ja nicht angetastet. Sie haben es nicht angetastet, weil es erfolgreich ist, weil die Ausbildungsplatzsituation bei den freien Berufen damals, als es wiedereingeführt worden ist unter Jürgen Seidel als Wirtschaftsminister, um das Vierfache gestiegen ist. Gucken Sie sich die Zahlen an!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt.)

Das ist eine richtige Politik. Deswegen unterstützen wir sie, und wir werden auch nicht für Verunsicherung sorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das FAG ist in aller Munde. Jetzt haben Sie gestern, Frau Keler, in Ihrer gütigen Art und Weise den Kommunen 27,4 Millionen DM zusätzlich gegeben. Wo Sie die 100 Millionen DM herha-

ben, das weiß ich nicht, aber die Frage, die sich stellt, lautet: Was haben Sie überhaupt für eine Denke, was ein Anspruch von Kommunen auf Finanzausgleich und was Finanzausgleich überhaupt ist? Erst ziehen Sie einen Deckel ein von 2,5 Milliarden DM für die nächsten Jahre, und der unterscheidet sich schon, Herr Kollege Müller, um 625 Millionen DM gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung, die noch von der alten Landesregierung kommt. Das heißt, schon in der Planung geben Sie den Kommunen in einer Legislaturperiode rund 650 Millionen DM weniger.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Besonders hervorzuheben ist Ihr Agieren, Herr Müller. Der Uecker-Randow-Kreis, alle Kommunen kriegen 5 Millionen DM weniger. Wollen Sie da noch mal einer Gemeinde von 500 Einwohnern erklären, wie sie denn klarkommen soll in der Zukunft? Sie sagen überhaupt nichts dazu. Und da wundert mich die Haltung der PDS wirklich. Sie wollten mal eine Verbundquote von 30 Prozent haben.

(Heike Lorenz, PDS: Ja.)

Sie steht bei 28 Prozent. Unsere Grundhaltung dazu ist, Kommunen müssen partizipieren an Steuermehreinnahmen. Deswegen ist das kein Gnadenakt, Frau Keler, es ist überhaupt kein Gnadenakt,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:

Mich würde es bloß wundern, wenn er sich mal nicht mehr über uns wundert.)

wenn das FAG so verabschiedet wird mit 27,36 Prozent. Ich nehme an, Sie von der SPD und PDS werden es so durchpeitschen. Dann haben die Kommunen einen Anspruch auf die 27,4 Millionen, das ist kein Gnadenakt Ihrerseits.

(Wolfgang Riemann, CDU:

Und der Kommunalminister schweigt.)

Und was Sie hier wirklich mit dem FAG gemacht haben, da muß ich den kommunalpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion noch mal angucken: Können Sie wirklich ruhigen Gewissens schlafen, wenn es in den strukturschwachen vorpommerschen Landkreisen lediglich einen Zugewinn von 5,60 DM pro Einwohner gibt, aber eine Belastung von 26,30 DM –

(Herbert Helmrich, CDU:

Das hat er noch nicht ausgerechnet.)

etwa dreimal so hoch wie in den strukturstarken Landkreisen? Das hat doch mit Ausgleich nichts mehr zu tun.

Herr Müller, ich kann Ihren Gemeinden im Uecker-Randow-Kreis nur einen Rat geben: Klagen Sie gegen dieses Finanzausgleichsgesetz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –

Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. –

Herbert Helmrich, CDU: Es sind nur nicht seine.)

Einen anderen Rat kann ich denen nicht geben. Das heißt, was hier gemacht wird, ist eine Pervertierung des Wortes „Ausgleich“. Ihr Kollege Bräunig kann sich ja freuen und sich toll vor seine Kommunen stellen in Nordwestmecklenburg, oder Frau Mahr im Umkreis von Bad Döberan. Sie geben den starken noch mehr oder nehmen ihnen weniger weg, aber den schwachen wie dem Uecker-Randow-Kreis, wie in Ostvorpommern, wie in Nordvorpom-

mern nehmen Sie erhebliche Mittel weg. Und es ist doch schon schizophren: Von den 19 Millionen DM, die die Gemeinden in diesem Land weniger bekommen, liegt mehr als ein Viertel im strukturschwächsten Landkreis. Da müssen Sie mal die Frage beantworten, wie Sie das ausgleichen wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Da wohnt er. Das hat er selber gemacht. – Herbert Helmrich, CDU: Aber unsere Wähler wissen das.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Bauresort – eine hochinteressante Sache – gehen die Investitionen um knapp acht Prozent zurück. Herr Holter, vielleicht erklären Sie das ja noch der werten Öffentlichkeit. Kriegen Sie dafür ein Schmerzensgeld,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU)

indem Ihre Bezüge um 6,2 Prozent erhöht werden, oder wie verhält sich das mit den 13.600 DM? Das heißt, Investitionen gehen bei Ihnen im Ressort um knapp acht Prozent zurück. Schulsozialarbeiter sind heiße Luft, denn mit 9 Millionen DM können Sie nicht 1.000 ausstatten, sondern nur 300, wenn Sie ihnen 60.000 DM an Kosten im Jahr anrechnen und die Häufigkeit zwischen Land und Kommunen. Und dann gibt es so ein Schmerzensgeld? Herr Holter, da sind Sie der Öffentlichkeit, denke ich, schon eine Erklärung schuldig.

Frau Keler, die Abschreibungen in Krankenhäusern haben schon etwas mit der materiellen Situation zu tun. Wenn Sie von 40 Millionen DM im Ist 1998 bei den pauschalen Krankenhausfördermitteln auf 15 Millionen DM runtergehen im Jahr 2000, dann frage ich Sie natürlich, wenn ich Abschreibungssätze von fünf Jahren habe im Schnitt, teilweise von drei: Wie wollen Sie da die Wiederbeschaffungsquote überhaupt realisieren? Mit 15 Millionen DM können Sie es auf jeden Fall nicht.

Mit dem Krankenhaus, was Sie angesprochen haben, ist es so: Sie bräuchten heute 1,5 Millionen DM an Abschreibungen oder Wiederbeschaffungsrückstellungen und kriegen 150.000 DM. Und da sage ich Ihnen eins voraus – Herr Reißmann, Sie werden es wissen, das war zum Ende der DDR-Zeit so: Wer keine medizinischen Geräte ersetzen kann, der arbeitet mit altem Gerät. Irgendwann kommt der Stau so stark, daß Sie insgesamt alles auf einmal wieder finanzieren müssen. Oder haben Sie sich den Trick ausgedacht, daß zukünftig die Krankenkassen für die monetarische Finanzierung zuständig sind, daß Sie ihnen nächstes Jahr gar nichts mehr zugeben, dann sollen es die Krankenkassen bezahlen? Übrigens, es bezahlen nicht die Krankenkassen, das machen dann die Beitragszahler.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sehr sozial.)

Das ist auch wieder so eine Politik, Frau Keler, denn einen anderen Hintergrund kann ich da gar nicht erkennen, der wirklich mit Buchungstricks nichts mehr zu tun hat. Das heißt schon, die Krankenhäuser wirklich gegen die Wand zu fahren. Natürlich haben die fast alle Geräte neu, bloß die Wiederbeschaffung muß Jahr für Jahr realisiert werden, und das kann man über das Land bezogen nur mit einer Quote, die in etwa bei 40 Millionen DM liegt. Dann kriegt man die Abschreibungen auch realisiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich konnte beileibe nicht alle Schwächen des Haushaltes ansprechen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ach, Sie Armer!)

Wir werden zum Beispiel in Fragen des Staatshochbaus ...

Herr Bartels, daß Sie gar keine Fragen mehr haben,

(Heike Lorenz, PDS: Wer hat keine Fragen?)

verwundert mich schon ein Stück, daß Sie so ruhig zusehen können,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja, bei Ihrem Gerede, das ist wirklich eine Frage, das ist wirklich wahr.)

gerade Sie, daß 15 Millionen DM an Zuschüssen bei den Hochschulen gestrichen werden.

(Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Ich habe bisher gar nichts vernommen. So lammfromm kenne ich Sie aus der Vergangenheit nicht, aber ich sage mal, vielleicht macht Verantwortung oder – um es schön auszudrücken – Teilhabe an der Macht eben lammfromm. Die CDU wird im Laufe der Beratungen deutlich machen, daß es zum falschen Kurs der Landesregierung Alternativen gibt, Alternativen, die dafür sorgen, daß die Investitionsquote steigt, die Personalausgaben sinken und das Land sich auf seine Stärken besinnt, wie zum Beispiel den Tourismus- und den Dienstleistungsbereich.

Ich habe vom Ministerpräsidenten noch nicht einen Satz dazu gehört, wie denn Mecklenburg-Vorpommern die Chance wahrnehmen will, die uns Berlin als Regierungssitz bietet. Nur ein feuchtfrohlicher Abend in der Landesvertretung tut es nun wahrlich nicht. Wie machen wir Angebote, daß Menschen, die von Bonn nach Berlin ziehen, hier gegebenenfalls Zweitwohnsitze, Altersruhesitze oder sonst etwas in Anspruch nehmen, daß sie ihr Geld, was sie in irgendeiner Form bekommen, hier in diesem Land lassen? Meine Damen und Herren, hierzu gehört langfristiges Nachdenken, nicht kurzatmiges Handeln. Hier müssen auch Tabus aufgebrochen werden. Jetzt auf einmal legen Sie Konzepte vor:

In Sachen Abfall delegieren Sie alle Entscheidungen auf die Kommunen. Jubel draußen erst einmal, aber vielleicht setzt jetzt doch noch an der einen oder anderen Stelle ein Nachdenken ein.

In den Schulen versprechen Sie allen alles und verschweigen, wie Sie Ihr Versprechen umsetzen wollen. Herr Minister Kauffold, ich weiß wirklich nicht, wie Sie mit zwölf Jahren zum Abitur kommen, wenn Sie gleichzeitig zwei abschlußbezogene Jahrgangsstufen in der Orientierungsstufe streichen. Das erschließt sich mir überhaupt nicht. Das heißt, Sie verkürzen die gymnasiale Ausbildung um zwei Jahre und sind trotzdem der Meinung, daß Sie das mit zwölf Jahren schaffen können. Allgemein ist man in Deutschland übereinstimmend der Meinung, daß eine achtjährige Gymnasialausbildung zum zwölfjährigen Abitur führen muß.

In Sachen Landwirtschaftspolitik erklären Sie hehre Grundsätze ohne konkrete Handlungsschritte.

Besonders prickelnd fand ich die Presseerklärung von Herrn Minister Timm. Herr Minister Timm, zur Verwaltung: Das Standardanpassungsgesetz liegt hier im Landtag. Seit Januar 1999 wird es blockiert von den Regierungsfractionen. Unser Antrag zur Änderung der Landesverfassung zum Konnexitätsprinzip liegt auch in den Ausschüssen und wird blockiert. Ich sage Ihnen eins voraus: Wir werden Wege suchen und Wege finden, wo wir im Detail

deutlich machen werden, wo wir meinen, daß Verwaltungsreformen, Deregulierungen möglich sind.

Ich denke, wenn wir ins Nachbarland Brandenburg gucken,

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

Herr Stolpe ist der Meinung, daß nur mit der CDU eine Politik umzusetzen sei, die soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Stabilität verbindet.

(Angelika Gramkow, PDS:

Das müssen wir uns erst mal angucken. –

Andreas Bluhm, PDS: Da warten wir mal ab.)

Ihre Regierungsphilosophie richtet sich hingegen auf einen politischen Dreisatz: Ruhe bewahren, bis zum Wahltag 2002 durchhalten und darauf setzen, daß im Fahrwasser Gerhard Schröders doch noch einmal irgendwie ein Wahlsieg möglich sein wird.

Herr Ministerpräsident, ich habe es gemerkt, als Sie da als Abgeordneter gesessen und die Rede von Frau Keler beklatscht haben. Emotional hat man das gemerkt, Sie sind für dieses Sparpaket, aber dann sind Sie gegen die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Aber ich möchte Sie darauf hinweisen: Wenn Sie so weitermachen, dann wird dieses Land den Anschluß verlieren. Wir gehen dorthin, wo Sachsen-Anhalt heute steht – Investitionsquote, Arbeitslosenquote –, und das haben Sie dann persönlich zu verantworten. Es ist völlig falsch, Landesinteressen in zynischer Weise für die Nibelungentreue zum falschen Schröder-Kurs zu opfern.

Herr Holter, das habe ich auch noch nicht gehört, daß Sie jetzt, obwohl Sie hier offenkundig anderer Meinung sind in der PDS, sagen, Herr Ringstorff müsse das alles aus Loyalitätsgründen zu Herrn Schröder tun.

(Minister Helmut Holter:

Wo habe ich denn das gesagt?)

Ja, natürlich haben Sie das gesagt. Sie haben Verständnis dafür gezeigt, daß Harald Ringstorff voll hinter dem Sparpaket der Bundesregierung steht, und haben gesagt, aus Loyalitätsgründen könne er das so tun, dafür hätten Sie Verständnis.

Ich muß Ihnen eins sagen: Wir werden Sie immer wieder darauf hinweisen, daß die Ansprüche, das Maß, das Sie an uns ...

(Ministerin Sigrid Keler: Na, Gott sei Dank, jetzt kommen junge Leute rein.)

Frau Keler, ich freue mich, daß junge Leute reinkommen. Es ist bei den letzten Wahlen so gewesen, daß die CDU bei den Erstwählern jede zweite Stimme bekommen hat. Ich denke mal, das wird in Mecklenburg-Vorpommern bei den Europa- und Kommunalwahlen nicht anders gewesen sein. Hier sieht man sehr deutlich, daß die Jugend der CDU die Meisterung der Probleme für die Zukunft zutraut, und Sie sind da ganz hinten auf den Rängen. Gucken Sie sich mal die Wahlanalysen in Thüringen an! Gucken Sie sich die Wahlanalysen auch in Brandenburg an! Bei den jungen Leuten haben Sie verspielt, indem Sie den Menschen vorgaukeln, mit unsozialer Politik lösen Sie die Probleme der Zukunft. Die Rente ist das beste Beispiel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir brauchen eine Politik und einen Ministerpräsidenten, die beziehungsweise der die Interessen des Landes wahr-

nimmt. Wir brauchen eine Politik, die Zukunft für dieses Land bedeutet und nicht eine Pseudopolitik, die Zukunftschancen verspielt. Aber mittlerweile, muß ich sagen, habe ich den Eindruck, daß sich auch für abgewählte SPD-Ministerpräsidenten rosige Zukunftsperspektiven in Berlin abzeichnen. Es ist die Sitte eingerissen, daß die dann ins Bundeskabinett berufen werden.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Herr Ringstorff, ich sage Ihnen voraus, wir werden mächtig Dampf machen in den nächsten Wochen und Monaten, aber ich weiß eins: Sie haben gesagt, Sie nehmen jeden konstruktiven Vorschlag der CDU-Opposition auf. Ich habe an zwei konstruktiven Vorschlägen deutlich gemacht, daß Sie nicht einmal ansatzweise bereit sind, über Probleme des Landes zu reden, und zwar Standardanpassung und Konnexitätsprinzip. Ich könnte viele andere Themen belegen.

Wir werden übrigens, das sage ich Ihnen gleich voraus, die Novellierung des FAG ablehnen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

weil es dazu führt, daß Ungerechtigkeit im Lande vollzogen wird. Das ist auch keine Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern. Ich kann Ihnen nur raten: Lesen Sie sich noch mal Ihren Amtseid durch! Sie sind Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, und danach erst kommt das Kürzel (SPD). – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Minister für Arbeit und Bau Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Rehberg, ich habe mir nun wirklich die Mühe gemacht, Ihnen über eine Stunde zuzuhören. Ich habe krampfhaft den roten Faden Ihrer Rede gesucht. Er ist einfach nicht zu finden.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS –

Andreas Bluhm, PDS: Es war immer ein schwarzer. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Es war ein schwarzer Faden.)

Wenn Sie behaupten, daß der Haushalt 2000 aus Ihrer Sicht Makulatur ist, kann ich nur sagen, das Papier war es nicht wert, auf dem Ihre Rede geschrieben steht. Sie haben hier zwar kritisiert, das ist Ihr Recht und auch Ihre Pflicht als Opposition, aber Konstruktivität und Vorschläge, wie man aus der Situation, die Sie verursacht haben, herauskommen kann, habe ich überhaupt nicht gehört.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist in der Tat so, daß wir einen sehr großen Schuldenberg übernommen haben. Dieser Schuldenberg hängt damit zusammen, daß acht Jahre in diesem Land die CDU die Regierung geführt hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU:

Und Frau Keler als Finanzministerin.)

und das hat zu einer starken Verschuldung des Landes geführt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Frau Keler war nicht dabei? Herr Ringstorff war immer dran.)

Die neue Landesregierung hat mit ihrem Amtsantritt begonnen,

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

den Haushalt zu konsolidieren

(Wolfgang Riemann, CDU: Ach, du meine Güte, dafür steigen die Steuereinnahmen. – Unruhe bei den Abgeordneten)

und zugleich neue Politikansätze im Landeshaushalt finanziell zu untermauern. Und das unterscheidet uns von den Vorgängern.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte, den Dialog untereinander hier zu beenden.

Minister Helmut Holter: Danke schön.

Haushaltssolidierung aus unserer Sicht hat drei Zielrichtungen:

1. bestehende Handlungsspielräume zu sichern und neue zu eröffnen
2. Politik für heute für die Menschen in diesem Land zu machen
3. Politik für die Generationen von morgen, für die Kinder und Jugendlichen zu machen, damit tatsächlich eine Zukunftschance besteht

Ich meine, der gesamte Kernpunkt der Sparpolitik kann nur darin bestehen, Arbeit zu schaffen. Arbeit bedeutet Wertschöpfung, bedeutet Beschäftigung, bedeutet Kaufkraft und bedeutet Steuerkraft, das heißt, es verbessert die Einnahmensituation in Mecklenburg-Vorpommern.

Unser Land hat seit der Wende in etwa soviel Schulden angehäuft wie vergleichbare Flächenländer im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg. Natürlich war der Nachholbedarf in unserem Land nach der Wende sehr groß, und natürlich ist eine Menge Neues entstanden. Das wird niemand bestreiten, sowohl nicht diejenigen, die hier leben, als auch nicht diejenigen, die als Tourist in dieses Land kommen. Gemessen daran, was in den westlichen Flächenländern mit vergleichbaren Ausgaben historisch gewachsen ist, stehen wir heute bei einem annähernd gleichhohen Schuldenberg vor einem ebenso großen Berg unbewältigter Probleme. Unsere Rahmenbedingungen sind jedoch immer noch deutlich schlechter als in den alten Bundesländern. Das sind einfache Wahrheiten, denen man ins Auge blicken muß.

Dieses Erbe – und daran kommt man nicht vorbei – haben wir von der CDU-geführten Landesregierung übernommen, und dieses Erbe hat seine Hauptursache in einer verfehlten Politik unter Kohl zur Herstellung der Deutschen Einheit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Dazu vertritt Herr Gysi aber noch 'ne ganz andere Meinung.)

Wir erinnern uns: ...

Herr Gysi hat da gar keine andere Meinung. Die Einheitspolitik, die die CDU durchgeführt hat, ist eine verfehlte Vereinigungspolitik.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Zumindest hat Herr Kohl noch ein
Gespür dafür gehabt, was hier passiert.)

Die Deutsche Einheit begann auch in unserem Land mit einem gewaltigen industriellen Kahlschlag, das wissen Sie, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, welche Unternehmen wirklich eine Chance zum Überleben gehabt hätten. Gewinne aus der deutschen Wiedervereinigung wurden privatisiert, und die Verluste wurden sozialisiert. Stichworte wie „Vulkan“ und „BESTWOOD“ sprechen dafür. Es sind die Schlagwörter für die Pleiten, in die sehr viele Steuergelder geflossen sind. Das darf man nicht vergessen, wenn man heute von den vielen Problemen auf Bundesebene und hier in Mecklenburg-Vorpommern spricht.

Nun kann man ja über die Anzahl der Schulden philosophieren soviel wie man will. Fakt ist aber eins, daß die Bundesrepublik täglich 230 Millionen DM an Zinsen für die politische Fehlleistung von 16 Jahren Helmut Kohl aufbringen muß.

(Wolfgang Riemann, CDU: Legende! Legende!
Herr Rehberg hat Ihnen das eben vorgerechnet.)

Und es ist ebenso unsozial, wenn das Land Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1999 829 Millionen DM an Zinsen aufbringen muß,

(Zurufe von Heidemarie Beyer, SPD,
und Peter Ritter, PDS)

im Jahre 2003 wird es rund 1 Milliarde DM sein. Und diese Zinsen sind verursacht, ich muß es noch mal sagen, durch die CDU-dominierte Regierung. Das heißt, und darum geht es, wir haben es jetzt mit den Fehlern zu tun, die in den letzten acht Jahren gemacht wurden, und wir sind jetzt in der Verantwortung, genau diese bankrotte Politik auszugleichen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist hier im Lande so,

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor acht Jahren gab es überhaupt keine bankrotte Politik. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

das ist auch auf Bundesebene so.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor acht Jahren war Herr Holter noch Parteisekretär. Da gab es keine bankrotte Politik.)

Bleiben Sie doch mal ruhig! Sie haben ja noch das Wort, Herr Riemann.

(Zuruf von Heidemarie Beyer, SPD)

Wir reden jetzt über die Ausgangsbedingungen, Herr Riemann, dieser rot-roten Landesregierung. Die Ausgangsbedingungen sind in den letzten acht beziehungsweise neun Jahren gelegt worden. Würden wir so weitermachen wie Sie, Herr Riemann, dann würden wir nämlich die Handlungsspielräume für dieses Land einengen. Und das genau wollen wir nicht. Wir wollen Handlungsspielräume gewinnen und nicht verlieren. Das heißt, es gibt keinen anderen Weg, als den Haushalt zu konsolidieren. Das darf aber nicht zu Lasten von Solidarität, Mitmenschlichkeit und sozialer Gerechtigkeit passieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schöne Worte!
Das sagen Sie mal den Alten in den Altenheimen,
die Anträge auf Sozialhilfe stellen müssen!)

Wir werden, und dazu haben sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen verständigt, die Netto-neuverschuldung kontinuierlich zurückfahren, um neue Handlungsspielräume für unser Land zu eröffnen. Das ist sicherlich keine leichte Aufgabe. Sparen müssen wir, sparen muß auch die Bundesregierung. Es kommt aber darauf an, wie und wo gespart wird. Sparen darf nicht als Verschiebeparkplatz von Rechenposten verstanden werden. Das ist genau der Punkt, den wir kritisieren. Es ist eben nicht hinzunehmen, wenn die Bundesregierung ihren Anteil am pauschalierten Wohngeld für Sozialhilfeempfänger einfach nicht mehr aufbringen will. Für uns bedeutet das hier in Mecklenburg-Vorpommern 21 Millionen DM.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und das ist konkret mit einem, ich sag' mal, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie sind doch der zuständige Minister. Was haben Sie denn dagegen getan, Herr Holter?)

Natürlich bin ich der zuständige Minister. Natürlich! Warten Sie doch mal ab!

Der Trick dabei ist doch, daß die Bundesregierung diese Verantwortung auf die Länder überträgt, damit der Schwarze Peter nicht bei der Bundesregierung liegt, sondern bei dem Land. Und deswegen ist das, was Frau Keler gestern der Presse vorgestellt hat, genau der richtige Weg, um die Kommunen von dieser Belastung zu entlasten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Dazu stehe ich, und das ist, meine ich, der richtige Weg.

Und Sie werden es erleben, Herr Jäger, wir haben es in den Beratungen der Bauminister bei Herrn Müntefering sehr wohl angesprochen

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

– und da bin ich nicht alleine –, daß wir gegen diese Verlagerung des pauschalierten Wohngeldes von der Bundesebene auf die untere Ebene sind. Da gibt es eine Einigkeit. Die Frage ist, ob es in dem Konzert der Bauminister gelingt, über den Bundesrat diesen Weg zu verhindern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Und das ist ein Punkt, da muß man konsequent bleiben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

In mir haben Sie da einen konsequenten Vertreter, was diesen konkreten Punkt betrifft.

Es ist also nicht möglich, diese Kosten einfach auf die Städte und Gemeinden weiterzuleiten. Deswegen haben wir in der Landesregierung einen Weg besprochen, wenn diese Auswirkungen kommen, wie das für die Kommunen verträglich gestaltet werden kann. Ich meine, ein Weg, der hier insgesamt richtig ist. Und das gehört zur Fairneß, daß man das hier einfach auch mal deutlich ausspricht.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das Land trägt die Lasten.)

Zweitens ist es natürlich der Fairneß halber rechtens, daß man sagt, daß die Sache insgesamt dem Bundesfinanzminister zu Beginn auch nicht geschmeckt hat. Es

wurde von Kompensation gesprochen, auch Herr Müntefering hat von Kompensation gesprochen. Leider ist heute von diesen Kompensationen nichts mehr zu hören,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

so daß wir uns auf Landesebene einen Kopf machen müssen, wie die Kommunen nicht zur Kasse gebeten werden an dieser Stelle. Deswegen kann ich es nur noch mal betonen:

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das, was Frau Keler gestern der Presse vorgestellt hat, ist Auffassung der Landesregierung. Es ist der richtige Weg, um die Auswirkungen, wenn sie denn so kommen, abzufangen. Und hier steht das Land tatsächlich in der Verantwortung gegenüber den Kommunen und den Gemeinden in diesem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist nicht zu fassen! Das stimmt doch alles nicht.)

Dazu stehen wir, und ich meine, es ist ein richtiges Herangehen.

Es ist bei dem gesamten Sparen in sich sehr widersprüchlich. Auf der einen Seite gibt es positive Auswirkungen wie eben die Fortführung des Sonderprogramms der Bundesregierung zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser mit 750 Millionen DM. Auf der anderen Seite ist es aber nicht zu akzeptieren, daß Geld dort eingespart wird, wo es insbesondere die sozial Schwachen trifft. Es ist ebenso der falsche Weg, und das habe ich immer wieder kritisiert, daß der Bund sich nach wie vor aus der Wohnbauförderung zurückzieht.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das wird Auswirkungen haben. Und da wird der Protest – auch mein Protest – immer deutlich angekündigt sein, und den habe ich auch entsprechend artikuliert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Aber der Ministerpräsident begrüßt das alles.)

Genauso ist es sozial ungerecht, und das kann man einfach nicht hinnehmen, wenn die Anpassungen der originären Arbeitslosenhilfe auf die Preissteigerungen begrenzt werden sollen.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Man trifft hier gerade die Menschen, die von der Politik der sogenannten sozialen Hängematte der CDU-Politik schon immer betroffen waren. Deswegen ist die PDS unbedingt gegen diesen Weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir brauchen also andere Signale. Und die anderen Signale habe ich in der Rede von Herrn Rehberg überhaupt nicht gehört. Wir brauchen andere Signale und andere Schwerpunktsetzungen bei der nötigen Haushaltskonsolidierung

(Wolfgang Riemann, CDU: Bei Herrn Ringstorff waren auch keine anderen Signale zu vernehmen.)

von der Bundesregierung aus Berlin. Da geht es, Sie kennen ja unsere Signale,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieso sitzen Sie eigentlich in der Regierung?)

zum einen um die Vermögenssteuer, die man einführen kann – aber nicht, das sage ich auch korrigierend zu Äußerungen einzelner PDS-Politiker, in einem Land allein, das funktioniert schon gar nicht, wenn, dann in Gesamtdeutschland –, zum anderen muß man auch über die Erbschaftssteuer oder eine Vermögensabgabe reden. Hier, meine ich, geht es tatsächlich darum, diejenigen zur Kasse zu bitten und ihren solidarischen Beitrag zu leisten, damit die Armen gestärkt und sozial sicher gemacht werden in dieser Gesellschaft. Das sind genau die Dinge, glaube ich, auf die man Politik ausrichten muß. Vor allem müssen endlich die unzähligen Steuerschlupflöcher dichtgemacht werden,

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

die es noch heute ermöglichen, die großen Gewinne am Fiskus vorbeizuschleusen, und gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen, für die Sie, die Kollegen von der CDU, so eintreten, werden ja von den Steuerlasten erdrückt. Ich meine, es ist hier angebracht, tatsächlich die Steuern dort abzuholen, wo große Gewinne gemacht werden. Wir brauchen bloß an Großkonzerne und Banken zu denken, die hier nicht betroffen sind.

Meine Damen und Herren, nach unserer Auffassung ist die soziale Schieflage des Sparpaketes korrigierbar. Die Notwendigkeit von Korrekturen haben sich in den Wahlergebnissen und Wahlbeteiligungen in den vergangenen Wochen gezeigt. Wir sollten bereit sein, dieses Sparpaket zu öffnen und alle Punkte des Sparpaketes konstruktiv neu zu diskutieren. Vor allem sollten wir natürlich ganz ernsthaft und intensiv die Wirkungen und Folgen für unser Land abwägen. Es geht dabei nicht einfach darum, Lobbyarbeit dahingehend zu leisten, daß wir bei den anderen sparen, nur bei uns selbst nicht. Hier ist tatsächlich eine Solidargemeinschaft eingefordert. Ich meine, die Landesregierung hat das mit der gestrigen Beratung zu den Auswirkungen auch bewiesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Die haben doch gar nichts gemacht.)

Wir können die Mehrbelastungen im Land nur durch die zu erwartenden 100 Millionen DM Mehreinnahmen bei den Steuern ausgleichen. Es ist auch müßig, über die Herkunft dieser 100 Millionen DM zu reden. Es zeichnet eine gute Finanzministerin aus, wenn sie weiß, daß 100 Millionen DM Steuermehreinnahmen zur Verfügung stehen, und das rechtzeitig in die Debatte einwirft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Das muß man hier mal so deutlich sagen. Und es ist richtig, nicht erst auf den Oktober oder November zu warten, sondern jetzt in einer solchen brisanten Diskussion zu sagen: Wir haben die Chance, oder es gibt die Möglichkeit, 100 Millionen DM mehr einzunehmen. Wie wollen wir dieses Geld verwenden?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nach Gesetz,
Herr Holter, nach Gesetz!)

Natürlich hätten wir uns alle vorgestellt, diese 100 Millionen DM auch anders einzusetzen. Natürlich hätten wir sie für soziale Projekte, für mehr Beschäftigung, für mehr Wertschöpfung und im Kulturbereich eingesetzt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nach Gesetz.)

Wir haben es aber mit Auswirkungen von einem Zukunftsprogramm zu tun, und das muß man sich konkret auf der Zunge zergehen lassen. Deswegen meine ich, es gibt keine andere Alternative, als diese 100 Millionen DM dafür einzusetzen, die unmittelbaren Auswirkungen des Sparpaketes der Bundesregierung auf den Landeshaushalt abzudecken, damit nicht die sozial Schwachen in Mecklenburg-Vorpommern davon betroffen werden.

Natürlich wird uns das Thema Haushaltskonsolidierung in den nächsten Jahren hier in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen. Wir haben das im Finanzplan 1998 bis 2002 festgehalten. Ebenso werden wir sicherlich mit Problemen der Konsolidierung des Bundeshaushaltes konfrontiert sein. Wir brauchen aber einen konstruktiven Dialog in der Gesellschaft darüber, was einzelne leisten können für die Gesellschaft und was die Gesellschaft für den einzelnen leisten kann. Wir brauchen dazu neue Zielorientierungen für eine neue solidarische Gesellschaft. Die Chancen dafür sind noch nicht verspielt.

Aber ich kann nur davor warnen, und Herr Rehberg ist selber darauf eingegangen: Wer meint, daß im September 1998 die CDU abgewählt wurde und jetzt die großen Chancen hat, der irrt, der denkt zu kurzfristig. Die CDU wurde für 16 Jahre verfehlte Politik abgewählt, dafür, daß sie eine soziale Gerechtigkeitslücke hinterlassen hat. Und ich meine, die SPD und die PDS hier in Mecklenburg-Vorpommern sind angetreten, um einen Beitrag zu leisten, die soziale Gerechtigkeitslücke zu schließen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Da hat man nichts von gesehen.)

Das wird der konkrete Beitrag sein mit dem Haushalt 2000 und den Folgehaushalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Und darauf stellen die Haushalte auch ab. Das kann ich hier immer nur wiederholen.

Deswegen kann man mit Rezepten und Konzepten von gestern nicht besser agieren. Übrigens hat ja Herr Rehberg nicht mal ein Konzept und ein Rezept hier genannt,

(Heinz Müller, SPD: Er hat ja keins.)

welchen Weg er denn aus dieser vertrackten Situation sieht. Es werden mit alten Konzepten und Rezepten diese Diskussionen nicht besser.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich denke,
es gab keins. Ein altes oder keins? Sie
müssen sich schon mal entscheiden!)

Es ist eben so, daß sich neue tragfähige Konzepte nicht so ohne weiteres aus dem Hut zaubern lassen. Schröder ist nicht der Zauberlehrling, der die Geister rief, die er nicht mehr los wird.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Die wird er jetzt nicht mehr los!)

Und weder Kohl noch Waigel sind die alten Hexenmeister, die wissen, wie es geht. Ich meine, wir brauchen diese Diskussion über neue Zielorientierungen, um bundesweit ernsthaft das größte gesellschaftliche wie soziale Problem, die hohe Arbeitslosigkeit, endlich in den Griff zu bekommen.

Nun will ich mal was sagen zu den Ausführungen, die sowohl Herr Gehring in der Presse als auch Herr Rehberg

heute in seinem Beitrag zumindest andeuteten: Wir wollen und werden mit den landespolitischen Mitteln einen Beitrag dazu leisten, daß Arbeitslosigkeit bekämpft wird.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wie denn?)

Allerdings bleibt es die Aufgabe von Bundespolitik, die Weichen zu stellen für mehr Beschäftigung. Wir haben begrenzte Möglichkeiten. Darauf will ich jetzt kurz eingehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor der Wahl haben Sie anderes versprochen.)

Wir haben mit unserer Arbeitsmarktpolitik Signale gesetzt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo?)

daß neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik beschritten werden können. Nun kann man ja, was Herr Rehberg getan hat, über die Landesinitiative „Jugend- und Schulsozialarbeit“ sprechen und auch diskutieren. Ich habe am Montag mit Vertretern der Kirchen gesprochen, die gesagt haben – Herr Skriba ist hier im Saal anwesend –, lassen sie uns darüber diskutieren, wie wir auch als Kirchen dieses Programm mit umsetzen können. Schauen Sie heute in den „Nordkurier“, wo gesagt wird, Schulsozialarbeiter sind erforderlich, wir brauchen diese Schulsozialarbeiter!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Schauen Sie in den Uecker-Randow-Kreis, wo die Rechten marschieren! Wir brauchen Schulsozialarbeiter,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, und was machen Sie? Es ist ja noch nichts da! Wo sind sie denn?)

um auf diesem Gebiet zu arbeiten und gegenzusteuern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wo sind sie denn?)

Lieber Herr Jäger, Sie waren ja wohl selber Minister und wissen, wie eine Richtlinie entsteht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, so lange darf es nun wieder nicht dauern. – Angelika Gramkow, PDS: Laß Dich doch nicht drauf ein!)

Und eine Richtlinie innerhalb von sechs, sieben Monaten auszuarbeiten,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

sie rundum abzustimmen und auf den Weg zu bringen ist für mich eine Leistung. Ich meine, der Startschuß, den wir zu Beginn des Schuljahres gesetzt haben, ist genau der richtige Zeitpunkt. Der Startschuß ist zum richtigen Zeitpunkt gekommen, und wir setzen dieses Programm um.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mit der Richtlinie für die Gewährung von Personalkostenzuschüssen für Fachkräfte der Jugend- und Schulsozialarbeit Mecklenburg-Vorpommerns, so heißt es richtig, haben wir einen wesentlichen Schritt zur Umsetzung der Ziffer 11 unserer Koalitionsvereinbarung geleistet.

(Beifall Heike Lorenz, PDS: Die Fachleute begrüßen diese Regelung ausdrücklich.)

Wir halten Wort, das will ich hier bloß deutlich sagen. Diese Regierung hält Wort, und wir setzen unsere Koalitionsvereinbarung um. Wir haben festgelegt, daß in Abhän-

gigkeit von den finanziellen Möglichkeiten bei öffentlich geförderter Beschäftigung 1.000 Stellen im Bereich der Jugendsozialarbeit, insbesondere Schulsozialarbeit, Priorität haben. Und Sie werden erleben, daß wir in den Jahren bis 2002 diese Stellen schaffen werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Der ÖBS ist doch auch wieder umbenannt worden. – Angelika Gramkow, PDS: Ach! – Heike Lorenz, PDS: Wenn man sich nicht damit beschäftigt.)

Wir haben jetzt für 1999 auch aufgrund der Tatsache, daß die kommunalen Haushalte verabschiedet sind, gesagt, die Kommunen sind für 1999 von der Mitfinanzierung freigestellt. Das ist übrigens auch ein Zeichen gegenüber den Kommunen, daß man sagt: Ihr seid ja an der Finanzierung beteiligt, aber 1999 wollen wir euch davon entlasten, damit wir gemeinsam dieses Programm auf den Weg bringen können. Der Landkreistag hat übrigens erneut Gesprächsbereitschaft signalisiert,

(Angelika Gramkow, PDS: Kümmern Sie sich mal lieber um Schwerin, Herr Dr. Jäger!)

daß man jetzt nicht über den Sinn und Zweck diskutiert, sondern darüber, wie dieses Programm dann auch umgesetzt werden kann.

Und es gibt Briefe – Herr Jäger, Sie als Stadtpräsident sollten sich das vielleicht auch mal ansehen hier in Schwerin –, daß Klassen und Eltern einfordern, daß entlassene Schulsozialarbeiter wieder eingestellt werden, daß dieses Programm notwendig ist, daß diese Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit fortsetzen. Da greift das Programm. Das ist soziale Verantwortung, das ist Verantwortung für Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir stellen insgesamt 46 Millionen DM zur Verfügung: 1999 4,4 Millionen DM und dann steigend bis 2002 19 Millionen DM. 350 sind jetzt fest angestellt, 2.400 Jugend- und Schulsozialarbeiter gibt es in Mecklenburg-Vorpommern. Das Ziel besteht doch darin, Feststellen zu schaffen, damit das Vertrauensverhältnis zwischen den Schul- und Jugendsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern erhalten bleibt gegenüber denen, die sie betreuen, nämlich den Kindern und Jugendlichen. Deswegen ist dieser Weg meines Erachtens nach knapp einem Jahr ein richtiger Weg. Wir halten Wort und setzen auf dieses Programm und auf Gemeinsamkeiten mit den Trägern einerseits und mit den Kommunen andererseits. Ich meine, wir sind hier auf einem guten Weg.

(Beifall Heike Lorenz, PDS – Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU)

Ich kann jetzt von dieser Stelle aus nur an die Landräte und Oberbürgermeister appellieren – sie haben diese Richtlinie inzwischen –, die zur Verfügung stehenden Mittel 1999 genauso wie die für die nächsten vier Jahre zur Verfügung stehenden Landesmittel zu nutzen, um die Jugend- und Sozialarbeit anzukurbeln und zu unterstützen. Ich meine, es ist hier notwendig, um jetzt bei der Umsetzung ein entsprechend hohes Schrittmaß anzusetzen.

Herr Rehberg und Herr Gehring haben vor einiger Zeit in der Presse deutlich gemacht, daß die Arbeitslosenzahl in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Vorjahr,

gegenüber 1998 gestiegen ist. Dann muß man mal über Ausgangsdaten reden. Schauen Sie mal in die Arbeitsmarktstatistik von 1998! Von März bis November gab es eine Verdoppelung bei ABM und SAM. CDU, die ABM- und SAM-Partei im Wahlkampf 1998.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Die Spitze wurde beispielsweise bei ABM im November mit 38.000 durch diese Wahlkampfversprechen, die die CDU gemacht hat, erreicht, kurzfristige ABM, teilweise drei Monate, vier Monate, sechs Monate. Durch Entscheidung der Arbeitsverwaltung und auch durch mein Ministerium sind diese teilweise kurzfristigen ABM verlängert worden, damit die Kolleginnen und Kollegen, die dort beschäftigt worden sind, überhaupt in den Anspruch von Arbeitslosenleistungen, also Arbeitslosengeld, kommen können.

Wenn Sie jetzt eine Rechnung aufmachen, daß die Arbeitslosenzahl in bezug auf November 1998, den Beginn der Tätigkeit dieser Regierung, um 8.000 gestiegen ist, dann sage ich, der Anteil derer, deren arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen durch die damalige Bundesregierung aufgenommen wurden, ist genau um 7.500 Personen gesunken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Das ist die reale Ausgangssituation. Sie haben hier Potemkinsche Dörfer aufgebaut, mit denen Sie jetzt agieren und nachweisen wollen, daß wir keinen Beitrag leisten, die Arbeitslosigkeit zu senken. Fakt ist doch aber eins, daß das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sehr wohl greift, daß Landesprogramme greifen und daß die Arbeitslosigkeit in der Tendenz systematisch am Sinken ist. Wir werden uns am Ende der Legislaturperiode ganz genau darüber unterhalten, wie die Programme, die wir auf den Weg bringen, im einzelnen greifen.

Natürlich, das sehe ich auch so, es fehlen nach wie vor konjunkturelle Impulse für den Arbeitsmarkt. Daraus aber abzuleiten, wir brauchen keine aktive Arbeitsmarktpolitik, ist der falsche Schluß. Ich meine, wir setzen in der Arbeitsmarktpolitik auf zwei Momente, wir werden ja morgen noch darüber reden: erstens auf die Fortführung klassischer Elemente der Arbeitsmarktpolitik und zweitens auf neue Wege; die Jugend- und Schulsozialarbeit habe ich schon beschrieben, und wir gehen den Weg über den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Gestern hat die Arbeitsgruppe IV des Bündnisses für Arbeit „Erschließung gemeinwohlorientierter Beschäftigungsfelder“ getagt. Ich kann Ihnen hier aktuell berichten, daß wir dabei folgende Situation zu verzeichnen haben:

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieder einen Haushofmeister eingestellt.)

Bleiben Sie mal ruhig, Herr Riemann!

In der Region Rostock – und das weiß Ihr Kollege Thomas, der sitzt doch mit im Beirat – haben wir jetzt 14 Projekte auf den Weg gebracht, wo 74 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen beschäftigt werden. Insgesamt sagt die Prognose, daß wir 1999 in der Region Rostock, die wir jetzt ausgeweitet haben auf den gesamten Arbeitsamtsbezirk, circa 250 Personen über diesen Weg in gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte aufnehmen werden. Landesweit werden es noch weitere 100 sein. Über einen

anderen Weg setzen wir dort also auch Projektideen um. Es werden am Ende 1999 also circa 350 bis 400 Personen über den Weg gemeinwohlorientierter Arbeitsförderprojekte, wo es ja die erweiterte Kofinanzierung bei Strukturanpassungsmaßnahmen oder die ausschließliche Landesförderung gibt, in Arbeit kommen, und zwar stabile Verhältnisse zumindest in der ersten Phase, über drei Jahre. Über die Ausgestaltung dieses Weges muß man diskutieren.

Aber gucken Sie sich die EMNID-Umfrage an! Die EMNID-Umfrage weist aus, daß es viele Bürgerinnen und Bürger des Landes übrigens verstanden haben, worum es geht. 63 Prozent der Befragten haben sich für einen solchen Sektor ausgesprochen

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und damit für den Weg, den diese Landesregierung geht. Und ich werde diesen Weg gehen. Ich meine, wir sind hier auf einem richtigen Weg, um zu zeigen, wir brauchen andere Wege,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

wir brauchen andere Ansätze als die, die bisher in der Politik eine Rolle gespielt haben.

Ich könnte mir auch auf Bundesebene innovative Ansätze vorstellen. Es wurde ja hier schon vom Ministerpräsidenten gesagt, das 100.000-Stellen-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird 2000 fortgesetzt. Richtig, wir brauchen es. Man muß sich über Qualität unterhalten in den Trainingsmaßnahmen, das ist die eine Seite, aber es wäre ja vielleicht auch gut, man baut eine Experimentierklausel ein, um in den Ländern auch etwas ausprobieren zu können gemeinsam mit den Betroffenen, um hier tatsächlich die Jugendarbeitslosigkeit noch intensiver und besser bekämpfen zu können. Ich denke, die Experimentierklausel könnte genau darin bestehen, unsere Vorstellungen von gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekten und vom öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zu verknüpfen, um hier einen Impuls für die arbeitsmarktpolitische Entwicklung zu erreichen.

Abschließend kann ich sagen, und dazu stehen wir PDS-Minister und auch meine Fraktion: Der vorliegende Haushaltsentwurf zielt ab auf die Konsolidierung des Landshaushaltes und verbindet zugleich mit diesen finanzpolitischen Ansätzen einen neuen Kurs. Wir haben den Kurs neuer Politikansätze, über die im einzelnen zu sprechen ist. Das sind gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte, Ideen für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, das ist Jugend- und Schulsozialarbeit, das ist die Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den Plattenbaugebieten, das ist das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ – alles Programme, die für soziale Gerechtigkeit und soziales Engagement dieser Landesregierung stehen. Wir werden diesen Kurs fortsetzen, sehr wohl wissend, daß bei mancherlei bundespolitischer Weichenstellung diese Aufgabe für uns nicht einfacher wird.

Lassen Sie mich noch eins hinzufügen: Es wird für uns, für diese Regierung die Aufgabe auch nicht einfacher nach den Wahlergebnissen in Brandenburg und Thüringen. Aber wir haben uns diese Aufgabe gestellt. Wer Neues will, muß unbequeme Wege gehen. Wir werden nicht stolpern. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Heidemarie Beyer, SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion Herr Schlotmann. Bitte sehr, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete an den Lautsprechern in den Büros und in der Kantine!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Nach dem doch sehr ausdauernden Schattenboxen von Herrn Rehberg, wo man sich wirklich extrem anstrengen mußte, noch den Sinn und Verstand in dieser Rede zu erkennen, werden wir uns kürzer fassen.

Was ich nicht akzeptieren kann, ist die Tatsache, daß Herr Rehberg hier immer wieder versucht, sich als, ich sag's mal so, drittklassigen Robin Hood, als den Erkennen von sozialer Gerechtigkeit darzustellen. Da kommt einem auch immer wieder der alte Spruch von Konrad Adenauer in den Kopf: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern und mein Tun von gestern.“ Ich denke, das hat ein solches Thema wie der Landeshaushalt nicht verdient. Und wenn man hier mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten agiert, dann darf man sich nicht wundern als Demokrat – nicht als Angehöriger der CDU, sondern als Demokrat –, daß Politikverdrossenheit auch aus so etwas herrührt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, „Konsolidieren und gestalten“, besser noch „Konsolidieren, um zu gestalten“, das ist das Motto dieses Haushaltes für das Jahr 2000, was auch Frau Keler hier so dargestellt hat. Ich sage für meine Fraktion ganz klar und deutlich: Der eingeschlagene Kurs der Haushaltskonsolidierung ist richtig. Und dieser eingeschlagene Kurs ist die einzige Alternative für eine verantwortungsvolle Finanz- und Haushaltspolitik und – und das möchte die CDU immer gerne leugnen – auch für eine verantwortungsvolle Sozialpolitik. Ich sage Ihnen – und davon ist meine Fraktion insgesamt überzeugt –, ein Scheitern der eingeschlagenen Haushaltssanierungen wäre ein Desaster für Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Denn eins ist Fakt, nur wer heute verantwortlich mit den Steuergeldern umgeht, hat morgen noch Spielräume, sprich Geld für Zukunftsgestaltung. Auch diese Einsicht, Herr Rehberg, gehört dazu, wenn Sie, gerade Sie ständig von Haushaltswahrheit sprechen.

Was wir heute brauchen, meine Damen und Herren, das ist eine nachhaltige Finanzpolitik. Nachhaltigkeit heißt, nicht auf Kosten zukünftiger Generationen weiter Schulden aufzutürmen, denn in der Konsequenz bedeutet Überschuldung: Am Ende ist der Staat handlungsunfähig. Am Ende kann der Staat seiner Verantwortung für die sozial Schwachen nicht mehr gerecht werden. Und am Ende kann der Staat keine investive, innovative und sozial gerechte Politik mehr gestalten. Es ist richtig, meine Damen und Herren, nur Reiche können sich einen armen Staat leisten und an seinen Zinszahlungen dann auch noch verdienen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir müssen jetzt darangehen, die Erblast der alten Bundesregierung energisch abzubauen. Es geht hier nicht um

ständige Schuldzuweisungen. Ich stelle einfach nur den Fakt fest, der heute ja auch schon mehrfach angesprochen worden ist, wieviel Schulden wir mit uns rumschleppen. Das ist zwar für den einzelnen Normalverbraucher eine anonyme Zahl, und in Gesprächen in Gaststätten, bei Vereinen oder sonstwo wird einem sehr deutlich, daß der einzelne das als so anonym ansieht. Wenn man ihm dann aber auseinanderklamüsert, was das auf die einzelne Person ausmacht und welche Streichungen notwendig wären, um das wieder in einen vertretbaren Rahmen zu bringen, dann findet man da schon Verständnis. Ich denke, hier haben wir auch noch gewaltig etwas vor uns, was wir tun müssen.

Ich sage, das Wort „konsolidieren“ bedeutet für einen Haushalt begründen, befestigen und sichern. Und daß es nach 16 Jahren Kohlscher und Waigelscher Schuldenpolitik vieles im morschen Haushalt zu sichern gibt, mögen einige Zahlen verdeutlichen, die wir heute schon gehört haben. Aber ich halte sie doch für so gravierend, daß man sie gar nicht oft genug nennen kann: 1.500 Milliarden DM Schulden – auch wenn die CDU das nicht gerne hört, es ist Fakt –, 1.500 Milliarden DM Schulden! 230 Millionen DM Zinsen – Zinsen, keine Tilgung –, die täglich an die Banken gezahlt werden müssen. Das sind in einer Minute 150.000 DM. Herr Rehberg hat, glaube ich, etwa 60 Minuten geredet. Da kann sich jeder ausrechnen, was das gekostet hat.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Peter Ritter, PDS: Nerven, vor allem Nerven!)

Nicht nur Nerven, sondern auch einen Haufen Geld.

(Angelika Gramkow, PDS: Dann verzichte ich gleich.)

Man muß es sich noch mal verdeutlichen: 230 Millionen DM werden nur für Zinsen ausgegeben, nicht für die Tilgung. Zum Vergleich, auch das ist vielleicht mal ganz angebracht: Mecklenburg-Vorpommern als Bundesland gibt in einem Jahr 229 Millionen DM für die Grund- und Hauptschulen aus oder 224 Millionen DM für Bildung, Wissenschaft und Forschung und auch kulturelle Einrichtungen oder 223 Millionen DM für Krankenhäuser und Heilstätten. Meine Damen und Herren, ich rufe in Erinnerung, 230 Millionen DM täglich für Zinsen! Was könnten wir uns alles davon leisten!

Das sind Fakten, meine Damen und Herren, und es gehört zur Wahrheit in der Auseinandersetzung, daß wir diese Zahlen nennen, ob es der CDU denn nun paßt oder nicht. Denn schließlich sind diese Zahlen die Ursachen, die uns zu diesem neuen Kurs zwingen. Wir würden auch viel lieber Geld in die Hand nehmen, durchs Land reisen und dieses Geld für sinnvolle Projekte verteilen, die sich sicherlich auch von Projekten aus konservativer Sicht unterscheiden würden. Aber es ist eben nicht so. Wir sparen nicht aus reinem Selbstzweck, und 16 Jahre desaströse Politik der alten Bundesregierung zwingen uns dazu. Das ist der Fakt! Deshalb ist es unredlich, meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie jetzt mit einem kurzzeitigen Gedächtnisschwund sich in der öffentlichen Diskussion klammheimlich aus Ihrer Verantwortung für dieses Desaster davonstehlen wollen. Ein noch so lautes Geschrei hilft nicht dabei, um von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Zu dem Geschrei eine Anmerkung, vielleicht hört der Kollege Rehberg ja noch zu, aber es wird ihm mit Sicherheit überbracht werden: Herr Rehberg stellt sich seit der für die CDU verlorenen Wahl hier als eine Art Tarnkappenbomber dar, das heißt, er versucht ständig, sich darzustellen, als wenn er ein verkappter Sozi wäre.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Und ich sage Ihnen mal ganz deutlich: Ich akzeptiere ja vieles, was Herr Rehberg macht – als Oppositionspolitiker ist das sein gutes Recht, und er macht es teilweise ja sogar ganz gut, wenn auch manchmal nervig, aber er macht es teilweise ganz gut –,

(Angelika Gramkow, PDS:
Jetzt hast Du ihn schon zweimal gelobt.)

nur, in dieser Art und Weise sich hier als verkappter Sozialdemokrat darzustellen und in Wirklichkeit etwas ganz anderes zu wollen, halte ich schlicht und einfach für lächerlich.

(Rudolf Borchert, SPD: Etikettenschwindel.)

Und eine andere Anmerkung, da bitte ich vielleicht die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, die sich hier noch rudimentär befinden: Teilen Sie doch Ihrem Fraktionsvorsitzenden mal mit, es ist unerträglich, wenn er eine bestimmte Privatfehde mit einer bestimmten Person, die in der Regierungsbank sitzt, hier in aller Öffentlichkeit ständig wieder austrägt. Damit tut er uns allen keinen Gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber zum Haushalt zurück, meine Damen und Herren. Ich sage noch einmal, zu dem Weg der Haushaltsstabilisierung gibt es einfach keine Alternative. So läuft im Jahr 2004 das föderale Konsolidierungsprogramm in der jetzigen Form aus. Das wissen wir alle, und zwar schon seit längerem. Deshalb müssen wir uns darauf vorbereiten. Der Bundesfinanzminister hat bereits klar und deutlich gesagt, auch nach 2004 wird es ein Anschlußprogramm für den Aufbau Ost geben.

Ich gebe gerne zu, vielleicht sollten wir uns alle mal ein bißchen daran halten, daß die erste Meldung, die dazu überkam, etwas mißverständlich war.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Wir haben aber am nächsten Tag Herrn Eichel bei uns in der Fraktion gehabt, und wir haben das Thema geklärt. Also ich denke, man kann auch so etwas mal zugeben,

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist keine Erpressung mehr, sondern nur eine Bitte.)

daß so etwas falsch interpretiert oder dargestellt worden ist. Aber Fakt ist, es wird ein Anschlußprogramm geben. Und dafür, das sage ich Ihnen auch deutlich, sind solide Staatsfinanzen im Bund und in den Ländern eine unerläßliche Grundlage.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit einem weitverbreiteten Vorurteil aufräumen, und ich denke, damit muß aufgeräumt werden. Wir haben hier auch die Aufgabe, wenn wir denn die Chance dazu haben, das einer breiteren Öffentlichkeit zu sagen. Und dann sollten wir das sagen. Meine Damen und Herren, wenn ich die Rede von Herrn Rehberg zu diesem Teil, sprich Länderfinanzausgleich, Solidarität und Transfermittel aus dem Westen, mir noch mal vergegenwärtige, sage ich Ihnen eins: Es ist

doch nicht so, als hätte der Osten vom Westen etwas geschenkt bekommen. Das ist doch lächerlich, was Sie da teilweise verbreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, der Osten Deutschlands hat eine Menge in die Deutsche Einheit eingebracht. Es gibt Bereiche der Wirtschaft, die sich dumm und dämlich verdient haben an der Einheit. Das ist einfach Fakt! Das sollten Sie vielleicht mal zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich will ein Beispiel nennen, meine Damen und Herren. Nehmen Sie das Beispiel der Banken im Westen. Die Banken insgesamt, ich mache das mal ganz global, verdienen Jahr für Jahr Millionen von Mark an den Altschulden der DDR.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Götz Kreuzer, PDS: Milliarden!)

Ohne einen eigenen Pfennig Risiko haben diese Banken diese Altschulden übertragen bekommen. Und das ist ein Bombengeschäft, meine Damen und Herren, denn die Bundesregierung – unter Kohl, nicht zu vergessen – hat das Risiko übernommen: Wenn das Geld nicht reinkommt, dann tritt der Bund ein und muß das finanzieren. Ein solches Geschäft würde ich gerne auch mal, und wenn es nur im ganz Kleinen wäre, privat machen können.

(Angelika Gramkow, PDS: Können wir die eigentlich noch streichen, die Altschulden?)

Meine Damen und Herren, und da sage ich Ihnen auch eins: Da sehe ich zum Beispiel Banken und andere in der Pflicht, neue Wege zum Beispiel beim Einsatz von echtem Risikokapital für unsere Unternehmen hier im Lande zu schaffen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

denn die brauchen Risikokapital und Eigenkapital. Und es ist auch zehn Jahre nach der Einheit noch so, daß unsere Unternehmen nicht in der Lage waren, dieses Eigenkapital anzuschaffen. Klar ist, auf mittelfristige Sicht ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Wieviel Anträge liegen denn noch auf Halde im Wirtschaftsministerium? Sagen Sie das mal! –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Klar ist, auf mittelfristige Sicht sind die neuen Bundesländer auf finanzielle Unterstützung auch aus dem Westen angewiesen.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Das wird in keinster Weise weder von der Bundesregierung noch von uns in Zweifel gezogen. Klar ist aber auch, die Mittel müssen dann effizient und zielgerichtet eingesetzt werden. Haushaltskonsolidierungen in Bund und Land sind dafür eine notwendige Voraussetzung, aber auch der Mut, im Osten – das wird ja oft genug schon angemahnt insbesondere aus CDU- und CSU-regierten Bundesländern im Westen –, aber vor allen Dingen auch im Westen die eingesetzten Fördermittel in allen Bereichen auf den Prüfstand zu stellen, ob diese Mittel tatsächlich so verwendet werden, wie wir das für politisch und wirtschaftlich-ökonomisch richtig halten.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Entwurf zum Haushaltsplan 2000 weist einen Kreditbedarf von 650 Mil-

tionen DM aus. Das sind rund 270 Millionen DM weniger als im Haushaltsjahr 1999. Damit bewegt sich der vorgelegte Entwurf voll im Rahmen der Finanzplanung, auf die sich die Koalitionsfraktionen und -parteien zum Wohl des Landes verständigt haben. Auch diese Zahlen beweisen, rot-rote Haushaltspolitik steht auf solidem Grund. Und Sie, Herr Rehberg und Ihre Freunde der Fraktion, werden es einfach nicht schaffen, einen Keil in die Koalition aus SPD und PDS zu treiben,

(Beifall Reinhard Dankert, SPD)

auch nicht bei unterschiedlichen Positionen, die un- zweifelhaft bei bestimmten Punkten da sind. Und das werden wir auch aushalten. Das ist auch ein Unterschied zur alten Koalition, weil Sie das nicht aushalten konnten beziehungsweise wollten.

(Angelika Gramkow, PDS:
Da gehen wir solidarisch mit.)

Ihnen wird es nicht gelingen, das zu spalten.

Zurück zum Haushalt. Auch wenn sich das Gesamthaushaltsvolumen gegenüber 1999 nur unwesentlich verändert hat, hat es in den Einzelressorts doch Umstrukturierungen und Verschiebungen in beträchtlichem Umfang gegeben. Ich nenne hier nur noch einmal Stichworte wie die Aufstockung der Technologieförderung sowie für den Straßenbau oder die Stabilisierung der Mittel für Kulturförderung sowie der Kommunalfinanzen. Auch das sind Tatsachen, die Sie durch noch so lautes Geschrei nicht wegreden können, meine lieben Kollegen und Kolleginnen von der CDU.

(Reinhard Dankert, SPD: Na, nun streichel mal nicht zu doll!)

Ja, ein paar Streicheleinheiten braucht auch die CDU, denn ihr fällt ja nichts Eigenes ein. Sie haben keine eigenen Konzepte, keine eigenen Alternativen. Das habe ich hier 60 Minuten lang von Herrn Rehberg nicht gehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: 30 Anträge hatten wir zum Haushalt eingebracht!)

Ich habe ein Gemotze, ein Gemecker, ein Gejammer von Herrn Rehberg gehört.

(Wolfgang Riemann, CDU: 30 Anträge!)

Und Ihre normalerweise mit einem unparlamentarischen Ausdruck zu belegenden Zwischenrufe – das tue ich aber nicht, diesen Gefallen tue ich Ihnen nicht, Herr Riemann – zeigen, welch Geistes Kind Ihre Fraktion zur Zeit einfach ist. Herzliches Beileid!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Bei aller Schwerpunktsetzung ist aber auch klar, Haushaltspolitik ist keine Wunschzettelpolitik. Noch so viele Argumente der CDU gegen eine Politik sind noch lange keine politische Alternative.

(Heike Lorenz, PDS: Richtig.)

Das sollten Sie vielleicht mal kapiieren!

Meine Damen und Herren der CDU, weder im Bund noch im Land haben Sie bisher alternative Konzepte auf den Tisch gelegt. Die CDU ist auf Tauchstation, und damit relativieren sich auch Ihre Wahlerfolge der letzten Zeit. Das sollten Sie sich ganz ernsthaft vor Augen führen. Anklagen und keine Rezepte zu nennen, das ist bisher Ihre Strategie, und nichts anderes.

Allerdings, und das beruhigt einen dann doch mal, gibt es ja auch noch wahre christliche Demokraten bei Ihnen, und zwar solche, die ihre wahre Identität nicht mit dem 27.09.1998 abgegeben haben. Ich denke zum Beispiel an Sparvorschläge einer Arbeitsgruppe um Herrn Uldall, immerhin der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Was sind denn die Ideen der CDU und CSU, die zwar existieren, die man auch schon schriftlich fixiert hat, die man dann aber auf Druck von oben öffentlich ja nicht diskutieren darf in der CDU? Ihre Vorstellungen sind: Einschränkung der Sozialleistungen, keine Zahlung von Arbeitslosengeld im ersten Monat,

(Reinhard Dankert, SPD: Hört, hört!)

300 DM soll der Patient bei Krankheit in Zukunft selbst bezahlen und ganz nebenbei die Aufkündigung des Länderfinanzausgleichs. Das sind vielleicht Ihre Konzepte! Und das werden wir in der Zukunft auch dem Wähler, dem Bürger draußen sehr deutlich sagen, was wirklich hinter der Maske steckt, die Sie sich vorgesetzt haben. Das ist das wahre Gesicht der Christdemokraten: unsoziales Umverteilen zu Lasten der Kleinen!

Aber selbst diese Vorschläge, ich habe es gesagt, die im übrigen zur CDU ja noch vor den Wahlen paßten, dürfen jetzt nicht mehr diskutiert werden. Und warum? Eine öffentliche Diskussion darüber paßt natürlich nicht in die Taktik des Meckerns.

Meine Damen und Herren, der Weg, den wir in Bund und Land vor uns haben, ist kein einfacher, das wissen wir sehr genau. Ich weiß – und auch meine Kolleginnen und Kollegen beider Fraktionen wissen es –, es ist immer populärer und einfacher, Wohltaten zu verteilen, als schmerzliche Eingriffe und Einschnitte in Angriff nehmen zu müssen. Daß wir nur die einzige Alternative haben, ist hinreichend deutlich gemacht worden. Zudem schauen wir über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinaus. Die anstehenden Probleme sind viel zu komplex, als daß einfache, griffige Antworten sofort weiterhelfen können und etwas ändern. Deshalb bin ich sehr gespannt, ob die CDU ihre Ankündigungen im Bund wahr machen wird und keine Blockadepolitik, etwa über den Bundesrat, einschlagen wird. Und deshalb bin ich auch sehr gespannt, ob Sie hier im Land Ihre Blockade aufgeben wollen.

Man muß sich das einfach einmal vorstellen: Noch nie in der doch recht jungen Geschichte unseres Bundeslandes hat sich eine Opposition schlicht geweigert, den anstehenden Haushalt in die Ausschüsse zu überweisen. Das ist Arbeitsverweigerung, würde ich sagen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Riemann, dafür würden Sie eigentlich eine Abmahnung kriegen. Und Anfang der '90er waren Sie sogar mal Gewerkschafter, wenn ich mich recht erinnere.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ich bin noch Mitglied.)

Gut, das wissen Sie gut zu verbergen.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Die Gewerkschaft demonstriert doch schon gegen Ihre Pläne. Gucken Sie doch vors Schloß! Gucken Sie doch vors Schloß!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch nie war es so, daß sich eine Opposition schlicht und einfach geweigert hat, den anstehenden Haushalt in die Ausschüsse zu überweisen. Das wäre, wenn Sie Ihre Meinung nicht noch ändern, ein einmaliger Vorgang, meine Damen und Herren der CDU. Ich hoffe, daß Sie heute vielleicht doch noch zur Besinnung kommen – ich bin immer Optimist, auch was Sie anbetrifft –,

(Reinhard Dankert, SPD:
Laß sie doch! Laß sie doch!)

und fordere Sie wirklich dringend auf: Bringen Sie sich sachlich und fair in die Diskussion um den Haushalt 2000 ein! Dazu gehört auch, daß keine Unwahrheiten verbreitet werden, weder hier noch in der Öffentlichkeit, noch in den Ausschüssen, denn es stimmt unter anderem einfach nicht, daß Mecklenburg-Vorpommern 670 Millionen DM fehlen. Solche Falschmeldungen verunsichern bloß die Menschen im Land. Das haben wir hier auch schon gehört von Vorrednern. Deswegen werde ich darauf nicht mehr eingehen.

Aber wissen Sie, was mich an einer Stelle unheimlich ärgert, ist, und das kann ja der Kollege Rehberg wirklich hervorragend, das bewundere ich an ihm, nämlich aus einer Verteidigungshaltung noch nach vorne zu kommen. Denn Fakt ist doch, wir haben das Thema EU-Mittel gehabt, als es um die Pläne von Sachsen und Thüringen ging, diese Verteilung zu verändern und dann alleine davon zu profitieren. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie das wirklich ernstgemeint haben, was Sie vor einigen Monaten gesagt haben, sich konstruktiv an der Politik für dieses Land – nicht für uns als Koalition, denn daß Sie uns zum Teufel wünschen, das ist uns ja klar, aber für dieses Land – zu beteiligen, wo haben Sie denn mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Sachsen und in Thüringen schon mal Kontakt aufgenommen und gesagt: „Liebe Leute, so geht es nicht!“?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und da sage ich Ihnen, lieber Kollege Riemann, ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben wir schon.)

Das können wir ja jetzt nicht nachprüfen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben wir schon.)

Sie können mir jetzt viel erzählen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Da machen Sie sich um uns mal keine Sorgen! Machen Sie sich mal Sorgen um Ihre eigenen Leute!)

das tun Sie ja sowieso gerne.

... das ist der nackte Offenbarungseid Ihrer Sprüche hier, das will ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit sagen, meine Damen und Herren. Reden Sie mit Ihren Parteifreunden in Sachsen und Thüringen!

(Wolfgang Riemann, CDU: Da werden wir ja sehen, was da rauskommt.)

Verhindern Sie, daß die sich mit ihren Plänen durchsetzen können! Und dann können wir gemeinsam den Haushalt konsolidieren und Politik gestalten. Und da verspreche ich Ihnen, ernstgemeinte vernünftige Ratschläge und Hinweise werden wir gerne entgegennehmen, es sei denn, Sie werden sich der Arbeit tatsächlich verweigern.

Ich verspreche Ihnen auch, die neue Bundesregierung wie auch die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern stellen sich der Aufgabe der Konsolidierung. Es braucht Mut und viel Kraft – die haben wir –, um diesen eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. Uns ist klar, das wird an einigen Stellen auch weh tun. Alles andere zu behaupten wäre scheinheilig, aber im Interesse unseres Landes werden wir von diesem Kurs nicht abweichen. Die anstehenden Beratungen zum Haushalt werden ein wichtiger Prüfstein dafür sein, denn nun schlägt die Stunde des Parlaments. Also noch mal: Kommen Sie in die Ausschüsse, und arbeiten Sie mit in den Ausschüssen, Herr Riemann! Uns wird wirklich was fehlen, der Unterhaltungswert wäre wahrscheinlich etwas geringer.

(Heiterkeit bei Erhard Bräunig, SPD –
Wolfgang Riemann, CDU:
Ich komme schon in den Ausschuß.)

Ich sage noch, klar ist, an dem bestehenden Gesetzentwurf wird es Veränderungen geben. Ich bin hier ganz unverfroren und nutze ein Wort meines Kollegen aus der Bundestagsfraktion: Kein Gesetz verläßt das Parlament, wie es reingegangen ist.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist ja ganz was Neues!)

Das gilt auch für den Haushalt, denn das ist auch ein Gesetz.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Da haben wir schon ganz andere Worte
von Ihnen gehört, Herr Schlotmann.)

Na, Sie nun wieder!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Allerdings, Änderungsvorschläge müssen seriös sein. Das gilt vor allem für Sie, Herr Riemann. Spiegelfechtereien machen wir nicht mit. Ich wünsche Ihnen noch viel Vergnügen beim Haushalt! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Vorsitzende der PDS-Fraktion, Frau Gramkow. Bitte sehr, Frau Kollegin Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Bei der Rede meines Kollegen Rehberg von der CDU konnte ich das Gefühl nicht loswerden, daß der verlängerte Sommer in diesem Jahr auch der rot-roten Landesregierung geschuldet ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Gestalten und sparsam wirtschaften – ja, das ist auch das Motto, das wir über den Landeshaushalt 2000 schreiben würden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht zu übersehen, daß die Berliner Entscheidungen – bekannte und unbekannt – die Rahmenbedingungen für die Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern drastisch verschlechtern. Statt diese solidarisch und sozial zu gestalten, scheint das Motto zu sein: „Koste es, was es wolle“, und zwar die kleinen Leute.

(Siegfried Friese, SPD: Na, na, na!)

Es bleibt dabei: Das vorgelegte Sparpaket der Bundesregierung wird die Stimmen der PDS in Mecklenburg-Vorpommern nicht erhalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Damit kann das Land diesem im Bundesrat nicht zustimmen.

(Volker Schlotmann, SPD:
Aber das halten wir aus.)

Und ich würde Ihnen gerne, Herr Ministerpräsident, und auch Ihnen, Frau Ministerin Keler, und damit uns gemeinsam etwas mit auf den Weg geben: Sparen hin, sparen her, konsolidieren hin, konsolidieren her – es wird nicht ohne die Menschen in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern gehen, es geht nur mit ihnen. Ohne sie werden wir es verlieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dazu gehört, daß man dieses sogenannte Sparpaket unsozial nennt,

(Erhard Bräunig, SPD: Ist es aber nicht.)

denn es geht zu Lasten der Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger.

(Volker Schlotmann, SPD: Das sehen wir anders.)

Es ist und bleibt ungerecht, weil es Länder und Kommunen belastet, um den Bund zu entlasten. Das macht Sparen und Konsolidieren zur Farce. Es verstärkt die Umverteilung von unten nach oben.

(Siegfried Friese, SPD: Die Rentner
sehen das ganz anders.)

Es ist an der Zeit, Herr Friese, sich nicht nur um die Ausgaben zu kümmern, sondern sich die Einnahmen der öffentlichen Haushalte anzuschauen. Und da gibt es eine Alternative:

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

eine einmalige Vermögensabgabe von Banken und Kreditinstituten – wie sie wirtschaften, hat Kollege Schlotmann eindeutig benannt –,

(Volker Schlotmann, SPD: Nicht alle.)

eine Reform der Erbschaftssteuern, konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung, die ja wohl mit 150 Milliarden DM im Jahr beziffert wird, verstärkte Betriebsprüfungen, Einführung der privaten Vermögenssteuer, ja, und nebenbei könnte man auch auf Transrapid und Eurofigther verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das wären machbare Ansätze. Eine wirkliche Reform der Steuergesetzgebung, um die legalen Schlupflöcher zu schließen, käme hinzu.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, allerdings sitzen auf einem sehr hohen Roß.

(Peter Ritter, PDS: Da kann man ganz schnell
runterfallen, wie der Landwirtschaftsminister. –
Wolfgang Riemann, CDU: Bis jetzt ist
nur Backhaus runtergefallen.)

Und das Zitat von Herrn Rehberg bezüglich der Entscheidungen zu den Europäischen Strukturfonds ist ein Zitat für unsere Position, weil wir erwarten, daß die Bundesregierung und die Länder entscheiden, und zwar solidarisch, wie der Vorschlag ausgestaltet war, und nicht,

daß sich einseitig CDU-geführte Länder Millionen erkaufen mit Zustimmung zu einem sozialen Sparpaket, wie es vorgelegt worden ist. Das ist unehrlich,

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

und hier sollten Sie gefälligst den Mund aufmachen und den Bürgerinnen und Bürgern nicht vorheucheln, was wäre wenn! Sie sind jetzt gefragt, dafür zu sorgen, daß die 600 Millionen DM über die nächsten sechs Jahre der Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung stehen, um Arbeitsplätze zu schaffen, Wirtschaftswachstum zu ermöglichen und gleichzeitig auch den solidarischen Ausgleich zwischen den ostdeutschen Ländern nicht in Frage zu stellen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Hier hätte ich ein deutliches Wort erwartet und nicht Heuchelei.

Meine Damen und Herren, wir haben heute schon vieles gehört, ich will es trotzdem noch mal benennen. Es ist Fakt, daß wir die Last einer achtjährigen CDU-dominierten Politik im Lande tragen müssen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

eine Verschuldung von 15,2 Milliarden DM – das heißt, wir haben unseren Landeshaushalt längst einmal ausgegeben – und eine Zinsstraße zu den Banken von 879 Millionen DM im Jahr 2000, die im Jahr 2003 1 Milliarde DM kosten wird. Um die Kulturförderung aufzustocken, brauchen wir 500.000 DM.

Der durch SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern vereinbarte Konsolidierungskurs, der sich in einer drastischen Reduzierung der Kreditaufnahme zeigt, reagiert auf diese Situation. Aber angesichts Berliner Politik, der Verfassungsklage von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen zum Länderfinanzausgleich, angesichts des Fragezeichens hinter der Ost-Förderung ab dem Jahr 2005 und der für mich doch erfolgten Erpressung der Bundesregierung den ostdeutschen Ländern gegenüber unter dem Motto „Wenn Ihr nicht wollt wie wir, dann ...“

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig! Richtig! –
Georg Nolte, CDU: Wie wahr! Wie wahr!)

müssen wir doch konsequenter in Mecklenburg-Vorpommern im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dafür streiten, daß es zu einer gerechten Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen kommt, daß wir eine veränderte anstehende Finanzverfassung haben und eine Gemeindefinanzreform durchsetzen können, der Länderfinanzausgleich weiterhin einen Ausgleich zwischen steuerstarken und steuerschwachen Ländern ermöglicht und die Ost-Förderung ab dem Jahr 2005 auf dem dann notwendigen Niveau fortgeführt wird. Das ist auch Aufgabe des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern und seiner Regierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir brauchen dringend diese Veränderungen, damit durch den Konsolidierungskurs im eigenen Land, hier in Mecklenburg-Vorpommern, Handlungsspielräume eröffnet und nicht zunichte gemacht werden.

(Siegfried Friese, SPD: Sein Stell-
vertreter ist genauso gefordert.)

Trotzdem unterstützt die PDS-Fraktion, Herr Friese, ausdrücklich das Bestreben der Landesregierung, die Auswirkungen des Bonner Sparpaketes auf die Kommunen des Landes zu Lasten des Landes und damit zu Lasten eigener Projekte abzufangen.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Meine Damen und Herren, wir bezeichnen es als Erfolg, daß im Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern alle möglichen Bundes- und Europamittel komplementär finanziert werden können. Und hier wäre ich Herrn Seidel dankbar, wenn er mir seine Zahlen mal erklärt, die er heute über die Zeitung rausgegeben hat, von 500 Millionen DM weniger Investitionsmitteln.

(Georg Nolte, CDU: Das ist ganz einfach zu erklären.)

Ich kann sie im Landeshaushalt nicht finden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist nachzuvollziehen, Frau Gramkow.)

Das Abfragen von Bundes- und Europamitteln in voller Höhe ist nicht selbstverständlich, denn, nebenbei bemerkt, Brandenburg kann es schon nicht mehr. Der volle Einsatz dieser Mittel ist uns aber um so wichtiger, da die möglichen Förderbereiche insbesondere der europäischen Strukturfonds endlich konsequenter von den Gemeinschaftsaufgaben und damit den Förderrichtlinien des Bundes abgekoppelt werden können. Und so können wir zusätzlich fördern: Wissenschaft und Forschung, Wirtschaftsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen, die bisher über die Gemeinschaftsaufgabe nicht gefördert werden konnten, denn sie ist eigentlich eine Förderung von großen Unternehmen, von denen wir sehr wenig im Land Mecklenburg-Vorpommern haben. Wir fördern zusätzliche Umweltmaßnahmen im Bereich Wasser/Abwasser, kommunale Infrastruktur und Straßenbau.

Und wenn hier immer wieder bemängelt wird, daß bestimmte Maßnahmen – wie in der Wohnungsbauförderung – zurückgefahren werden und dafür die Landesregierung sagt, wir wollen in die Infrastruktur investieren, sage ich Ihnen: Die Bauunternehmer dieses Landes sagen, sie wollen eine hohe Investitionsquote. Und es ist ihnen eigentlich egal, ob sie Schulen bauen oder Straßen bauen, Hauptsache Bauprojekte werden realisiert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Zwischen Hoch- und Tiefbau gibt es schon Unterschiede, Frau Gramkow. – Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Und deshalb sind die inhaltlichen Ansätze der Landesregierung auch genau die richtigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Für bemerkenswert halten wir die neuen Ansätze bei der Agrarförderung. Neben den bisherigen Förderzielen – beispielsweise der technischen Hilfe und bei nachwachsenden Rohstoffen – können nunmehr auch Weiterbildung und Bildung von agrarwirtschaftlich tätigen Personen gefördert werden. Innerhalb des ländlichen Raumes sind investive Maßnahmen in kleinen und mittelständischen Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, möglich. Und die Förderung kommunaler Einrichtungen für Freizeit und Erholung, die Entwicklung von Fremdenverkehrsinfrastrukturmaßnahmen über den Bereich des Landwirtschaftsministers sind die richtige Antwort für die Probleme des ländlichen Raumes in Mecklenburg-Vorpommern.

Aus dem Europäischen Sozialfonds sollen neben den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen betriebliche Ausbildungsplatzförderung und Lehrstellenonderprogramme finanziert werden. Letzteres erscheint angesichts der Situation, daß auf dem Lehrstellenmarkt noch etwa 6.000 Lehrstellen fehlen, besonders wichtig.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Selbst das wird schön geredet.)

Letzteres hat dazu geführt, daß insgesamt 118,6 Millionen DM aus dem Landeshaushalt dafür eingesetzt werden. Allein die Mittel für private Unternehmen zur Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen werden von 13,5 Millionen DM auf 28 Millionen DM erhöht.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Vorher waren es 36 Millionen.)

Die eingesetzten Bundes- und Landesmittel, Herr Riemann, betragen dann 85,4 Millionen DM. Das ist nicht mehr allein durch die öffentlichen Haushalte zu tragen. Und hier erinnere ich namens der PDS-Fraktion an den Beschluß des Landtages bezüglich der Volksinitiative „Berufliche Erstausbildung“.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, im Bundesrat für eine solidarische Umlagefinanzierung aktiv zu werden. Die PDS-Fraktion fordert die Landesregierung auf, dieses endlich zu tun.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Da muß Frau Bunge demonstrieren.)

Neben diesen veränderten Fördermöglichkeiten sind auch neue politische Ansätze im Landeshaushalt klar zu erkennen, zum Beispiel im Umweltaushalt, in dem neue Prioritäten für Natur- und Klimaschutz gesetzt wurden. Es sollen 15 Millionen DM in diesem Bereich mehr eingestellt werden. Das Sozialministerium legt erstmals einen Haushaltstitel „Zuschüsse für gesundheits- und sozialpolitische Projekte“ in Höhe von 500.000 DM auf. Das Landesprogramm „Initiative Jugend- und Schulsozialarbeit“ wird kontinuierlich fortgeführt.

Und, Herr Rehberg, angesichts der Halbwahrheiten, die Sie in Ihrer Rede verwendet haben, werde ich das Gefühl nicht los, als wenn Sie den vorliegenden Entwurf des Landeshaushaltes nicht mal gelesen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS: Wozu auch? – Wolfgang Riemann, CDU: Doch, das hat er.)

Sie sprechen von 15 Millionen DM angeblichen Kürzungen bei den Hochschulen.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Allgemeine Bewilligungen.)

Stimmt, es sind 15 Millionen DM weniger drin, Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

aber sie beruhen auf dem planmäßigen Auslaufen der Bauinvestitionen beim Max-Planck-Institut in Greifswald.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht ausschließlich, nicht ausschließlich.)

Herr Rehberg erwähnt, das Versorgungsrücklagengesetz ist im Haushalt nicht veranschlagt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Sie und Ihre Rechenkunststücke!)

Es ist im Einzelplan 11. Da allerdings die Besoldungserhöhung nicht klar ist, ist die genaue Summe gar nicht zu beziffern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Leertitel.)

Und was mich besonders gestört hat, ist, daß der Landesregierung hier vor der Öffentlichkeit unterstellt wird, daß sie unwahr mit den Zahlen und Auswirkungen des Sparpaketes umgeht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Die Finanzministerin, der Ministerpräsident sowie der Minister für Bau und Arbeit haben sehr deutlich benannt, welche Veränderungen es in Auswirkung auf den Landeshaushalt von Mecklenburg-Vorpommern gibt. Und daß der Bereich der Alterssicherung der Landwirte, das Zurückfahren der Ölgasförderung bei den Landwirten, die Auswirkungen der ökologischen Steuerreform keine Folgen für den Landeshaushalt haben, weiß zumindest der Bürger auf der Straße.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wirklich nicht?)

Deshalb ist es unfair und verzerrt das Bild. Richtig ist, das alles wird Auswirkungen haben auf die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, den ÖPNV im Land Mecklenburg-Vorpommern. Das ist insbesondere durch den Arbeits- und Bauminister, der ja Mitglied dieser Regierung ist, deutlich gesagt worden. Auswirkungen auf den Landeshaushalt und auf die Zahl 14,1 Millionen DM, wie der Landeshaushalt belastet wird, hat es nicht. Daher sind die Zahlen als auch die Argumentation der Landesregierung in diesem Fall exakt. Und Ihre ist letztendlich Verdummung der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt aus unserer Sicht relativ viel zu neuen Ansätzen gesagt. Wir wollen aber nicht verhehlen, daß wir mit dem Landeshaushalt 2000 auch an Grenzen gekommen sind. Sie zeigen uns, daß es mit gleichmäßigem, ressortbezogenem Sparen nicht mehr weitergehen kann und wir uns nicht um strukturelle Entscheidungen herumgeln können.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Lassen Sie mich das mit einigen wenigen Beispielen untersetzen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich habe
auch noch eins, Frau Gramkow.)

Für jeden, der es sehen will und keine Tomaten auf den Augen hat, Herr Riemann, hat die SPD/PDS-Koalition damit begonnen, erste Schritte zu einer zukunftsorientierten Reform des Bildungswesens zu gehen und Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Diese Aufgabe ist eine der wesentlichen Schwerpunkte der Legislaturperiode und spiegelt sich auch in den Entscheidungen der letzten Monate wider. Ich will hier noch mal einige nennen: die Aufstockung der Stundentafel im Grundschulbereich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir letzte
Legislatur beschlossen. – Andreas Bluhm, PDS:
Ach, Herr Riemann! – Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist aber die Wahrheit, Herr Bluhm.)

die Verschiebung von kw-Vermerken zur Absicherung der Unterrichtsversorgung und der Zurückdrängung des Unterrichtsausfalls, die Maßnahmen zur weiteren Demokratisierung der Schule anlässlich der Änderung des Schulgesetzes.

Damit wurden trotz angespannter Haushaltssituation Zeichen gesetzt. Sie sind – und das will ich hier ausdrücklich betonen – ein Anfang, aber mit Blick auf die durch die Stagnation der letzten Jahre verursachten Probleme sind sie ein deutliches Zeichen. Der starre, versteinerte Finanzrahmen des Bildungshaushaltes steht im krassen Widerspruch zu den gesellschaftlichen Erwartungen an Schule und an berufliche Bildung.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Klar muß sein, die nun gewollten Maßnahmen der Qualitätssicherung in Schule und Ausbildung sowie die Einführung der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe als Grundlage einer weiteren reformorientierten Entwicklung des Bildungswesens werden Geld kosten. Mit einer Strukturveränderung allein werden wir diese anspruchsvolle Aufgabe nicht lösen.

Ich betone es, Strukturveränderungen müssen sich an Inhalten orientieren. Dazu gehört:

Erstens. Die grundlegende Überarbeitung der Rahmenpläne und Rahmenrichtlinien ist nicht nur im Bereich der Gymnasien bei der Zielstellung, zum 12. Schuljahr zurückzukehren, notwendig, sondern auch, um die Realschule hinsichtlich ihrer Aufgaben der Berufsvorbereitung zu qualifizieren.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Zweitens. Neue Unterrichtsmethoden, Unterrichtsstrukturen müssen den zu erwartenden Anforderungen entsprechen.

Drittens. Die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist parallel so zu gestalten, daß die Pädagoginnen und Pädagogen das nötige Innovationspotential, das sie brauchen, auch erwerben können.

Viertens. Die effektive Verzahnung von inneren und äußeren Schulbedingungen durch die engere und vor allem gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium und den Schulträgern.

Ich wiederhole es noch einmal, ohne die finanzielle Absicherung sind diese Maßnahmen nicht durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, die von der Landesregierung geplanten Mittelkürzungen gehen leider auch an Kunst und Kultur nicht vorbei. So sollen die Zuwendungen des Landes an Träger für Kulturförderung um 567.000 DM gekürzt werden. Das ist nicht tragbar.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU,
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Betroffen sind Museen, Sammlungen, Heimatpflege, Soziokultur und Gedenkstätten, aber besonders der Bereich Musik. Allein für die Förderung der 21 kommunalen Musikschulen des Landes sollen 286.000 DM weniger zur Verfügung stehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Der Landesvorstand der Musikschulen bringt es auf eine für mich erschütternde Formel: mehr Schüler und Schülerinnen, um Einnahmen zu steigern, in kürzerer

Unterrichtszeit, auf manchmal verschlissenen Instrumenten, bei weniger hauptberuflichen und nebenberuflichen Pädagoginnen und Pädagogen.

Musikschulen, meine Damen und Herren, leisten durch ihre Kultur-, Bildungs- sowie Sozialarbeit Unschätzbare für die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen.

(Wolfgang Riemann, CDU:

Das können wir nur unterstreichen. –

Dr. Armin Jäger, CDU: Da haben Sie recht.)

17.000 Schülerinnen und Schüler, ich meine hier ausdrücklich nur Kinder, wären davon betroffen.

Die PDS-Fraktion wird sich dafür einsetzen, daß es zu diesen Kürzungen bei Kunst- und Kulturförderung nicht kommt, indem wir über alle Ressorts hinweg entsprechende Umschichtungen prüfen werden. Und, Frau Finanzministerin, bei aller Wertschätzung, das Bundesprogramm für Kulturbauten ist kein Ersatz für die Förderung der Musikschulen in diesem Land.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS, einzelnen Abgeordneten der CDU und Heike Polzin, SPD – Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Konsequenterweise allerdings erfordert ...

(Siegfried Friese, SPD: Die sind sehr dankbar, daß es dieses Programm gibt.)

Ja, weil sie investieren können. Damit können sie aber die Erhöhung der Elternbeiträge nicht verhindern, Herr Friese.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Konsequenterweise erfordert dies, was ich eben sagte, eine Grundsatzentscheidung, nämlich dahingehend, daß auch in der mittelfristigen Finanzplanung keine weiteren Kürzungen im Kulturbereich vorgenommen werden dürfen und er in der Tat stabilisiert wird, wie wir es gemeinsam im Koalitionsvertrag festgelegt haben.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Inflationsausgleich oder ohne, Frau Gramkow?)

Und ein drittes Beispiel: Wie ernst nehmen wir es eigentlich mit der Gleichstellung von Geschlechtern, mit Frauenförderung und Förderung von Benachteiligung?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das habe ich auch in meiner Rede, verflucht und zugenäht! – Minister Dr. Peter Kauffold: Du sollst nicht fluchen!)

Natürlich ist es positiv zu bemerken, welches breite Spektrum insbesondere durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen dem Gedanken der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen durch die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten unseres Landes Rechnung getragen wird.

Aber wo sind die 120.000 DM für das notwendige und 1999 beim Justizministerium finanzierte ZeugInnen-schutzprogramm? Wie soll es mit der Gleichstellung der Geschlechter im Land weitergehen, wenn für ein endlich mögliches, gemeinsames Projekt von Gleichstellungsbeauftragten sowie Arbeits- und Bauminister mit dem Arbeitstitel „Regionalstellen Frau und Arbeit“ keine 50.000 DM als sogenannter Eigenanteil aus dem Haushalt der Gleichstellungsbeauftragten möglich sind? Die vom Par-

lament 1999 aufgestockten Mittel zum Ausgleich der höheren Personalkosten in den Frauenhäusern sind ja auch vom Winde verweht.

Natürlich sehen wir die Finanzierung der notwendigen Frauenschutzhäuser auch problematisch. Hier wird es an strukturellen Entscheidungen nicht vorbeigehen können, aber das kann nur damit verbunden sein, daß das Beratungsangebot für Frauen qualitativ und quantitativ gesichert bleibt.

Sie werden sagen, meine Damen und Herren, alles Kleinigkeiten. Aber ich sehe dieses als Tendenz, als Ausdruck von nicht wirklich gewollter Gleichstellungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Soviel zu Anspruch und Wirklichkeit, nicht wahr, Frau Gramkow?)

Ja, meine Damen und Herren, die PDS steht nach wie vor zu sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit, Herr Riemann.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Anspruch und Wirklichkeit, Wahlprogramme und Realisierung. – Andreas Bluhm, PDS: Da haben Sie ja Erfahrung.)

Und deshalb sind wir sehr froh, daß die Beratungs- und Hilfsangebote erheblich verstärkt werden konnten, Prioritäten für präventive Maßnahmen und Mittel für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gesetzt wurden, Zuschüsse für Familienförderung im Land und Jugendarbeit verstetigt werden konnten.

Und trotzdem sehen wir uns unter anderem auch weiteren Kürzungen im Bereich der pauschalen Investitionsförderung der Krankenhäuser, die den zu erbringenden Einsparungen beim Sozialministerium geschuldet sind, gegenüber. Hier sieht die PDS-Fraktion dringenden Diskussionsbedarf und wird sich für Korrekturen einsetzen und hier jeden Vorschlag der Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker genauestens prüfen.

(Andreas Bluhm, PDS: Vielleicht kommen wir auch bei der CDU dazu. – Martin Brick, CDU: Aber nur vielleicht.)

Aber ist es wirklich noch zu verantworten, zusätzliche Einsparpotentiale in den Jahren 2001 und 2002 über Kürzungen im Sozialbereich in Mecklenburg-Vorpommern zu realisieren? – Ich denke nicht.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Ringstorff, es wird schwieriger, nicht?)

Meine Damen und Herren, die drei zuletzt genannten Beispiele zeigen, daß die PDS-Fraktion es für notwendig ansieht, und sie wird sich dafür einsetzen, daß auf der Grundlage einer politischen Prioritätensetzung über die Grundstrukturen des Landeshaushaltes diskutiert werden muß. Ich weiß, das wird Auseinandersetzungen geben, nicht nur mit den Ministerien, sondern auch mit den Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern, nicht zuletzt in der eigenen Fraktion. Welche andere Lösung bietet sich?

Ich meine, Bildung und Kultur als Zukunftsvorsorge, als Chance für junge Menschen, als wesentliche Existenzgrundlage der gesellschaftlichen Fortentwicklung, das ist doch die allerbeste Investition. Beleuchtete Schafweiden oder Flugplätze haben dagegen eine deutlich geringere Halbwertszeit.

(Siegfried Friese, SPD: Na ja, das muß man ein bißchen genauer untersuchen, Frau Gramkow.)

Natürlich, meine Damen und Herren, sehen wir im Haushalt 2000 noch ein paar Punkte, die zur Korrektur anstehen und dringend diskutiert werden müssen. Vielleicht liegt es ja an mir, daß ich die Förderung des Psychosozialen Zentrums in Greifswald durch die Landesregierung wieder nicht im Landeshaushalt finde. Aber es ist eigentlich nicht normal, daß die Landesregierung den Forderungen des Landtages nicht gerecht wird, indem sie die Erweiterung von Flexibilisierungs- und Budgetierungsmaßnahmen nicht ermöglicht. Warum sind die Hochschulen in Stralsund und Wismar nicht für die Stufe I des vergleichbaren Modellprojektes in Neubrandenburg vorgesehen?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Fragen Sie doch mal!)

Warum ist Neubrandenburg nicht voll budgetiert? Warum sperrt man sich, das Landgestüt Redefin mit einem Budget auszustatten oder die Budgetierung beim Landesamt für Pflanzenschutz fortzuführen? Was ist eigentlich mit dem Preußenwald?

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Warum finden wir gekürzte Mittelzuweisungen für die Umweltstiftung und überhaupt keine Kapitalaufstockung?

Meine Damen und Herren, die PDS-Fraktion ist für eine sachliche, kritische und schnelle Beratung des Landeshaushaltes 2000 in den Ausschüssen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Landeshaushalt und das Finanzausgleichsgesetz noch in diesem Jahr verabschiedet werden, um Planungssicherheit für die Arbeit des Landes, seiner Verwaltungen, aber auch für die kommunale Ebene zu sichern.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Und an die Adresse der CDU gerichtet: Dafür werden wir, Herr Riemann, auch am Sonntag arbeiten. Darauf können Sie sich verlassen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich bin gerne bereit.)

Die PDS-Fraktion stimmt der Überweisung des Landeshaushaltes 2000 im Entwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Riemann von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Herr Riemann.

(Andreas Bluhm, PDS:
Nun sind wir ja gespannt.)

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor der Wahl – Gerechtigkeit, Innovation und Arbeit besonders im Osten. Haushalt 2000 – Gerechtigkeit, Innovation und Arbeit besonders im Osten weggekellert und -geeichelt.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Erhard Bräunig, SPD)

Die Rentenschere wird größer, die Forschungsförderung sinkt, die Arbeitslosigkeit ist um 8.000 Arbeitslose gestiegen.

Frau Gramkow, wir haben nie gesagt, daß die Auswirkungen des unsozialen Berliner Sparpaketes in dreistelliger Millionenhöhe den Landeshaushalt treffen. Das ist

weder von Herrn Rehberg behauptet worden noch von mir, sondern wir haben immer korrekt gesagt, es betrifft das Land, die Gemeinden, die Bürger und die Wirtschaft, und dann stimmt der Betrag, den Herr Rehberg gestern genannt hat in Höhe von fast 1 Milliarde DM.

Und selbstverständlich, Herr Schlotmann, werden wir in den Beratungen mitarbeiten.

(Volker Schlotmann, SPD: Oh!)

Wir würden uns ja des Einflußrechtes der Opposition berauben, wir würden keine Informationen bekommen aus der Landesregierung, wenn wir dieses nicht täten. Und die Informationen, die die Opposition von der Landesregierung bekommt, sind wahrhaft spärlich, siehe Gutachten zur Vogel-Fauna-Habitat-Richtlinie im Wirtschaftsministerium.

(Unruhe und Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der PDS
und Dr. Henning Klostermann, SPD –
Zuruf aus dem Plenum: Was für eine Richtlinie?)

Herr Schlotmann, Ihre Schuldenarithmetik wird auch dadurch nicht besser, indem Sie wiederholen. Es ist so, wie Herr Rehberg gesagt hat, diese Schulden und die Lasten der deutschen Einheit, denke ich, sind auch durch uns alle gemeinsam zu tragen. Herr Holter, Sie haben gesagt, Sie haben Ihre Wahlversprechungen erfüllt, Sie haben Wort gehalten. Wenn ich mir angucke, Sie wollen in diesem Jahr 4,4 Millionen DM ausgeben für Schulsozialarbeiter ohne Kofinanzierung. 70 Stellen sind das, aber 1.000 haben Sie versprochen.

(Zuruf von Annegrit Koburger, PDS)

Sie haben gesagt, Sie wollen etwa 250, vielleicht auch 300 im ÖBS – jetzt steht dort gemeinwohlorientierter Beschäftigungssektor, da müssen Sie sich noch auf die Begrifflichkeit einigen – einstellen und beschäftigen. Ich denke, die 100 sind vielleicht für Vorpommern, und die etwa 300 sind dann vielleicht für Mecklenburg. Aber versprochen haben Sie 5.000 vor der Wahl. Sie haben also nicht Wort gehalten, Sie haben noch nicht einmal die Hälfte Ihres Wortes, was Sie den Menschen im Land vor der Wahl versprochen haben, eingehalten. Und Sie werden es auch nicht einhalten, wenn man die Mittelfristige Finanzplanung anguckt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Juso-Landesvorsitzende Mathias Brodkorb stellt unter der Überschrift „Schröder soll sich ein neues Volk suchen“ am 07.09.1999 fest: „Gerhard Schröder und Walter Riester haben die Lüge in der SPD regierungsfähig gemacht.“

Dem wäre an sich nichts mehr hinzuzufügen, gäbe es da nicht eine Pressekonferenz der Finanzministerin Keler zu den Auswirkungen des Sparpaketes auf Mecklenburg-Vorpommern. Und ich kann nur nach der gestrigen Presseerklärung und nach den heutigen Reden sagen: Willkommen im Münchhausen-Club, Frau Keler, Herr Ringstorff, Herr Holter und Frau Gramkow!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heike Lorenz, PDS: Sind Sie schon drin? –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Die Menschen in den neuen und in den alten Bundesländern erkennen zunehmend, daß die Latte der gebrochenen Wahlversprechen in Bund und Land immer länger wird, daß konzeptionslos versucht wird, sich durchzu-

wurschteln, daß die Politik von Rot-Rot in Schwerin, von Rot-Grün in Berlin über plakative Ankündigungen und falsche Weichenstellungen nicht hinauskommt und letztlich in ihrem Portemonnaie immer weniger übrigbleibt. Da wird getäuscht und verschleiert, da werden Wege aus ideologischen Gründen in Sackgassen gegangen, da legt sich Inkompetenz wie Mehltau über dieses Land.

(Unruhe bei Volker Schlotmann, SPD)

Recht hat der SPD-Genosse Norbert Römer aus Nordrhein-Westfalen mit seiner Feststellung, die SPD habe sich meilenweit von ihren Wählern entfernt. Unser famoser Ministerpräsident begrüßt alles, was aus Bonn oder jetzt aus Berlin kommt, und Frau Keler spielt die Folgen für das Land, für die Gemeinden, für die Wirtschaft und für jeden einzelnen Bürger herunter.

Und nun zu Ihnen, Frau Keler.

(Zuruf von Georg Nolte, CDU)

Ich habe Sie als Ausschußvorsitzende geachtet, als Finanzministerin sind Sie aber eine Fehlbesetzung,

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Oh, oh!)

nicht, weil Sie die Mechanik des Haushaltsrechtes nicht beherrschten, sondern weil Sie mit der Elle eines Hauptbuchhalters in einem VEB an diesen Landeshaushalt herangehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wo sind die kreativen Ansätze, die eine effektive Wirtschaftsförderung ermöglichen und damit ein Mehr an Arbeitsplätzen und Steuern? Wo sind strukturelle Einsparungen statt linearer Kürzungen? Wo wird Mittelvergeudung effektiv unterbunden? Wo werden Gemeinden unterstützt und unterschiedliche Entwicklungen ausgeglichen? Wo werden Personalkosten minimiert? Wo wird nach Einnahmeverbesserungen gesucht? Von all dem findet sich in dem uns vorgelegten Haushalt nichts, aber auch gar nichts.

Zu Ihrer gestrigen Pressekonferenz zum Sparpaket: Sie haben uns der schamlosen Übertreibung – sprich Lüge – bezichtigt. Wer lügt denn nun, Frau Finanzministerin Keler – die kommunalen Spitzenverbände, die eine Belastung von mindestens 85 Millionen DM für die Gemeinden konstatieren, oder Sie, Frau Keler, die hier nur 27,4 Millionen DM sieht? Wer lügt hier – Drefahl und Kwaschik oder Frau Keler? Wer lügt denn nun, Frau Finanzministerin Keler, Sie oder Ihr SPD-Kollege Schleißer aus Nordrhein-Westfalen? Er sagt „Eichels Rechnung mit der Einsparung von Personalausgaben stimmt nicht.“, während Sie gestern hier Entlastungen für das Land in Höhe von 14,6 Millionen DM der Öffentlichkeit vorgaukeln wollten. Wer lügt – Schleißer (SPD) oder Keler (SPD)? Und wer lügt denn nun, Frau Finanzministerin Keler, der Präsident des Landesbauernverbandes, der dem Sparpaket 120 DM je Hektar Einkommensverluste zuschreibt und damit, wenn man das aufrechnet, 161 Millionen DM für die Bauern dieses Landes fehlen,

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe Ihnen doch gesagt, daß das nicht in der Ergänzungsliste des Landes ist, Herr Riemann!)

oder Sie, die Sie durch Verschweigen solche Belastungen

(Angelika Gramkow, PDS: Penetrant!)

nicht sehen wollen?

(Angelika Gramkow, PDS: Ach!)

Wer lügt, Kreuchert oder Keler?

Warum, Frau Finanzministerin, haben Sie gestern weitere Belastungen von 67,5 Millionen DM nicht spezifiziert? Warum haben Sie gestern die Verschlechterung für Landwirte, die Kürzungen im Eigenkapitalhilfeprogramm bei den Strukturanpassungsmaßnahmen nicht spezifiziert?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Warum weigern Sie sich seit Wochen, Ihnen bekannte Auswirkungen des Sparpaketes der Öffentlichkeit bekanntzugeben? Ist Verschleiern oder Vertuschen nicht nur eine andere Form der Lüge?

Ich will zum Sparpaket noch einen anderen prominenten Zeitgenossen zitieren: „Wie immer Kohl auch gewesen sei, er hatte immerhin einen Bezug zum Osten. Er hätte nie solche Rentenentscheidung gemacht, wo die Zahlen von Ost und West weiter auseinandergehen. Aber dem Schröder, dem ist das ja alles egal.“ Gregor Gysi in der „Frankfurter Allgemeinen“ am 13. September 1999.

Frau Finanzministerin Keler, Sie haben einen fairen Lastenausgleich für die Kommunen am gestrigen Tage konstatiert. Sie haben also eine neue Steuerschätzung des Finanzministeriums Mecklenburg-Vorpommern aus dem Hut für das Jahr 2000 gezaubert, wie der Zauberer das Kaninchen aus dem Hut. Woher hat das Finanzministerium die neuen Zahlen? Es gibt in Deutschland, und da kann ich das nur noch mal nachdrücklich wiederholen, zwei gültige Steuerschätzungen vom Bund und von den Ländern, die im Frühjahr und die im Herbst. Wenn Sie, Frau Keler, jetzt eine neue Steuerschätzung der staunenden Öffentlichkeit präsentieren, haben Sie entweder die Daten vom Mai der Öffentlichkeit verschwiegen, nicht in diesen Haushalt hineingeschrieben, oder Sie haben den Daumen in den Wind gehalten, um dem Protest der Gemeinden zu entgehen. Und beides, Frau Finanzministerin, ist unseriös. Eine neue eigene Steuerschätzung des Finanzministeriums Mecklenburg-Vorpommern gibt es nicht. Es ist ja auch kein Ausgleich für das Sparpaket aus den neuen Steuereinnahmen, die Frau Keler gestern der staunenden Öffentlichkeit präsentierte, sondern es ist ein gesetzlicher Anspruch aus dem FAG.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Genau!)

Es ist kein Ausgleich, nichts Zusätzliches.

Und wohlweislich, Frau Finanzministerin, haben Sie nur zwei Punkte des Sparpaketes herausgepickt, damit Sie nämlich rechnerisch, buchhalterisch hinkommen, den Unterhaltsvorschuß und das pauschalierte Wohngeld. Nur buchhalterisch gelingt Ihnen hier ein Ausgleich mit Mitteln, auf die die Gemeinden sowieso einen gesetzlichen Anspruch haben.

Was aber, Frau Keler, ist mit den kommunalen Lasten aus der Ökosteuer insbesondere für den ÖPNV? Was ist mit den zusätzlichen Lasten der Sozialhilfe? Mehr als 16 Millionen DM konstatieren für letzteres die Kommunen, und hier gibt es eben keinen Ausgleich. Was Sie da gestern konstatierten, ist eine Verhöhnung der Gemeinden in diesem Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. – Angelika Gramkow, PDS: Das sehen wir aber anders.)

Frau Keler, Sie könnten zur Bundeswehr gehen als Meisterin im Tarnen und Täuschen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und ich fordere Sie auf, legen Sie die Zahlen jetzt endlich komplett hier und heute auf den Tisch!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Parlament hat ein verfassungsmäßiges Recht auf einen vollständigen und kompletten Haushalt mit aufgeschlüsselter Eichelscher Sparliste und eingearbeitetem FAG.

Und bevor ich zum Haushalt 2000 komme, noch ein grundsätzliches Wort zum Sparpaket: Der Bundesfinanzminister Eichel spart im Jahr 2000 nur das ein, was der Finanzdeserteur Lafontaine 1999 zusätzlich ausgegeben hat.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Er spart auf Kosten der Länder und Gemeinden, genau 26,7 Prozent des Sparpaketes werden auf diese abgewälzt. Der Ministerpräsident dieses Landes begrüßt es, und die Finanzministerin Keler versucht, die Zahlen zu unterdrücken und zu verschleiern.

(Angelika Gramkow, PDS:
Und der Stellvertreter sagt nein.)

Zum Haushalt 2000. Wenn der Stellvertreter nein sagt, dann lehnen Sie den Haushalt heute ab, Frau Gramkow.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig. – Angelika Gramkow, PDS: Ach!)

Dann lehnen Sie den Haushalt heute ab!

(Angelika Gramkow, PDS: Wegen 14 Millionen?! Wegen 14 Millionen?!)

Zum Haushalt 2000 aus der SPD-Fraktion ist nichts zu hören. Die PDS fordert schon mal vorsichtig Umschichtung.

(Angelika Gramkow, PDS: Klar!)

Frau Gramkow fordert im Bereich der Kultur, der Hochschulförderung, im Zeugenschutzprogramm mehr Mittel sowie heute auch noch für die Schule.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein, Sie haben mich nicht verstanden. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Riemann kann doch nicht zuhören.)

Eingespart solle bei den Verwaltungsausgaben werden.

Zum Haushalt 1999 hatte die PDS aber beispielsweise CDU-Anträge, die genau in diese Richtung gingen, genau mit diesen Deckungsvorschlägen abgelehnt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich habe doch gar keine gemacht. – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Passen Sie auf, Frau Gramkow, daß Sie nicht wieder als Tiger springen und als Fußabtreter in Frau Kelers Buchhaltung landen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie und Ihre Deckungsvorschläge, das hatten wir doch schon mal, wenn ich mich recht erinnere!)

Der PDS-Abgeordnete Koplín darf schon mal Verbesserungen im Bereich der pauschalen Krankenhausförde-

rung und für die Wohlfahrtsverbände fordern. Mal sehen, wie sich SPD und PDS unseren Anträgen in den Ausschüssen stellen.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

Zum Einzelplan 01. Auch für uns, meine Damen und Herren, sollte der Grundsatz gelten: Wer andere zum Sparen auffordert, soll bei sich selber anfangen. Also ran, Kolleginnen und Kollegen, an Repräsentationen, Gastgeschenke, Reisekosten und Aufwendungen, an einen überflüssigen Untersuchungsausschuß, an Ausstattungsnormative und auch für die nächste Legislaturperiode an die Anzahl der Abgeordneten!

(Angelika Gramkow, PDS:
Und was ist mit den Diäten?)

Sind 71 Abgeordnete ab dem Jahr 2002 noch angemessen für ein armes Land mit geringer werdender Regelungskompetenz und Regelungsnotwendigkeit? Sind ab dem Jahr 2002 fünfjährige Wahlperioden nicht effektiver, wie wir sie gefordert hatten, wie die SPD sie abgelehnt hat?

Zum Einzelplan 02. Wie ich eingangs ausführte, daß mit dem Haushalt 2000 kein Gedanke, keine zusätzliche Mark zur Verhinderung von Steuerverschwendung im Land ausgegeben wird, müssen wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir den Landesrechnungshof personell und finanziell stärken. Der Prüfauftrag des Parlamentes nach einem Kommunalprüfungsamt verhalte ungehört an der Buchhalterin Keler.

(Angelika Gramkow, PDS:
Acht Jahre lang auf CDU-Anweisung!)

Ungeklärt ist die Besetzung des Stellvertreterpostens des Präsidenten – verschollen im Bermudadreieck von Rot-Rot.

Zum Einzelplan 03 – der Haushalt des Ministerpräsidenten. Als einziger Regierungschef aller Bundesländer, meine Damen und Herren, hat unser formidabler Ministerpräsident zwei Verfügungsfonds, den als Ministerpräsidenten in Höhe von 20.000 DM, den als Justizminister in Höhe von 8.000 DM.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh Mann!)

Diese Fonds können auch noch verstärkt werden durch die Finanzministerin im Einzelplan 11 in Höhe von 50.000 DM.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dat sind Summen!)

Weg mit den alten Zöpfen! In einem armen Land muß auch ein Ministerpräsident Ringstorff sparen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Ich denke nur an „Blond, blauäugig, blöd“!)

Frau Gramkow, und hier hören Sie mal gut zu, hier kommt der Vergleich zu Seite. Von 1998 unter der Regierung Seite bis zum Haushalt 2000 will der Ministerpräsident Ringstorff die Repräsentations- und Delegationsaufwendungen um mehr als das Dreifache steigern.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das Ist unter der Regierung Seite in Höhe von 160.000 DM soll auf 504.000 DM gesteigert werden,

(Unruhe bei Eckhardt Rehberg, CDU)

davon in Höhe von 50.000 DM aus dem Fonds,

(Friedbert Grams, CDU: 100.000 können wir nehmen für die Musikschulen.)

der dem Tourismus für die Werbung zusteht. Ist dieses wirklich zeitgemäß angesichts der Tatsache, daß die Werbekampagne des Landes, die der Tourismusverband zur Vermarktung des wichtigsten Wachstumsfaktors der Dienstleistungsbranche unseres Landes durchführt, um 350.000 DM zurückgeht? Ein dankbares Aufgabengebiet für unseren Tourismusausschuß? Mal sehen, Frau Gramkowitz, was bei den Mehrheiten hier im Landtag herauskommt.

(Angelika Gramkowitz, PDS: Ja, „Blond, blauäugig, blöd“ jedenfalls nicht!)

Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte muß mit circa drei Prozent auskommen, Sie hatten das ausgeführt. Aber vor der Wahl hieß es etwas anders. Dafür steigt das Trennungsgeld im Bereich des Ministerpräsidenten um das Zehnfache, und dieses im Jahr zehn nach der Wende.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Friedbert Grams, CDU: Wofür?)

Vermutlich ist es für die Parteigänger, die der Ministerpräsident so nach und nach in sein Haus hineinzieht,

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

die müssen ja von Frau und Kind aus den alten Bundesländern getrennt hier herüberkommen.

(Friedbert Grams, CDU: Ach so!)

Aber wir werden auch das ganz genau prüfen.

Im übrigen will dieses Land mehr als 6,2 Millionen DM in diesem Bereich im Jahr 2000 ausgeben. Frau Keler, ich weiß, daß die Ausgaben sinken. Aber für diese Maßnahmengruppe sehen wir hier die Möglichkeit einer strukturellen Haushaltsverbesserung. Und wenn ich dann beim Beauftragten für den Datenschutz anrufe und frage, wofür das Trennungsgeld ist, heißt es, das haben wir provisorisch veranschlagt.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Hier ist auch eine Frage der Haushaltsklarheit und -wahrheit zu prüfen.

Die Öffentlichkeitsarbeit soll unter der Sparministerin Keler um mehr als drei Prozent auf 2,4 Millionen DM steigen. Natürlich, wenn man einen Schlafwagen Landesregierung verkaufen muß, kostet dieses natürlich auch mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Im Bereich der Landesvertretung in Berlin steigen die Ausgaben um 8,4 Prozent. Der Chef wollte doch umsonst arbeiten, was ist mit der umsonst arbeitenden Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung? Ohne Veränderung der Stellenzahl steigt die Vergütung der Beamten um 6,7 Prozent, der Angestellten um 11,4 Prozent. Warum, Frau Keler, bei Tarifierhöhung von 3 Prozent? Dafür muß die Landeszentrale für politische Bildung dann in den Sachkosten insgesamt 2,2 Prozent einsparen, obwohl der DGB ein Aufklärungsprogramm gegen Rechts forderte, was schon zum Haushalt 1999 von SPD und PDS abgelehnt worden ist.

(Heike Lorenz, PDS: Das stimmt gar nicht.)

Ja, auch das haben Sie abgelehnt.

(Heike Lorenz, PDS: Das stimmt nicht.)

Wenn Sie es vielleicht auch nicht gemerkt haben, daß Sie es abgelehnt haben,

(Angelika Gramkowitz, PDS: Haben wir gar nicht. – Barbara Borchardt, PDS: Ach, Herr Riemann, nun merken wir nichts mehr.)

aber abgelehnt haben Sie es.

(Heike Lorenz, PDS: Wir haben es aufgestockt.)

Soweit zur Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser Koalition bei der Bekämpfung von Extremismus.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ein Glück, daß Sie uns immer aufklären, Herr Riemann.)

Warum, Herr Ringstorff, haben eigentlich rechtsradikale Parteien in SPD-regierten Ländern besondere Erfolgschancen, in die Parlamente zu gelangen? Brandenburg, Sachsen-Anhalt und die alte Regierung in Bremen sind ein bestes Beispiel dafür. Das Informationsbüro in den baltischen Republiken – in Tallin vom Ministerpräsidenten Ringstorff auf dem Usedomer Musikfestival am vergangenen Sonnabend ausdrücklich lobend hervorgehoben – wurde von der Finanzministerin Keler noch 1995 als teuerste Kaffeestube bezeichnet. Die Ausgaben steigen hier um 2,5 Prozent.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: '95 war sie aber noch nicht Finanzministerin.)

Was ist nun richtig, Herr Ringstorff, wertvoll oder Kaffeestube?

Auch für das Informationsbüro in Brüssel steigen die Ausgaben um 14,7 Prozent. Also im Bereich des Ministerpräsidenten gibt es keinen Gedanken an Sparsamkeit, keine Stellenverminderung. Personal- und Sachausgaben steigen um 1,5 Prozent, die Personalkosten um fast 900.000 DM.

Herr Ministerpräsident Ringstorff! Umsteuern ist angesagt! Sparen ist angesagt! Fangen Sie bei sich selbst an!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

In diesem Zusammenhang darf ich Sie an Ihre Zusage für den Risikokapitalfonds erinnern. Im Haushalt 2000 findet sich nichts davon. Statt dessen kürzt Eichel das Eigenkapitalhilfeprogramm um 366,2 Millionen DM. Wo ist Ihre Verwirklichung der Zusage, die Sie der Öffentlichkeit am 24.04.1999 über die „Ostsee-Zeitung“ gegeben haben? Wo ist die Verwirklichung der Zusage, die Sie, Herr Ringstorff, zum selben Zeitpunkt zur Standortentwicklungsgesellschaft Lubmin gegeben haben – „Nordkurier“ vom 24.04.1999? Wo sind für die Vorpommern-S-Bahn Haushaltsmittel verankert? Wo ist der Patent- und Lizenzfonds? Luftnummern, Ankündigungen, und nichts wird realisiert. Außer Unverbindlichkeiten stehen Gerechtigkeit, Innovation und Arbeitsplätze besonders im Osten bei Ministerpräsident Ringstorff im ganzen Land bisher nur auf dem Papier – gebrochene Wahlversprechen in Mecklenburg-Vorpommern.

Zum Bereich des Innenministeriums. Mit großem Brimborium hat Herr Innenminister Timm, der sich intern schon mal als zukünftiger Ministerpräsident aufbauen läßt, eine Initiative zur Modernisierung der Verwaltung angekündigt. Warum, Herr Timm, haben Sie und Ihre Fraktion ein Standardanpassungsgesetz abgelehnt? Warum, Herr Timm, ...

(Angelika Gramkow, PDS:
Haben wir ja gar nicht!)

Sie blockieren es doch!

(Angelika Gramkow, PDS: Nö!)

Warum, Herr Timm, mahnen Sie, aber auch die gesamte Landesregierung immer dann zur Sachlichkeit, wenn berechtigte Kritik ertönt? Wo ist die Modernisierung in Ihrem eigenen Haus? Sie erschöpft sich an der braunen Farbe des Arsenal.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Keine neuen Ideen, keine Konzepte, Beamtenmikado, wer nichts macht, macht nichts falsch. So sieht Ihre Linie aus.

Unwiderrprochen, Herr Timm, haben Sie ein ungerechtes, den ländlichen Raum benachteiligendes Finanzausgleichsgesetz zugelassen, das Bürger und Gemeinden gleichermaßen rasiert. Ihr Vorgänger Dr. Armin Jäger, Herr Timm, hat sich wenigstens noch gegen die Rasenmähermethoden von Frau Keler gewehrt. Sie schlafen!

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Dafür, Herr Timm, daß Sie die kommunale Familie spalten wollen, dafür, daß Sie beim FAG umgefallen sind, sind Sie neben der Staatskanzlei und dem famosen Finanzministerium vom Rasenmäher etwas verschont worden. An den Trögen der Macht wird die Schnitthöhe etwas angehoben, dafür müssen Bau und Wirtschaft bluten.

Wofür, Herr Timm, braucht Ihr Ministerium zehn Fernsehapparate und 77 Autoradios? Etwa damit Sie die grandiosen Wahlerfolge Ihrer Kollegen in diesem Jahr bewundern können, damit Sie verfolgen können, wie Schröder zum Jagoda, gescheiterter Ministerpräsident und SPD-Landesminister wird? Auch für Frau Hildebrandt und Herrn Dewes wird Schröder schon Platz schaffen. Wollen wir wetten?

Ach ja, Herr Minister Timm, ein neues Ministerauto ist auch eingeplant. War das alte nicht mehr zu reparieren? Mehr als 7.000 DM kostete der Hubschrauberflug. Bei sich selbst spart der brave Timm zuletzt.

(Zuruf von Götz Kreuzer, PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Wer hat denn
die Hubschrauber gekauft, verdammt
noch mal, für 14 Millionen DM?!)

Wie, Herr Minister, wird die Kritik des Landesrechnungshofes zum Fuhrpark umgesetzt? Nichts davon findet sich in Ihrem Haushalt, Herr Timm. Dafür wollen Sie mehr als 300.000 DM für neue Büroausstattung in Ihrem Haus. Sitzen die Beamten denn auf Stühlen und an Tischen, die schon Bernhard Quandt dienten? Nein, sage ich. An den Schulen des Landes fallen die Fenster raus, aber für unsere Beamten werden seidene Kissen angeschafft.

Warum, Herr Timm, steigen die Kosten für Elektrizität im Landesvermessungsamt und, Frau Keler, in vielen anderen Bereichen der Landesregierung um mehr als 10 Prozent, obwohl die Strompreise um mehr als 20 Prozent sinken? Soll hier etwa der Spartopf der Finanzministerin Keler gefüllt werden? Soviel zur Haushaltsklarheit und -wahrheit, Frau Keler.

Herr Minister Timm, Sie sind ebenfalls zuständig für die Feuerwehren im Land. Auch mit dieser Aufgabe sind Sie

anscheinend überfordert. Um fast vier Prozent gehen die Ausgaben zurück. Gegenüber 1999 erhalten die Gemeinden wieder 1 Million DM weniger, nachdem sie in diesem Jahr schon 2 Millionen DM eingebüßt haben. Wir werden hier wiederholt ein Sonderprogramm zum Bau und zur Sanierung von Feuerwehrhäusern in die Haushaltsberatungen in Höhe von 10 Millionen DM einbringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zur Finanzierung dieses Antrages werde ich beim Einzelplan 12 kommen, auch im Bereich der Feuerwehr müssen wir einen tiefschlafenden Innenminister wecken.

Wenn Sie, Herr Innenminister, schon nicht über die Strukturen Ihres Hauses nachdenken möchten, so muß diese Aufgabe der Landtag für Sie tun. Brauchen wir, meine Damen und Herren, ein eigenständiges Landesamt für Katastrophenschutz, oder ist eine Angliederung als Referat im Bereich der Feuerwehr oder direkt im Ministerium nicht auch denkbar und kostensparend? Das nur als Beispiel. Und, Frau Gramkow, ich glaube, wir werden uns da treffen

(Angelika Gramkow, PDS: Und was machen
Sie mit den Beamtinnen und Beamten?)

beim konstruktiven Sparen und nicht beim Rasenmähersparen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und was machen
Sie mit den Beamtinnen und Beamten?)

Das werden wir uns dann ansehen müssen, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Aha! Gut!)

Der Bereich der Polizei soll auf Bitten der Finanzministerin nach Einbringung des Haushaltes nicht in den Ausschüssen beraten werden. Es gebe hier noch Veränderungen, welche, sagte Frau Keler bisher nicht. Soviel zur Haushaltswahrheit und -klarheit.

(Angelika Gramkow, PDS: Die Versorgungssysteme hat sie heute benannt.)

Vergangene Woche konnten Sie mir darauf noch keine Auskunft geben, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS:
Sie hat heute darauf geantwortet.)

Wenn Sie das bei der Einbringung und nicht in Zahlen hier bringen, dann ist das für mich nicht relevant.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach so!)

Von einer Zweistufigkeit und den dazu notwendigen Hebungen in der Laufbahn der Polizei hat sich Polizeiminister Timm verabschiedet. Was sagt die GdP hierzu? Hier, meine Damen und Herren von der Gewerkschaft, ist Interessenvertretung, nicht die Solidarität gleicher Parteibücher angesagt. Der Arbeitskreis Innere Sicherheit der SPD-Landtagsfraktion hat sich aufgelöst. Soviel zum Thema innere Sicherheit als Schwerpunkt der Politik nur im Wahlkampf.

Zum Verantwortungsbereich der Finanzministerin. In diesem Zusammenhang möchte ich auch den Einzelplan 12 und den Einzelplan 11 thematisieren. In Ihrem eigenen Plan, Frau Keler, steigen die Gesamtausgaben um 3,7 Prozent, die des Ministeriums um 4,1 Prozent, die Personalausgaben um 11,3 Millionen DM. Soweit, meine Damen und Herren, zum Thema Sparministerin Keler.

Wieso, Frau Keler, durchforsten Sie nicht eigentlich auch mal den Bereich der LVVG? Warum werden vermietbare Wohnungen nicht vermietet? Warum werden hier teure Dienstwagen angeschafft? Warum steigen in Ihrem Bereich, Frau Keler, die Kosten der Angestellten um 13,4 Prozent?! Warum? Ein weiterer Beitrag zum Spartopf der Finanzministerin, um am Jahresende gut dastehen zu können?

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter, darf ich Sie mal unterbrechen, Herr Rehberg hat einen Geschäftsordnungsantrag.

Bitte sehr, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU (zur Geschäftsordnung): Ich stelle den Antrag nach der Landesverfassung, daß das zuständige Mitglied der Landesregierung für Finanzen, Frau Keler, hier im Landtagssaal erscheint.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Sie haben nicht beantragt, daß die Sitzung unterbrochen wird, sondern nur, daß sie geholt wird.

Eckhardt Rehberg, CDU (zur Geschäftsordnung): Sie ist ja hier im Hause, und ich finde es unverschämt, daß sie schon über eine halbe Stunde nicht hier an ihrem Platz sitzt.

Präsident Hinrich Kuessner: Gut, alles klar.

Herr Riemann, bitte.

Wolfgang Riemann, CDU: Warum, Frau Keler, steigen in Ihrem Bereich die Kosten der Angestellten um 13,4 Prozent? Soll das ein Beitrag dazu sein, daß Sie am Jahresende sagen können, soundsoviel Millionen D-Mark habe ich wieder eingespart? Warum ist in Ihrem Bereich die Ersatzbeschaffung so exorbitant hoch und an den Krankenhäusern keine Ersatzbeschaffung mehr möglich? Frau Finanzministerin, Baumann und Clausen lassen grüßen: Noch ein Käffchen. Bingo, Frau Keler! So werden Lasten nach unten verteilt, weil Mann/Frau nicht bereit ist, bei sich selber zu sparen.

Als Finanzausschußvorsitzende haben Sie stetig eine Zweistufigkeit bei der Realisierung von Landesbauvorhaben eingefordert. Wo ist Ihre Forderung heute, Frau Keler? Hier sind strukturelle Einsparungen möglich. Wer sich einmal mit einer Haushaltsunterlage Bau beschäftigt hat, der wird verstehen, was ich meine. Ein Heer von Beamten des Finanzministeriums, der Landesbauverwaltung und der Oberfinanzdirektion schieben die Akten hin und her, eine Beratung jagt die andere, und jeder will seine eigene Wichtigkeit nachweisen. Das, Frau Keler, kostet richtig Geld. Sagen Sie diesem Parlament, wie Sie Ihre eigenen Forderungen erfüllen wollen!

Im Einzelplan 12 sind mehr als 440 Millionen für den Staatshochbau verankert, in etwa soviel wie 1999. Zu dieser imposanten Summe kommen 1999 noch einmal 88 Millionen übertragene Reste. Und ich darf erinnern, 57 Millionen DM sind aus dem Staatshochbau im Spartopf der Finanzministerin verschwunden. Das bedeutet, allein durch die zögerliche Abarbeitung im Staatshochbau in 1998 sind Sie, Frau Keler, für die Arbeitslosigkeit von mehr als 1.000 Bauarbeiter verantwortlich, persönlich verantwortlich, Frau Keler.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Um etwa 140 Millionen hinken auch 1999 die Ausgaben im Staatshochbau der Planung hinterher. Dieses bedeutet Vernichtung von Beschäftigung für weitere 1.000 Bauarbeiter. Dieses bedeutet zusätzliche Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe. Dieses bedeutet fehlende Steuereinnahmen für das Land. Dieses bedeutet Nährboden für Kriminalität und extremistisches Gedankengut. Auch dafür sind Sie persönlich verantwortlich, Frau Keler.

Und, meine Damen und Herren, wären Sie unseren Vorschlägen zum Haushalt 1999 gefolgt, für den Straßenbau, für den Eigenheimbau, für den Bau und die Sanierung von Feuerwehrhäusern und Schulen, für Kindergärten und Studentenwohnheime Mittel umzuschichten, wäre im Land ein Konjunkturprogramm für mehrere tausend Arbeitsplätze ausgelöst, und wir hätten nicht 8.000 Arbeitslose mehr als bei Ihrem Regierungsantritt, Herr Ministerpräsident Ringstorff und Herr Holter. Schauen Sie nach Thüringen, was die in diesem Bereich gemacht haben! Nehmen Sie, Herr Ministerpräsident, nehmen Sie, Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen, Ihre Verantwortung für die Menschen in diesem Land ernst!

Frau Keler konstatiert die Ausgaben im Staatshochbau als Folgen der Linie des vergangenen Jahres. Falsch, Frau Ministerin, sie liegen mehr als zwei Prozent oder circa 10 Millionen DM unter den Ist-Ständen des vergangenen Jahres. Schon allein davon hätten 20 Schulen saniert oder Kindergärten rekonstruiert werden können. Aber die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen sehen hier natürlich keinen Bedarf.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfaktionen, ich sage voraus: Mehr als 80 Millionen DM werden 1999 als Reste auf 2000 übertragen, und mehr als 50 Millionen DM Investitionsmittel werden am Jahresende eingekassiert. Sparen, Frau Keler, ist kein Selbstzweck, sparen ist notwendig, sparen im Personal- und Sachkostenbereich ist geboten. Sparen im investiven Nachholbereich zementiert den Abstand zwischen den alten und den neuen Bundesländern und ist deshalb ungerecht.

Wir, die CDU-Fraktion, werden auch für den Haushalt 2000 Anträge stellen, freie Mittel für die Sanierung von Schulen, Feuerwehren und Kindergärten aus dem Staatshochbau zu verwenden. Denn dort ist 1 DM gleich 2 DM Investition, und das ist Beschäftigungspolitik.

Zur allgemeinen Finanzverwaltung im Einzelplan 11: Die Steuereinnahmen und die steuerlichen Abgaben steigen um 2,3 Prozent. Davon sollen aber die Gemeinden und Landkreise nicht profitieren. Dieses ist ein Systembruch gegenüber dem Verhalten der letzten Jahre.

Zwei Sätze noch: Während in den letzten Jahren Gemeinden wegen verringerter Steuereinnahmen im Jahr 2000 mit 167 Millionen DM bestraft werden, gibt Frau Keler großzügig 26,4 Millionen DM aus ihren prognostizierten Steuereinnahmen heraus. Gleichzeitig vorenthält Frau Keler den Gemeinden und Landkreisen etwa 28 Millionen DM aus der Gewerbesteuerumlage, der Feuerschutzsteuer sowie dem Länderfinanzausgleich und dem Fehlbetrag Bundesergänzungszuweisung.

Ein Thema, Frau Keler, ich muß Sie noch befragen ...

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Abgeordneter, ich bitte, zum Schluß zu kommen.

Wolfgang Riemann, CDU: Ich bin auch beim letzten Satz.

Präsident Hinrich Kuessner: Ich habe Sie seit längerer Zeit aufgefordert, ...

Wolfgang Riemann, CDU: Wo sind die Wirtschafts...

Präsident Hinrich Kuessner: Entschuldigen Sie, ich habe Sie gebeten, zum Schluß zu kommen, dann bitte ich auch jetzt, den Schlußsatz zu sprechen.

Wolfgang Riemann, CDU: Das ist jetzt der Schlußsatz.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte sehr.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler, wo sind die Wirtschaftspläne für 2000 für die Landesbetriebe auf dem Ihlenberg? Wo sind die testierten Bilanzen ...

Präsident Hinrich Kuessner: Das ist der zweite Satz, Herr Riemann, ich möchte ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wolfgang Riemann, CDU: ... der letzten Jahre?

(Heike Lorenz, PDS: Jetzt ist es aber gut.)

Und weil ...

(Das Mikrofon wird abgeschaltet.)

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Riemann, Sie werden nicht mehr gehört. Es hat keinen Zweck, daß Sie reden.

(Der Abgeordnete Wolfgang Riemann beendet seine Rede bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meinem eigentlichen Redebeitrag komme, möchte ich bemerken, daß dieser Redebeitrag des Herrn Riemann mich außerordentlich betroffen gemacht hat, negativ berührt hat. In einer Mischung von Beleidigungen, Unterstellungen, Lügen, Halbwahrheiten hier praktisch die Einbringung des Haushalts zu begleiten, das finde ich einen außerordentlich schlechten Stil. Ich fordere Herrn Riemann auf, zur Sachlichkeit zurückzukehren,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das wäre was Neues.)

ich fordere ihn auf, sich im Finanzausschuß einer ernsthaften und konstruktiven Debatte und Arbeit zu stellen

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU: Das verweigern Sie doch laufend.)

und nicht hier an dieser Stelle in dieser Art praktisch die Arbeit des Landtages – ich sag' es jetzt mal klipp und klar – auch zu diffamieren

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

beziehungsweise einen Stil einzuführen, der hier nach meiner Meinung so nicht hingehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Da müßte er ja eine Metamorphose durchleben, und das traue ich ihm nicht zu. – Zuruf von Martin Brick, CDU)

Erst am 24. Juni, meine Damen und Herren, haben wir den Haushalt für dieses Jahr beschlossen, und jetzt ha-

ben wir wieder Haushalt auf der Tagesordnung, und zwar den für das Jahr 2000. War es beim '99er Haushalt bedingt durch die Wahlen und die Regierungsbildung im Herbst 1998 nicht früher möglich, so haben wir jetzt auch dank der guten Vorbereitung durch die Regierung beste Chancen, noch in diesem Jahr, und zwar am 15. Dezember 1999, den Haushalt für 2000 zu beschließen. Auch wenn die geplante Terminkette bis zur Zweiten Lesung sehr eng bemessen ist, so erwarte ich doch, auch von der Opposition, daß von allen Beteiligten – und an dieser Stelle möchte ich an die Verantwortung wirklich aller appellieren – dieser Zeitplan auch eingehalten wird.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Schließlich hoffen viele Zuwendungsempfänger im Land auf einen möglichst frühen Haushaltsvollzug, um geplante Projekte und Investitionen umsetzen zu können. Insbesondere die Bauwirtschaft ist darauf angewiesen, daß Fördergelder bereits im Frühjahr fließen. Wer dies nicht beachtet, meine Damen und Herren von der CDU, setzt sich möglicherweise zu Recht dem Vorwurf aus, Arbeitsplätze zu gefährden.

In diesem Zusammenhang halte ich es auch für äußerst destruktiv und unverständlich, Herr Riemann hat es angekündigt, wenn die CDU-Opposition wegen noch angeblicher unbekannter Auswirkungen des Bundeszukunftsprogramms 2000 auf den Landeshaushalt praktisch nicht bereit ist, der Überweisung des Haushalts bei der Ersten Lesung zuzustimmen, wie es guter parlamentarischer Brauch ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Finanzministerin Sigrid Keler hat überzeugend nachgewiesen, daß die Auswirkungen des Zukunftsprogramms der Bundesregierung unseren Landeshaushalt im Jahr 2000 nur mit 14,1 Millionen DM belasten werden.

Meine Damen und Herren der Oppositionsfraktion, die seit Wochen geschürte Verunsicherung, 670 Millionen DM würden den Landeshaushalt zusätzlich belasten, hat sich also bei weitem nicht bestätigt und ist nicht nur aus meiner Sicht völliger Unsinn, sondern auch eine böswillige Lüge.

Meine Damen und Herren, ich begrüße ausdrücklich, daß die Kommunen durch die Überleitung von Finanzierungsanteilen für das pauschalierte Wohngeld und für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz keine zusätzlichen Ausgaben haben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gerd Böttger, PDS)

Die also auch hier im Vorfeld von den kommunalen Spitzenverbänden diesbezüglich geäußerten Behauptungen gehen ins Leere.

Meine Damen und Herren, in der nächsten Landtagssitzung wird ja die Landesregierung dem Parlament im Rahmen der Ergänzungsliste die konkreten Zahlen einschließlich der Deckung durch Steuermehreinnahmen übergeben. Und die parlamentarische Beratung wird auch im Finanzausschuß praktisch bereits am 29. September 1999 mit der Generaldebatte beginnen und sich danach mit den Einzelplänen des Landtags, des Landesrechnungshofes, der Staatskanzlei und des Finanzministeriums befassen.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf setzt die

Landesregierung ihren angekündigten Konsolidierungskurs fort. Auch im nächsten Jahr wird unser Land den Kreditbedarf um weitere 274 Millionen DM auf 650 Millionen DM absenken. Das entspricht der Vereinbarung des Koalitionsvertrages. In der mittelfristigen Einnahmeplanung wird bis 2002 die Absenkung des Nettokreditbetrages auf 450 Millionen DM konsequent fortgesetzt. Damit wird sich die Schuldenentwicklung weiter deutlich verlangsamen. Trotzdem sind über 15 Milliarden Schulden eine große Belastung. Und im nächsten Jahr werden wir bereits 880 Millionen DM Zinsen zahlen müssen, im Jahr 2003 erstmals mehr als 1 Milliarde.

Es gibt also keine Alternative zur Haushaltskonsolidierung. Dies ist langfristig unsere Verantwortung für die kommenden Generationen, aber mittelfristig für das Jahr 2005, wenn das föderale Konsolidierungsprogramm ausgelaufen sein wird und die bisherigen Finanzhilfen neu strukturiert sind. Daß unser Konsolidierungskurs erfolgreich ist, beweisen auch Vergleiche mit den anderen neuen Bundesländern wie zum Beispiel Thüringen und Brandenburg. Und, meine Damen und Herren, der Bund der Steuerzahler bescheinigte unserer Finanzministerin Sigrid Keler eine vorzügliche Arbeit. Ich würde mir auch von Herrn Riemann etwas mehr Fairneß wünschen gegenüber unserer Finanzministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Volker Schlotmann, SPD:
Vergebliche Liebesmüh.)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht bei der Haushaltsplanung natürlich nicht nur um Sparen, sondern auch um Politikgestaltung. Meine Vorredner haben darauf hingewiesen. Sicherlich ist dies viel einfacher, wenn man für die öffentlichen Haushalte reichlich Geld zur Verfügung hat. Nur von diesen Zeiten sind wir in Deutschland bekanntlich noch meilenweit entfernt. Also sind wir gefordert, kreativ und innovativ Möglichkeiten zu suchen und zu finden, neue politische Akzente und Schwerpunkte zu setzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Volker Schlotmann, SPD)

Leider – und das unterscheidet uns eben vom Bund – haben wir als Land dabei nur relativ wenig direkte Möglichkeiten, Einfluß auf die Einnahmesituation zu nehmen, so daß wir gezwungen sind, Veränderungen auf der Ausgabenseite, nämlich Verschiebungen und Umstrukturierungen, vorzunehmen.

Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf ist es der Landesregierung erfolgreich gelungen, weitere Festigungen aus der Koalitionsvereinbarung durch Umschichtungen umzusetzen. Dabei konzentrieren wir uns im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit selbstverständlich auf den ersten Arbeitsmarkt. Ich weiß auch nicht, warum die CDU meint, uns immer daraufhin ansprechen zu müssen und zu unterstellen, wir hätten uns hier nicht geeinigt und die Prioritäten klar erkannt. Allein im Wirtschaftsministerium werden wir wieder über 1 Milliarde DM für Wirtschaftsförderung einschließlich Infrastrukturmaßnahmen einsetzen. Und trotz dieser Konzentration der Fördermittel auf den ersten Arbeitsmarkt sehe ich, und das ist einfach der aus meiner Sicht richtige kausale Zusammenhang, keine grundsätzliche Alternative zur notwendigen Arbeitsmarktpolitik, solange die Arbeitslosenzahlen so hoch sind und eine so große Differenz zwischen den registrierten Arbeitslosen und freien Stellen besteht, nämlich in Ostdeutschland von

16 : 1, und sich der Sockel der Langzeitarbeitslosen mehr und mehr verfestigt.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hinzu kommt, daß es freie Stellen bei einem Mangel an angemessenen qualifizierten Bewerbern gibt. Genau das unterstreicht aber die Notwendigkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik, wenn es gilt, durch eine entsprechende Aus- und Weiterbildungspolitik solche Diskrepanzen erfolgreich abzubauen. So ist es auch nur folgerichtig, daß für die Arbeitsmarktförderung unter Einbeziehung von ESF-Mitteln wieder 259,7 Millionen DM zur Verfügung stehen, darunter für das AQMV wie bisher 119,9 Millionen DM.

Nachdem auch in diesem Jahr die Wirtschaft ihrer Verpflichtung zur Ausbildung leider nicht in ausreichendem Maße gerecht wurde und noch circa 6.000 junge Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ohne Lehrstelle sind, wird die Landesregierung die Ausbildungsplatzförderung unter Einbeziehung von Mitteln des ESF in Höhe von 118,6 Millionen DM sichern. Dies ist eine Steigerung um circa 20 Millionen.

Neue Prioritäten wurden inzwischen auch in der Schul- und Jugendsozialarbeit gesetzt. Durch den Einsatz von 12 Millionen DM wird das 1999 begonnene Programm verstärkt fortgesetzt. Ziel ist die qualitative Verbesserung von Sozialarbeit an Schulen und in Jugendeinrichtungen, um die Lebensbedingungen junger Menschen in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig zu verbessern. In der Mittelfristigen Finanzplanung ist das oben genannte Programm mit insgesamt 43 Millionen DM bis 2002 abgesichert, und damit ist gleichzeitig auch der erfolgreiche Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gelungen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, ich will auf einige Beispiele eingehen, die die Landesregierung mit dem 2000er Haushaltsplan auf den Weg bringt, die ich für zukunftsichernd und zukunftsweisend halte, weil mit dem ressortübergreifenden Einsatz der Mittel aus EU-Strukturfonds Effekte erzielt werden, die unserem Land sehr dienlich sind.

Im Umweltbereich sind erstmals rund 8,4 Millionen DM für die Umsetzung des Moorschutzkonzeptes eingestellt worden. Für Maßnahmen im Bereich des Naturschutzes werden die Mittel um 3 Millionen auf 38 Millionen DM aufgestockt.

(Zuruf von Friedbert Grams, CDU)

Damit werden durch die Inanspruchnahme von EU-Mitteln neue Förderschwerpunkte gesetzt, die unter anderem zum Schutz, zur Erhaltung und Entwicklung von Lebensräumen der Tier- und Pflanzenwelt dienen. Die Umsetzung solcher Maßnahmen dient zum einen dem Schutz der Umwelt, zum anderen lösen sie auch touristische und arbeitsmarktpolitische Effekte aus.

Im Bereich der Landwirtschaft können durch Umschichtungen neue Programme, die wurden hier bereits auch schon im Detail angesprochen, zur Förderung des ländlichen Raums und der Forstwirtschaft unter Einbeziehung von Mitteln des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds umgesetzt und bewährte Programme fortgeführt werden.

Im Bereich der Wirtschaft werden ab 2000 verstärkt Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung außerhalb der GA für investive Zwecke eingesetzt, und durch die Einbeziehung der EFRE-Mittel wird es möglich, bestehende Förderprogramme wie zum Beispiel die Technologieförderung auszuweiten oder die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern.

Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, haben zu diesem Verfahren eine andere Sichtweise. Sie halten es für eine Zweckentfremdung von EU-Mitteln, wenn diese ersatzweise für Landesmittel verwendet werden. Falls Sie realistische Alternativvorschläge haben sollten, bin ich natürlich darauf gespannt, wie sie denn aussehen.

Meine Ausführungen möchte ich mit einem Zitat von Sir Anthony Eden, das nicht neu ist, aber heute wie damals Gültigkeit hat, beenden: „Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im allgemeinen und Freigiebigkeit im besonderen.“

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns allen eine konstruktive Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2000 in den Fachausschüssen. Ich bitte um Zustimmung zur Überweisung. – Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Zu einem sehr kurzen Beitrag hat noch einmal das Wort der Abgeordnete Herr Rehberg von der CDU-Fraktion. Bitte sehr.

(Reinhard Dankert, SPD:

Wenn Herr Riemann abgeklingelt wurde, dann hat Herr Rehberg doch keine Zeit mehr.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich halte es für einen mittelschweren Skandal, was heute hier bei der Debatte zum Landeshaushalt abgelaufen ist.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: War das Selbstkritik?)

Bis auf den Kollegen Holter in der Landesregierung hat es fast niemand für nötig gehalten, weder der Ministerpräsident noch die Landesminister, teilweise nicht mal die Finanzministerin, der Debatte zu folgen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Sie war die ganze Zeit da.)

Ich weise vorsorglich darauf hin, daß die CDU-Fraktion verstärkt von Artikel 38 Absatz 1 Landesverfassung Gebrauch machen wird: „Der Landtag und seine Ausschüsse haben das Recht und auf Antrag eines Drittels der jeweils vorgesehenen Mitglieder die Pflicht, die Anwesenheit jedes Mitglieds der Landesregierung zu verlangen.“

Hier zieht ein politischer Stil ein ausgehend vom Ministerpräsidenten, der sofort die Regierungsbank verläßt, wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende redet, andere Mitglieder des Landtages reden. Andere Mitglieder der Landesregierung schließen sich an. Dies ist nicht mehr hinnehmbar. Ich weise Sie nur deswegen vorsorglich darauf hin, damit Sie nicht überrascht sind. Wir haben Verständnis dafür, daß einzelne entschuldigt sind etwa wegen Ministerpräsidentenkonferenzen, wegen Konferenzen von Landesministern. Wir haben überhaupt kein Verständnis dafür, daß Sie in der Lobby Kaffee trinken, sich irgendwo hinsetzen und reden, und hier wird der Landeshaushalt der Landesregierung eingebracht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Unruhe bei den Abgeordneten –
Volker Schlotmann, SPD: Das ist ja peinlich,
peinlich. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Ich schließe die Aussprache.

Ich bitte um Ruhe!

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte um Aufmerksamkeit und Ruhe.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/600 und die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/599 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuß und zur Mitberatung an den Innenausschuß, an den Rechtsausschuß, an den Wirtschaftsausschuß, an den Landwirtschaftsausschuß, an den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft und Kultur, an den Ausschuß für Bau, Arbeit und Landesentwicklung, an den Sozialausschuß, an den Umweltausschuß sowie an den Tourismusausschuß zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. –

(Volker Schlotmann, SPD:

Das sind die Arbeitsverweigerer. –

Eckhardt Rehberg, CDU: Das müssen Sie gerade sagen! – Volker Schlotmann, SPD:

Herr Rehberg, Sie haben mich maßlos enttäuscht.)

Enthaltungen? – Der Überweisungsvorschlag ist mit den Stimmen der SPD- und PDS-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Nachwahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages. Hierzu liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion der PDS auf Drucksache 3/672 vor.

Nachwahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages

**Wahlvorschlag der Fraktion der PDS:
Nachwahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages
– Drucksache 3/672 –**

Meine Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 50 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung muß bei Wahlen geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln. Nach Artikel 32 Absatz 1 unserer Landesverfassung in Verbindung mit Paragraph 48 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung beschließt der Landtag mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens vom Schriftführer, dem Abgeordneten Schier. Auf dem Stimmzettel ist der Name der Kandidatin aufgeführt. Ich bitte Sie, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Sie dürfen Ihren Stimmzettel nur in der Kabine ankreuzen und müssen ebenfalls noch in der Kabine den Stimmzettel in den Umschlag legen. Bevor Sie den Umschlag mit Ihrem Stimmzettel in die Abstimmurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen. Die Stimme

ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen läßt.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, daß die Abstimmurne leer ist.

(Die Schriftführer überzeugen sich davon, daß die Wahlurne leer ist.)

Das ist erfolgt.

Ich eröffne die Abstimmung zur Nachwahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufzuzuführen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder des Hohen Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollten, ihre Stimme abgegeben? – Wenn das der Fall ist, schließe ich die geheime Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa zehn Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Es findet sofort eine Ältestenratssitzung im Achteckzimmer statt. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 16.15 Uhr

Wiederbeginn: 16.30 Uhr

Präsident Hinrich Kuessner: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich bitte Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis der Nachwahl der zweiten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern bekannt. Es wurden 65 Stimmen abgegeben, davon waren 65 Stimmen gültig. Es stimmten für die Abgeordnete Kerstin Kassner 40 Abgeordnete mit „ja“,

(Beifall bei SPD und PDS)

23 Abgeordnete mit „nein“, zwei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, daß die Abgeordnete Kerstin Kassner die nach Artikel 32 Absatz 1 der Landesverfassung erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Ich frage Sie, Frau Kassner, nehmen Sie die Wahl an?

Kerstin Kassner, PDS: Ja, ich nehme die Wahl an.

(Beifall bei SPD und PDS)

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Vizepräsidentin Kassner, ich spreche Ihnen noch mal laut und deutlich meinen herzlichen Glückwunsch aus. Ich wünsche Ihnen Glück und Erfolg für die verantwortungsvolle Arbeit zum Wohle unseres Landes und uns eine gute Zusammenarbeit.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, Drucksache 3/666.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 3/666** –

Das Wort zur Einbringung hat der Innenminister Herr Dr. Timm. Bitte sehr, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute die vierte Novelle zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vor. Bereits ab der dritten Novelle im Jahre 1996 hat das Land Mecklenburg-Vorpommern den steuerkraftbezogenen Finanzausgleich eingeführt. Diese Änderung von 1996 war die wichtigste, wenn man die Finanzausgleichsbeziehungen der Kommunen untereinander und damit die Geschichte des Finanzausgleichsgesetzes der letzten neun Jahre betrachtet.

Wir legen Ihnen diese Novelle jetzt vor, um zum einen in bezug auf die Finanzausstattung der Kommunen eine verlässliche Planungssicherheit für die nächsten Jahre gegenüber den Kommunen zu garantieren. Wir haben uns vorgenommen, 2,5 Milliarden DM jährlich in die Finanzausgleichsmasse zu überweisen. Ich sage heute – das haben wir seit gestern beschlossen – 2,5 Milliarden DM plus x. Sie wissen, daß wir 27 Millionen DM zusätzlich überweisen wegen der Lasten, die durch das Konsolidierungsprogramm teilweise auf die Kommunen gekommen sind. Mit dieser Finanzausgleichsmasse haben wir in Mecklenburg-Vorpommern die höchste Verbundquote im Vergleich der Flächenbundesländer in der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt mit anderen Worten, auch dann, wenn wir sie um weniger als ein Prozent absenken in 1999, liegen wir immer noch an der Spitze im Bundesgebiet.

Das zweite Ziel neben der Ausstattung ist der Finanzausgleich. In diesem Gesetz reagieren wir mit der vierten Novelle, die Ihnen heute vorgelegt wird, auf die Entwicklung der kommunalen Finanzkraft seit 1996. Das heißt, wir ändern teilweise die steuerkraftbezogene Verteilung einerseits, und zum anderen bringen wir Korrekturen an bei den steuerkraftunabhängigen Vorwegabzügen.

Meine Damen und Herren! Das Finanzausgleichsgesetz ist bereits seit Wochen oder auch Monaten in der Debatte. Wir haben die Verbände angehört, wir haben auch die Fraktionen bereits unterrichtet über die Änderungen. Seit 14 Tagen ist der Gesetzentwurf offiziell im Landtag eingebracht. Die öffentlichen Stellungnahmen beruhigen mich. Der Landkreistag sagt, es handelt sich um kosmetische Änderungen. Damit kann ein Innenminister leben, meine Damen und Herren. Zumindest ist ja offensichtlich so viel Schlechtes durch den Gesetzentwurf nicht eingetreten.

(Harry Glawe, CDU: Die Frage ist nur, wie man „Kosmetik“ interpretiert.)

Der Städte- und Gemeindetag, meine Damen und Herren, sagt, der Gesetzentwurf sei nicht so schlimm wie erwartet.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
So einen schlechten Ruf haben Sie.)

Auch das läßt sich aushalten. Außerdem sagt er, es gebe Anreize für Verwaltungsmodernisierung und Ansiedlungspolitik.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und genau das, meine Damen und Herren, ist gewollt. Das sage ich ausdrücklich.

Demzufolge, meine ich, sind wir eingetreten in eine sehr sachliche und auf die Ziele des Finanzausgleichsgesetzes

bezogene Debatte, mit Ausnahme – und das empfinde ich als schlimm, sage ich ganz offen – der Opposition.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Die Opposition nennt diesen Finanzausgleichsgesetzesentwurf einen Dolchstoß und bemüht damit eine Legende, in der die deutsche Öffentlichkeit versucht hat, die Niederlage des ersten Weltkrieges aufzuarbeiten. Mit dieser Dolchstoßlegende, wissen Sie alle, führte die Entwicklung in den zweiten Weltkrieg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Volker Schlotmann, SPD:
Und wer trinkt draußen Kaffee?!)

Ich meine, meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sollten Ihrem Ruf als demokratische Volkspartei nicht diesen Bären dienst erweisen und Begriffe aus dem Zusammenhang von Krieg und Frieden

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

in die Finanzausgleichsbeziehungsdebatte des Landes Mecklenburg-Vorpommern einführen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich würde mich sehr freuen, wenn es uns gelingt, jenseits der Dolchstoßlegenden der Opposition eine vernünftige, sicherlich kritische und in der Sache auch kontroverse Debatte zu führen, aber zum Wohle der Gemeinden. Ich meine, diese haben es verdient.

Meine Damen und Herren! Wo stehen wir derzeit an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert in der Gesamtproblematik kommunale Finanzausstattung? Derzeit haben die Kommunen insgesamt Einnahmen von circa 7 Milliarden DM zur Verfügung. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 2,5 Milliarden DM Finanzausgleichsmasse. Das ist etwas mehr als ein Drittel. 1998 bekamen die Kreise 42 Prozent, die kreisfreien Städte 34,9 Prozent und der kreisangehörige Raum 31,1 Prozent an Finanzzuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz bezogen auf ihre Gesamteinnahmen. Daraus folgt, meine Damen und Herren, daß das Finanzausgleichsgesetz Anteil hat an den Überweisungen, die wir im Zusammenhang mit dem Solidaritätspakt I seit 1994 in den neuen Bundesländern und speziell auch in unserem Bundesland bekommen. Die Finanzausstattung der Kommunen hat einen großen Anteil an diesem Solidaritätspakt I. Das sind circa 1 Milliarde DM, die wir mehr haben im Zuge der Aufbauhilfe gegenüber einem normalen anderen westdeutschen Flächenbundesland.

Ich sage das deswegen so deutlich, weil wir mit aller Deutlichkeit und Klarheit auf den Sprung des Jahres 2004 zum Jahr 2005 hinweisen müssen. Der Solidaritätspakt läuft aus, und wir wissen ja alle, daß es eine Anschlußfinanzierung im Sinne eines Solidaritätspaktes II geben muß. Wir hören ja auch noch Erhellendes auf dieser Landtagssitzung hierzu von der Opposition.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Übrigens interessiert mich sehr, was Sie zu den Verfassungsgerichtsverfahren der süddeutschen Länder – das ist ja heute wieder anhängig – sagen werden gegen den Finanzausgleich. Ich will nur darauf hinweisen, daß auf jeden Fall die Finanzausstattung nicht mehr, eher weniger wird nach dem Jahr 2004. Es gehört zur landespolitischen Pflichtaufgabe, dieses den Kommunen auch klar und deutlich zu sagen, genauso deutlich, wie wir es uns in unseren eigenen Finanzplanungen im Landeshaushalt

selbst sagen müssen. Das heißt, ebenso gehört dazu, die Frage zu beantworten, ob wir, bezogen auf die nächsten Jahre, eine effiziente Gemeindegebiets- und Gemeindeverwaltungsstruktur haben oder ob wir nicht auch darüber reden müssen, ob wir bei der Frage der Finanzkraft der Kommunen sowohl die Ausgabe- als auch die Einnahmeseite auf kommunaler Ebene diskutieren müssen.

Ich sage das deswegen, weil ich in einem sehr intensiven Dialog mit meinem sächsischen Kollegen Hardraht stehe. Sachsen hat seit 1994 einen Weg beschritten, bei dem sich im Bundesland Sachsen auf freiwillige Weise Kommunen zusammengelegt haben und auch Verwaltungs- und Investitionskraft in diesem Bundesland – ich rede von Sachsen – zu stärken. Sachsen ist heute erheblich weiter als Mecklenburg-Vorpommern. Und diese Frage der Modernisierung der kommunalen Verwaltungs- und Gebietsstrukturen gehört unmittelbar dazu, wenn wir über die Finanzkraft und die Investitionskraft der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich spare es nicht aus, und ich meine, wir müssen uns dieser Debatte stellen.

Was bedeutet die Finanzausgleichsnovelle, die ich Ihnen heute für die Landesregierung vorlege, im einzelnen? Im einzelnen bedeutet sie erstens, daß wir die steuerkraftbezogene Finanzverteilung vom Zweisäulenmodell auf das Dreisäulenmodell umstellen. Hiermit gelingt es uns, eine exaktere Finanzverteilung und eine spezifische Finanzgerechtigkeit zwischen den drei Säulen – Kreise, Landkreise sind gemeint, kreisfreie Städte zweitens und drittens kreisangehöriger Raum – herzustellen.

Meine Damen und Herren! Ich weise darauf hin, daß bereits die vorherige Einbringung des dritten Finanzausgleichsgesetzesentwurfes 1996 seitens der Landesregierung dieses sogenannte Dreisäulenmodell vorgesehen hat. Damals hat mein Vorgänger Geil an dieser Stelle gesagt, daß das Zweisäulenmodell sich überlebt habe. Es kann keine Finanzbewegungen zu Lasten der kreisfreien Städte geben in Mecklenburg-Vorpommern, weil von niemandem gewünscht sei, daß man die Zentren schwächt. Damals hat leider, muß ich sagen, diese Dreisäulenstruktur die Debatte im Landtag nicht überstanden, es ging zurück auf das sogenannte Zweisäulenmodell.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Allerdings haben teilweise die Fronten gewechselt. Der Abgeordnete Markhoff aus der CDU-Fraktion hat 1996 erklärt: „Das Zweisäulenmodell bereitet mir große Bauchschmerzen.“ Mir übrigens heute auch. Er führte weiter aus: „Mit der Neugestaltung des Verfahrens für die Schlüsselzuweisungen wird durch die steuerkraftabhängige Zuweisung eine Systematik für den kommunalen, horizontalen Finanzausgleich angewandt, die ein Höchstmaß an finanzieller Gerechtigkeit erreicht.“

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das, meine Damen und Herren, ist heute unser Ziel.

Ich habe darauf hingewiesen, daß damals der Landtag dieses Ziel wiederum verrückt hat, sozusagen zugunsten des alten Modells, des Zweisäulenmodells. Ich will aber deutlich sagen, die damalige Begründung, daß mit dieser Einführung der dreigeteilten Schlüsselmasse des Dreisäulenmodells der ländliche Raum geschwächt würde, hat zu

einer erheblichen Verwerfung der Finanzverteilung in den Jahren nach 1996 geführt. Ich kann nur davor warnen, mit der Begründung, man würde den ländlichen Raum schwächen, eine strukturpolitisch sehr wichtige Entscheidung hier nicht zu treffen. Wir legen Ihnen diese Strukturänderung vor, um mit der Stärkung der Zentren vom ländlichen Zentralort bis hin zu Oberzentren in Mecklenburg-Vorpommern den Gesichtspunkt der dezentralen Konzentration hervorzuheben.

Meine Damen und Herren! Die Situation seit 1990 in den kreisfreien Städten unseres Bundeslandes hat sich erheblich verschlechtert. Wir haben bis Ende 1998 einen Einwohnerschwind in den sechs kreisfreien Städten von circa 107.000 Einwohnern hinzunehmen, während im ländlichen Raum 25.000 Einwohner verlorengegangen sind. Insgesamt sind 135.000 Einwohner weniger im Bundesland als Anfang der neunziger Jahre. Trotz dieses Einwohnerschwunds haben die Oberzentren ihre oberzentralen Funktionen behalten und behalten müssen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß über 40 Prozent der Wirtschaftskraft des Bundeslandes in den Oberzentren erwirtschaftet werden, während dort circa 30 Prozent der Einwohner wohnen. Die Schere geht in ihrer Tendenz weiter auseinander.

Meine Damen und Herren! Es ist keine Frage, daß neben der steuerkraftbezogenen Finanzausweisung natürlich auch zentralörtliche Funktionen in Mecklenburg-Vorpommern, bezogen auf bestimmte kommunale Ebenen, besonders unterstützt werden. Wir haben uns nach einer langen und intensiven Debatte dazu durchgerungen, am Paragraphen 10e des Finanzausgleichsgesetzes keine Änderung gegenüber dem Entwurf der alten Koalition vorzunehmen. Das heißt, das Ziel ist nach wie vor richtig. Es muß darum gehen, eine dezentrale Konzentration mit einer Stärkung zentralörtlicher Aufgaben auf den kommunalen Ebenen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern vorzunehmen. Das Ziel ist nach wie vor richtig. Wir haben ja auch die Stellungnahmen der Verbände. Diese gehen auseinander, aber ich meine, daß das, was 1996 eingeführt worden ist, nach wie vor Bestand hat.

Außerdem, darauf will ich auch hinweisen, bezogen auf die steuerkraftabhängige Finanzausgleichsleistung, die wir erbringen, haben wir den Steuerkraftausgleich von 70 auf 60 Prozent abgesenkt. Jeder weiß, daß viel weitergehende Forderungen gestellt worden sind. Es gibt Bürgermeister und Oberbürgermeister, die nicht der SPD angehören, die sehr viel weitergehende Forderungen aufgemacht haben, 50 Prozent und noch weniger. Deswegen sind wir mit der Absenkung um 10 Prozent einen Schritt in die richtige Richtung gegangen, was uns wiederum in die Lage versetzt, Wachstumsregionen und Wachstumskommunen in Mecklenburg-Vorpommern besonders zu fördern, weil, wie ich meine, das Wachstum oder die Wachstumszentren in unserem Bundesland,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hätte der bayrische Ministerpräsident zum Finanzausgleichsgesetz nicht besser sagen können.)

Herr Riemann, die Regionen mitziehen werden.

Um es Ihnen vielleicht mal biblisch zu sagen: Du sollst einem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl, Herr Pastor.)

Aber wie gesagt, das machen wir vielleicht unter uns aus.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch mal zurückkommen auf die häßliche Debatte über den Dolchstoß des Innenministers gegenüber den Kommunen. In der Presse vom 25. August 1999 war in mehreren Regionalzeitungen des Landes zu lesen, daß der CDU-Oppositionsführer Rehberg, der offensichtlich jetzt fehlt – da müssen wir auch mal in die Landesverfassung gucken,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die müßten Sie eigentlich kennen. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

was das bedeutet, obwohl er sich immerzu zu Worte meldet, die Dolchstoßlegende wurde übrigens auch mit Zahlen untersetzt, ich will gern darauf eingehen –, behauptet, die Stadt Ribnitz bekäme 1 Million DM weniger als vorher.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schlüsselzuweisungen.)

Nein, er hat gesagt – und das ist nicht dementiert –, 1 Million DM weniger als vorher.

(Wolfgang Riemann, CDU: Schlüsselzuweisungen.)

Ich erkläre Ihnen, Herr Riemann, wie sich tatsächlich der Finanzausgleich bezogen auf die Stadt Ribnitz darstellt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS – Sylvia Bretschneider, SPD: Aber schön langsam, sonst versteht er das nicht.)

Zum Mitschreiben, zum Mitschreiben.

Während 1999 nach dem alten Finanzausgleichsgesetz die Stadt Ribnitz 9,82 Millionen DM Schlüsselzuweisungen bekommt, sind es 2000 9,97 Millionen DM Schlüsselzuweisungen nach der Novelle, die wir Ihnen vorgelegt haben.

(Reinhardt Thomas, CDU: So?)

Bei den Vorwegabzügen verliert die Stadt Ribnitz 947.000 DM. Warum? Weil die Überweisungen nach Paragraph 7b Finanzausgleichsgesetz – der Verlustausgleich für den Verlust des ehemaligen Kreissitzes wurde bereits 1992 beschlossen – Ende 1999 auslaufen.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wieviel sind denn das?)

Das sind 947.000 DM. Das hat mit dem Finanzausgleichsgesetz 2000 überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und das weiß natürlich auch Herr Rehberg. Daß er dennoch falsche Zahlen verwendet – Herr Riemann, grüßen Sie ihn herzlich von mir –, halte ich für, ich sage nicht Dolchstoß, eine Unerhörtheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Das ist Schwindelei gegenüber der Öffentlichkeit.

Unter dem Strich bekommt die Stadt Ribnitz zusammengerechnet 155.000 DM mehr, nämlich an Schlüsselzuweisungen. Ich bitte darum, daß Sie das den Bürgern dieser Stadt auch vernünftig und ehrlich mitteilen

(Reinhard Dankert, SPD:
Machen Sie das mal lieber!)

und hier nicht so eine Verunsicherungspolitik gegenüber der Öffentlichkeit betreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun kann man das Ganze durchbuchstabieren durch alle möglichen Regionalzeitungen. Ich habe gehört von Herrn Kollegen Bartels, daß der Oberbürgermeister von Greifswald gestern erklärt haben soll, die Stadt Greifswald bekäme 4 Millionen DM weniger. Das sei alles ganz schlimm. Tatsächlich bekommt sie 1,6 Millionen DM mehr.

(Erhard Bräunig, SPD: Ha, ha, ha! –
Zurufe von Reinhardt Thomas, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

Da frage ich mich, worauf baut die Opposition ihre Legenden?

(Angelika Gramkow, PDS: Lügen!)

Auf falschen Zahlen, und das ist unerhört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Unter dem Strich, meine Damen und Herren, wenn man mal alle Finanzausgleichsleistungen zusammenfaßt, bekommen die kreisfreien Städte 15 Millionen DM mehr, die Kreise 15 Millionen DM mehr und der kreisangehörige Raum auf den ersten Blick 19 Millionen DM weniger.

Die 19 Millionen DM setzen sich zusammen aus 7 Millionen DM weniger wegen des Verlustes der ehemaligen Kreissitze, macht 12 Millionen DM weniger, macht zusammengerechnet 15 Millionen DM mehr für die Kreise, 12 Millionen DM weniger für den kreisangehörigen Raum,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Jetzt wird er Rechenkünstler.)

3 Millionen DM mehr für den kreisangehörigen Raum.

(Harry Glawe, CDU: Weniger ist immer mehr.)

Das ist Ihre Legende, 3 Millionen DM mehr für den kreisangehörigen Raum. Und wenn man dann noch das Programm zur Förderung der Gemeinde- und Ämterzusammenschließungen, das natürlich ein Programm für den ländlichen Raum ist, dazunimmt, sind es 13 Millionen DM mehr für den ländlichen Raum.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Ein Sterbeprogramm.)

Ihre Rechnungen, meine Damen und Herren, sind geeignet, die Öffentlichkeit zu verunsichern, aber nicht die Wahrheit darzustellen. Das will ich Ihnen klar sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Die Bürger-
meister sehen das alles aber ganz anders. –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Ich komme noch darauf zu sprechen, Herr Riemann.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns vorgenommen, als Koalition drei wichtige Ausgleichskriterien mit diesem Finanzausgleichsgesetz zu verwirklichen, erstens, ich habe schon darauf hingewiesen,

(Heiterkeit bei Reinhardt Thomas, CDU)

das Wachstum zu stärken, zweitens Schwache zusammenzuführen und drittens die Entwicklung nach vorn zu orientieren

(Wolfgang Riemann, CDU: Zwei
Schwache geben noch keinen Staat.)

und dabei insbesondere das Jahr 2005 mit dem Anschlußpakt, Solidarpakt II, nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Alternative, über die bisher keiner gesprochen hat, bestände theoretisch nur darin, eine Politik der Gleichmacherei für richtig zu halten.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich sage Ihnen, mit uns ist das nicht zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich meine, meine Damen und Herren, wir sollten eine vernünftige strukturelle Entwicklung der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern für richtig halten, keine Gleichmacherei.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sage auch, eine unwürdige Verdummung der Öffentlichkeit durch die CDU ist ebenso zu verurteilen wie die Beurteilung der sehr komplizierten Finanzausgleichsbeziehungen aus der Sicht eines Kirchturmes eines einzelnen Dorfes in Mecklenburg-Vorpommern. Das kann nicht die Perspektive sein, wenn wir Landespolitik machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Verantwortung für das Land wahrnehmen heißt, strukturelle Sicherheit für die Entwicklung der kommunalen Finanzbeziehungen

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

und finanzielle Planungssicherheit für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten. Ein Treten auf der Stelle, so nach dem Motto „Es darf nichts anders werden“,

(Wolfgang Riemann, CDU: Was ist der Deckel
denn? Ein Treten auf der Stelle, Herr Timm.)

wirft unser Land zurück, und das ist mit uns nicht zu machen. Die Koalition aus SPD und PDS hat sich vorgenommen, eine kräftige Entwicklung nach vorn zu machen,

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

meine Damen und Herren, und kein Treten auf der Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Andreas Bluhm, PDS)

Ich will Ihnen noch einige Erläuterungen zu den Änderungen geben, die wir im Bereich der Vorwegabzüge vorgenommen haben:

Erstens. Wir haben zum einen den ÖPNV-Vorwegabzug um 7 Millionen DM erhöht, und zwar deswegen, um insbesondere die beiden Straßenbahnen, die wir in Rostock und Schwerin haben, besserzustellen als bisher. Dies ist

eine klare politische Entscheidung für den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und der ÖPNV in den Landkreisen wird ausgetrocknet.)

Zweitens. Wir halten fest an der Zuweisung für Theater und Orchester in Höhe von 70 Millionen DM und haben damit mit der Entscheidung von 1996 diesen Betrag von 70 Millionen DM ausdrücklich herausgenommen aus Konsolidierungsmaßnahmen des Landeshaushaltes. Auch hier gibt es Planungssicherheit,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Keine müde Mark mehr.)

auf der die Strukturfragen nun sehr solide erarbeitet werden können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wann denn?)

Die Finanzausstattung bleibt in Höhe von 70 Millionen DM.

(Wolfgang Riemann, CDU: Die Personalkosten steigen.)

Drittens. Wir haben den Sozialhilfepflichtabzug um 20 Millionen DM erhöht, das macht 80 Millionen DM.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Alles aus derselben Verbundmasse.)

Viertens. Wir haben die Ausgleichsleistungen für bisherige Kreisstädte gestrichen, weil dieses Programm, wie bereits schon längst beschlossen war, am Ende des Jahres 1999 ausläuft.

Meine Damen und Herren! Ich plädiere noch mal dafür: Lassen Sie uns den vierten Gesetzentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zügig und sachlich, natürlich kontrovers, aber ich betone sachlich und nicht mit Ihren Legendengebäuden, die Sie hier aufbauen, und mit den richtigen Zahlen im Innenausschuß beraten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin sehr aufgeschlossen für Verbesserungen der Finanzausgleichsstruktur, wenn wir die Ausgleichsziele, die ich allerdings für unverzichtbar halte – Wachstum fördern, Schwache stärken, Entwicklung nach vorne bringen –, klar und deutlich im Auge behalten. Ich kann nur davor warnen, auf der Stelle zu treten. Das wirft unser Land zurück. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Innenminister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Jetzt hat der Innenminister uns gesagt, was er mit dem FAG erreichen will. Ich werde ihm nicht widersprechen, wenn er sagt, daß wir strukturelle Veränderungen auf der Ebene der kommunalen Gebietskörperschaften brauchen. Aber, Herr Innenminister, das, was Sie vorgetragen haben, zeigt eine so erschreckende Ferne von der Ebene der kommu-

nen Selbstverwaltung, daß es einem eiskalt ums Herz wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben hier noch nicht einmal in Ihrem Beitrag – und dazu hatten Sie Gelegenheit – der Äußerung Ihres Kabinettskollegen Holter widersprochen, der gesagt hat, wir geben den Kommunen den Ausgleich, den sie durch die Bundesregelung, diese berühmten etwas mehr als 20 Millionen DM, hinlegen müssen. Herr Innenminister, das geltende Gesetz sieht das vor. Nur, Sie haben sich einlullen lassen, indem Sie in die Koalitionsvereinbarung so etwas reingeschrieben haben, was wie ein Deckel wirkt. Die 2,5 Milliarden DM haben Sie gegriffen. Damit Sie sie erreichen, legen Sie in Ihrem Entwurf nicht eine Anhebung des Verbundsatzes oder Anhebung der Finanzausgleichsmasse oder gar eine Anhebung der Schlüsselmasse vor, sondern Sie senken den Verbundsatz.

(Angelika Gramkow, PDS: Wie war das noch mit den 28 Prozent vor fünf Jahren, Herr Jäger?)

Das ist nicht die Solidarität mit den Kommunen. Sie haben überhaupt kein Gefühl dafür, was vor Ort vorgeht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und, meine Damen und Herren, wenn der Innenminister jetzt sagt, es kursieren im Lande unterschiedliche Zahlen, dann muß ich den Vorwurf aber an die Regierungsbank geben. Sie haben sie doch selbst produziert. Gucken Sie mal in den Einzelplan 11, und gucken Sie in den Entwurf dieses Gesetzes. Die Zahlen sind miteinander überhaupt nicht in Vereinbarung zu bringen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Das geht doch nicht.

(Angelika Gramkow, PDS: Doch.)

Sie stiften Verwirrung im Land, und anschließend beklagen Sie sich über diejenigen, die etwas ...

(Minister Dr. Gottfried Timm: Gucken Sie mal in den Koalitionsvertrag, Herr Jäger!)

Nein, der Koalitionsvertrag – das muß ich mal sagen, ich weiß nicht, wer das jetzt von der Regierungsbank gesagt hat, aber schließlich scheinen das alle mißzuverstehen – ist immer noch kein Gesetz.

Meine Damen und Herren! Es steht doch fest, Sie geben weniger in die Finanzausgleichsmasse, als den Kommunen nach geltendem Recht zustünde. Das wissen Sie.

(Angelika Gramkow, PDS: Für das Jahr 2000 nicht.)

Natürlich.

(Angelika Gramkow, PDS: Nein!)

Natürlich.

(Angelika Gramkow, PDS: Es wird dann eine neue gesetzliche Lage geben, Herr Jäger. Wovon reden Sie denn?!)

Nein, das ist nicht korrekt. Wenn Sie die 28 Prozent voll geben würden, dann würden Sie um die 48 Millionen DM mehr hineingeben.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Sie geben weniger in die Masse, die der Herr Innenminister als so besonders wichtig bezeichnet hat, da stimme ich ihm zu, sie ist wichtig. Aber dann verstehe ich nicht, warum Sie ausgerechnet die Schlüsselmasse so erheblich absenken, und das tun Sie, weil Sie den Soziallastenausgleich nicht etwa finanzieren, sondern durch eine Unterverteilung der verringerten Finanzausgleichsmasse einfach wegnehmen. Die 20 Millionen DM, die Sie drauf tun, nehmen Sie nämlich aus der Finanzausgleichsmasse.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Frau Gramkow, Sie sind doch in Zahlen erfahren, und wir beide wohnen in der gleichen Stadt und kennen ein und denselben Haushalt. Das ist doch wohl so.

(Angelika Gramkow, PDS: Den sollten Sie lieber nicht erwähnen, Herr Jäger. Für den bin ich nämlich nicht verantwortlich.)

Nun sage ich Ihnen mal ganz deutlich: Wer oben weniger reintut, der kann doch eigentlich gar nicht erwarten, daß unten mehr rauskommt.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig. –
Reinhardt Thomas, CDU: Weniger ist immer mehr. – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ja, das ist dann aber eine Mathematik, die, sagen wir mal, nicht ganz so den Regeln der Technik entspricht.

(Angelika Gramkow, PDS:
Würden Sie das mal erläutern?)

Es kommt leider nicht mehr heraus. Sie haben 85 Millionen DM weniger in den Finanzausgleichszuweisungen, wenn Sie nach geltendem Recht verfahren würden.

Sie haben rund 90 Millionen weniger in der Schlüsselmasse. Das ist die Masse – nur um es mal zu erklären für diejenigen, die, sagen wir mal, sich hier verwirren lassen durch diese vielen Zahlen –,

(Angelika Gramkow, PDS: Was Sie erzählen, versteht keiner. Nicht mal ich.)

die den Kommunen zur Verfügung steht, zu ihrer freien Verfügung. Und das ist der Ausgleich vermindelter Einnahmekraft. Und wenn der Herr Innenminister sagt, wir müssen uns konzentrieren auf die Entwicklungsachsen oder auf die zentralen Orte, dann sage ich Ihnen mal an dem Beispiel eines Kreises – ich greife jetzt mal ganz weit nach hinten, zu dem, was ich sagen wollte, weil es, glaube ich, hier viel besser paßt –, Sie verfehlen das von Ihnen angestrebte Ziel in hohem Maße. Denn nehmen Sie den Kreis Uecker-Randow. Und jetzt verwende ich die Zahlen, die Sie dem Städte- und Gemeindetag gegeben haben, denn uns haben Sie sie ja nicht gegeben, ich mußte sie mir erst besorgen. In Ihrem Entwurf stehen sie ja auch nicht, da sind sie nämlich gebietskörperschaftsscharf gerechnet. Der Landkreis Uecker-Randow gewinnt 93.432 DM als Kreis. Seine Gemeinden ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Toll! Der muß danken.)

Der dankt, der dankt.

Seine Gemeinden verlieren nämlich über fünf Millionen,

(Harry Glawe, CDU:
Das ist doch ein prima Ausgleich!)

Prima Ausgleich!

... verglichen mit dem Landkreis Nordwestmecklenburg – der ist richtig gut dran –, der bekommt als Landkreis nämlich 2,9 Millionen DM mehr, und seine kreisangehörigen Gemeinden bekommen 819.000 DM mehr. Und nun frage ich Sie, Herr Innenminister: Wo bleibt noch die Funktion des kommunalen Finanzausgleichs,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Politik nach Gutsherrenart ist das. –
Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

wenn Sie einen der wirtschaftsschwächsten Räume erheblich schlechter stellen und einen bekanntermaßen – und darüber freuen wir uns alle – wirtschaftsstärkeren Bereich stärker begünstigen? Man hat manchmal den Eindruck, daß Sie die Investitionen der Kommunen gar nicht wollen, denn in dem Bereich Uecker-Randow werden die Uhren stillstehen, weil da nichts mehr geht, weil aus dem Verwaltungshaushalt nichts mehr in den Vermögenshaushalt der Kommunen zu überführen ist. Und das wissen Sie als Kommunalminister. Trotzdem stellen Sie sich hier hin und loben dieses Modell.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Wenn man ganz boshaft wäre, könnte man es auch parteipolitisch sehen und sagen, na gut, wenn Sie parteipolitisch den Raum Vorpommern aufgegeben haben,

(Harry Glawe, CDU:
Die Wähler werden nun bestraft.)

dann geben Sie ihn auch wirtschaftspolitisch auf. Aber das will ich Ihnen gar nicht unterstellen.

(Zuruf von Minister Dr. Gottfried Timm)

Nein, ich habe gesagt „wenn“, ich habe gesagt, daß ich das dem Herrn Innenminister nicht unterstelle.

(Heinz Müller, SPD: Ach, Herr Jäger,
Sie waren schon besser.)

Meine Damen und Herren, wie groß das Zahlenwirrwarr ist, das hier, ich will nicht sagen, bewußt, aber zumindest grob fahrlässig verbreitet wird, zeigt sich an jeder einzelnen Kommune. Ich habe mit Interesse in der SVZ, in der „Schweriner Volkszeitung“, lieber Herr Innenminister, gelesen, daß Sie erwarten, daß alle Schweriner Abgeordneten natürlich Ihrem Gesetz zustimmen,

(Minister Dr. Gottfried Timm: Das habe ich nicht gesagt. Das erwarte ich von ihnen, das habe ich nie gesagt.)

weil angeblich die Stadt Schwerin nun einen größeren Finanzspielraum hätte, 7,9 Millionen. Das steht auch in Ihren Zahlen. Aber, Herr Innenminister, in dem gleichen Entwurf steht, daß in dem gleichen Zeitraum die Stadt Schwerin im Sozialhilfebereich Mehrbelastungen von über 11 Millionen DM hat. Und nun reden Sie von einem größeren Spielraum. Sie wissen, daß die Differenz zwischen 11,4, so ist die genaue Zahl der Mehrbelastung, und dem Zugewinn an 7,9 eine negative ist. Am Ende Ihrer Transaktion steht weniger kommunaler Finanzspielraum, stehen weniger Investitionen und stehen weniger Möglichkeiten, kommunale Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Außer der Ankündigung, daß Sie eine Verwaltungsreform machen wollen, habe ich davon noch nichts gese-

hen. Sie haben nämlich zugleich angekündigt, eine kommunale Gebietsreform wird es erst in der nächsten Legislaturperiode geben. Sie haben vorhin christlich und biblisch zitiert. Ich sage, nach mir die Sintflut, scheint Ihre Devise zu sein. Sie machen ja nichts. Sie machen gar nichts. Denn wenn Sie erzählen, daß Sie Geld dafür geben, daß sich kleine Gemeinden zusammenschließen – welche Verwaltungskraft wollen wir da eigentlich bündeln? Haben Sie vergessen, daß wir eine Ämterverfassung haben? Haben Sie vergessen, daß Verwaltung auf der Ebene der kleinen Gemeinde, der amtsangehörigen Gemeinde gar nicht stattfindet? Also, wenn Sie etwas wollen, dann sagen Sie uns, welche Konstruktion Sie wählen. Dann sollten wir darüber reden und dementsprechend den Finanzausgleich anpassen, aber nicht eine Sterbepremie, damit sich kleine Gemeinden zusammenschließen, damit weniger sich darüber beschweren, wie das Land seine Kommunen behandelt.

(Angelika Gramkow, PDS:

Ich fasse es nicht! Ich fasse es nicht!)

Das kann nicht der richtige Weg sein. Sie lassen es zu, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Ich frage mich, wer das '96 in den Umlauf gebracht hat.)

Das ist doch so.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist unlauter bis zum Gehnichtmehr.)

Ja, das mag ja unlauter sein, wenn man die Wahrheit sagt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja? Wer hat denn das eingeführt in diesem Land? – Zuruf von Heike Lorenz, PDS)

Aber es ist lauter, endlich mal der Bevölkerung die Wahrheit darüber zu sagen, daß hier mit Zahlen argumentiert wird, die Äpfel und Birnen vergleichen, daß Sie in Ihren eigenen Entwürfen unterschiedliche Zahlen verwenden

(Angelika Gramkow, PDS:
Das ist überhaupt nicht das Problem.)

und Sie überhaupt nicht finanziert haben und daß es als Wohltat gepriesen wird, wenn die Finanzministerin feststellt, sie hat jetzt 100 Millionen DM mehr Steuererwartung – ich weiß nicht, wie sie zu der Aussage kommt, aber ich glaube es ihr, denn ich muß es ihr ja glauben, hoffe ich mal –, und dann noch sagt, es sei eine Wohltat, ein Ausgleich für Mehrbelastungen aus Bundesgesetzen, daß sie die Millionen dafür zur Verfügung stellt. Sie stellt sie nicht zur Verfügung, denn nach geltendem Recht, meine Damen und Herren – nicht nach Ihrer Koalitionsvereinbarung, denn die ist Papier, die hat keine rechtliche Qualität – stehen den Gemeinden im Verbundsatz diese 28 Millionen DM ja schon zu.

(Angelika Gramkow, PDS: 27,4.)

Was soll's also, wenn Sie versuchen, uns mit Zahlen auszutricksen.

Aber, Herr Innenminister, ich hätte heute gerne ein Wort von Ihnen dazu gehört, nachdem Sie den Finanzausgleich in den Kontext – richtigerweise übrigens – gestellt haben mit der Aufgabenstraffung, mit der Aufgabenverlagerung, mit der Aufgabenwahrnehmung. Was macht es eigentlich, Ihr Standardanpassungsgesetz, das Sie uns angekündigt

haben? Der von uns eingebrachte Entwurf schmort in den Ausschüssen. Wir haben Ihnen versprochen: Wenn Sie was Besseres haben, dann warten wir auf Sie. Bisher bin ich sehr enttäuscht. Sie haben überhaupt nichts gebracht. Was macht eigentlich unser Gesetzentwurf Konnexitätsprinzip? Jetzt endlich kommen wir zu einer Anhörung.

Meine Damen und Herren, Finanzausgleich kürzen, den Kommunen keine Lasten wegnehmen heißt, kommunale Selbstverwaltung kaputtzumachen und dann noch darauf zu hoffen, daß die Gemeinden dann, weil man ihnen das Geld schmälert, freiwillig aufgeben. Das ist eine solche Kälte gegenüber kommunaler Selbstverwaltung, die nur jemand vertreten kann, der auf dieser Ebene offenbar keinerlei Kontakte und Erfahrungen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Innenminister, kommen Sie in die Vertretungen, kommen Sie in die kommunalen Vertretungen, sprechen Sie mit uns Kommunalpolitikern! Diesen Entwurf können Sie nicht ernsthaft als Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz ansehen. Er ist vorne und hinten nicht stimmig, er ist regional unausgewogen, und er nimmt den Kommunen mehr, als er ihnen gibt. Wir werden ihn deshalb ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schulz von der Fraktion der PDS.

(Angelika Gramkow, PDS: Gib's denen, Gabi!)

Gabriele Schulz, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/666 findet, wie meine Vorredner auch schon betonten, in der Öffentlichkeit sehr große Aufmerksamkeit. Das ist so, weil er in hohem Maße letztlich die Interessen der in den Gemeinden, Städten und Landkreisen lebenden Einwohnerinnen und Einwohner generationsübergreifend berührt. Es ist deshalb verständlich, daß veröffentlichte Zahlen zum Finanzausgleichsgesetz auf ihre Vor- beziehungsweise ihre Nachteile, bezogen auf die eigene Stadt, den eigenen Landkreis und die eigene Gemeinde, gewertet und gewichtet werden.

Nun wissen wir zwar alle, daß der finanzpolitische Spielraum der Kommunen auf mehreren Säulen ruht, von denen im Grunde genommen der Finanzausgleich nur eine ist. Dieser Finanzausgleich rückt aber in unserem Land angesichts der allgemeinen Finanzsituation vieler Kommunen in das besondere Blickfeld. Immer besorgter wird in vielen Kommunen gerechnet, ob und welche freiwilligen Leistungen für die Unterstützung von Vereinen und Verbänden man sich vor Ort noch leisten kann.

Sieht man sich Paragraph 44 der Kommunalverfassung an, in dem die Grundsätze der Haushaltseinnahmen der Kommunen geregelt sind, könnte der Eindruck entstehen, daß der Haushalt einer Kommune sich stützt, und zwar in dieser Reihenfolge, auf Abgaben, Entgelte, Steuern und in Ausnahmefällen auf Kredite, die zudem an Voraussetzungen geknüpft sind. Beim Kreishaushalt käme die Kreisumlage bekanntlich hinzu. Bei diesen Einnahmequellen, das wissen wir alle, gibt es nicht nur gravierende Unterschiede zu den Städten und Gemeinden in den Altbundesländern, sondern auch zwischen den Kommunen unseres Landes.

Angesichts der allgemeinen Einnahmeschwächen der Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern gewinnen deshalb Förderungen des Bundes und des Landes und vor allem der kommunale Finanzausgleich eine herausragende Rolle. Wenn man weiß, daß schon 1995 in Mecklenburg-Vorpommern die Zuweisungen aus Mitteln des Finanzausgleichs ein Drittel des gesamten kommunalen Finanzaufkommens ausmachten, ist das vitale Interesse an diesem Gesetzentwurf mehr als verständlich.

Bei allen berechtigten Fragen zur Konstruktion und zur Ausstattung des Finanzausgleichsgesetzes haben wir uns hier darüber zu verständigen, welche Meßlatte wir anlegen, um im Gesetz Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der einzelnen kommunalen Ebenen und für unterschiedliche Aufgaben Zuordnungen festzulegen. Ich bin mir durchaus bewußt, daß das Grundgesetz und unsere Landesverfassung dafür zwar die Grundrichtung angeben, aber diese Grundrichtung für die Ausgleichsmaßnahmen im kommunalen Raum natürlich auch politisch gestaltbar ist. Wir haben mit der Tatsache zu leben, daß die Garantie der finanziellen Mindestausstattungen den Kommunen keinen bestimmten oder gleichbleibenden Bestand an Finanzmitteln gewährleistet. Die Angemessenheit der Finanzausstattung der Kommunen und Landkreise ist deshalb nur aus der Gesamtbetrachtung aller Aufgaben und der in unserem Land zur Verfügung stehenden Finanzen zu beantworten.

Artikel 73 Absatz 2 der Landesverfassung fordert uns auf, im Finanzausgleich zu sichern, daß sowohl die Leistungsfähigkeit steuerschwacher Gemeinden und der Landkreise garantiert als auch zugleich die unterschiedlichen Aufgabenbelastungen ausgeglichen werden sollen. Der vorliegende Gesetzentwurf unternimmt nach meiner Auffassung den Versuch, gemäß dieser Maßstäbe einen vertretbaren Ausgleich zu schaffen.

Meine Damen und Herren, ich will in der heutigen Ersten Lesung des Gesetzentwurfes aus der Sicht meiner Fraktion auf einige uns wichtige Gesichtspunkte aufmerksam machen. Da wäre erstens die Tatsache zu nennen, daß sich die Koalitionsfraktionen eben darauf verständigt haben, das Finanzausgleichsvolumen bis zum Jahr 2002 auf dem Niveau von 2,5 Milliarden DM zu stabilisieren. Für wichtig halte ich in diesem Zusammenhang dabei die Vereinbarung, daß diese Festlegung zu den Kommunalfinanzen nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt wird.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Meine Fraktion hat immer betont, daß diese Festschreibung zwar eine bestimmte längerfristige Planungssicherheit ermöglicht, aber der sich zuspitzenden Finanzlage einer beachtlichen Zahl von Kommunen letztlich nicht ausreichend gerecht wird. Auch sehen wir mit Sorge, daß den langfristig unter der CDU-geführten Bundesregierung vorangetriebenen Verschiebungen von Lasten vom Bund auf die Kommunen unter der neuen Bundesregierung auch noch kein Einhalt geboten wurde. Im Gegenteil, das von der PDS abgelehnte Sparpaket führt zu weiteren Belastungen,

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

wie meine Fraktion heute auch in der Haushaltsdebatte begründet hat. Summa summarum ist also festzustellen, daß angesichts der Finanzsituation in Bund und Land mit der Ausgangsgröße von 2,5 Milliarden DM ein politisch erstrittener Finanzansatz für den kommunalen Finanzausgleich auf dem Tisch liegt.

Es ist schon als Irreführung und Arroganz zu werten, wenn, wie im Innenausschuß eben auch geschehen, Abgeordnete der CDU und besonders auch mein Vorredner Herr Jäger so tun, als wenn die Festlegungen im Koalitionsvertrag lediglich eine interne Angelegenheit von SPD und PDS wären

(Wolfgang Riemann, CDU: Mehr sind sie auch nicht. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und von seiner Fraktion faktisch ja auch ignoriert werden könnten. Das ist um so merkwürdiger, als die heutige Situation unseres Landes insgesamt und damit auch die entstandene Finanzsituation, wie ich schon sagte, maßgeblich durch 16 Jahre CDU-geführte Bundes- und acht Jahre geführte CDU-Landesregierung entstanden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Und 40 Jahre Honecker und Ulbricht. – Heike Lorenz, PDS: Der hatte gar nicht so viele Schulden.)

Mehrere Jahre wurde in unserem Land durch überdimensionierte Kreditaufnahme zudem eine Situation geschaffen,

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

die mehr Schein als Sein war, wie wir heute feststellen müssen.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben einen ganzen Staat in den Ruin geführt. Dafür tragen Sie eine große Verantwortung.)

Es gehört deshalb, denke ich, zu einer realistischen Herangehensweise, daß wir von aktuellen Tatsachen und nicht von Luftblasen ausgehen können.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, kann es meines Erachtens bei der weiteren parlamentarischen Beratung des Finanzausgleichs nur darum gehen, aus den vorhandenen Rahmenbedingungen das Beste zu machen, das zugleich den Anspruch von Gerechtigkeit und Angemessenheit erfüllt. Ich bin mir sicher, daß das kein einfaches Unterfangen ist, zumal bisher weitestgehend alle Ebenen erklärt haben, daß sie benachteiligt sind und höhere Zuweisungen fordern.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. Sie haben doch höhere Zuweisungen versprochen.)

Ich will deshalb zweitens einige Bemerkungen zur Umstellung des Systems der Schlüsselzuweisungen auf das sogenannte Dreisäulenmodell machen. Herr Innenminister Timm hat dazu auch gesprochen. Eine Reihe von Kritikern, auch aus den kommunalen Verbänden, sehen darin eine einseitige Benachteiligung vor allem der steuerschwachen kreisangehörigen Gemeinden. Ich kann namens meiner Fraktion erklären, wir nehmen die kritischen Hinweise aus dem ländlichen Raum sehr ernst und unterstützen, daß es im parlamentarischen Anhörungsverfahren dazu einen weiteren Austausch von Argumenten und Überlegungen, von Alternativen geben muß.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS: Sehr richtig, sehr richtig.)

Möglicherweise haben auch Schlagzeilen in der Presse, wonach der Finanzausgleichsentwurf Landkreisen und kreisfreien Städten auf Kosten der Gemeinden des kreisangehörigen Raums mehr Geld zukommen läßt,

letztendlich dazu beigetragen. Ich erinnere nur an die große Überschrift in der SVZ vom 25. August: „Zuweisungen für Städte und Kreise aufgestockt“. Als besonders eifriger Rechner betätigt sich – ich denke, nicht unerwartet – der CDU-Abgeordnete Riemann. In zahlreichen Zeitungen wird durch ihn verkündet, daß nur wenige Gemeinden seines Wahlkreises, wie zum Beispiel die Gemeinde Boldekow, vom neuen Gesetzentwurf profitieren,

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, Karlshagen verliert auch. Die PDS-Bürgermeisterin hat mich schon angerufen. Sie wählt nicht mehr PDS. – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

insgesamt in Ostvorpommern aber angeblich 26,30 DM je Einwohner weniger zur Verfügung stehen. Herr Riemann, ich denke, Ihre Argumentation wirft die Frage auf, ob Ausgangspunkt für eine solide Finanzplanung im Land sein kann, daß jeder Anspruchsberechtigte mindestens das gleiche erhält oder mehr. Wenn wir so an alle Positionen des Gesetzentwurfes herangehen, zum Beispiel auch bei den Vorwegabzügen, dann, denke ich, brauchen wir einen völlig anderen Landeshaushalt und auch einen völlig anderen Ansatz für das Finanzausgleichsgesetz.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Mich verwundert dabei nur, daß bezogen auf die Verantwortung der Gesellschaft und des Staates gegenüber den ärmsten und schwächsten Mitgliedern in den vergangenen Jahren dazu von der CDU keine deutlichen Forderungen erhoben wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Beim Finanzausgleichsgesetz betätigt sich vielmehr die CDU plötzlich als angeblicher Fürsprecher der Kommunen. Ich stelle dazu nur fest, daß unschwer zu erkennen ist, daß dahinter sehr viel Populismus und parteipolitischer Egoismus stehen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Heike Lorenz, PDS: Sehr richtig.)

Ich vertrete die Auffassung,

(Wolfgang Riemann, CDU: Was ist denn die 30prozentige Forderung der PDS gewesen?)

daß mit Korrekturen im Sinn des bekannten Gießkanensystems wenig erreicht wird. Veränderungen der Verteilungskordinaten zwischen Gemeinden, Landkreisen

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Bei uns ist Populismus ein Wunschtraum. Das klingt besser. – Unruhe bei Angelika Gramkow, PDS)

und kreisfreien Städten ziehen meines Erachtens beachtliche Konsequenzen nach sich. Es gibt aber auch außerhalb des Systems der Schlüsselzuweisungen auf den einzelnen Ebenen durchaus noch Ansätze für die Stärkung des ländlichen Raums. Dabei könnte ausgehend von einer weiteren Beurteilung zum Beispiel der Vorwegabzüge, der Fehlbedarfzuweisungen und auch des Sonderbedarfs sowie der Zuweisungen für den kommunalen Aufbaufonds zu prüfen sein,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

eine Aufstockung der Mittel für den ländlichen Raum und insbesondere für die ländlichen Zentralorte zu erreichen, die nun mal eine besondere Verantwortung für die Lebensbedingungen und für die Daseinsvorsorge in diesem ländlichen Raum besitzen.

Ich will bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen nicht unerwähnt lassen, daß ein Ausgleich der durchschnittlichen Steuerkraft auf der jeweiligen Vergleichsebene von bisher 70 Prozent auf 60 Prozent Auswirkungen hat. Auch hier war zu entscheiden, ob die durchaus berechtigten Forderungen steuerstarker Kommunen zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Standorte und des Interesses der Gemeinde an höheren Steuereinnahmen zu akzeptieren ist. Natürlich ist auch mir bewußt, daß es leichter gesagt ist als getan, wonach die Reduzierung der Ausgleichsquote auf nunmehr 60 Prozent des Unterschiedsbetrages steuerschwacher Gemeinden als Anreiz dienen soll, ihre Einnahmesituation zu verbessern. Aber wie auf vielen Feldern der Politik sind letztlich alle Entscheidungen ein bestimmter Kompromiß und Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen.

In einem dritten Punkt möchte ich einige Bemerkungen zum Paragraphen 10 Absatz 3 des Gesetzentwurfes machen, die die Sonderbedarfzuweisungen für die Gemeindezusammenschlüsse betreffen. Herr Jäger hat eben auch dazu gesprochen. Ich verrate Ihnen sicherlich kein Geheimnis, wenn ich hervorhebe, daß die bisherigen Regelungen zu Hochzeitsgeldern oder Sterbehilfen – je nach Standort des Betrachters – besonders auch auf Forderungen meiner Fraktion nicht mehr beibehalten wurden. Die ausgehandelte Kompromißlösung heißt jetzt bekanntlich 5 Millionen DM für Gemeindezusammenlegung aus dem Finanzausgleich und bis zu 5 Millionen DM aus dem übrigen Landeshaushalt. Damit ist also der bisherige generelle Rechtsanspruch im Zusammenhang mit einer Gemeindeauflösung von 500.000 DM nicht mehr existent.

Ich will noch einmal zum Verständnis für die Position meiner Fraktion folgendes hervorheben: Die PDS-Fraktion war und ist gegen eine derartig hohe Prämie für die Aufgabe der politischen Existenz einer Gemeinde,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

weil trotz Freiwilligkeit dieser hohe materielle Anreiz zu einer einseitigen Stimulanz der Gemeindezusammenschlüsse führt. Als ein weiteres Argument von uns wurde immer wieder hervorgehoben, daß diese Art der Veränderung der gemeindlichen Struktur unseres Landes ohne ein erkennbares Leitbild und Ziel geschah. Sollte eine grundlegende Gemeindegebietsreform damit angestrebt werden, dann setzt das nach unserem Verständnis politische Entscheidungen und eine demokratisch-parlamentarische Legitimation voraus.

Ich darf daran erinnern, daß die jetzige Gemeindestruktur ja durch parlamentarische Entscheidungen über die Ämterordnung '92 erfolgt ist

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nicht die Gemeindestruktur.)

und mit der Kommunalverfassung '94 ja auch bekräftigt wurde. Wir betonen daher, daß wir für eine grundlegende Erörterung der Voraussetzungen und Richtungen einer Gemeindegebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern sind, aber gegen die Schaffung vollendeter Tatsachen mittels finanzieller Anreize.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Was nun die vorgeschlagene Regelung betrifft, sind wir für eine weitere inhaltliche Konkretisierung im Prozeß der Anhörung und Beratung offen. Das betrifft zum Beispiel die Frage eines eventuell festzusetzenden Mindestbetrages für die Gemeindezusammenlegung. Manches wird nach unserer Auffassung davon abhängen, wie nach den erfolgten Kommunalwahlen in diesem Jahr, bei denen die jetzt existierenden Gemeinden im Grunde ja auch ihre Eigenständigkeit betont haben, Gemeindezusammenlegungen weiter praktiziert werden.

Ich will nicht verhehlen, daß es etwas wenig ist, wenn durch eine Gemeindefusion letztendlich als Einsparung nur von eingespartem Sitzungsgeld oder von eingesparten Aufwandsentschädigungen bisheriger ehrenamtlicher Bürgermeister auf der Habenseite gesprochen wird.

Als vierten Gesichtspunkt möchte ich den Standpunkt der kommunalen Landesverbände unterstreichen, die auf den Zusammenhang zwischen den jetzigen Regelungen im FAG und der rechtlichen Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips sowie auf eine Regelung zu den kommunalen Standards hingewiesen haben. Ich will an dieser Stelle nicht noch mal die Frage erörtern, ob nun das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung oder in der Kommunalverfassung oder in beiden verankert werden muß. Entscheidend wird sein, wie wir als Landesgesetzgeber die finanziellen Konsequenzen daraus regeln, also ob wie bisher die Abgeltung der übertragenen Aufgaben innerhalb des FAG erfolgt oder ob konsequenterweise sozusagen Mehrkosten bei übertragenen Aufgaben auf das Finanzausgleichsgesetz zusätzlich aufgesattelt werden. Meine Fraktion verspricht sich auch dazu Erkenntnisgewinn von der durchzuführenden Anhörung.

Auch die bevorstehende Entscheidung über eine Öffnungsklausel für kommunale Standards steht in direktem Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf. Unnötige Standards verursachen Personal- und Sachkosten und gehören deshalb auf den Prüfstand. Ich will dazu nur nebenbei erwähnen, daß zum Beispiel in Verwaltungsvorschriften verankerte kommunale Standards – einen entsprechenden Willen der zuständigen Landesbehörden vorausgesetzt – sofort ausgesetzt oder liquidiert werden können. Dazu bedarf es eigentlich gar keiner gesetzlichen Regelung.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend will ich nochmals zum Ausdruck bringen, daß wir zum vorliegenden Gesetzentwurf nicht den Stein der Weisen erfinden werden. Es geht um möglichst objektive Beachtung der mit diesem Gesetz zu regelnden angemessenen Finanzausstattung, die auch steuerschwachen Kommunen Spielraum läßt und einen Ausgleich für unterschiedliche Aufgaben und Belastungen herbeiführt. Ich will auch nicht unerwähnt lassen, daß meine Fraktion und die PDS insgesamt eine Reform der Kommunalfinanzierung in der gesamten Bundesrepublik für notwendig erachten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Spielräume innerhalb eines Landes, das zeigt dieser Gesetzentwurf, sind letztlich eben begrenzt. Deshalb, lassen Sie mich zum Ende kommen, sind wir für eine zielstrebige Fortsetzung der Diskussion zur weiteren Ausgestaltung des Finanzausgleichsgesetzes zugunsten der Kommunalebene. Und, ich denke, wir sollten vor allem dem Rechnung tragen, daß wir mit einer Verabschiedung spätestens im Dezember den Kommunen Planungssicherheit für den Haushalt 2000 geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Welchen Erlaß soll denn der Innenminister dann rausgeben? Nach altem oder den neuen ...? – Heike Lorenz, PDS: Ach, quatschen Sie doch nicht dazwischen!)

Namens der PDS-Fraktion bitte ich Sie, der Überweisung in den Innenausschuß und in den Finanzausschuß zuzustimmen, und möchte vorschlagen und auch entsprechend beantragen, zusätzlich eine Beratung im Wirtschaftsausschuß vorzunehmen, um besonders Fragen des ÖPNV und weitere Wirtschaftsfragen, die das Finanzausgleichsgesetz betreffen, auch hier gründlich zu beraten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schulz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

(Volker Schlotmann, SPD:
Heinz, gib ihm Saures!)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 2. September 1999 habe ich im „Nordkurier“ den Artikel gefunden: „CDU-Politiker vermißt Aufschrei kommunaler Spitzenverbände“.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Der kommt schon noch! –
Minister Dr. Wolfgang Methling:
Den organisieren wir jetzt.)

Es wird berichtet über ein Treffen der CDU-Fraktion dieses Landtags in Pasewalk – herzlich willkommen im Uecker-Randow-Kreis –, bei dem sich die CDU-Fraktion auch mit dem kommunalen Finanzausgleich auseinandergesetzt hat und zu ihrer tiefen Enttäuschung feststellen mußte, daß es leider keinen Aufschrei der kommunalen Spitzenverbände gibt. Zitiert wird der Fraktionsvorsitzende Eckhardt Rehberg: „Ich vermisse den Aufschrei der kommunalen Spitzenverbände.“

(Volker Schlotmann, SPD:
Und ich vermisse Herrn Rehberg. –
Minister Dr. Gottfried Timm: Der ist hier. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ihre dusseligen
Bemerkungen, Herr Schlotmann!)

Auf der gleichen Linie sitzt der CDU-Landrat des Uecker-Randow-Kreises, Herr Wack, der 13 Tage später, am 15. Juni, in der „Pasewalker Zeitung“ erklärt, ebenfalls zum Thema FAG – den Satz: „Da setzt bei mir jeglicher Verstand aus“ will ich jetzt mal hier nicht kommentieren, das war vielleicht eine kleine Fehlleistung –, ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall Volker Schlotmann, SPD)

Aber den anderen Satz möchte ich kommentieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Soviel zur Überheblichkeit! Soviel zur Überheblichkeit, Herr Müller!)

Entschuldigung, Entschuldigung, Herr Riemann, aber er steht hier drin. „Da setzt bei mir jeglicher Verstand aus“, kommentierte der Landrat.

Aber das ist nicht der Satz, auf den es mir ankommt. Mir kommt es auf den Satz an: „Ich bin sprachlos, daß es noch keinen Aufschrei des Städte- und Gemeindetages gibt.“

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Soweit, meine Damen und Herren, Herr Rehberg und Herr Wack – der eine über den Uecker-Randow-Kreis und im Uecker-Randow-Kreis, der andere Landrat dortselbst – zum Thema kommunaler Finanzausgleich und zum Thema Uecker-Randow.

Ja, meine Damen und Herren, der Aufschrei, den Sie offenkundig erhoffen, damit Sie dann als Retter der Nation – ich habe Ihnen das schon mehrfach gesagt – auftauchen können, dieser Aufschrei bleibt aus.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Weil es niemanden
gibt, der sich um die Kommunen kümmert. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Sie kümmern
sich ja nicht um die Kommunen!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heinz Müller, SPD: Im Moment nicht. Ich möchte zunächst mal meine Position hier darstellen können. Herr Riemann ruft soviel dazwischen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sicherlich! Ihre Position ist, daß sie fünf Millionen weniger kriegen.)

Wenn ich von ihm einen sachlichen Beitrag erwarten könnte, würde ich die Zwischenfrage gern gestatten. So nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich selbst habe am 25. August – das war der Tag, als der Artikel mit dem Dolchstoß in der Zeitung war, aber ganz unabhängig davon, das ist ein Zufall diese Datumsgleichheit – mit dem Vorstand des Städte- und Gemeindetages, Kreisverband Uecker-Randow über das Finanzausgleichsgesetz gesprochen. Und ich habe in einer sehr ausführlichen und sehr von Sachlichkeit geprägten – ich möchte mich an dieser Stelle bei allen beteiligten Bürgermeistern, Amtsvorstehern, leitenden Verwaltungsbeamten des Uecker-Randow-Kreises dafür bedanken –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Oh! Oh!)

in einer mit großer Sachlichkeit geführten Diskussion über dieses Finanzausgleichsgesetz geredet, und unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Bürgermeister habe ich zumindest erhebliches Verständnis bis hin zur Zustimmung zu diesem Gesetz gefunden. Das ist die Realität und nicht Ihr Wunschdenken, daß die Bürgermeister, wenn sie sich denn tatsächlich mit diesem Gesetz auseinandersetzen, sich hier in Ihre Phalanx der Kritiker einreihen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Sie sind zu wenig zu Hause.)

Das tun sie nämlich genau nicht. Und ich möchte – ich glaube, das ist kein Bruch der Vertraulichkeit – Herrn Sieber, den Pasewalker Bürgermeister, zitieren, Mitglied der CDU, der in seiner freundlich jovialen Art zu mir gesagt hat: „Ist eigentlich gar nicht schlecht, euer Gesetz.“ Und wenn er das bei Lichte besieht, dann ist es für seine Stadt auch gar nicht schlecht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

So, meine Damen und Herren von der CDU, Sie hoffen nun, daß die Kommunalpolitiker laut schreien und daß Sie ihnen endlich hilfreich zur Seite stehen können. Nur, die tun das einfach nicht.

(Der Abgeordnete Friedbert Grams
meldet sich für eine Anfrage.)

Sie kommen mir vor wie jemand, der in Badehose mit Schnorchel im Mund

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

und mit mehreren Rettungsringen auf dem Arm am Strand auf- und abläuft und furchtbar frustriert ist, daß niemand ertrinkt und um Hilfe schreit, dem Sie dann das Leben retten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Grams?

Heinz Müller, SPD: Bei Herrn Grams setze ich Sachlichkeit voraus. Bitte, Herr Kollege.

Friedbert Grams, CDU: Herr Müller, nur eine Frage. Kennen Sie das Schreiben des Städte- und Gemeindetages, oder hat der Städte- und Gemeindetag Uecker-Randow nicht an Sie geschrieben?

Heinz Müller, SPD: Herr Kollege, der Städte- und Gemeindetag Uecker-Randow hat an mich geschrieben, und es haben darüber hinaus mehrere Städte einzeln an mich geschrieben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja sehr schön.)

unter anderem Pasewalk und Ueckermünde. Ich habe diese Schreiben zu diesem Gespräch mitgebracht, und ich habe diese Schreiben zur Basis meiner Ausführungen gemacht. Wir haben auf dieser Basis diskutiert,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Alle waren zufrieden.)

und wir haben einiges an Irritationen beseitigen können. Es ist sicherlich nicht so, daß alle zufrieden waren, aber ich glaube, daß die Stimmung nach dieser Diskussion erheblich positiver war als vorher.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gehen wir
mal zusammen hin! Ich komme mit.)

Friedbert Grams, CDU: Gut, danke.

Heinz Müller, SPD: Also, der Rettungsschwimmer steht nun am Strand und wartet, daß jemand um Hilfe ruft, aber keiner ertrinkt. Was macht man in dieser Situation? Man schubst eine alte Oma hinein, die man anschließend retten kann.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und genau nach dieser Devise verfährt die CDU, indem hier Zahlen in die Welt gesetzt werden, die schlicht und ergreifend nicht den Tatsachen entsprechen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das sind Ihre! Das sind Ihre!)

Da wird zum Beispiel von Herrn Riemann in seinem Wahlkreis Ostvorpommern lang und breit erzählt, Wolgast

kriegt ja 600.000 DM weniger, und was ist das für eine furchtbare Landesregierung, und was ist das für eine furchtbare Koalition. Nun, meine Damen und Herren, gucken Sie bitte rein. Wenn wir uns anschauen, wieviel hat Wolgast im Jahr 1999 bekommen, und wieviel wird Wolgast nach dem Gesetzentwurf,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und was verliert Anklam?)

wenn wir ihn denn umsetzen, im Jahr 2000 bekommen, dann stellen wir fest, Wolgast bekommt 600.000 DM weniger.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.
Weniger ist weniger und nicht mehr!)

Und genau mit dieser Zahl geht Herr Riemann hausieren. Er unterschlägt, daß in '99 Wolgast rund 800.000 DM als Ausgleichszahlung für den Verlust des Kreissitzes mit der Kreisgebietsreform bekommen hat.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Harry Glawe, CDU:
Wieviel? Wieviel? –
Eckhardt Rehberg, CDU: Wieviel?)

Und wenn wir diese 800.000 DM runterrechnen, dann bekommt Wolgast nämlich nicht 600.000 DM weniger, sondern 200.000 DM mehr.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Das ist aber eine schöne Mathematik. –
Eckhardt Rehberg, CDU: Was erzählen Sie denn
da, Herr Müller?! – Angelika Gramkow, PDS:
Wer hat das denn beschlossen?)

Wir müssen ja jene 800.000 ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Ja, Herr Riemann, daß Sie diese Mathematik nicht verstehen, weiß ich ja,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Anklam kriegt 746.000 Mark weniger.)

aber die Bürgermeister verstehen sie.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Beifall Volker Schlotmann, SPD –
Harry Glawe, CDU: Wie ist denn das bei
Anklam, Herr Müller? Beantworten Sie mal!
Mit 746.000 DM weniger bei Anklam.)

Und wenn ich, ...

Frau Präsidentin, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Herren dort auf der rechten Seite mal zur Ruhe bringen würden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist ja unglaublich!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich bitte doch um eine ruhige Debatte!

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie ist das
denn bei Anklam mit 746.000 DM weniger?)

Heinz Müller, SPD: Herr Riemann, ich bin jetzt bei Wolgast, wenn Sie gestatten.

Und wenn wir die Zuweisung für 2000 ...

(Unruhe bei den Abgeordneten –
Wolfgang Riemann, CDU: Sie
erdreisten sich wirklich, das ist doch ... –
Harry Glawe, CDU: O Gott, o Gott, o Gott!)

Meine Herren, es gehört zum parlamentarischen Spiel, daß man den anderen auch noch mal reden läßt.

(Harry Glawe, CDU: Ja, von wegen hier! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Aber nicht so einen
Unfug wie Sie erzählen, Herr Müller!)

Oder verlassen Sie diese Basis auch schon?!

(Beifall bei SPD und PDS)

Den politischen Gegner niederzuschreien sollten Sie anderen überlassen.

(Harry Glawe, CDU: Das ist ja
unglaublich. – Lutz Brauer, CDU:
Da kann man ja die Krätze kriegen.)

Also, wenn ich die Zahl von Wolgast nehme und sage, das habt ihr 1999 bekommen, und selbst wenn wir gar nichts ändern würden,

(Wolfgang Riemann, CDU: Und Anklam?)

allein dieses eine Faktum, daß ihr in 2000 schon nach dem geltenden Recht diese 800.000 DM Ausgleichszahlung nicht mehr bekommen würdet, würde ja dazu führen, wenn sich sonst überhaupt nichts ändert, daß Wolgast 800.000 DM weniger bekommt.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

Wolgast bekommt aber im Vergleich zu 1999 nur 600.000 DM weniger. Das heißt,

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Es sind also 200.000 DM mehr.)

im Vergleich zu diesem Potentialfall bekommt Wolgast 200.000 DM mehr.

(Harry Glawe, CDU: Weniger ist immer mehr.)

Und das ist einem Bürgermeister auch sehr wohl klarzumachen, daß eine solche Gesetzgebung, die dazu führt, daß er 200.000 DM mehr bekommt, als wenn wir die Gesetzgebung nicht machen würden,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: So etwas
habe ich wirklich noch nicht erlebt. –
Harry Glawe, CDU: Sie sind doch nicht
die graue Eminenz, die gerade das FAG
durchpeitscht. – Angelika Gramkow, PDS:
Sie wollen das nicht verstehen.)

daß er von dieser Gesetzgebung sehr viel hat.

Sie dürfen mir glauben, ich muß nicht in der Badehose am Strand entlangrennen und nach Ertrinkenden suchen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, das können
Sie auch nicht. – Harry Glawe, CDU:
Sie lassen ja richtig Gemeinden ertrinken.)

weil ein Bürgermeister dieses sehr wohl versteht und dann sagt, ist ja gar nicht so schlecht.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Und Anklam? Jetzt kommt Anklam.)

Und jetzt kommt der Uecker-Randow-Kreis, weil Herr Rehberg ja sein Herz für den Uecker-Randow-Kreis entdeckt hat.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, mein Herz
habe ich besonders für Nordvorpommern.
Die kriegen 2,4 Millionen weniger.)

Gut. Herr Rehberg, wir wollen Ihr Herz auch nicht teilen, das könnte erhebliche Folgen für Sie haben.

Also, meine Damen und Herren, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Für mich nicht, für Sie. – Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Wenn wir Ihr Herz teilen ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das haben wir bei den Kommunalwahlen schon erlebt, Herr Müller. – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Also, meine Damen und Herren, wenn wir, was wir ja hätten machen können,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das haben wir doch schon alles durch.)

bei dem Steuerkraftausgleich stärker auf die Steuer-schwachen orientiert und gesagt hätten,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der erzählt einen Schwachsinn, mensch!)

wir müssen nicht zu 70 Prozent Steuerkraft ausgleichen, sondern zu 80 oder zu 85 oder zu 90.

(Harry Glawe, CDU: Wir machen jetzt 60.)

Es wäre ja theoretisch denkbar. Dann weiß ich ganz genau, daß von seiten der CDU gekommen wäre: Leistungsfeindlich! Sozialistische Gleichmacherei!

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Alle über einen Kamm scheren! Nun gehen wir den anderen Weg und gehen von den 70 Prozent auf 60 Prozent herunter.

(Harry Glawe, CDU: Das ist toll.)

Plötzlich entdeckt die CDU ihr Herz

(Wolfgang Riemann, CDU: Für Anklam.)

nicht etwa für die Steuerstarken, sondern für die Schwachen und sagt, wir müssen doch den Schwachen helfen.

(Harry Glawe, CDU: Das haben wir doch schon immer getan. – Wolfgang Riemann, CDU: Und Anklam?)

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einer äußerst schwierigen Situation, und darüber müssen wir uns im klaren sein. Wir haben steuerstärkere und steuer-schwächere Gemeinden in diesem Land, und wir müssen einen Weg finden, ein Gesetz zu machen, das für alle gilt und in dem alle ihren gerechten Anteil bekommen. Und wenn uns die steuerstarken Gemeinden – und das können sie – vorrechnen, daß von einer zusätzlichen Steuermark dank der Mechanismen des Finanzausgleichs und der übrigen Dinge, die sie zu tragen haben – Kreisumlage, bei amtsangehörigen Gemeinden Amtsumlage –, nur wenige Pfennige übrigbleiben,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

dann halten wir dies für ein zutreffendes Argument

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

und sind bereit, auf dieses Argument einzugehen und den Anreiz zu erhöhen,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: ..., daß Anklam weniger bekommt.)

sich selbst um stärkere Steuereinnahmen zu kümmern. Anreiz erhöhen!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich weiß, und ich habe auch selbst erfahren, daß es weitaus leichter ist, das in steuerstarken Gemeinden dar-zustellen als in steuerschwachen. Das liegt in der Natur der Sache. Aber als Landespolitiker müssen wir den Mut haben, hier eine Entscheidung zu treffen. Eine Opposition kann es sich da natürlich einfach machen. Sie kann immer in die entgegengesetzte Richtung gehen und kann sagen, ja, eigentlich wäre das richtig. Aber so einfach haben wir es nicht.

So, und dann ein Letztes zum Thema Uecker-Randow.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich dachte, jetzt kommt Anklam.)

Ja, Herr Jäger, Sie denken doch nicht, daß ich dem ausweiche.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das interessiert mich. – Herbert Helmrich, CDU: Fünf Millionen stehen zur Debatte.)

Ja, Herr Jäger, das war übrigens einer der schwächsten Beiträge, die ich von Ihnen seit langem gehört habe. Ich muß das leider so sagen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Jäger, Sie haben vollkommen außer acht gelassen, ...

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Da wird jetzt fünf plus draus, Armin.)

Sie haben hellseherische Fähigkeiten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Sie haben vollkommen außer acht gelassen, daß sich Finanzausweisungszahlen ja verändern, auch wenn wir Gesetze nicht verändern.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, das haben Sie auch schon gemerkt.)

Herr Glawe lacht darüber, aber das zeigt nur, daß er vom Thema nun gar nichts versteht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Ja, ja. – Dr. Ulrich Born, CDU: Doch, doch.)

Und, Herr Jäger, es ist ein Faktum, auch wenn ich sagen muß, aus meiner Sicht, ein trauriges Faktum,

(Wolfgang Riemann, CDU: Daß Anklam verliert. – Siegfried Friese, SPD: Kann man nicht mal einen Ordnungsruf verteilen?)

daß Uecker-Randow ...

Frau Präsidentin, muß ich mir das so gefallen lassen von Herrn Riemann? Ich möchte gerne meine Gedanken zu Ende bringen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren!

Bitte, Sie haben das Wort.

(Herbert Helmrich, CDU: Sie können sich hinsetzen. – Wolfgang Riemann, CDU: Oder Anklam mehr Geld geben. – Siegfried Friese, SPD: Nun seid doch mal nicht so rüpelhaft!)

Herr Riemann, die Fraktion der CDU hat noch Redezeit. Ich denke, die wird sie ausnutzen können.

(Andreas Bluhm, PDS: Das kann er ja nicht. Zusammenhängend dazu reden, das bringt er nicht.)

Heinz Müller, SPD: Herr Jäger, ich finde es sehr bedauerlich, aber es ist leider ein Faktum, daß der Landkreis Uecker-Randow einen sehr deutlichen und erheblich über den Landesdurchschnitt hinausgehenden Einwohnerrückgang hinnehmen mußte. Und Sie wissen doch sehr genau, daß die Zahlen nach dem Finanzausgleichsgesetz einwohnerbezogen auf die Gemeinden verteilt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Zum Teil, zum Teil.)

Zum Teil, aber die Einwohner sind ein ganz erheblicher, ein ganz, ganz wesentlicher, ein zentraler Faktor.

(Harry Glawe, CDU: Einen Berechnungsfaktor gibt es ja auch noch, und den haben Sie abgelehnt.)

Und wenn ein Kreis massiv Einwohner verliert – das ist nun einmal so –, dann verliert er auch Zuweisungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber nicht in der Höhe.)

Dieses ist das erste Argument.

Und das zweite Argument ist: Uecker-Randow mag eine steuerschwache und eine strukturschwache Region sein. Wir haben aber sehr wohl auch unsere Zentren, in denen etwas passiert. Und es gehört zum Mechanismus des Finanzausgleichs, daß, wenn eine Stadt erhebliche Zuwächse bei der eigenen Steuerkraft hat, sie dann bei den Zuweisungen eben weniger bekommt. Das ist ja gerade der Grundgedanke eines Finanzausgleichsgesetzes. Und wenn ich mir bei Torgelow binnen Jahresfrist eine Erhöhung der Steuerkraft pro Einwohner von 233 auf 409 DM ansehe, dann weiß ich zwar, daß das immer noch zu niedrig ist

(Wolfgang Riemann, CDU: Und daß das Einmaleffekte sind, das müssen Sie auch wissen.)

und ich würde den Torgelowern gönnen, daß sie mehr Geld bekommen, aber eine solche Erhöhung der Steuerkraft in Zentren wie Torgelow führt natürlich zu einem Rückgang der Zuweisungen. Und das ist dem Bürgermeister Gottschalk viel einfacher klarzumachen – und als Realist weiß er das auch – als Ihre Parolen, Herr Riemann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt alles nicht. Das stimmt alles nicht.)

So, das stimmt alles nicht.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, und jetzt?)

Herr Riemann und Herr Jäger, Sie haben noch Redezeit, dann kommen Sie bitte nach vorn und sagen mir, was daran nicht stimmt.

So, meine Damen und Herren, ich möchte auf einige wenige Punkte dieses Gesetzes positiv eingehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jetzt kommen wir zu Anklam. – Herbert Helmrich, CDU: Und der ganze Kreis Uecker-Randow? – Dr. Armin Jäger, CDU: Was ist denn mit den fünf Millionen? Haben Sie die weniger? – Dr. Ulrich Born, CDU: Es geht um fünf Millionen.)

Meine Herren, ich glaube, Sie haben mir nicht zugehört.

Meine Damen und Herren, wir haben dem Städte- und Gemeindetag vor dem Kabinettsbeschuß einen Referententwurf zugeleitet,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Herbert Helmrich, CDU: Und die Verringerung der Bevölkerung?)

und der Städte- und Gemeindetag hat die Gelegenheit genommen – so, wie es sich für einen ordentlichen Interessenvertretungsverband gehört –, zu diesem Entwurf Stellung zu nehmen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wo kommen die fünf Millionen her?)

Er hat zu diesem Entwurf Stellung genommen, und wenn Sie sich bitte einmal die Mühe machen, diesen Referententwurf, die Stellungnahme des Städte- und Gemeindetages und den jetzt vorliegenden Regierungsentwurf miteinander zu vergleichen, dann werden Sie feststellen, daß wir bei einer Reihe von Punkten den Wünschen des Städte- und Gemeindetages entgegengekommen sind.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Helmrich?

Heinz Müller, SPD: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Abgeordneter.

Herbert Helmrich, CDU: Herr Müller, Sie wollten über den Uecker-Randow-Kreis sprechen – dort gibt es fünf Millionen weniger –, und dann haben Sie gesagt, zum Teil liegt es an der Tatsache, daß der Uecker-Randow-Kreis weniger Bevölkerung hat, ...

Heinz Müller, SPD: Richtig.

Herbert Helmrich, CDU: ... kein Zweifel, aber nicht in der Größenordnung von fünf Millionen. Und dann haben Sie ein Beispiel genommen und haben gesagt, die Gemeinde Torgelow hat eine höhere Steuerkraft, und deshalb bekommt die Gemeinde Torgelow weniger. Aber Sie wollten über den Uecker-Randow-Kreis sprechen und haben nicht die fünf Millionen erklärt. Ist das richtig?

(Angelika Gramkow, PDS: Das machen wir im Ausschuß.)

Heinz Müller, SPD: Vielleicht, Herr Kollege, habe ich eine Verallgemeinerung nicht klar genug zum Ausdruck gebracht, das mag sein. Es gibt zum einen die Ursache des Einwohnerrückgangs, und es gibt zum anderen die Ursache, daß in einigen Gemeinden, aber relativ großen und von daher vom Volumen her bedeutsamen Gemeinden, wir einen deutlichen Zuwachs bei der Steuerkraft haben. Ich habe hierfür Torgelow als Beispiel genannt. Ich könnte Ihnen auch die Zahl für Pasewalk sagen. Hier ist die Steuerkraft von 452 auf 520 Mark hochgegangen, das sind rund 70 DM. Wenn wir einen Steuerkraftausgleich

von 60 Prozent machen, dann sind das schon runde 40 DM. Wenn Sie das mit den Einwohnern von Pasewalk hochrechnen, dann kommen Sie schon auf eine beachtliche Zahl.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Schöne Rechenkünstler haben wir hier.)

Und wenn wir diese beiden Faktoren zusammenlegen, dann kriegen Sie Ihre fünf Millionen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber es werden doch weniger. Also da sind wir jetzt einig. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

So, meine Damen und Herren, wir sind also, ich darf auf meinen Gedanken zurückkommen, dem Städtetag entgegengekommen, insbesondere bei dem Vorwegabzug nach Paragraph 10e. Wir legen auf diesen Vorwegabzug besonderen Wert, weil wir der Meinung sind, daß es keinen Sinn macht, entwicklungspolitisch, die 2.500 Millionen, die das FAG uns zur Verfügung stellt, gleichmäßig mit der Gießkanne übers Land zu verteilen. Finanzausgleichsmittel müssen auch dazu da sein, eine Entwicklung im Land zu unterstützen und voranzutreiben.

Wir wollen deshalb insbesondere die finanzielle Ausstattung der zentralen Orte – und damit meine ich vom Oberzentrum Rostock bis hinab zum ländlichen Zentralort – stärken, weil wir davon überzeugt sind, daß nur durch solche Kerne im Land eine Entwicklung vorangebracht wird, weil diese Gemeinden und Städte dann in der Lage sind, Dienstleistungen anzubieten, die auch von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Umlandes genutzt werden. Deshalb keine Abstriche beim Paragraphen 10e. Im Gegenteil, wir halten es für angebracht zu überlegen, ob man hier nicht noch weiter die Finanzmittel ausdehnen kann, in dem Sinne, wie die Kollegin Schulz das hier mit Bezug auf die ländlichen Zentralorte bereits dargestellt hat.

Einen Gedanken zum Thema drei Säulen. Wir haben bisher im Finanzausgleichsgesetz zwei Säulen, die Landkreise und kreisfreien Städte auf der einen, die kreisfreien und die kreisangehörigen Gemeinden auf der anderen Seite. Nach unserer Überzeugung führt dies zu Verzerrungen, die ich Ihnen an einem Beispiel erläutern möchte.

Nehmen wir einmal an, eine kreisangehörige Gemeinde hat einen Steuermeßbetrag bei der Gewerbesteuer von 100.000 DM – ich nehme mal ganz einfache Zahlen –, und sie hat einen Hebesatz von 300 Prozent, dann nimmt sie 300.000 DM ein. Sie wird aber sowohl bei der Zuweisung als auch bei der Kreisumlage so behandelt, als hätte sie einen durchschnittlichen Hebesatz.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Der mag bei 340 Prozent liegen. Das heißt, diese Gemeinde, obwohl sie bei der Gewerbesteuer nur 300.000 DM einnimmt, muß auf 340.000 DM Kreisumlage bezahlen, muß auf 340.000 DM Amtsumlage bezahlen und kriegt nach dem FAG Zuweisungen, als hätte sie 340.000 DM Einnahmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Korrekt. –
Harry Glawe, CDU: Also minus dann.)

Nehmen wir mal an, nun kommen zwei große kreisfreie Städte auf die Idee, ihre Hebesätze zu erhöhen. Dann führt das dazu, daß der durchschnittliche Hebesatz von 340 auf, sagen wir mal, 341 Prozent steigt. Das heißt,

diese kleine Gemeinde, die gar nichts gemacht hat, bei der sich nichts geändert hat, die muß jetzt für 1.000 DM mehr Kreisumlage bezahlen, Amtsumlage bezahlen, und 1.000 DM mehr werden ihr bei der Berechnung nach dem FAG in Rechnung gestellt.

Wir halten es für vertretbar und für sinnvoll, wenn wir innerhalb der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden Vergleiche ziehen. Aber wenn wir von durchschnittlicher Steuerkraft reden und dabei die kreisfreien Städte, die eine völlig andere Situation und, Sie sehen es ja, auch völlig andere Hebesätze haben, in die Durchschnittsbildung mit einbeziehen, dann führt dies nach unserer Auffassung zu einer Verzerrung, und das ist einer der Gründe, warum wir dies beseitigen wollen und ein Dreisäulenmodell mit drei Durchschnitten einführen, um hier einerseits für Klarheit und Transparenz, vor allen Dingen aber für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja.
Wer's glaubt, wird selig, Herr Müller.)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf meine Redezeit möchte ich nicht mehr alle Punkte im einzelnen ansprechen. Es sei nur noch der Satz erwähnt, daß bei den Fusionsprämien wir ebenfalls der Forderung des Städte- und Gemeindetages entgegenkommen und einen Teil der Fusionsprämien aus einer anderen Quelle als dem FAG nehmen. Auch hier also ein Zugehen auf den Verband.

Und das, meine Damen und Herren, ist für mich auch ein Gedanke, wie wir weiter mit diesem Gesetz umgehen müssen. Ich halte dieses Gesetz so, wie es hier auf dem Tisch des Hauses liegt, für eine sehr gute Basis für eine Diskussion in den Ausschüssen, für eine Anhörung. Ich sage aber: Nichts ist so gut, daß es nicht noch besser werden könnte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir sollten gemeinsam mit den Verbänden diskutieren, wo wir an diesem Gesetz noch Veränderungen vornehmen könnten, wo dies sinnvoll sei. Ich bin für eine offene und ehrliche Diskussion,

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das wäre ja mal was Neues!)

und ich bin dafür, daß wir Verbände, die wir anhören, auch ernst nehmen.

Und wenn hier die CDU, schon bevor der Antrag zum FAG eingebracht ist, erklärt, daß sie das FAG ablehnen wird, dann, meine Damen und Herren, halte ich das für schlechten Stil.

Ein Letztes. Ich kann es mir nur schwer verkneifen, ich kann es mir gar nicht verkneifen – es ist die Äußerung vom Dolchstoß. Wenn hier, Herr Rehberg, von einem finanzpolitischen Dolchstoß gesprochen wird, und ich möchte vorausschicken, ich weiß, daß Sie die historischen Zusammenhänge kennen,

(Siegfried Friese, SPD:
Na, da wäre ich mir nicht so sicher.)

ich weiß, ...

Nein, Herr Friese, er kennt die historischen Zusammenhänge. Er weiß, was er tut.

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Deswegen ja. –
Siegfried Friese, SPD: Wenn er das kennt, dann um so schlimmer.)

Er stellt sich bewußt in eine historische Reihe mit jenen Leuten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU –
Siegfried Friese, SPD: Ja, genau.)

die nach dem Ersten Weltkrieg behauptet haben, die demokratische Revolution in Deutschland sei der Dolchstoß gegen die im Felde ungeschlagenen Truppen gewesen. Er stellt sich in eine bewußte Reihe mit diesen deutsch-nationalen Kräften, die mit solchen Legendenbildungen von Anfang an gegen die parlamentarische Demokratie in Deutschland gearbeitet haben und die damit dem deutschen Faschismus den Boden bereitet haben. Herr Rehberg, nicht Kritik an unserem FAG-Entwurf, aber solches Vokabular ist ein politischer Skandal.

(Beifall bei SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Es ist natürlich klar, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten, daß man auf solch einen Redebeitrag reagieren muß.

Erstens. Herr Müller, ich hoffe, wenn Sie einfordern, daß man ehrlich Verbände anhört, daß Sie auch ehrlich gewesen sind in den Gesprächen mit den Kommunalpolitikern,

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

daß Sie auch dargestellt haben, wie die Mittelfristige Finanzplanung im kommunalen Finanzausgleich ausgesehen hat,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

daß Sie auch dargestellt haben, daß Sie die Kommunen jetzt am Zügel halten, daß Sie einen Deckel eingezogen haben mit 2,5 Milliarden DM und – ich wiederhole das, was ich heute morgen gesagt habe – daß Sie damit in drei Jahresscheiben den Kommunen 625 Millionen DM weniger geben wollen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

als das in der Mittelfristigen Finanzplanung von 1997 bis zum Jahr 2001 stand.

(Ministerin Sigrid Keler: Ja, da gab es aber auch Handlungsbedarf.)

Das als erstes.

Zweitens. Herr Müller, es ist völlig absurd, daß Sie hier ein FAG auflegen, wo Sie jeweils die Verbundquote dem Deckel anpassen, beziehungsweise daß Sie sich – so wie gestern die Finanzministerin – hinstellen und das als Wohltat verkünden. Nein, Kommunen haben einen Anspruch darauf,

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

daß sie auch an Steuermehreinnahmen partizipieren und nicht von Ihrem Gutdünken abhängen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und als letztes gehört zur Ehrlichkeit dazu, daß man seriös hantiert mit Zahlen. Herr Müller, nach meiner Kenntnis bekommt eine Stadt, die den Kreissitz verloren hat, pro Jahr 10 DM pro Einwohner.

(Harry Glawe, CDU: Richtig, so ist es.)

10 DM pro Einwohner! Dann zeigen Sie mir die Gesetzesstelle, wo was anderes steht! In der CDU-Fraktion kennt keiner eine andere Zahl.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wenn dann Herr Timm behauptet, ich operierte bei der Stadt Ribnitz-Damgarten mit falschen Zahlen – diese Stadt soll 789.000 DM weniger erhalten nach dem Entwurf, der heute beraten wird –, dann hat sie pro Jahr aus der Stadt Grimmen 120.000 Mark gekriegt,

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

weil die 12.000 Einwohner haben. Was Sie hier vorge-rechnet haben mit Wolgast – schämen Sie sich gar nicht? Anklam hat 17.000 Einwohner und müßte demzufolge pro Jahr 170.000 DM überwiesen bekommen. Sie haben hier eben behauptet, daß das 800.000 DM sind. Herr Müller, erklären Sie mir Ihre Rechnung!

(Der Abgeordnete Heinz Müller
meldet sich für eine Anfrage.)

Das können Sie nachher machen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie ...

Eckhardt Rehberg, CDU: Ich lasse jetzt keine weiteren Anfragen zu.

(Heinz Müller, SPD: Schade. –
Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Noch mal: Widerspricht mir hier jemand, daß die Gesetzeslage bis heute so ist, daß es für den Verlust des Kreissitzes pro Einwohner 10 DM pro Jahr gibt?

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie lassen doch gar keinen Widerspruch zu. –
Heinz Müller, SPD: Darf er nicht. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Herr Dr. Schoenenburg, gucken Sie sich das Gesetz an!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vielleicht kann der Innenminister das sagen.)

Und deswegen verliert die Stadt Ribnitz-Damgarten immer noch rund 600.000 DM. Und die Stadt Wolgast, wenn sie 600.000 DM weniger hat, wenn ich die 10 DM Ausgleich pro Einwohner wegrechne, sind es immer noch 430.000 DM. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und warum verliert Anklam 740.000 DM?)

Und jetzt will ich Ihnen noch mal was sagen. Sie haben hier tolle Rechenkünste vollführt. Sie haben eines gemacht, und das können Sie mir nicht erklären: Warum erhalten genau die strukturschwachen Landkreise – und da ist nicht die Einwohnerzahl das entscheidende – am wenigsten? Und zwar sind das Uecker-Randow, Demmin, Ost- und Nordvorpommern. Warum kriegen gerade diese Landkreise auch am wenigsten ab von den knapp 12 Millionen DM, die die Landkreise mehr ...

(Herbert Helmrich, CDU: Das kommt davon, weil Torgelow so stark ist.)

Was muß denn der Landkreis Uecker-Randow jetzt machen, der ja letztendlich – die 5 Millionen DM, die Schlüsselzuweisungen fließen ja ein in die Kreisumlage – die Kreisumlage hochsetzen muß?

(Wolfgang Riemann, CDU: Da werden nochmals die Kommunen geschwächt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das heißt, dieser Landkreis ist ja doppelt bestraft. Und dann noch mit Torgelow und irgendwelchen Einmaleffekten zu kommen, Herr Müller, das ist ja nun komplett abwegig.

Sie haben folgendes gemacht, und deswegen ist der Aufschrei des Städte- und Gemeindetages ausgeblieben: Sie haben die kreisfreien Städte bevorteilt, indem Sie das Dreisäulenmodell genommen haben, und haben dann noch, damit die kommunale Gemeinde, zumindest die Gemeinden, die auch Steueranteile überhaupt bekommen, im Amt irgendwo, ich sage mal, in Vorpommern, den Steuerkraftausgleich um 10 Prozentpunkte vermindert. Wo kommt denn die Gewerbesteuer her? Wo kommen denn die großen Einkommenssteueranteile her? Natürlich werden die doppelt bestraft durch ihre Absenkung von 70 auf 60 Prozent.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Harry Glawe, CDU: Genauso ist es.)

Ich will Ihnen eins sagen, wir sind dafür, daß dieses FAG, was wir für gerecht halten, ...

Gucken Sie sich doch mal die Stadt Neubrandenburg an,

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

wie die gekappt wird für gute Kommunalpolitik der letzten Jahre, wie die wirklich gekappt wird bei den kreisfreien Städten!

Und eins lassen Sie mich zum Schluß sagen, meine Damen und Herren von PDS und SPD. Wenn Sie sich noch einmal aufregen, daß Länder der Südschiene wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen – Hessen ja noch zu SPD-Zeiten – sagen, weil wir stark sind, wollen wir mehr abkriegen vom Kuchen aus dem Länderfinanzausgleich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht so viel abgeben.)

dann dürfen Sie mit den Kommunen nicht das gleiche Spiel machen, was Bayern, Baden-Württemberg und Hessen vorhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben kein Argument mehr, wenn Sie solch ein FAG durchziehen.

Und, Herr Müller, können Sie mir mal verraten, was denn im nächsten Jahr im Uecker-Randow-Kreis passiert oder im übernächsten Jahr, wenn jährlich die Zuwächse bei den Personalkosten nach BAT-Erhöhungen zu verkraften sind?! Ich kann Ihnen eins sagen, bei den Ämtern in meinem Wahlkreis sehe ich keine Einsparpotentiale mehr im Personalkostenbereich.

Noch ein letzter Satz zu den Gemeindefusionen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wollen Sie das eigentlich realisieren? 10 Millionen DM insgesamt bei 400.000 DM pro Fusion. Wenn ich richtig rechnen kann, können 25 Gemeindefusionen stattfinden. Was machen Sie denn, wenn sich die 26., 27. und 30. Gemeinde meldet. Kriegen die nichts mehr? Das ist doch eine komplett verfehlte Politik, die Sie hier aufgelegt haben, und ich warne Sie davor, eine Politik der Spaltung der kommunalen

Familie weiter zu praktizieren! Ich kann mir nicht vorstellen, wie überhaupt noch Entwicklung, Bewegungsmöglichkeiten da vorhanden sein sollen, wo es eben keine Möglichkeiten gibt, zum Beispiel in der Grenzregion zu Polen, daß Potentiale aus der Wirtschaftskraft an sich herausgeboren werden. Es ist doch geradezu schizophren, was Sie diesen Gemeinden vorwerfen. Die können doch nichts dafür, daß ihr Hinterland Stettin auf der polnischen Seite liegt und daß wir die EU-Assoziation oder den Beitritt erst in einigen Jahren haben werden. Dann wird auch dieses Gebiet wieder eine Chance haben,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Dann hat es überhaupt gar keine Chance mehr.)

weil es weniger Kilometer sind zu den Zentren dieses Landes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie hier machen,

(Harry Glawe, CDU: Die sollen die Gewerbesteuer erhöhen, aber auf Landesdurchschnitt.)

ist, die Schlinge um den Hals derjenigen zu legen und zuzuziehen, die sich selber nicht helfen können, und das Gesetz, das Finanzausgleichsgesetz, verdient eigentlich sein Wort nicht mehr. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Damit sich noch weniger ansiedeln in Vorpommern.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Redezeit ist eigentlich abgelaufen, aber die Frau Präsidentin war der Auffassung – und ich möchte mich dafür bedanken –, daß angesichts der zahlreichen Zwischenfragen und Zwischenrufe ich hier wenigstens noch ein, zwei Minuten bekomme, um einige Sachen geradzurücken.

Zunächst einmal der Paragraph 7b, die Ausgleichszahlung für ehemalige Kreisstädte. Herr Rehberg, hierfür stehen im Finanzausgleichsgesetz 7 Millionen DM zur Verfügung, und die werden auch ausgegeben. Ich hoffe, Sie werden mir jetzt vorrechnen, daß die ehemaligen Kreisstädte, da sie ja nur 10 DM pro Einwohner haben, insgesamt 700.000 Einwohner haben. Das wird Ihnen schwerlich gelingen.

Zweitens. Zum Thema Neubrandenburg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht, was Sie sagen. Das stimmt wirklich nicht. Der 7c ist anders.)

So, darf ich jetzt vielleicht mal?

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der 7c (1) ist anders, Herr Müller. Hören Sie auf, hier die Unwahrheit zu sagen!)

Darf ich jetzt vielleicht mal?

Es sind 7 Millionen DM ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist falsch, was Sie sagen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Rehberg, bitte, lassen Sie den Herrn Müller ausreden!

Heinz Müller, SPD: Es sind 7 Millionen DM. Und wir wissen alle, wir hatten 31 Landkreise,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das gibt es nicht!)

wir haben jetzt noch 12. Es sind also 19 Landkreise weggefallen. Es gab aber nicht jedesmal eine Kreisstadt. Es gab zum Beispiel Landkreise um die kreisfreien Städte, wie Schwerin-Land und Wismar-Land.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das stimmt doch nicht, Herr Müller!)

Es sind also noch viel weniger Städte. Und wenn die zusammen 700.000 Einwohner haben, dann leben wir in verschiedenen Ländern.

Zweitens, Neubrandenburg. Neubrandenburg hat 1999 insgesamt 97,4 Millionen DM bekommen. Wenn wir unser Gesetz verwirklichen, wird Neubrandenburg im Jahr 2000 97.094.000 DM bekommen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, 340.000 weniger.)

das heißt, Neubrandenburg hätte einen Verlust – wenn wir so rechnen, von '99 auf 2000 – von 338.000 DM zu verkraften. Nun müssen wir sehen, Neubrandenburg gehört zu den sehr steuerstarken Städten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich denke,
Sie wollen die stärksten stärken.)

Herr Riemann, bitte!

(Harry Glawe, CDU: Weniger ist immer mehr.)

Wenn wir unser Gesetz so gelassen hätten, dann hätte es dazu geführt, daß Neubrandenburg nur noch 94,9 Millionen DM bekommen hätte, das heißt, Neubrandenburg hätte einen Verlust von 2,5 Millionen DM hinnehmen müssen, und zwar aufgrund der gewachsenen Steuerkraft der Stadt Neubrandenburg, die uns alle freut und wo wir eigentlich hoffen würden, daß andere so etwas ähnliches haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das
wollen die Kollegen ja nicht hören.)

Es gibt in der Tat gute Kommunalpolitik in Neubrandenburg,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Sehr richtig.)

aber die führt dazu, daß diese Stadt mehr Einnahmen hat. Und Finanzausgleich bedeutet, daß wir dem Starken weniger geben als dem Schwachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Sylvia Bretschneider, SPD:
Richtig. Das akzeptieren wir auch.)

Das ist ja der Grundgedanke von Finanzausgleich, und daran halten wir fest. Und für die Starken ist das natürlich bitter, das heißt nämlich für Neubrandenburg, sie hätten hier 2,5 Millionen DM verloren. Und weil wir die Starken stärken wollen und weil wir Zentren stärken wollen, sagen wir gegenüber dieser Rechnung, in dem bisherigen Gesetz verändern wir etwas, und zwar zugunsten der Stadt Neubrandenburg –

(Angelika Gramkow, PDS: Schwerin.)

und ich darf verallgemeinern –, zugunsten der Zentren und zugunsten der Steuerstarken. Und das ist unsere Politik, und diese Politik sind wir sehr wohl bereit in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

(Zuruf von Martin Brick, CDU)

Und wir haben damit bei den Kommunalpolitikern eine Menge Akzeptanz,

(Wolfgang Riemann, CDU: Warum erschlug
der Teufel seine Großmutter? Weil
sie keine Ausrede mehr wußte.)

viel mehr, als Sie erhofften, Protest zu haben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Rehberg? (Zustimmung)

(Volker Schlotmann, SPD: Bloß nicht!)

Bitte, Herr Rehberg.

(Siegfried Friese, SPD: Im Unterschied zu
Herrn Rehberg gestattet er die Nachfrage.)

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Müller, Sie können darauf auch mit Ja oder Nein antworten.

Stimmen Sie mir zu, daß der Paragraph 7c FAG Absatz 1 heißt: „Städte, die zu Lasten einer bisherigen Kreisstadt den Sitz der Kreisverwaltung erhalten, erbringen für diese Stadt einen jährlichen Ausgleichsbetrag in Höhe von 10 DM je eigenem Einwohner.“?

Heinz Müller, SPD: Stimmt.

Eckhardt Rehberg, CDU: Danke.

Heinz Müller, SPD: Aber das ist nicht die Zahlung, die die bekommen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Also, Herr Rehberg, 7 Millionen DM stehen nach dem FAG zur Verfügung.

(Minister Dr. Gottfried Timm:

Heinz, ich geh' noch mal rein. –

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Also
der Abgeordnete Rehberg müßte erst mal
stehenbleiben, wenn er eine Frage gestellt hat. –

Zuruf von Angelika Gramkow, PDS –

Eckhardt Rehberg, CDU:

Danke, Herr Dr. Schoenenburg!)

Die Zahlung, ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Rehberg, bitte!

Heinz Müller, SPD: ... die die neue Kreisstadt oder die jetzige Kreisstadt hinzulegt, ist ja nur einer der Faktoren. Also, bitte nicht Äpfel mit Birnen verwechseln, sondern nehmen Sie die 7 Millionen DM des Paragraphen 7b Finanzausgleichsgesetz.

Und da ich schon mal hier bin, ich habe das vergessen:

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Wo Sie die Zahl von 400.000 DM pro Fusion herhaben, müßten Sie mir dann auch noch mal darlegen.

(Angelika Gramkow, PDS:

Das stimmt. Das wäre spannend.)

Die haben Sie gerade benutzt, die steht nirgendwo.

(Beifall bei SPD und PDS –

Angelika Gramkow, PDS: Da hat doch wohl
jemand aus dem Nähkästchen geplaudert.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Sehr verehrter Herr Oppositionsführer! Nachdem Sie vorhin den Ministerpräsidenten aufgefordert haben, zukünftig bei den Einbringungsreden anwesend zu sein, haben Sie den Saal verlassen. Somit konnten Sie nicht hören, was ich zur Stadt Ribnitz vorgetragen habe.

(Martin Brick, CDU:
Das ist doch gar nicht erwiesen.)

Ich will jetzt nicht die ganze Geschichte mit der Dolchstoßlegende noch einmal auflegen, aber die Basis Ihrer Legende waren Ihre Zahlen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ihre Zahlen!)

Ihre Zahlen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ihre Zahlen! Andere haben wir ja nicht.)

Herr Rehberg, Sie haben nicht dementiert,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben nur die, die wir von Timm gekriegt haben.)

daß der „Nordkurier“ vom 25.08. berichtete, nach Ihrer Aussage würde die Stadt Ribnitz 1 Million DM verlieren

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ich habe von 1,4 Millionen, von 1,4 Millionen gesprochen!)

wegen des neuen Finanzausgleichsgesetzes der roten Regierungskoalition.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Und das war auch nach dem ersten Entwurf so.)

So wurden Sie im „Nordkurier“ zitiert und übrigens auch in den anderen Zeitungen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
1,4 Millionen habe ich sogar gesagt.)

Ich sage Ihnen mal, wie es richtig ist. Ich habe es vorhin schon gesagt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nach dem ersten Entwurf. – Eckhardt Rehberg, CDU:
Ja, den habe ich ja hier liegen.)

Hören Sie jetzt bitte zu!

Die Stadt Ribnitz erhält nach dem alten FAG 9,82 Millionen DM Zuweisungen als Schlüsselzuweisung und nach dem neuen, nach unserer Novelle 9,97 Millionen DM – das macht ein Plus von 155.000 – und verliert zugleich, und zwar nicht nach Paragraph 7c sondern nach Paragraph 7b, das ist hier eben noch mal aufgeklärt worden, 947.000 DM. Aber nicht wegen des neuen FAG, sondern weil die Anpassungshilfe nach Paragraph 7 Finanzausgleichsgesetz ausläuft, Herr Rehberg. Ich will nur um eins bitten: Diese 155.000 DM plus für die Stadt Ribnitz sollten Sie auch so darstellen, und nicht von 1 Million DM minus reden, weil das ja nur dazu führt, daß Sie Verwirrung anstiften, Legenden aufbauen

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Das sind doch Ihre Zahlen, Herr Timm!)

auf der Basis falscher Zahlen und die Öffentlichkeit verwirren.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Nein, es sind Ihre Zahlen!)

Ich bitte Sie dringend, Sie waren vorhin nicht da,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein, es sind Ihre Zahlen, die offiziellen Zahlen aus dem Innenministerium.)

ich bitte Sie dringend, Herr Rehberg,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nein.)

lassen Sie uns eine sachliche, vernünftige, meinestwegen auch kritische Aussprache führen,

(Volker Schlotmann, SPD: Kann er nicht. – Eckhardt Rehberg, CDU: Dann legen Sie vernünftige Zahlen vor!)

aber keine, die auf einem Lügengebäude aufbaut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das Lügengebäude haben Sie produziert!)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Riemann von der Fraktion der CDU.

Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bürgermeister der Stadt Wolgast hat sich zum FAG in der „Ostsee-Zeitung“ wie folgt geäußert: „Da sitzt der schwarze Herr Dr. Darsow ja noch im Innenministerium, und der ist an allem schuld.“ Der SPD-Bürgermeister von Heringsdorf, Hans-Jürgen Merkle, konstatiert eine Zerstörung der kommunalen Familie durch das Dreisäulenmodell. Der SPD-Bürgermeister von Koserow, Herr Hilpert, konstatiert: „So habe ich mir SPD-Politik nicht vorgestellt.“ Dazu bedarf es keines Kommentars.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Siegfried Friese, SPD:
Das war ja 'ne Glanzleistung.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Riemann.

Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 3/666 zur federführenden Beratung an den Innenausschuß und zur Mitberatung an den Finanzausschuß sowie an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Wir beteiligen uns schon, da können Sie uns nicht ausschließen, Frau Gramkow.)

Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an den allgemeinbildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns, Drucksache 3/671. Hierzu liegt Ihnen ein Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 3/704 vor.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Konzept zur Qualitätsentwicklung und
-sicherung an den allgemeinbildenden
Schulen Mecklenburg-Vorpommerns
– Drucksache 3/671 –**

**Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 3/704 –**

In bezug auf den Wortlaut unserer Geschäftsordnung bestehen Bedenken gegen die Zulässigkeit dieses Antrages, die auf politischer Ebene geklärt werden müssen. Insoweit werde ich den Rechtsausschuß um eine Klärung der damit zusammenhängenden Fragen bitten. Weil eine Klärung in der Kürze der Zeit durch den Rechtsausschuß nicht herbeigeführt werden konnte, wurde der Antrag, ohne einen Präzedenzfall zu schaffen und ohne der Entscheidung des Rechtsausschusses vorgreifen zu wollen, vor dem Hintergrund der bisherigen Praxis in einem vergleichbaren Falle zugelassen.

Bitte, Herr Dr. Schoenenburg.

Dr. Arnold Schoenenburg, PDS (zur Geschäftsordnung): Wir halten auch entsprechend der gegenwärtigen Praxis und der vergangenen Praxis des Landtages und der Geschäftsordnung, die da eindeutig ist, diesen Antrag für unzulässig, vor allen Dingen den Zeitpunkt der Einbringung. Und deswegen beantrage ich hier, daß über die Zulässigkeit dieses Antrages abgestimmt wird.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bevor ich über diesen Antrag abstimmen lasse, unterbreche ich die Sitzung und bitte um eine Ältestenratssitzung.

(Ministerin Sigrid Keler: Für wie lange?)

Für zehn Minuten.

Unterbrechung: 18.08 Uhr

Wiederbeginn: 18.41 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Ich unterbreche die Debatte zum Tagesordnungspunkt 7 an dieser Stelle und bitte den Rechtsausschuß in der angesprochenen Frage um eine Beratung, damit es eine Klärung zu der Geschäftsordnung beziehungsweise zu der Zulässigkeit dieses Antrages gibt.

Ich würde dann in der laufenden Tagesordnung weiter fortfahren

(Harry Glawe, CDU: Sehr schön.)

und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8**: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Bericht zur Verstärkung des Marketings im Tourismus, Drucksache 3/670.

**Unterrichtung durch die Landesregierung:
Bericht zur Verstärkung des
Marketings im Tourismus
– Drucksache 3/670 –**

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Arbeit und Bau in Vertretung für den Wirtschaftsminister. Bitte, Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Tourismuswirtschaft hat sich zu einer stabilen und verlässlichen Säule der Wirtschaft unseres Landes entwickelt. Sie steht nicht isoliert neben anderen Bereichen und Branchen, sondern läßt sich ausgewogen und verzahnt weiter ausbauen. Dennoch gibt es noch immer Punkte, die verbessert und verstärkt werden müssen. Einer dieser Punkte ist das Tourismusmarketing. Genau auf diesen Punkt bezieht sich der Bericht der Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Durch Mediendaten, Ergebnisse von Imageumfragen und die Berichterstattung der Presse über Mecklenburg-Vorpommern wissen wir nur allzu gut, daß das moderne gastgewerbliche touristische Kernangebot, unsere Natur- und Kulturlandschaften, die geographische Lage in Nordeuropa und an der Ostsee sowie das milde Klima Standortfaktoren sind, die positiv auf unser Landesimage wirken.

Dennoch leidet Mecklenburg-Vorpommern neben dem positiven Image als Tourismusland noch weit mehr unter Vorurteilen, negativen Metaphern und fehlender Bekanntheit. Wir alle kritisieren und beklagen zu Recht, daß uns nach nunmehr zehn Jahren deutscher Einheit immer noch allzu häufig und gern ein verzerrtes, entstelltes und negatives Image des Landes entgegengehalten wird. Reißerische Überschriften bezüglich Fremdenfeindlichkeit, Alkoholismus, Campingplatzrandale, Service- und Dienstleistungswüste und so weiter haben sich als Vorurteile fast bildlich in den Köpfen vieler Menschen, die unsere Regierung bisher nicht kennengelernt haben, festgesetzt. Hier konnte auch die 1996 initiierte Imagekampagne keine Änderung einleiten. Ich werte es daher als richtige Entscheidung, daß der Ministerpräsident die Mittel der Imagekampagne ab 1999 nun zu einem großen Teil der Fremdenverkehrswerbung zur Verfügung stellt.

Meine Damen und Herren, die neue Aufgabenstellung für die Imagekampagne ist nur eine Facette der Aufgaben, denen sich die neue Regierungskoalition gestellt hat. Eine andere ist die Überprüfung der derzeitigen Struktur der Tourismusorganisationen, deren Aufgabenzuschnitt beziehungsweise Aufgabenteilung und auch die Überprüfung der Förderung durch die öffentliche Hand. Verbandsmitglieder, Nachbarverbände, Unternehmen hinterfragen kritischer als vorher die Vermarktung des Landes. Die Frage ist, sind diese Strukturen noch optimal und zeitgemäß.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Welche Anforderungen und inhaltlichen Aspekte stellen wir an die touristischen Organisationen und ihr Marketing für Mecklenburg-Vorpommern. Die Tourismuswerbung erfolgt einerseits durch die Leistungsanbieter selbst, durch eine sehr heterogen organisierte Vereins- und Verbandsstruktur im Lande, durch örtliche Touristeninformationen oder Kurverwaltungen, durch Reiseveranstalter und Agenturen, durch Medienkonzerne, Verlage, die öffentliche Verwaltung, inzwischen auch durch Natur- und Umweltschutzorganisationen, durch Wirtschaftszweige und Branchen, die vom Tourismuswachstum profitieren.

Die Grüne Woche als Landwirtschafts- und Fachmesse nimmt mehr und mehr auch den Charakter einer Reise- messe an. Die Kulturmanager in den meisten Orten des Landes reagieren auf die wachsende touristische Nachfrage in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen auch mit größtenteils hochwertigen Veranstaltungs- und Kulturangeboten beziehungsweise entwickeln gemeinsam mit

dem Gastgewerbe Paketangebote. Als Beispiele kann man nennen die Hanse Sail, die Rosen-Regatta, die lokalen Hafentage und -feste sowie unsere Musikfestivals, durch die auch Baudenkmale, Kirchen, Parkanlagen und Gärten touristisch kulturell erschlossen werden. Auch Freilichttheateraufführungen, die Wiederbelebung regionaler Traditionen und Hafenfeste,

(Harry Glawe, CDU: 50 Jahre alles verfallen lassen, und dann so was!)

die vielerorts hochwertigen Kunstausstellungen oder eben solche Festspiele wie Aida sind positive Entwicklungen.

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Was will ich mit diesem kleinen Exkurs deutlich machen: Das Thema Tourismus und Tourismuswerbung haben nicht nur die Touristikfachleute und Tourismusmanager besetzt, sondern damit identifizieren sich inzwischen eine Reihe benachbarter Branchen. Das erleichtert die Arbeit der Fachverbände und ihrer Arbeitsgruppen einerseits nicht und führt wiederum dazu, daß durchaus neue Impulse gesetzt werden konnten.

Im Wettlauf um die Übernahme von Führungsrollen und Koordinierungsaufgaben im Regionalmarketing stehen den bisher weitestgehend autarken Tourismusverbänden inzwischen neue Organisationen und Zweckverbände gegenüber. Die öffentliche Hand ist bei der Vergabe der Fördermittel zunehmend kritischer.

In letzter Zeit gibt es eine Reihe konkreter Kooperationsangebote, Absprachen und Projekte der besseren Zusammenarbeit zwischen einzelnen Verbänden. So wird am 1. Oktober ein Kooperationsvertrag zwischen allen vier regionalen Tourismusverbänden Vorpommerns unterzeichnet. Darin sollen ganz konkrete Spezialisierungen und Aufgabenabschnitte wie beispielsweise Qualifizierung der Mitarbeiter, gemeinsame Datenbanken, Veranstaltung- und Terminabsprachen, Produktentwicklung und Vertrieb festgeschrieben werden.

Meine Damen und Herren, neu und absolut zu begrüßen ist, daß in den Tourismusverbänden die Subventionsmentalität mehr und mehr einem Profit-Center-Denken weicht. Nicht wenige Verbände erwirtschaften durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder, durch die Breite und Stärke ihrer Mitglieder, durch geschicktes Sponsoring oder auch durch den Einstieg in EU-Förderprojekte ein gutes Jahreskapital. Mit diesem Wissen könnten sich an dieser Stelle Verwaltung und Politik zurücklehnen und die zum Teil absehbaren und überschaubaren Ergebnisse einer Strukturdebatte und Reformbereitschaft der vorhandenen Organisationen abwarten. Ich bin da anderer Auffassung und meine, daß sich die Landesregierung, die Unternehmen und Gemeinden schon in bezug auf neue Ziele, Inhalte sowie Organisations- und Betriebsformen einmischen müssen und daß wir noch weit entfernt sind von optimalen Lösungen.

Vor dieser Aufgabe und Anforderung stehen wir nicht allein in Deutschland, weder auf Bundes- noch auf Landesebene. In den meisten Bundesländern wurden neben den Tourismusverbänden GmbHs gegründet, die als Dachorganisation die Voraussetzungen für bessere Koordinierung, Kundenorientierung, Produktherstellung und Vertrieb übernehmen sollen. Gesellschafter sind neben den Tourismusverbänden Unternehmen der Tourismuswirtschaft und des touristischen Umfeldes, die sich finanziell wie inhaltlich an Produktentwicklung, am Tourismus-

marketing und Vertrieb beteiligen. Zentrale Aufgabenbereiche dieser Gesellschaften sind die Optimierung beim Aufbau eines zentralen Informations- und Reservierungssystems sowie die Verkaufsförderung über Direkt- und Reisebürovertrieb beziehungsweise neue Medien.

Der Umbau der Organisationsstrukturen in den Nachbarländern vollzog sich teilweise nicht ohne Druck und direkte Einflußnahme der zuständigen Ministerien. Ich bin der Auffassung, daß wir nicht von oben herab Strukturen diktieren sollten, dies ist auch nicht nötig. Die Diskussion um eine landesweite Marketing- und Vertriebsgesellschaft als Tochtergesellschaft des Tourismusverbandes, deren Gesellschafterstruktur, Inhalte und Finanzierungen hat bereits begonnen. Wir werden jedoch insofern Einfluß nehmen, daß wir sehr sorgfältig auf das Einvernehmen zwischen Tourismusverbänden und Interessen der Wirtschaft in diesem Prozeß achten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin im Bericht des Wirtschaftsministeriums sehr viel detaillierter auf die konkreten Fragestellungen der Damen und Herren Abgeordneten eingegangen, als dies in einer kurzen Rede möglich ist. Die Ziele, die ich im Zusammenhang mit der Verstärkung des Tourismusmarketings in den Vordergrund rücke, sind kurz zusammengefaßt folgende:

Erstens. Die Verbesserung der Auslastung unserer Betriebsstätten und damit Verbesserung und Verstärkung der Betriebsergebnisse hat oberste Priorität. Die Förderung der Freizeitinfrastruktur und saisonverlängernden Maßnahmen hat absoluten Vorrang und wird mittelfristig auch die sehr niedrige durchschnittliche Jahresbettenauslastung stabilisieren und verbessern. Die Umstellung der Förderpolitik des Wirtschaftsministeriums Anfang 1999 trägt dieser Situation bereits Rechnung.

Zweitens. Wesentliche Voraussetzung zur Optimierung der Angebotsentwicklung, Vermarktung, Vertrieb, der Organisationsformen und Imagewerbung ist die Verbesserung der unter dem Begriff Binnenmarketing gefaßten Aktivitäten und Maßnahmen. Das abgestimmte Zusammenwirken der Akteure auf lokaler, regionaler und landesweiter Ebene ist dabei entscheidend. Worin liegen einige Ursachen, die nicht nur uns in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigen, sondern die deutschlandweit typische Symptome sind?

Erstens. Uns hindern vielfach mangelnde Abstimmungen und falsch verstandene Konkurrenz der Organisationen untereinander daran,

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

daß es zu der gewünschten Bündelung und Verknüpfung von Maßnahmen kommt.

Zweitens. Öffentlich geführte Auseinandersetzungen zwischen Tourismus-, Natur- und Umweltverbänden um Inhalte, Werte und Perspektiven bei der touristischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes schaden uns. Die inhaltliche Auseinandersetzung ist richtig, aber sie muß nicht medienwirksam geführt werden.

Drittens. Langfristige Marketingplanungen und -konzepte sind eher die Ausnahme. Ich meine, daß neben dem wichtigen operativen Geschäft auch kultur- und zeitgeschichtliche Themen, Themenjahre vorbereitet und beworben werden müssen. Wir sind kulturgeschichtlich ein sehr reiches Land, dessen Potentiale nur an den Kunden gebracht werden müssen. Mecklenburg-Vorpommern war Geburts- und Wirkungsstätte zahlreicher national und

international bedeutender Wissenschaftler, Erfinder, Ingenieure, Baumeister, Maler, Mediziner, Landwirte, Politiker, Schriftsteller und, nicht zu vergessen, erfolgreicher Unternehmer. Gegen Goethe, Luther und all die Kurfürsten setzen wir in unserem Land Barlach, Lilienthal, Caspar David Friedrich und die Hanse. Unsere Museen, Mahn- und Gedenkstätten, Denkmäler, Schlösser, Guts- und Herrenhäuser sind in Norddeutschland einzigartig. Wir schenken dem viel zu wenig Aufmerksamkeit im überregionalen Marketing.

Viertens. Sträflich vernachlässigt wird die große Klientel der Tages- und Ausflugs Gäste, die sowohl aus den umliegenden Ballungsräumen zu uns kommen, und die hiesige Bevölkerung selbst.

Fünftens. Natürlich hat sich das Gesamtangebot der touristischen Dienstleistungs- und Freizeitinfrastruktur spürbar verbessert. Es gibt übertragbare Kurkarten zwischen einzelnen Gemeinden, sogenannte Städtepässe, Verkehrsnetz- und Verbundkarten wie Rügenticket und Müritz-Nationalpark-Ticket, spezielle Pauschalangebote mehrerer Leistungsanbieter. Doch ist dies viel zu wenig bekannt und schon gar nicht dem Gast, der seine Reise beispielsweise in einem Reisebüro in München oder Berlin buchen möchte.

Sechstens. Sollte es uns nicht bald gelingen, die Vernetzung und Erschließung von Angebot und Potential zwischen Tourismusschwerpunktentwicklungsräumen und den sogenannten ländlichen Räumen zu festigen, besteht durchaus die Gefahr, daß das bisherige touristische Wachstum stagniert. Unser Land lebt von seiner Wechselwirkung zwischen Küste, Küstenhinterland und dem weiträumigen stillen Binnenland.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Innerhalb der Förderpolitik, der Festsetzung neuer Prioritäten und Schwerpunkte hat die Landesregierung bei verschiedenen Punkten einen konkreten Kurswechsel vorgenommen. Neben der Aufgabe des Wirtschaftsministeriums, die Rahmenbedingung für die Unternehmen so zu setzen, daß Mecklenburg-Vorpommern für die Leistungsträger der Branche und nachgelagerter Bereiche möglichst attraktiv ist und für neue Investitionen auch bleibt, daß die unternehmerischen Erwartungen und Betriebsergebnisse jeweils positiv sind, hat der Wirtschaftsminister die zur Verfügung stehenden Förderinstrumente so angepaßt, daß er in verschiedenen Bereichen des Betriebs- und Verbandsmarketings erstmalig Unterstützung geben kann. Das ist zum Beispiel:

1. die Förderung von Tourismusmarketingassistenten, die als Hochschulabsolventen einen Arbeitsplatz in Werbegemeinschaften oder Vertriebsorganisationen der Branchen erhalten
2. die Förderung der Aktivitäten unserer Häfen, um den Kreuzfahrttourismus nach Mecklenburg-Vorpommern zu aktivieren
3. die Förderung neuer innovativer Vertriebs- und Absatzmaßnahmen unserer Unternehmen in unseren Ziel- und Quellmärkten
4. die Unterstützung der vielfältigen Aktivitäten unserer Leistungsanbieter in Bereichen der Qualifizierung, des Qualitätsmanagements, der Verbesserung der Produktqualität und auch des Produktdesigns
Hierbei spielen Qualitätspreise und Wettbewerbe, wie vorbildliche Campingplätze, Blaue Europaflagge,

Designpreis, Tourismuspreis 2000, Essen und Trinken in Mecklenburg-Vorpommern, die Hotelklassifizierung beziehungsweise Hotelkategorisierung unserer Ferienwohnungen und -zimmer eine nicht unerhebliche Rolle.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die unterstützenden Maßnahmen der Landesregierung sind jedoch nur eine Seite für ein erfolgreiches Marketing. Tourismusverbände und Tourismuswirtschaft sind Impulsgeber und Träger positiver Imagefaktoren und für das konkrete touristische Innen- und Außenmarketing zuständig. Um dies weiter zu stabilisieren beziehungsweise auszubauen, stehen die Organisationsstrukturen und Leistungsanbieter, aber auch die Nachbargemeinden und ihre Verbände vor folgenden Aufgaben:

1. Koordinierung, Kundenorientierung, Verzahnung und Abstimmung bei der Entwicklung von Pauschalen und Paketangeboten, die über Direkt- oder Reisebürovertrieb buchbar sind
2. Netz- oder auch Verbundkarten, Ticketsysteme sind als Bausteine und verbindende Elemente zwischen den unterschiedlichen Leistungsträgern weiter auszubauen
3. Gründung einer branchenübergreifenden landesweiten Marketing- und Vertriebsgesellschaft, um darüber eine stärkere Bündelung der Marketingaktivitäten und Mittel zu erreichen
4. Entwicklung eines professionellen regionalen und landesweiten Merchandisingssystems
5. gebraucht werden Qualitätsprodukte, Qualitätsmanagement, hochqualifiziertes Service- und Dienstleistungspersonal, eine Qualitätsoffensive im Tourismus
6. Unterstützung und Kooperationen mit dem Ostseeraum und Nutzung unseres Wissenschaftspotentials in unserer beruflichen Aus- und Weiterbildungseinrichtung

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Daß die bisherige Marketingarbeit durchaus Früchte trägt, belegen unter anderem die letzten uns vorliegenden Reiseverkehrsstatistiken. Damit lag Mecklenburg-Vorpommern im Juni 1999 mit 21,2 Prozent plus auf Platz 1 der Zuwachsraten aller Bundesländer im Vergleich zum Vorjahr. Große Verkehrsunternehmen wie die Deutsche Bahn AG richten ihre Angebote auf Mecklenburg-Vorpommern aus. Zu nennen sind unter anderem der UrlaubsExpresß und, neu, das Ostsee-Ticket und das Kiek-in-Ticket.

(Präsident Hinrich Kuessner
übernimmt den Vorsitz.)

Große Reiseveranstalter haben nicht nur den Deutschlandurlaub wiederentdeckt, sondern Mecklenburg-Vorpommern besitzt in den Verkaufskatalogen einen festen Platz. Nach Neckermann und TUI wird auch AMERORA seine Präsentation demnächst in Mecklenburg-Vorpommern durchführen. Dies betrachte ich durchaus als ein Stück Imagegewinn unseres Landes. – Ich darf Ihnen für die Aufmerksamkeit danken.

(Beifall bei der PDS und Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat der Umweltminister Professor Methling. Bitte.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Nein.)

Sie wollen nicht reden?

Dann hat das Wort die Abgeordnete Frau Skrzepski von der CDU-Fraktion. Bitte sehr, Frau Skrzepski.

Gesine Skrzepski, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Eine erfolgreiche Sommersaison 1999 für unser Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern klingt bei prächtigen Hochdruckgebieten aus, und regionale Tourismusverbände berichten über Rekordzuwächse bei Übernachtungen. Rügen, Hiddensee, Vorpommern, Mecklenburgische Schweiz und Seenplatte hatten, das wurde gesagt, 21,1 Prozent Auslastung, in Spitzen bis zu 40 Prozent wie auf der Insel Rügen. Das sind Übernachtungszahlen, die betriebswirtschaftlich für die Unternehmen in Hotellerie und Gastronomie dringend notwendig sind, um die bereits einsetzenden hohen Zins- und Kapitaldienste, wie zum Beispiel aus dem EKH-Programm, zu leisten.

Die 13,4 Millionen Übernachtungen von 1991 werden mit Sicherheit 1999 weit übertroffen, da auch das Winterhalbjahr, November 1998 bis April 1999, eine Steigerung an Gästeankünften von 9,8 Prozent hatte. Es ist klar herauszustellen: Die langjährige Förderung des Kernproduktes von Hotels und Pensionen – insgesamt 2.150 Betriebe mit immerhin 134.000 Betten – wurde nicht unbedingt in der Darstellung der Quantität, sondern durch die Qualität mit Erfolg gekrönt.

Der Riesenvorteil, mit dem Mecklenburg-Vorpommern in einem nicht nur deutschlandweit boomenden Tourismusmarkt eingestiegen ist, sind Neuinvestitionen von immerhin 80 Prozent der 134.000 Betten, die tipptopp auf neuestem Hotelstandard, Qualitätsanspruch und Gästeneiveau angeboten wurden. Das ist eindeutig ein Wettbewerbsvorteil gegenüber den alten Bundesländern, den es nun gemeinsam zu veredeln gilt. Veredeln heißt konsequent: Marketing für unser Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern und nicht schlechthin Marketing im Tourismus. Das machen alle – weltweit. Es gilt nicht nur, die Aktivitäten aneinanderzureihen, sondern ein Image für das Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern herauszukreieren und – wie Herr Prachtl immer wertvollerweise sagt – Visionen zu entwickeln.

Wie heißt es richtig in der Tourismuskonzeption des Landes Mecklenburg-Vorpommern? „Das touristische Potential ist das einzige Pfund, mit dem das Land wuchern kann.“ Dieses touristische Potential wird dann – ich meine, sehr artig – in der vorliegenden Unterrichtung aufgelistet. Auf Seite 4 ist zu lesen: „Daher werben die mit Marketings für das Land befaßten Institutionen mit Attributen wie Naturerlebnis, Ruhe und Erholung, Seenplatte, Gewässer, Küste, Strände und Aktivurlaub. Die naturräumlichen Potentiale, insbesondere das Wasser (Küste, Boddengewässer, Seen- und Flußlandschaften) ...“ und so weiter.

Ich denke, sehr geehrte Abgeordnete, das ist nicht Wuchern, das ist fast Unterschlagung von herausragenden touristischen Potentialen. Nehmen wir den Begriff „Seenplatte“, den wir in vielen Bundesländern und anderen Ländern der Welt finden. Doch in Mecklenburg-Vorpommern liegt das größte geschlossene Seengebiet Europas, und da liegt die Bedeutung. Über 1.000 Binnenseen in Mecklenburg, ein Wasserparadies mit 1.470 Kilometer Küstenlinie. Marketing ist nicht die Aufzählung von Attributen, Marketing ist das Vermögen, aus der Summe der Attribute – eben die Aufzählung, die wir gerade hatten

– eine eindrucksvolle Botschaft und Vision zu verkünden und über diese in der Beständigkeit und hohen qualitativen Erfüllung ein Landesimage aufzubauen.

Zu Recht wollen wir mit dem maritimen Tourismus auf die Spitzenposition in Deutschland segeln. Es gibt vier- einhalb Millionen aktive Wassersportler in Deutschland, und diese gilt es, konsequent zu umwerben. Auch der Großraum Berlin findet keine Anmerkung in der Unterrichtung. Es ist der Zukunftsmarkt für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall Lutz Brauer, CDU)

Schon jetzt werden in Mecklenburg-Vorpommern 300 Millionen DM umgesetzt, um mit immerhin 3.000 Beschäftigten dort zu arbeiten. In der Unterrichtung lesen wir über die Beteiligung an der Kreuzfahrt-Messe in Miami. Es ist beachtlich. Wir finden das auch gut. Ich denke aber, das ist fast ein Doppelsalto im Marketing, wenn man weiß, daß hierzulande dem Maritimen Wirtschaftsverbund, der auch Mitglied im Tourismusverband ist, frühzeitig die Werbebroschüren „Maritim aktuell“ ausgegangen sind und das Geld für einen repräsentativen Messestand von 70.000 DM landesseitig noch nicht in Sicht ist. Die Hanse Sail in Rostock als absoluter Höhepunkt des maritimen Tourismus mit immerhin über einer Million nationaler und internationaler Besucher wird in der Unterrichtung glatt vergessen zu erwähnen. Gerade diese eine Million Besucher sind in ihrer Begeisterung die besten Botschafter für unser Land.

Solides Marketing heißt, konsequent unternehmerisch und politisch ganzheitlich zu handeln. Gleiches gilt für den Kunst- und Kulturtourismus, der auf Seite 12 Verknüpfung und Schnittstellen mittels Arbeitsgruppen und Kulturbeiräten darlegt. Dies ist jedoch der Weg zur Aktivierung der inneren Kräfte, eben das Innenmarketing, Herr Holter, was Sie auch beschrieben haben. Doch von Landesseite müssen große Kultur- und Kunstbilder geformt oder kreiert werden, zum Beispiel der Glanz und Charme der Bäderarchitektur, einzigartig in den Ostseebädern Mecklenburg-Vorpommerns, in Warnemünde, auch in Heiligendamm zu finden, die nordische oder besser hanseatische Backsteingotik. 140 rekonstruierte Schlösser und Gutshäuser, die als eigenständige Hotelbetriebe arbeiten, müssen ganzheitlich vermarktet werden und regional vor Ort die Besonderheiten herauskreieren.

Eine gelungene Botschaft im Bericht: „Phantastisches Mecklenburg-Vorpommern“. „Phantastisch“, das ist ein Begriff, der zusammen mit der Natur und schöngestigen Kulturaktivitäten in unserem Land Touristen verzaubern kann. Doch Trauerflor um das Staatstheater in Schwerin wie noch im April, läßt jedes Image entzaubern. Auch hier gilt es, konsequent Landesmittel über den Kulturbereich einzustellen – und hier blicke ich mal zur PDS und zu ihrer langjährigen Absicht, drei Prozent der Kulturmittel im Landeshaushalt wirklich einzufordern. Das wäre nicht nur eine Landesbotschaft, sondern auch Motivation an die Kunstszene im Land, um die großartigen Leistungen, wie zum Beispiel die Aida-Aufführungen in Schwerin, die Musikfestspiele und – als Rügänerin sage ich es gern – die Störtebeker-Festspiele mit Rekordzahlen von immerhin 297.000 Besuchern in diesem Jahr anzuerkennen und der Kultur im Land einen würdigen Platz einzuräumen.

Unter dem Punkt 2.3.7 auf Seite 14 „Bündnis für Arbeit“ – ein Titel politisch anspruchsvoll geboren, kaum durchschlagend aktiviert, damit auch dann bedauerlicherweise

gesellschaftlich irgendwie verschlissen – finden wir den bedeutsamen Begriff „Gesundheitstourismus“ in Aktion. Und erstaunlich ist: Geradezu auf Umwegen über ein Branchengespräch mit dem doch allgemeinen Namen „Stagnation oder Entwicklung der Branche und ihrer Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern“ am 18. März 1999 zwischen Tarifparteien, Mitgliedern der Tourismuswirtschaft, Verbänden und Vereinen wurde eine Arbeitsgruppe „Gesundheitstourismus“ gebildet, die erstmals Anfang August tagte. Gerade dieses Marktsegment „Gesundheitstourismus“ wird unser Land, so denke ich, ganz weit vorn plazieren – lobenswert, wenn auch sehr spät. Hier sollte das Sozialministerium unbedingt Flaggschiff werden und ein Landesimage aufbauen, wie „Mecklenburg-Vorpommern – Gesundheit und Natur pur“.

(Harry Glawe, CDU: Richtig!)

Weitflächige, großartige, zusammenhängende Landschafts- und Naturräume, die beste Luftqualität in Deutschland, Meereshelwasser und Thermalquellen, Peloide, Moore, Schlicke und insbesondere die Rügener Heilkreide ...

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja,
Kreide, wegen der Stimmbänder. –
Zuruf von Norbert Baunach, SPD)

Ja, nicht nur im Märchen vorkommend, es ist ein phantastisches Peloid, das unheimlich hautverträglich ist und wohlwollend angenommen wird.

... geben uns einen Riesenbonus, um Gesundheit pur in der Natur Mecklenburg-Vorpommerns zu erleben.

Fast 11.000 Betten – und nun kommen wir zum Ernst zurück – in der Reha-Landschaft warten auf eine dringend bessere Auslastung und Vermarktung. Das plagt uns alle im Land. Auch hier gilt es, ganzheitlich die Tourismusbranche und das Sozialministerium zueinander zu bringen.

(Harry Glawe, CDU:
Das macht Frau Bunge gern!)

Die Fördermodalitäten sind zeitgemäß auf den Prüfstand zu bringen. Im Rahmen der Anerkennung von Kur- und Erholungsorten – und alle kennen wir das aus den Wahlkreisen – müssen die finanziellen Rahmenbedingungen zur Förderung von Infrastruktur stimmig sein. Gleiches gilt in der finanziellen Unterstützung für Gutachten bei der Herstellung und dem In-Verkehr-Bringen der ortsgebundenen Heilmittel, Heilwasser, einschließlich Meerwasser und Peloide. Das Wetteifern um die Titel im Rahmen der Prädikatisierung erfordert hohe Investitionen in den Kurorten, und sie müssen langfristig auf hohem Niveau entsprechend der strengen Kriterien unserer Landeskurortegesetzgebung gehalten werden, denn bei Nichterfüllung droht die sofortige Aberkennung des Titels.

Marketing für unser Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern muß nachhaltig sein. So ist es zwingend geboten, die ohnehin geringen Marketingmittel – im Vergleich wiederum zu anderen Ländern, wenn sie auch hier aufgestockt wurden, und das erkennen wir auch an – wertschöpfend und zukunftsweisend einzusetzen. Die Erwähnung von Ausschreibungen in der Unterrichtung – es heißt dort, sie konterkarieren die Ergebnisse – wirkt etwas albern, war Rostock doch ein einziges Buddelloch zur Hochsaison, und der Flugplatz Laage findet trotz der hohen Frequentierung bei einem Auslandsanteil mit immerhin 60.000 Fluggästen bei Charterlinien

(Zuruf aus dem Plenum:
Bei Rostock ist ein Buddelloch.)

und 8.000 Städtetouristiken überhaupt keine Bedeutung.

Ja, Rostock war eine Erlebnisstrecke zur Hanse Sail, die Straßen waren aufgerissen und so weiter.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Ich muß das ja nicht betonen. Ich sage das ja nicht, damit wir uns darüber amüsieren, sondern das ist nicht das Flaggschiff, was wir in der Hochsaison brauchen.

(Zuruf aus dem Plenum)

Genau. Wir haben das alle – ich kann auch über Rügen erzählen –, aber das sind die Dinge, die uns dann plagen.

Statt Flugwetter ist Bahnwetter im Land angesagt. Der UrlaubsExpress wie auch das Ostsee-Ticket sind Top-Marketing-Schlager, die maßgeblich durch den Tourismus- sowie den Wirtschaftsausschuß unterstützt und aktiviert wurden. Das Ostsee-Ticket ist ein Verkaufsschlager der Deutschen Bahn geworden. Ich habe mich unlängst erkundigt ...

(Heike Lorenz, PDS: Gilt aber
nicht in anderen Regionen.)

Ja, das muß man erweitern. Die Anmerkung ist richtig. Es ist ein guter Auftakt und erfolggekrönt, aber die Streckenstilllegungen oder die Gespräche darüber schmälern natürlich diese Erfolgsbotschaft.

In der Unterrichtung heißt es: „Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei unterstützt die Entwicklung des ländlichen ... Tourismus durch das Agrarinvestitionsförderprogramm ...“ Das Wort „unterstützen“ ist eine klare, nüchtere, aber wichtige politische Aussage. Doch wir sprechen heute gemeinsam über Marketing – ein Produkt lebendig zu verkaufen.

Der ländliche Siedlungsraum ist für mich und, ich denke, für alle – 80 Prozent unserer Menschen leben im ländlichen Siedlungsraum – eine Schatztruhe für den Erlebnisurlaub an sich in unserem Land. Unverbrauchte, großzügige Naturräume lassen längst vergessene Kindheitsträume erwachen. Ich denke, ein schöner Slogan wäre auch für unser Land Mecklenburg und gerade fürs Binnenland „Binnenland gleich Kinderland“, um an den Slogan im vorigen Jahr „Familienfreundliches Mecklenburg-Vorpommern“ anzuschließen.

Dorferneuerungsprogramme – immerhin wurden im Jahre 1998 über 140 Millionen DM investiert – lassen gewachsene Kulturlandschaften aufleben, und idyllische Dörfer bringen Romantik und Ruhe in ein kaum mehr wahrzunehmendes Lebensgefühl, was durch den schnelllebigen Arbeitsalltag und besonders in den urbanen Lebensräumen förmlich aufgesogen wird. Mecklenburg-Vorpommern ist eine Schatztruhe für das Naturerlebnis in Deutschland, nicht nur für das kulturelle und sportliche Erlebnis, wie bei ausgedehnten Wanderungen, beim Segeln, bei Fahrradtouren, beim Reiten und Surfen – ich könnte vieles anreihen. Es ist auch unsere große Chance – und da schließe ich in etwa an das an, was der Bauminister hat anklängen lassen –, mit kleinteiligen Investitionen, Ferienwohnungen, Pensionen, wie es auch gehandhabt wurde, eben Urlaub auf dem Lande, dem Verbrauch von Flächen und dem Neubau in den hochfrequentierten Seebädern und Küstenstädten vorzubeugen.

Gerade auch deshalb gilt es, die landespolitische Entwicklung und Fördermodalitäten für den Tourismus sowie – jetzt betone ich es – die rigorose Nichtförderung von Betten aus der Sicht des ländlichen Tourismus heraus punktuell zu überdenken. Dazu gibt es auch sehr interessante Studien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft – im Amtsblatt zu finden –, auf die ich aufmerksam machen möchte, die sich mit den Beschäftigungspotentialen im Tourismus befassen, wo es heißt: „Des weiteren ist auf die nachhaltige Entwicklung von Fremdenverkehrsgebieten im ländlichen Raum zu achten. In Ermittlung der Kommission ‚Wegweiser zur nachhaltigen Landwirtschaft‘ wird darauf hingewiesen, daß der Fremdenverkehr insbesondere dort, wo sich die Landwirtschaft im Niedergang befindet, zur Diversifizierung der Wirtschaftstätigkeiten beitragen kann. Für eine derartige Entwicklung ist ein nachhaltiger und umfassender Ansatz notwendig, um den Qualitätsansprüchen der Gäste zu genügen, den örtlichen Unternehmen und Gemeinden Vorteile zu verschaffen und das natürliche wie auch kulturelle Erbe zu bewahren.“

Ich denke, wenn hier die Förderprogramme einsetzen, sollten wir alle konsequent dabei sein, dieses Landesimage, die Schatztruhe des Naturerlebnisses zu werden, auch nutzen. Der Tourismusausschuß wird bereits am 6. Oktober 1999 vor Ort Projekte mit der Arbeitsgemeinschaft „Urlaub und Freizeit auf dem Lande“ in Alt Schloen, Kreis Müritz, besichtigen, und, ich denke, in seiner Bedeutung für die Tourismuslandschaft Mecklenburg-Vorpommerns herausstellen.

Begrüßenswert ist der nun vierte Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, um Impulse mit nachhaltigem Einfluß im Lebensraum Dorf auszulösen. Ein großes Aufgabenfeld bleiben im ländlichen Siedlungsraum die maroden Altlasten. Vielleicht hätte man hier, wenn überhaupt, denn das besondere Verhältnis zum ÖBS habe ich nicht, sinnigerweise über den ÖBS nachdenken sollen.

(Beifall und Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU;
Jawohl. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ja. Ich hatte es schon mal angeregt, aber es wirkt nicht. Vielleicht wäre es sinniger, die Landschaft aufzuräumen, als Concierge-Modelle zu fahren.

Auch die militärischen Liegenschaften dürfen als Altlasten nicht zu einer unerträglichen Belastung von Kommunen und vor allem ungewollt zur Großvermarktung beziehungsweise eventuell zu Billigtourismus führen. Zum Beispiel Bug, Dranske, Wustrow und auch Boltenhagen ziehen bei allem Investitionswillen in die Infrastruktur gleichzeitige Bettenlandschaften von über 1.000 Betten nach sich, um sich notwendige Infrastruktur finanziell leisten zu können. Ich denke, wichtig ist: Hier darf eine Investition nicht der anderen zum Alibi werden, um Kommunalvertreter vor Ort – und das sind wir auch in gewissem Maße, wir finden uns alle in Kommunalparlamenten wieder – in Entscheidungskonflikte zu bringen. Man muß mit landespolitischem Augenmaß bedeutsame Infrastruktur wie Marinas fördern, um Bettenauswüchse abzuwehren. Bleibt die Verantwortung allein beim Investor, bleibt immer die Rechnung: Investition gegen Betten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Aktuelles Beispiel in Boltenhagen – der Tourismusausschuß war vor Ort: Marina und Umgehungsstraße werden durch den Investor nur möglich, wenn äquivalent entsprechende Bettenzahlen realisiert werden. Wir haben das

sehr markant dort hören dürfen. Damit muß man sehr vorsichtig umgehen, denn unser Land wird geliebt aufgrund der romantischen Schnittstellen zwischen Landschaft, Himmel und Meer und nicht, indem wir sie verbauen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Bei allen großartigen Marketingansätzen gilt es, stets solide Rahmenbedingungen zu realisieren. Dazu gehört insbesondere, daß die neue Richtlinie zur Förderung von Tourismusassistenten nun endlich zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium festgelegt wird, um die vorliegenden 21 Anträge aus dem Land möglichst positiv zu bescheiden. Es reicht nicht, diese Tourismusassistentenmöglichkeit zu preisen, man muß es dann auch tun, und das dauert nun schon ein Dreivierteljahr.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Auch nützen uns keine Botschaften vor der Sommersaison, sehr geehrte Frau Bunge, die Bäderregelung auszuhebeln und die touristischen Unternehmer zu beunruhigen und mit Ausklang der Saison den Wirtschaftsminister rasant überholend gleich das Ladenschlußgesetz, Paragraph 10, auszuhebeln. Der positive Sinneswandel entspringt hoffentlich aus dem Verständnis für die Tourismuswirtschaft.

(Zuruf von Ministerin Dr. Martina Bunge)

Ja. Ich lobe Sie jetzt im Nachgang. Die Unruhe hätten wir uns sparen können. Oder ist es vielleicht der politische Freudensprung über den Wahlerfolg der PDS vor der SPD in Thüringen, um vielleicht auch hier die SPD eine gewisse Zeit vorzuführen? Frau Bunge, ich hoffe, daß dieser gleiche politische Schwung Sie motiviert, die von Ihnen eventuell angedachte Novellierung des Kurortgesetzes, die Badestellensicherung in die Kommunen abzuschieben, zu unterlassen.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Es wäre ein lohnenswertes Landesimage, sagen zu können, Mecklenburg-Vorpommern hat die sichersten Badestrände Deutschlands. Für unseren Wirtschaftsminister, der nun leider nicht da ist, so daß diese Botschaft vielleicht verfehlt ist,

(Harry Glawe, CDU: Macht Herr Holter mit.)

der in der Hochsaison brilliert hat, wir wollen nicht das Armenhaus Europas werden, würde ich eher verordnen, daß er mit größter Begeisterung verkündet, daß wir das Flaggschiff, das Urlaubsland und die Spitzenposition ersegeln für Deutschland. Wir brauchen auch keinen Klimagipfel zwischen Rot/Rot in der Landesregierung, wir brauchen schlagkräftige Slogans. Ich denke, die CDU hat es schon einmal getan zur Wahl: Mecklenburg-Vorpommern sollte das Bayern des Nordens werden.

(Heidmarie Beyer, SPD: Wie edel! Wie edel!)

Ich denke, touristisch haben wir da viel abzugleichen, und wir haben auch eigenes Selbstbewußtsein.

In diesem Sinne, liebe Abgeordnete, fordere ich Sie auf: Seien Sie gute Botschafter, gute Lobbyisten und gute Worker vor Ort!

(Heidmarie Beyer, SPD: Aber keine Bayern!)

Frau Kassner arbeitet im Tourismusgeschäft, wir alle arbeiten in unseren Wahlkreisen dafür, daß wir die Verstärkung des Marketings selbst von Haus aus begleiten. – Danke schön.

Präsident Hinrich Kuessner: Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Prachtl?

Gesine Skrzepski, CDU: Ja, bitte.

Präsident Hinrich Kuessner: Bitte, Herr Abgeordneter.

Rainer Prachtl, CDU: Frau Abgeordnete und werte Kollegen, da ich nicht mehr reden konnte, weil man nicht so nett war, mir noch Redezeit zu geben, möchte ich wenigstens zwei, drei Fragen stellen, wenn es erlaubt ist.

Im Marketingbericht heißt es, daß wir kritisch sein sollen. Minister Holter hat vorhin verkündet, wir hätten den Platz drei. Auch ich gehörte mal zu der Branche und habe das freudestrahlend verkündet. Wir haben nicht den dritten Platz, wir haben nur etwa 13 bis 14 Millionen Übernachtungen. Das sind relativ viele, wir liegen damit aber nur auf Platz neun. Vor uns liegen zum Beispiel noch Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Hessen und Niedersachsen. Machen wir uns nicht etwas vor, wenn zum Beispiel Bayern fast 70 Millionen Übernachtungen hat, wir aber bloß schwache 13 bis 14 Millionen? Ich frage Sie, Frau Abgeordnete Skrzepski, muß dann nicht anders gedacht werden, auch wegen der Arbeitsplätze, denken wir da nicht zu kurz?

Gesine Skrzepski, CDU: Ja, das ist eine ganz klare Mathematik. Diese 13,4 Millionen beziehen sich konkret auf die Übernachtungen. Platz neun bezieht sich auf die Gästeankünfte, und zwar auf die Personen bezogen auf die Einwohnerzahl. Das sind unterschiedliche Rechenmuster. Korrekt ist: Übernachtungszahlen Platz drei, Gästeankünfte pro Einwohner Platz neun.

Rainer Prachtl, CDU: Dann eine weitere Frage.

Präsident Hinrich Kuessner: Einen Moment bitte. Ich möchte hier feststellen, durch Fragen kann man keine Reden nachholen.

Rainer Prachtl, CDU: Ich darf doch noch mal.

Präsident Hinrich Kuessner: Sie dürfen eine zweite Frage stellen.

Rainer Prachtl, CDU: Ich bin der seltene Fragesteller.

Präsident Hinrich Kuessner: Herr Prachtl, Sie dürfen eine zweite Frage stellen, aber dann ist es genug.

Rainer Prachtl, CDU: Bayern hat 11 Millionen Auslandsübernachtungen. Wir haben 125.000 Ankünfte. In allen anderen Bundesländern ist das weit höher. Haben Sie im Bericht der Regierung gesehen, was für den Auslands-tourismus, der wirklich beschämend ist, gemacht werden sollte?

Gesine Skrzepski, CDU: Ja, es gibt dort Anmerkungen, aber ich habe es angesprochen, wir haben Bahnwetter, kein Flugwetter. Der Flugplatz oder unsere 20 Fluglandeplätze – Verkehrslandeplätze heißt es richtig in der Termini – wurden überhaupt nicht erwähnt, auch nicht in den Ankünften. Wir haben über die Häfen gesprochen, über die Ankünfte in Saßnitz und so weiter. Das ist alles im Bericht zu finden. Aber zum Auslandsmarketing – Skandinavien, Baltikum – sind dort kaum Worte gefallen. Ich denke, wir vergeben uns da große Chancen. Das geht los mit der Mehrsprachigkeit in der Hotellerie, mit dem Angebot in den Gaststätten. Gehen Sie durch die Stadt Rostock, die wir alle mögen, lassen Sie sich bedienen, schauen Sie auf die Speisekarten, wie gastfreundlich wir sind.

Ich sage mal etwas sehr Kritisches, nicht nur für uns Abgeordnete, sondern auch für die Landesregierung: Die Öresund-Brücke wird vor der Haustür eingeweiht. Das ist das größte Brückenbauwerk zwischen Dänemark und Schweden. Das ist immerhin die Querung von acht Kilometern Eisenbahnbrücke, und die geht dann über in eine Tunnelung nach Dänemark. Ich habe weder einen Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern noch einen Lobbyisten der Tourismuswirtschaft gesehen, und die Tourismusströme wandern um unser Land herum. Es wird die große Autobahn gebaut im Baltikum. Es entstehen andere Brückenprojekte, und wir schauen zu. Ich denke, es wird höchste Eisenbahn, daß wir uns in diese Tourismusströme einreihen. Aber das ist jetzt nicht das Thema.

Wir wissen es, drei Prozent Auslandsgäste, das ist zu wenig. Wir haben hier straffe Arbeit zu leisten. Es wurde auch erwähnt, woher die Quellmärkte sind, zum Beispiel Skandinavien, und daß man sogar in den amerikanischen oder nordamerikanischen Raum geht. Aus meiner eigenen Reiseerfahrung von diesem Sommer in Amerika kann ich nur sagen, man hat dort Flugzeiten von sieben Stunden innerhalb des Landes zu überbrücken. Die Amerikaner wären gerne bereit, auch nach Deutschland zu fliegen, wenn man ihnen das sagen würde, denn sie sind unheimlich begeistert, auf Deutsche zu treffen und würden dieses Tourismusland sehr gern annehmen. Aber Sie haben es vorhin in anderem Zusammenhang gesagt: Niemand kennt unsere Botschaft, und warum soll ich etwas hinterfragen, was ich nicht kenne? Ich denke, dort haben wir sehr große Reserven.

Rainer Prachtl, CDU: Danke.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Hinrich Kuessner: Schönen Dank, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat der Abgeordnete Detlef Müller von der SPD-Fraktion. Bitte sehr, Herr Müller.

Detlef Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich daran erinnert, was seinerzeit bei der Verabschiedung des Antrages vorgebracht wurde, ist sicherlich über den nun vorliegenden Bericht angenehm überrascht. In dem Bericht hat das Wirtschaftsministerium eine, wie ich meine, gute Leistungsbilanz vorgelegt. Vieles hat das Wirtschaftsministerium in diesem Jahr mit den Tourismusverbänden im Bereich des Marketings auf die Beine gestellt. Die sich abzeichnenden Ergebnisse dieser Saison – darauf sind ja meine Vorredner schon eingegangen – sind sicher auch ein Beweis dafür.

Im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern haben wir offensichtlich erneut die Nase vorn, denn auch durch dieses gute Marketing ist es uns wieder gelungen, die Dinge, die unser Land zu bieten hat, an den Mann beziehungsweise die Frau zu bringen, denn durch Befragungen von Touristen hier im Lande wissen wir ziemlich genau, worauf es ankommt. Die meisten Menschen – auch darauf hat Herr Holter hingewiesen – kommen wegen des gesunden Klimas und der attraktiven Naturstandorte. Auch auf kulturellem Gebiet zeigen sich in Mecklenburg-Vorpommern weitere Fortschritte. Ich denke hier zum Beispiel an die Aida-Aufführungen in Schwerin.

(Beifall Harry Glawe, CDU: Jawohl.)

Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Touristen wollen heutzutage keine langen Wege, bis sie alle Informationen zusammenhaben, im Gegenteil. Am liebsten buchen sie alles aus einer Hand – das Hotel auf Rügen zum Beispiel und die Karten für die Störtebeker-Festspiele sowie den Stadtplan von Schwerin für einen kleinen Abstecher. Das hat die Landesregierung meiner Meinung nach erkannt, und die Informationsangebote werden zielgerichtet auf diese Bedürfnisse ausgerichtet. Dennoch ist nichts so gut, als daß man es nicht noch verbessern könnte. Der Spruch ist heute schon mal gefallen

(Heinz Müller, SPD: Von mir!)

von meinem Namenskollegen. Und ganz klar – auch hier gibt es noch Defizite. Im Bericht wird zum Beispiel die hohe Anzahl regionaler Tourismusverbände im Land genannt. Diese Anzahl erfordert intensive Kooperation und Kommunikation zwischen den Regionalverbänden, um das Land als Einheit effektiv zu vermarkten. Das Konkurrenzdenken zwischen den Verbänden sollte, so meine ich, unbedingt ausgeschaltet werden. Die Regionen sollten sich nicht als Konkurrenten sehen, denn schließlich nimmt auch der Urlauber Mecklenburg-Vorpommern als Ganzes wahr und nicht als acht Teile.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Daher werden zu Recht in dem hier vorliegenden Bericht die Kooperationsbestrebungen zwischen den Verbänden begrüßt und unterstützt, und ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß Herr Holter darauf hingewiesen hat, daß in absehbarer Zeit in Ostvorpommern erste Kooperationsverträge abgeschlossen werden. Mich würde in diesem Zusammenhang dennoch interessieren, wie der Minister diesen Prozeß unterstützen will. Wird er weitere Anreize schaffen und damit den Verbänden die Zusammenarbeit schmackhafter machen? Ich denke, eine Entscheidung sollte hier gemeinsam mit den Verbänden relativ kurzfristig gefunden werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neue Informationstechnologien und Multimedia sind für ein erfolgreiches Marketing in der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Das gilt auch für die Präsentation unseres Landes. Hier sind nicht nur die neu eingerichteten Infopoints zu nennen, sondern natürlich auch die Informations- und Buchungssysteme des Landestourismusverbandes. Auf vielfältige Art ist Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile im Internet vertreten, bietet Informationen über Kultur, Sehenswürdigkeiten und auch Buchungsmöglichkeiten. Allerdings präsentieren sich, wie vorhin bereits angesprochen, die verschiedenen regionalen Tourismusorganisationen und -verbände jeweils auf eigenen Seiten, und das kann es doch nicht sein.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Hier ist also noch einiges zu tun, um eine bessere Zusammenarbeit zu erreichen. Ziel für die Zukunft sollte daher eine einheitliche Präsentation des ganzen Landes mit seinen Angeboten sein und kein undurchsichtiges Wirrwarr.

Liebe Abgeordnete, natürlich wurden die diesjährigen Ergebnisse in der Tourismusbranche vom schönen Wetter begünstigt. Darauf haben meine Vorredner bereits hingewiesen. Darum müssen wir unbedingt auch Angebote für nicht so schöne Tage schaffen, um Mecklenburg-Vor-

pommern bei nicht so gutem Wetter und zu anderen Jahreszeiten ebenfalls attraktiv zu machen. Es muß uns noch besser gelingen – auch darauf haben meine Vorredner hingewiesen –, neue Kundengruppen anzuwerben. Dazu gehören besonders die durch den Regierungsumzug hinzugekommenen Neuberliner und natürlich, Frau Skrzepski, die Skandinavier.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tourismusbranche in unserem Land setzt sich im wesentlichen aus mittelständischen Hotels und Gaststätten zusammen. Diese können aber allein keine ausreichende und besonders keine überregionale Werbung leisten. Die Förderung von Marketingassistenten beim Zusammenschluß von Tourismusbetrieben zu Werbegemeinschaften begrüße ich daher sehr. Damit können auch kleinere Häuser auf sich aufmerksam machen. Gleichzeitig erhalten hoffentlich möglichst viele Absolventen von den Hochschulen hier im Lande eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Wie mir das Wirtschaftsministerium bestätigte, liegen schon eine ganze Reihe Anträge vor. Ich schließe mich hier der Frage von Frau Skrzepski an: Wann läuft die Förderung endlich an, damit für die kommende Saison ausreichend Zeit für die Vorbereitung bleibt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die mangelnde Bewertung von einzelnen Maßnahmen ist sicherlich der kurzen Frist geschuldet, die uns für den nun vorliegenden Bericht gesetzt wurde. Ich denke da an folgende Fragen: Welche Broschüre hatte Erfolg und welche nicht? Welche Werbemaßnahme hat besonders viele Touristen ins Land geholt? Das würde mich schon interessieren. Ich denke, der Wirtschaftsminister wird eine systematische Bewertung in die Wege leiten, damit die Erkenntnisse in die nächste Saison eingearbeitet werden. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Hinrich Kuessner: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kassner von der PDS-Fraktion. Bitte sehr, Frau Kassner.

Kerstin Kassner, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fritz Reuter schrieb über sein Mecklenburg: „As uns' Herrgott de Welt erschaffen ded, fung hei bi Meckelnborg an, ... un schön is't in'n Ganzen worden, dat weit jeder, de dorin buren is ...“ Mittlerweile wissen es auch viele andere, die nicht hier geboren sind, die inzwischen hier zu Hause sind, aber natürlich auch viele Besucher, die gern wiederkommen, um eben diese Schönheit zu genießen.

Nun ist Reuters Meckelnborg sehr richtig um ein schönes Stück erweitert worden – um unser Vorpommern nämlich – und bietet nicht zuletzt damit eine vielfältige Landschaft: Meer, Strand und Seen, hanseatische Städte und vor allem und nicht zuletzt interessante Einwohner und Gastgeber. Die Tourismusbranche ist leider die einzige in unserem Land, die auf ein kontinuierliches Wachstum zurückblicken kann. Damit das auch zukünftig so bleibt, muß einiges dafür getan werden. Den Tourismus als Selbstläufer zu betrachten ist völlig falsch. Das klappt vielleicht noch in einigen Badeorten, aber im flachen Land schon lange nicht. Wenn wir die Vielfalt, die gerade diese Landschaften bieten, als Chance begreifen, müssen wir sie auch gezielt bekanntmachen und den potentiellen Mecklenburg-Vorpommern-Touristen nahebringen.

Daß Mecklenburg-Vorpommern an der Ostsee liegt und herrliche Strände besitzt, hat sich mittlerweile herumge-

sprochen, wenn aber auch vielleicht fast nur in Deutschland und darüber hinaus noch viele potentielle Touristen davon nichts wissen. Daß es über herrliche Seen für Wassertourismus hinaus ein ständig sich erweiterndes Radwegenetz für Pedalritter und Rollerblader besitzt, muß erst noch vielen nahegebracht werden. Auch Kunst und Kultur könnten zu unseren Spezialitäten gehören, und sie tun es ja auch schon. Jedes Jahr pilgern beispielsweise Tausende zu den Störtebeker-Festspielen in Ralswiek, ein Erlebnis für die ganze Familie.

Solche Erlebnismöglichkeiten gibt es auch andernorts. Mit guten Ideen wurden zum Beispiel Musikfestspiele oder eben auch die schon erwähnte Aida-Aufführung aus der Taufe gehoben. Nun gilt es Vorhandenes zu pflegen und wirkliche Traditionen daraus zu entwickeln. Doch dabei stört Kleinstaaterei. Konkurrenzdenken ist an dieser Stelle nicht angebracht, sondern vielmehr sollte darüber nachgedacht werden, wie man gemeinsam diese Erlebnisangebote an potentielle Gäste heranbringt und sie zu einem wirklichen Muß entwickelt.

Der Kulturbeirat, der beim Tourismusverband geplant ist, sollte schnellstens seine Arbeit aufnehmen, und sowohl die Vereine und Verbände, aber auch die Landesregierung sollten über einen möglichst wirksamen Einsatz der oft knapp vorhandenen Mittel beraten.

Immer wieder erlebe ich, wie fasziniert Besucher unseres Landes von der Natur sind. Sie sind überglücklich, Greifvögel und Kraniche in der Natur beobachten zu können. Sie schwärmen von den Kreidefelsen und den fast unberührt wirkenden Wäldern in den Nationalparks. Ja, auch diese schützenswerte Natur kann den Gästen nahegebracht werden, behutsam und mit Sicht auf diese verletzliche Natur. Beispiele, wie man das tun kann, weiß dieser Bericht auch, und wir kennen sie alle aus der Praxis.

Es ist also sehr wohl möglich, die Belange zwischen Naturschutz und Tourismus abzuwägen. Und genau deshalb ist interessant, daß die stärksten Zuwächse an Gästeübernachtungen in landschaftlich besonders attraktiven und geschützten Regionen zu verzeichnen sind, und das nicht nur zu Saisonzeiten. Ich finde, das ist äußerst bemerkenswert und für mich ein Beweis, wie wichtig der Schutz unserer natürlichen Ressourcen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig. –
Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Und genau deshalb, meine Damen und Herren, bitte ich um eine sachliche Diskussion über die FFH-Gebiete.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Sie ist unbedingt notwendig für unser Land.

In den vergangenen Jahren ist in der Tourismusbranche kräftig investiert worden. Die Bettenkapazität stieg von 67.000 im Jahr 1992 auf über 134.000 Betten zum jetzigen Zeitpunkt. Gleichzeitig sank jedoch die Auslastung von 45 Prozent auf 34 Prozent. Ich denke, am Ende dieses Jahres wird das ein wenig relativiert werden, aber wir sind gut beraten, wenn wir wirksam etwas gegen diese Tendenz tun. Und genau dazu brauchen wir eine Konzeption, die auch am Ende aufgeht.

Das Land hat zweifellos schon immer den Tourismus unterstützt; keine Frage. Ob es aber ausreichend war und

die richtigen Maßnahmen gewählt wurden, steht auf einem anderen Blatt und sollte deshalb gründlich untersucht werden. Inzwischen ist es müßig, darüber zu erzählen. Allen ist bekannt, was der Tourismus für unser Land darstellt, einen äußerst wichtigen Wirtschaftszweig, der tatsächlich noch Entwicklungspotentiale beinhaltet.

Doch ich sage deutlich, es reicht nicht, daß wir moralisch das immer wieder betonen. Wir müssen auch praktische Hilfe und Unterstützung in verlässlichen Größenordnungen geben. Deshalb sagen wir, konstante Größen dafür einzuführen, damit auch in den künftigen Jahren noch planbare Größenordnungen vorhanden sind.

Wir sagen aber auch, notwendig und richtig ist die Umsteuerung bei der Förderung, Betten haben wir fast überall genug. Jetzt gilt es, mehr für die Infrastruktur zu tun. Während der gewerbliche Tourismus mit 1,7 Milliarden DM gefördert wurde und damit immerhin Investitionen von etwa 6,2 Milliarden DM erreicht wurden, wurden von Infrastrukturmaßnahmen nur 776 Millionen DM ausgegeben, was insgesamt natürlich auch Investitionen von 1,2 Milliarden DM brachte. Aber man sieht, an der Stelle kann nicht der gleiche Effekt gebracht werden.

Im Rahmen der gewerblichen Tourismusvorhaben, meine Damen und Herren, wurden nur drei Prozent der Investitionen in saisonverlängernde Maßnahmen investiert. Aber gerade hier, denke ich, könnte man viel tun für eine bessere Auslastung. Mehr Komfort und eben vielseitige Angebote könnten den Effekt bringen, den wir uns wünschen, daß eben diese Betten nicht nur drei Monate im Jahr ausgelastet sind.

Zu solchen Infrastrukturmaßnahmen möchte ich ein Beispiel nennen: Vor meiner Haustür hat sich das Kap Arkona zu dem touristischen Anziehungspunkt der Insel entwickelt, der tatsächlich ganzjährig Touristen anzieht. Die bauliche Substanz der Leuchttürme, das Leuchtturmwärterhaus und der Peilurm werden und wurden zu Attraktionen entwickelt. Der Gutshof des Ortes ist wahrlich ein Kleinod. Man kann dem Töpfer, dem Steinschleifer, dem Drucker bei der Arbeit zusehen, einheimische Produkte kaufen, was auch nicht zuletzt gute Effekte für unsere Landwirte hat, und zahlreiche Veranstaltungen locken fast an jedem Wochenende die Gäste an. Ja, und nicht zuletzt lockt auch die Möglichkeit, daß am Kap geheiratet werden kann,

(Harry Glawe, CDU: Richtig, das ist wichtig.)

und das nicht nur am 09.09.99.

(Harry Glawe, CDU: Das ist wichtig für die Familienpolitik.)

Das Beste an diesen Aktivitäten ist, daß tatsächlich Arbeitsmarkteffekte damit erzielt werden konnten. Es ist nur ein Beispiel, was auch viele Gemeinden inspirieren könnte, vorhandene Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen. Aber hier sehe ich auch wieder die Verantwortung der Regierung, daß das, was vor Ort an Ideen entsteht, durch gezielte Unterstützung abgedeckt werden muß.

Ziel muß es sein, viele in- und ausländische Gäste zur gleichen Erkenntnis kommen zu lassen wie Fritz Reuter, der sagte: „Über die Lage des Paradieses ist früher schon viel gestritten worden, aber nach bestimmten Nachrichten über meinen Urgroßvater Noa und nach Meinung unserer Sippe war das Paradies in Mecklenburg und ist heute auch noch da.“ Und nach der Meinung meiner Sippe möchte ich ergänzen, das trifft auch für Vorpommern zu. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznel: Danke, Frau Kassner.

Ich schließe die Aussprache.

Ich gehe davon aus, daß wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/670 verfahrensmäßig für erledigt erklären können. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe jetzt wieder auf die unterbrochene Beratung des **Tagesordnungspunktes 7**. Der Tagesordnungspunkt 7 ist damit wieder eröffnet: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an den allgemeinbildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns, Drucksache 3/671.

Die Fraktion der CDU hat ihren Antrag auf Drucksache 3/704 zurückgezogen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Minister Dr. Wolfgang Methling: Sehr gut.)

so daß sich auch die Abstimmung über den Antrag des Abgeordneten Herrn Dr. Schoenenburg erübrigt. Unabhängig davon bitte ich aber den Rechtsausschuß, die aufgeworfene Fragestellung zu klären.

Meine Damen und Herren! Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Ja, Sitzfleisch ist angesagt.)

Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Professor Kauffold.

Minister Dr. Peter Kauffold: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich zunächst einige allgemeine Bemerkungen mache, damit keine Mißverständnisse über die Positionen entstehen, die zum Beispiel der zuständige Minister zu grundsätzlichen Bildungsfragen hat.

Ich gehe auch davon aus, daß wesentliche Teile der Fraktionen, die diese Regierung tragen, eine entsprechende Auffassung haben. Das muß gelegentlich gesagt werden, damit uns bei Entscheidungen, die wir im Rahmen bildungspolitischer Programme treffen, nicht Positionen unterstellt werden, die wir eben nicht haben.

Schule und die Aktivitäten aller Beteiligten müssen Ansprüchen genügen, die grundsätzlichen Charakter haben, die sich aus Möglichkeiten und Notwendigkeiten herleiten und die gegebenen Situationen berücksichtigen. Darunter nenne ich: Schule ist für die Schüler da – ich habe das schon öfters hier gemacht –, für unsere Kinder wollen wir das Beste, gleiche Chancen für alle, aber Leistung von jedem. Das heißt auch, jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Leistungen. Das heißt weiter, die unterschiedliche Entwicklung junger Menschen berücksichtigen, das heißt auch Bildungsreserven ausschöpfen, aber keine Gleichmacherei.

Ich halte es mit für eine Grundtorheit unseres Jahrhunderts, daß von Annahmen ausgegangen wurde, daß man

in der Mehrzahl aus allen beinahe alles machen kann. Das heißt auch, verantwortungsbewußte Eliten herauszubilden für handwerkliche Berufe, für die Wissenschaft, für die Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft. In die Gestaltung von Schulen sind viele einzubeziehen. Dabei muß Zusammenhängen entsprochen und müssen Klientelinteressen berücksichtigt werden, Prozesse müssen behutsam gesteuert werden, der demographischen Entwicklung ist zu entsprechen, und bei der Gestaltung müssen wir insgesamt mit Vorhandenem auskommen.

Mit den personellen und finanziellen Ressourcen müssen wir sparsam umgehen, und wir müssen gleichzeitig noch gestalten. Daran führt kein Weg vorbei, und wir müssen auch Ressourcen aus dem System selbst gewinnen. Auch daran führt kein Weg vorbei.

Heute früh ist sehr lebhaft und sehr heftig über Haushalte diskutiert worden, auch über Haushaltspositionen des Bildungsministeriums. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir mit sehr knappen Ressourcen rechnen müssen, aber daß Positionen, die hier von der Opposition genannt worden sind, falsch sind. Sie sind ausgesprochen falsch. Ich unterstelle nicht, daß sie wissentlich falsch vorgebracht worden sind. Ich erwähne nicht den Ausdruck, der für wissentlich falsche Angaben von Sachverhalten hier im Überfluß heute früh genannt worden ist. Und da Schule auch für die Wertebildung und für die politische Erziehung verantwortlich ist, möchte ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, davor warnen, daß Sie hier leichtfertig die Würde dieser demokratischen Institution aufs Spiel setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Ich kann mir das mal leisten. Ich habe mich um kein politisches Mandat bemüht in dieser Legislaturperiode und habe nicht die Narrenfreiheit, die Sie genießen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Aber nun zurück zu ...

(Dr. Henning Klostermann, SPD: Das ist nicht mal Freiheit. – Harry Glawe, CDU: Das könnten Sie auch ruhig ein bißchen deutlicher sagen, damit man das verstehen kann.)

Ja, es ist so.

Ich habe bei vielen auch die Sorge – um noch einmal auf die Ressourcen zu kommen – um den Haushalt bemerkt, und ich bin sehr gespannt, was die Beratungen zu dem Haushalt in bezug auf das Bildungsministerium ergeben werden.

Nun zurück zu der Problematik. Die Deutschen sind über ihr Bildungssystem und seine Ergebnisse unzufrieden, insbesondere in Anbetracht rasanter Veränderungen in den Anforderungen, die die Gesellschaft stellt. Sie sind beunruhigt durch die Ergebnisse von Tests und Vergleichsstudien. Wir haben uns damit schon verschiedentlich befaßt. Auch dieses Parlament, auch Sie verlangen Qualitätsverbesserungen und Qualitätssicherung an Schulen. Darauf zielt das vorliegende Konzept.

Dieses Konzept, was den Unterlagen beiliegt, was Sie gelesen haben, ist kein Landesprogramm. Dieses Konzept ist eine strategische, langfristige Orientierung, die von der Landesregierung als eine Diskussionsgrundlage vorgelegt wird. Wir möchten viele Menschen, viele rele-

vante Bevölkerungsgruppen, viele, die sich zur Schule verantwortungsbewußt äußern wollen, in eine Diskussion, die zielführend geführt wird, einbeziehen, um dann ein tragfähiges konsensuales, strategisches Modell für langfristige Entwicklungen abzuleiten. Und das wird im Laufe dieses Jahres geschehen und Anfang nächsten Jahres abgeschlossen werden. Parallel dazu werden wir uns mit einem Landesentwicklungsprogramm befassen, daß das Machbare enthalten wird.

Nun zu einigen Gesichtspunkten, die dieses Konzept betreffen. Die konzeptionellen Überlegungen müssen von der Situation im Lande ausgehen. Wie ist die Situation? Die Wirtschaft beklagt Mängel bei den Grundfertigkeiten der Haupt- und Realschüler, Lehrer beklagen vielfach die Fülle des Unterrichtsstoffs und mangelnde Zeit zum Üben, das Lernen des Einsatzes multimedialer Technik kommt zu kurz, dem Erfordernis lebenslangen Lernens wird zu wenig Rechnung getragen, die Schule muß Selbstdisziplin und Durchhaltevermögen stärker fördern, Werteeziehung fehlt in ausreichendem Umfang und nachweisbarer Weise.

Jahrelang haben sich deutsche Schulen keinem nationalen oder internationalen Leistungsvergleich ausgesetzt. Man war der Meinung, deutsche Schulen haben und erzeugen Spitzenniveau. Die bisher vielzitierten Vergleichsstudien haben dieses Image erheblich angekratzt. Die bisherige öffentliche Diskussion mündet in der Forderung, die Schulen sind qualitativ so auszustatten, daß Schüler und Schülerinnen Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten erwerben können, das sie für das Leben in der modernen Gesellschaft und für ein Berufsleben in einer Wettbewerbsgesellschaft ausrüstet.

Das gilt auch für unsere Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sollen es den Heranwachsenden ermöglichen, jene schon vielfach genannten Fach-, Selbst- und Sozialkompetenzen auszubilden, die sie für eine berufliche Tätigkeit, die sie für die Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft und die Gestaltung eines sinnerfüllten Lebens benötigen.

Um Schulqualität bedarfsgerecht entwickeln und sichern zu können, ist es erforderlich, die Qualität von Schule zu definieren, die aktuelle Situation unseres Schulwesens genau zu analysieren, den konkreten Handlungsbedarf festzustellen und wirkungsvolle Maßnahmen zu konzipieren und umzusetzen. Das soll, wie gesagt, auf der Grundlage dieser Konzeption erfolgen.

Vor allem sind drei Prozesse zu beachten und zu steuern, die Unterrichtsentwicklung, die Personalentwicklung und die Organisationsentwicklung. Schulqualität ist in der Einheit dieser drei Prozesse zu sehen und zu gestalten. Dabei hat die Unterrichtsentwicklung Priorität. Mehr Unterrichtsstunden führen nicht notwendigerweise zu einer Unterrichtsverbesserung. Personal- und Organisationsentwicklung ist in diesem Zusammenhang als Mittel der Unterrichtsentwicklung zu sehen.

Für die Unterrichtsentwicklung sind die Rahmenpläne ein wesentlicher Ansatzpunkt. Die Rahmenpläne müssen die neuen Erfordernisse widerspiegeln. Auf ihrer Basis werden schulinterne Arbeitspläne sowie schulinterne Fortbildungspläne für die Lehrer erarbeitet. Um die Aufgaben der Unterrichtsentwicklung zu gewährleisten, müssen alle Beteiligten in Personalentwicklungsprozesse einbezogen werden. Wir werden die Verantwortung der Lehrer und der Schulleiter stärken und weitere Entscheidungskompetenzen auf diese Ebene verlagern.

Um Lehrer und Schulleiter dazu zu befähigen, muß die Schulaufsicht sich dieser neuen Aufgabe stellen. Aus diesem Grunde ist beabsichtigt, schrittweise in den staatlichen Schulämtern ein Beratersystem einzuführen. Das Lehrerpersonalkonzept muß fortgeschrieben werden. Das ist eine Aufgabe, die dringend ansteht, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, wie die Attraktivität des Lehrerberufs in unserem Land erhöht werden kann.

Die Organisationsentwicklung ist ein wesentlicher Faktor bei der Qualitätsentwicklung von Unterricht. Organisationsentwicklung macht die Stärken, aber auch die Schwächen in der Organisation von Schule deutlich. Natürlich beginnen wir mit dem Qualitätssicherungskonzept in unserem Land nicht bei Null. Es ist ja hier eine solide Vorarbeit geleistet worden.

Als Beispiel will ich nur auf die Prüfungsstrukturen in unserem Lande eingehen. So wird bei uns bereits das Zentralabitur durchgeführt. Ebenso haben wir die zentrale Realschulprüfung in unserem Land, auch Vergleichsarbeiten werden in Mecklenburg-Vorpommern genutzt. Der erste Zwischenbericht dazu wird noch 1999 veröffentlicht.

Seit 1996 wurden systematisch fast alle vorläufigen Rahmenpläne, die den Unterricht inhaltlich ausgestalten, durch neue Rahmenpläne in Erprobungsfassung ersetzt. Seit 1996 wurden 62 neue Rahmenpläne für alle Fächer der Grundschule, für die meisten Fächer des Sekundarbereiches I und für alle Fächer der neuen gymnasialen Oberstufe in Kraft gesetzt.

Den weiteren Prozeß zur Erarbeitung eines Qualitätsprogrammes werden wir folgendermaßen gestalten. Im Bildungsministerium wird eine Projektgruppe mit fachlichem Querschnittsauftrag eingesetzt, in der Mitarbeiter des Hauses, des L.I.S.A. und auch der Hochschulen aktiv mitwirken sollen und werden. Diese Projektgruppe wird Module für ein Qualitätsprogramm entwickeln. Der Landesschulbeirat wird als ein wesentliches Mitwirkungsorgan in die Diskussion einbezogen werden. Das ist neu, ihn in dieser Weise heranzuziehen. Zu Beginn des nächsten Jahres soll auf einem breitangelegten Symposium über das Konzept in seiner endgültigen Gestalt und über einen Entwurf eines künftigen Programms zur Qualitätsentwicklung und -sicherung diskutiert und abschließend beraten werden.

Nun zu einigen strukturellen Dingen.

1991 ist in Mecklenburg-Vorpommern im Gegensatz zu Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt das dreigliedrige Schulsystem eingeführt worden. Ergebnisse können nach einer nahezu achtjährigen Laufzeit beobachtet, beurteilt und eingeschätzt werden. Ich möchte es so einschätzen, daß insbesondere die Hauptschule und die Verkürzung der Schulpflicht auf neun Jahre von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als Fortschritt empfunden werden.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Die Abstimmung mit den Füßen besonders gegen die Hauptschule als Institution läuft seit Jahren.

Die vorhandenen Strukturen im Lande gefährden zunehmend eine moderne und qualitätsorientierte Entwicklung des Unterrichts. Die Entwicklung der Geburtenzahlen hat nach zehn Jahren den Bereich der Grundschule vollständig durchzogen. Nach der Jahrtausendwende wird sich diese Entwicklung im Sekundarbereich, also ab der Jahrgangsstufe 5, verstärkt fortsetzen.

Der Zustrom zum Gymnasium ist wegen des hohen Stellenwertes, den Bildung individuell hat, sehr groß. Die Anzahl der Abiturienten, die kein Studium, sondern eine Berufsausbildung aufnimmt, steigt. Das ist eigentlich nicht der Sinn des Gymnasiums, der Konkurrenzdruck auf dem Ausbildungsmarkt im dualen System wird dadurch noch verstärkt. Auf diese Entwicklung müssen alle Schularten, auch das Gymnasium, reagieren.

Die geringe Akzeptanz des Hauptschulbildungsganges hat Auswirkungen auf die verbundene Haupt- und Realschule. Die Anzahl der Klassen, in denen Haupt- und Realschüler zwangsläufig bildungsgangübergreifend unterrichtet werden müssen, nimmt seit Jahren zu. Dieser Prozeß ist unaufhaltsam. Was im Schulgesetz 1996 noch als Ausnahme vorgesehen war, ist inzwischen zur Regel geworden. Bildungsgangübergreifender Unterricht, ich meine damit Klassen, in denen Haupt- und Realschüler gemeinsam unterrichtet werden, wird zunehmend von den Schulträgern beantragt. Allein für das Schuljahr 1999/2000 wurde in der Jahrgangsstufe 5 an 115 der 261 Schulen mit Haupt- und Realschulbildungsgang dieser bildungsgangübergreifende Unterricht erteilt. Von einer Ausnahme kann also niemand mehr sprechen, wenn rund 44 Prozent der verbundenen Haupt- und Realschulen eine solche Regelung in Anspruch nehmen müssen.

Die Bildungsgänge des dreigliedrigen Schulsystems werden auch sozialen Wertigkeiten zugeordnet – das halte ich für besonders schwerwiegend –, die für die Schüler und für die Gesellschaft nicht gut sind und die auch dem Auftrag der Bildungsgänge nicht entsprechen. Der Entwicklung und dem Wert der besonderen Begabung muß besser Rechnung getragen werden. Begabung kann nicht überall das Maß der Dinge sein.

Schwierige und wichtige Aufgaben stellen sich auch im Bereich der Schulnetzplanung. Das derzeitige Schulnetz ist zu engmaschig. Im Lande kann in den vielen zu kleinen Klassen zu wenig Unterricht geboten werden. Dieser Entwicklung muß jetzt Rechnung getragen werden.

Eine Weiterentwicklung des bestehenden Schulsystems vom dreigliedrigen zu einem modernen zweigliedrigen System ist notwendig.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Es gilt, ein System herauszubilden, das mehr Chancen eröffnet, den höchstmöglichen Bildungsabschluß zu erwerben. Begabungen müssen gefördert, und Begabungsreserven müssen voll ausgeschöpft werden. Das möchte ich noch einmal betonen.

(Beifall Heidemarie Beyer, SPD)

Ein Schritt in die richtige Richtung ist die von den Koalitionspartnern beschlossene Einrichtung der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Sie ist inhaltlich definiert und umfaßt die Jahrgangsstufen 5 und 6. Der Haupt- und Realschulbildungsgang werden zu einem Bildungsgang und einer Schulart verschmolzen. Sie soll vorläufig entsprechend ihrer Aufgabenstellung mit dem Arbeitstitel „Regionale Schule“ bezeichnet werden. Der unterschiedlichen Begabung und Lernentwicklung der Schüler wird in dieser Schule durch Differenzierung in verschiedenen Fächern Rechnung getragen. Berufsorientierung und die Entwicklung der erforderlichen Ausbildungsreife beziehungsweise Berufsbildungsreife werden Schwerpunkte der „Regionalen Schule“ sein. Sie wird damit ein unverwechselbares Profil erhalten und sich vom gymnasialen Bildungsgang, der zur allgemeinen Hochschulreife führt, deutlich unterscheiden und an Attraktivität gewinnen. Die Führung dieses Prozesses ist eine längerfristige Aufgabe.

Wir haben nach wie vor viel zu tun, auch bei recht vordergründigen Aufgaben. Eine zentrale Aufgabe bleibt die Sicherung der Unterrichtsversorgung. Trotz der Schulstrukturprobleme sowie der angespannten Haushaltslage des Landes konnte zum Schuljahr 1999/2000 an den allgemeinbildenden Schulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erstmals der gemäß Stundentafel zu erteilende Unterricht allein über planmäßig beschäftigte Lehrkräfte vollständig, das heißt zu 100 Prozent, abgedeckt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS
und Heidemarie Beyer, SPD)

Das haben wir hier auch schon einmal herausgestellt, und auch die Opposition hat diesem Sachverhalt würdigend entsprochen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen 450 zusätzliche Stellen im Rahmen des Personalkonzepts bereitgestellt werden. Neben den Stellen zur Absicherung des regulär zu erteilenden Unterrichts werden auch zusätzliche Mittel für Vertretungsunterricht bereitgestellt.

Nach wie vor werden wir Probleme haben in den Fächern Englisch, Französisch, Latein, Musik, Sozialkunde, Kunst und Gestaltung sowie Religion sowie in Fächern der Sonderpädagogik. Wir können uns keine neuen Lehrer backen. Wir müssen zielstrebig daran arbeiten, das Personal zu erneuern, eine gesunde Personalstruktur zu erreichen und Lehrer aus- und weiterzubilden, so daß sie den Anforderungen genügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünsche mir, daß es uns wirklich gelingt, die Bevölkerungsgruppen, die relevanten Sachverständigengruppen, die zu der Weiterentwicklung dieses Konzeptentwurfes wirksam beitragen können und müssen, in die Diskussion einzubinden und zu einem weitgehend konsensualen Modell für unsere weitere Schulentwicklung zu gelangen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt Frau Bretschneider von der Fraktion der SPD.

Sylvia Bretschneider, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schule ist bekanntermaßen ein Allerweltsthema, weil jeder sie durchlebt hat. Und je älter man wird, desto öfter, zunächst als Schüler, dann als Elternteil, eventuell als Großvater, Großmutter oder auch als Onkel, Tante oder wie auch immer. Und weil das so ist, kann natürlich jeder mitreden,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und jeder bewertet aus seiner eigenen Erfahrung und natürlich auch aus aktuellen Informationen.

Qualität von Schule wird bestimmt durch äußere und innere Faktoren, durch strukturelle, durch inhaltliche Konzepte und nicht zuletzt natürlich von den direkt Beteiligten, also von Lehrern, Eltern, Schülern, und natürlich auch dem gesellschaftlichen Umfeld.

Verantwortlich für Bildung und für Qualität, damit auch von Schule, ist im föderalistischen System der Bundesrepublik das Land. Und dieser Verantwortung stellen wir uns. Was ich absolut nicht begreifen kann bei so einem wichtigen Feld, bei dem wir wirklich als Land gestalten können, weshalb dann die Leute, die heute am lautesten danach geschrien haben, daß es doch eine Schande wäre, wenn man nicht anwesend sei bei so wichtigen Punkten, jetzt selbst nicht im Raum sitzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Minister Dr. Gottfried Timm: Ja.)

Aber vielleicht hat es an dieser Stelle auch etwas Positives. Zumindest kann Herr Rehberg mir jetzt nicht widersprechen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Er hätte gar keine Argumente. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir sind verantwortlich im Bereich der Bildung sowohl auf der politischen Ebene als auch auf der Verwaltungsebene, und das im Land und in der Kommune. Und wenn wir richtig sagen – der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat es etwas anders formuliert –, daß unsere Kinder und ihre Bildung uns das wichtigste sind, weil sie ja die Zukunft dieses Landes darstellen, dann ist das zunächst einmal verbal sicherlich bei allen Parteien unumstritten. Aber die Wege, um Qualität von Schule zu sichern und zu entwickeln, sind eben doch sehr, sehr unterschiedlich.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle noch einmal einen Rückblick. In der ersten Legislaturperiode suchten die CDU und F.D.P. verzweifelt nach einem Weg, wie denn Qualität von Schule zu entwickeln und zu sichern sei. Und sie fanden diesen Weg, indem sie meinten, man müsse zunächst erst einmal alles zerschlagen, was da war, nämlich nicht nur die inhaltliche Gestaltung von DDR-Schule, sondern auch die Strukturen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Nein, das war Quandt.)

die wir in der DDR-Schule hatten.

(Harry Glawe, CDU: Sollten wir die
von der DDR übernehmen, oder was?!)

Und das Ganze passierte natürlich ohne Rücksicht darauf, was an objektiven Gegebenheiten da war,

(Wolfgang Riemann, CDU:
16 Jahre Kohl sind schuld.)

also ich sage mal, die Infrastruktur von Schule, Gebäude, Einrichtungen und so weiter, aber natürlich auch die demographische Entwicklung, die sich abzeichnete, wurde dabei vollkommen außen vor gelassen.

(Heike Lorenz, PDS:
Und internationale Erfahrungen.)

Man nahm auch keine Rücksicht auf Bewahrenswertes – das ist jetzt im Rückblick auch von seiten der CDU an einigen Stellen laut und deutlich gesagt worden –,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

was es gegeben hat. Auch darauf nahm man keine Rücksicht, auch das wurde kaputtgemacht.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Aber wir hatten doch Herrn Wutzke. –
Heiterkeit bei Annegrit Koburger, PDS)

Und man nahm auch überhaupt keine Rücksicht auf die Betroffenen, nämlich auf die Schüler, Lehrer und Eltern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Wozu denn auch?!)

Alles, was damals öffentlich unternommen wurde, wurde ignoriert, und man hat aufgrund der politischen Mehrheiten unserem Land ein antiquiertes, verstaubtes, dreigliedriges Schulsystem bayerischer Prägung aufgestülpt,

(Heiterkeit bei Dr. Hubert Gehring, CDU)

man hat Stundentafeln gekürzt, man hat Tausende Lehrerinnen und Lehrer und Horterzieher rausgeschmissen, man hat die Verbindung von Schule, Hort, Freizeitgestaltung und Elternhaus zerschlagen im wesentlichen, und man hat sogar noch Begründungen dafür gefunden. Ich erinnere an dieser Stelle an die Äußerungen unseres ehemaligen Ministerpräsidenten, daß man doch mit Flammenwerfern durchs Land ziehen müsse, um die roten Socken zu beseitigen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

und daß man natürlich unbedingt Lehrer westlicher Lebensart brauche für Qualität in Schule hier in Mecklenburg-Vorpommern.

(Angelika Gramkow, PDS: Die meisten
sind wieder nach Hause gegangen. –
Heidemarie Beyer, SPD: Die meisten
sind doch gar nicht lebensfähig. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Fazit für mich an dieser Stelle: Der Weg war unklar, das Ziel nicht bestimmt, und herausgekommen ist keine Qualitätssicherung und schon gar keine Qualitätsentwicklung, sondern natürlich eine Qualitätsverschlechterung. Eine Zementierung von Chancenungleichheit hat man versucht. Zum Glück hat an vielen Stellen die Praxis oder die Realität hier die politischen Entscheidungen eingeholt, denn die Dreigliedrigkeit ist so zum Glück nicht verwirklicht worden, weil es an vielen Orten verbundene Systeme gegeben hat, weil es auch vernünftig war, so zu verfahren.

In der zweiten Legislaturperiode haben wir uns zumindest bemüht, die Gegebenheiten, die nun einmal inzwischen geschaffen worden waren, zu beachten,

(Wolfgang Riemann, CDU: Vor allem
die unvergessene Frau Marquardt.)

aber es gab natürlich dort auch ein politisches Kräfteverhältnis, Herr Riemann. Ja, ja, wir hatten Sie am Hals. Das war nun einmal so. Und natürlich mußten wir uns darauf einstellen. Das war nicht zuletzt ein Grund dafür, daß die schulartenunabhängige Orientierungsstufe nicht schon mit Inkrafttreten des Schulgesetzes verabschiedet werden konnte.

(Beifall bei einzelnen
Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Richtig.)

Das haben Sie verhindert. Ich frage mich heute natürlich nicht nur allein, ob man nicht damals noch mehr Kraft hätte aufwenden müssen, um es nicht vielleicht doch durchzusetzen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Na gut, aber das ist Kaffeesatzleserei. Das können wir nicht mehr rückgängig machen.

Trotzdem, denke ich, haben wir in der zweiten Legislatur einige Dinge hingekriegt, was die Qualitätsentwicklung befördert hat.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Das war einmal die Erhöhung der Stundenzahl in der Grundschule,

(Wolfgang Riemann, CDU: Die mußten wir aber gegen die SPD durchsetzen.)

das war die Zusammenführung von Haupt- und Realschulen zu verbundenen Haupt- und Realschulen, das war die zumindest verbale und theoretische Gleichberechtigung der Gesamtschulen gegenüber dem dreigliedrigen System. Aber auch dort waren eben schon viele Pflöcke eingeschlagen, die ihre Wirkung natürlich nicht verfehlt haben. Und ich verweise auf den Ganztagschülerlaß und die damit verbundene Verbesserung von Qualität. Wir haben uns mit dem Programm „Kleine Grundschule“ auf die Bedingungen im Land eingestellt, die volle Halbtagschule, und – natürlich ein ganz wichtiger Punkt – wir haben erstmalig langfristige Planungen gemacht für diejenigen, die Bildung in den Schulen realisieren sollen mit den Kindern gemeinsam, nämlich die Lehrkräfte. Wir haben das Lehrpersonalkonzept erarbeitet, und das ist eben nicht nur kurzfristig, sondern für mehrere Wahlperioden angelegt.

Was wir hinnehmen mußten, das war die Tatsache, daß uns zur Sicherung des Abiturniveaus durch die KMK die 265 Wochenstunden verordnet wurden. Damit keine Benachteiligung für unsere Kinder im Land eintritt und auch keine Absenkung der Qualität, blieb uns nichts weiter übrig, als den Beschluß zu fassen, das 13. Schuljahr einzuführen, weil sich eben bundesweit kein Trend für unsere Position abzeichnete, die wir nachdrücklich und ausdrücklich auch hier noch mal betonen, daß wir für eine Verkürzung der Schulzeit

(Wolfgang Riemann, CDU: Deshalb führen Sie das jetzt erst mal ein.)

bis zum Abitur sind. Aber man kann sich dem Bundes-trend dort nicht entziehen, wenn man nicht eine Ungleichbehandlung unserer Kinder hinnehmen will.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gucken Sie mal nach Baden-Württemberg!)

In der beginnenden Legislaturperiode haben wir, denke ich, doch schon eine ganze Menge auf den Weg gebracht. So haben wir – sicherlich, auch wenn das nur mittelbar wirkt auf die Qualität von Unterricht und von Schule – das Schulgesetz geändert, die Drittelparität eingeführt, dafür gesorgt, daß die Schülerzeitungen nicht mehr reglementiert werden. Wir haben in die Koalitionsvereinbarung geschrieben, die schulartenunabhängige Orientierungsstufe einzuführen. Die hundertprozentige Unterrichtsversorgung haben wir per entsprechender Umsetzung in den Haushalten auch so geplant. Wir haben festgelegt, daß das Lehrpersonalkonzept an die neuen Bedingungen auf die zu entwickelnde Qualität fortzuschreiben ist. Und wir haben im Januar als Fraktion den Antrag gestellt, daß wir dieses Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung hier im Landtag von der Landesregierung vorgestellt

haben möchten, und heute ist der Tag, wo uns diese Unterrichtung vorliegt.

Ich denke, daß diese Unterrichtung eine gute Grundlage für ein entsprechendes Landesprogramm ist und daß die ersten Weichenstellungen sicherlich schon im letzten Haushalt gestellt wurden, daß wir gucken müssen beim 2000er Haushalt,

(Angelika Gramkow, PDS: 2001.)

was zu tun ist, daß wir langfristig eigentlich in jedem Haushalt dafür sorgen müssen, daß auch die Mittel vorhanden sind, um Qualität von Schule zu entwickeln. Ich denke, daß die Zielrichtung des Konzeptes in Ordnung ist. Wir müssen nicht nur kurzfristige Situationsanalysen machen, sondern wir müssen langfristig gucken, was dort passiert, was zu tun ist.

Wir brauchen keine oberflächlichen Situationsbeschreibungen, und, was ganz wichtig ist, wir müssen alle Bildungsgänge in diese Geschichte einbeziehen. Wir brauchen neben der Darstellung der äußeren und inneren Schulangebotsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern natürlich Antworten auf die Probleme, die dieses Konzept auch aufwirft. Das sind einmal natürlich die sinkenden Schülerzahlen und die sich daraus ergebende Situation in Stadt und Land. Wir müssen die Frage beantworten: Wie reagieren wir auf den Trend nach möglichst hoher Bildung? Der ist ungebrochen, der ist sogar noch im Wachsen, und er hat natürlich auch Auswirkungen auf die Schulen des Landes und auf die Akzeptanz von Angeboten.

Wir wissen, daß die Schulzeit zu lang ist. Also auch diese Frage nach der Dauer des Abiturs steht immer noch im Raum, muß diskutiert werden. Ich sage das noch mal ausdrücklich: Wir haben nie eine Verlängerung der Schulzeit gewollt. Es waren objektive Rahmenbedingungen, die uns zu diesen Schritten in der zweiten Legislaturperiode gezwungen haben, weil wir eben keine Benachteiligung unserer Kinder im Land wollen und auch nicht bei der Bewerbung um einen Studienplatz an Universitäten der Bundesrepublik oder im Ausland. Sollte die KMK bei ihrer Beschlußlage bleiben, dann gibt es eigentlich nur wenige Alternativen. Man kann dann die Stundentafeln erhöhen. Was dabei herauskommt, wissen wir. Wir kennen die derzeitige Situation in den einzelnen Jahrgangsstufen. Oder man könnte den Sonnabend wieder einführen. Das sind aber alles Dinge, glaube ich, die sehr umstritten wären.

(Heinz Müller, SPD: Eben.)

Also darüber muß noch intensiv diskutiert werden, wie wir diese Zielstellung verwirklichen.

(Minister Dr. Gottfried Timm:
Sonntagsschule können wir machen.)

Ja, eine Alternative wäre die Ganztagschule auf jeden Fall.

(Angelika Gramkow, PDS: Also wenn es die Privatschulen können, sollten wir es auch irgendwann können. – Zuruf von Caterina Muth, PDS)

Wir müssen aber bei all diesen Fragen eine Sache immer im Hinterkopf haben: Was passiert, wenn wir uns so oder so entscheiden, mit unseren Kindern? Welche Auswirkungen hat das insbesondere für die Kinder im ländlichen Raum? Ich denke, daß es nicht hinnehmbar ist – und dafür werden wir uns auch mit aller Kraft einsetzen –, daß es

eine Zweiklassengesellschaft in bezug auf die Bildung in diesem Land gibt. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir müssen die demographische Entwicklung und die damit zu erwartenden Schulschließungen – und die Schulentwicklungsplanungen sehen das ja vor, im Grundschulbereich läuft dieser Prozeß schon und wird sich in den weiterführenden Schulen fortsetzen – berücksichtigen und müssen natürlich versuchen, die Verschlechterungen, die sich allein daraus ergeben, für Fahrwege und so weiter, so gering wie möglich zu halten. Das wird für die weiterführenden Schulen eine der nächsten Aufgaben sein.

Ich möchte an dieser Stelle, auch wenn wie gesagt nicht viele der CDU-Kollegen es für wichtig erachten,

(Harry Glawe, CDU: Dafür wichtige. –
Wolfgang Riemann, CDU:
Aber dafür schwergewichtige.)

zu diesem Thema an der Debatte teilzunehmen, einen Appell an die CDU richten: Sie haben ja jetzt so hervorragende Wahlergebnisse eingefahren, Sie besetzen jetzt so viele Landesregierungen, meine Damen und Herren, machen Sie sich stark in der KMK, sorgen Sie dafür, daß wir andere Beschlußlagen hinkriegen, damit wir dann gemeinsam unser Ziel, die Ausbildungszeit für unsere Kinder im Land zu verkürzen, verwirklichen können!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und vor allen Dingen in dem Zusammenhang, vergessen Sie bitte nicht, daß wir eine generelle Bildungsdebatte in dieser Bundesrepublik brauchen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

denn die Dauer der Schulzeit ist nur ein einziger Aspekt unter vielen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Ich sage zum Abschluß noch einmal ganz deutlich: Eine Benachteiligung für Kinder in diesem Bundesland ist mit der SPD nicht zu machen,

(Beifall Heinz Müller, SPD)

vor allen Dingen nicht im ländlichen Raum. Und wir werden ein waches Auge darauf haben, daß die Durchlässigkeit der Bildungsgänge in allen Jahrgängen gewahrt und zum Teil eben noch verbessert werden muß.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS)

Ich denke, daß das hier vorgelegte Konzept der Landesregierung die wichtigsten Aspekte, die zur Verwirklichung der Zielstellung notwendig sind, beschreibt. Ganz wichtig ist noch einmal der Bereich Lehrerbildung, und da beziehe ich mich nicht nur auf die Ausbildung der Lehrer, sondern natürlich auch die Fort- und Weiterbildung spielt in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle. Wir müssen die weitere Verbindung von Haupt- und Realschulbildungsgang befördern und natürlich auch Verbindungen zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen intensivieren, wenn wir Schule weiterentwickeln wollen, und zwar auch inhaltlich weiterentwickeln wollen.

Wenn Schule eine Stätte von Kompetenzvermittlung werden soll, dann geht das nur unter Einbeziehung aller an Bildung mittelbar und unmittelbar Beteiligten, also

auch der Eltern und des gesellschaftlichen Umfelds. Ich denke, wir haben eine Reihe von Dingen in dieser Hinsicht in diesem Konzept vorgeschlagen, was nun im Landesprogramm auch entsprechend umgesetzt werden muß. Der Minister hat schon darauf hingewiesen – Stundentafeln und all das –, was dazugehört. Für ganz wichtig halte ich die Frage nach der Entwicklung von Schulprofilen ebenso wie nach der Evaluation von Bildungsprozessen auch im Hinblick auf internationale Leistungsvergleiche. Alles, was wir tun, denke ich, muß in erster Linie prozeßbezogen sein, nicht ergebnisbezogen, und wir müssen diejenigen, die Bildung machen in diesem Land, in diese Prozesse aktiv mit einbinden, wir müssen sie mitnehmen, wenn wir hier etwas erreichen wollen.

Ich denke, daß sich das vorgelegte Konzept mit einreicht in das Gesamtverständnis sozialdemokratischer Bildungspolitik und den Anspruch, Bildungsqualität zu entwickeln und zu erweitern. Wir haben dort noch eine ganze Menge auf dem Faden. Wir müssen das Landeshochschulgesetz auf die Reihe bringen, die Weiterbildung regeln. Und all das, meine Damen und Herren, und damit auch ein Blick in Richtung Finanzministerium, ist natürlich nicht zum Nulltarif zu haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Bretschneider.

Das Wort hat jetzt Herr Bluhm von der Fraktion der PDS.

Andreas Bluhm, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Unterrichtung der Landesregierung zum Konzept zur Qualitätsentwicklung und -sicherung an den allgemeinbildenden Schulen Mecklenburg-Vorpommerns ist eine positive Zäsur in der Bildungspolitik dieses Landes. Wir sind damit einen großen Schritt auf einem Weg gegangen, der zu einer grundlegenden inhaltlichen und strukturellen Reform des Bildungswesens führt. Er ist – und das will ich betonen – ein erster Schritt. Aber auch an dieser Stelle der Dank der PDS-Fraktion an das bisher im Ministerium auf diesem Gebiet Geleistete.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Das vorliegende Konzept bestimmt die wesentlichen Richtungen, Instrumente, Prozesse und Strukturen, die dabei zu gestalten sind. Das Konzept ist keine – wie oftmals bekanntlich in der Vergangenheit –, ausdrücklich keine administrativ zentralistische Vorschriftensammlung, sondern ein Gestaltungsrahmen, der Raum für Eigenverantwortung und Innovation läßt. Das Konzept setzt auf breite demokratische Mitwirkung von Schülern, Eltern, Pädagogen und Schulträgern, und es stellt die Weichen in eine Richtung, die es dem Bildungswesen insgesamt und der einzelnen Schule ermöglicht, moderne pädagogische Formen und Methoden zu erproben und auch anzuwenden. Das uns vorliegende Konzept ist sozusagen ein Bilderrahmen, in dem ein neues, modernes Bild von Schule und Bildung entstehen soll. Das Konzept stellt den Untergrund, die Farben und Pinsel zur Verfügung, die Gestaltung des Bildes, ob es schön ist, anspricht und akzeptiert wird, hängt davon ab, wie pluralistisch es entsteht, mit wieviel Begeisterung und Engagement die Künstler daran arbeiten und wirken. Es ist aber ein Auftragswerk, denn zu seiner Entstehung gibt es keine Alternative.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das wichtigste sind die inhaltlichen Schwerpunkte. Die Gestaltung von pädagogisch-didaktischen Inhalten, Formen und Methoden entscheidet über die Qualität von Schule. Für die PDS-Fraktion ist es deshalb wichtig, über diese inhaltlichen Fragen die Reform der Bildung durchzusetzen und nicht nur über abgekoppelte, äußere Strukturentscheidungen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Der Bildungswissenschaftler Rainer Brockmeyer formulierte die Anforderungen an eine neue Lernordnung, also an Schulqualität, so: „Es ist zunehmend in das Bewußtsein ... gedrungen, daß es darum geht, in einem langjährigen Prozeß, orientiert an tragfähigen Leitvorstellungen, den ‚Lernraum Schule‘ so zu gestalten, daß Lernen anders erfolgt als auf der Grundlage der alten Ordnung, die kognitive Lernergebnisse fast absolut setzt. Dies hat zu tun mit veränderten Qualitäts- und Lernzielen, mit der Zunahme von selbstverantwortetem und selbstorganisiertem Lernen, mit einer neuen Lehrerrolle, mit der für die jeweils vor Ort zu findende ‚pädagogische Philosophie‘.“

Ich gebe zu, man kann vor der Komplexität der Aufgabe und den daraus folgenden Wirkungen schon ehrfürchtig erstarren. Es wird nur nichts nützen, denn das Bildungswesen und insbesondere die Schule werden gegenwärtig von einer ungeheuren Dynamik bestimmt, die von außen und innen auf dieses System wirkt. Anforderungen, Ansprüche stellen die erreichten Ergebnisse in Frage. Die berechtigten Forderungen nach Reform der bestehenden Inhalte, Strukturen sowie der Methoden zur Wissensvermittlung bei gleichzeitigem Erwerb von grundlegenden Kompetenzen können nicht ignoriert werden.

Im internationalen Vergleich entspricht der Bildungsstandort Deutschland nicht mehr den perspektivischen gesellschaftlichen Anforderungen. Die Formen und Inhalte, Strukturen und Methoden der Bildung stehen teilweise im Widerspruch zur Leistungsfähigkeit und zu den Leistungs- und Verhaltensanforderungen einer sich rasant entwickelnden technisch-technologischen Informationsgesellschaft, die auch ihre humanistischen Werte bewahren will und muß. Wir wissen, daß Leistungsvergleiche, ob national oder international, nicht ausreichen, um diese Aufgaben zu bewältigen. Sie sind nur ein Indikator für Schwächen oder Stärken beim kognitiven Lernen. Der Anspruch an eine Qualitätsentwicklung, ihre Sicherung bei permanenter Fortentwicklung geht weit darüber hinaus.

Mit dem Konzept, das uns heute vorliegt, ist ein Anfang gemacht. Wie schon festgestellt, es weist die Richtung und bestimmt das Ziel. Der Weg zu seiner Realisierung wird keine Autobahn sein, eher ein Weg mit vielen Baustellen, Hindernissen und Schlaglöchern, die überwunden werden müssen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, die sind schlecht gebaut worden von der CDU.)

Wie sich in der beginnenden Diskussion zur schulartenunabhängigen Orientierungsstufe überdeutlich zeigt, gibt es auch in diesem Fall keine einheitliche Meinung über Richtung und Geschwindigkeit. Sowohl der Minister als auch Frau Bretschneider haben darauf verwiesen, die verschiedenen beteiligten Gruppen müssen zusammengehen, sich hin und wieder neu orientieren. Gegenseitige Rücksichtnahme, Verständnis für die Eiligen genauso wie

für die Zögernden, Hilfe, Solidarität und Konsensfähigkeit werden unabdingbar sein. Das wichtigste aber bleibt, alle Beteiligten müssen das beschriebene Ziel im Auge behalten, und sie müssen alle zur gleichen Zeit ankommen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Qualitätsentwicklung beginnt mit einer Analyse des erreichten Standes auf der Grundlage der spezifischen Bedingungen unseres Landes. Der Vorteil von Föderalismus im Bildungswesen besteht ja vor allem darin, daß auf diese spezifischen Einflußfaktoren sehr differenziert reagiert werden kann. Die Besonderheiten der demographischen Entwicklung, die territoriale Struktur, die Verteilung der Schulstandorte, um nur einiges zu nennen, sind bestimmende objektive Einflußfaktoren.

Die schon erwähnte kritiklose Übernahme des gegliederten Schulsystems durch die damalige CDU/F.D.P.-Regierung hat genau das unzureichend berücksichtigt. Die Warnungen, daß die Folgen erst sehr viel später sichtbar würden, wurden ignoriert. Die berechtigten massiven Kritiken an der Schulqualität in den zurückliegenden Jahren haben auch dort ihre Ursachen. Die frühzeitige äußere Differenzierung verschiebt pädagogische Prioritäten, gefährdet im am dünnsten besiedelten Land der Bundesrepublik Standorte, überfordert die Schülerbeförderung und verursacht erhebliche finanzielle Mehrkosten. Es kommt deshalb in Zukunft darauf an, unter Priorität der inhaltlichen Schwerpunkte und Anforderungen auch die strukturellen Fragen zu klären. Wir dürfen den einmal begangenen Fehler in diesem Land, Strukturen vor Inhalt, nicht noch einmal machen.

Daß Sie, meine Damen und Herren der CDU, dann in der Presseerklärung vom 30. Juni 1999 formulierten: „Es bleibt zu hoffen, daß der Bildungsminister nunmehr gestandene Lehrer und weitere Fachleute in die Erstellung des Konzepts einbezieht und die ideologischen Scheuklappen seiner Partei im Interesse der Qualität der Bildung in Mecklenburg-Vorpommern ablegt.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist auch richtig so.)

„In der CDU wird er dabei einen verlässlichen Partner haben.“,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch gut.)

nun, das ist dann doch schon ziemlich unverfroren.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wieso?)

Aber vielleicht hatten Sie 1990 schon die strategische Erkenntnis, daß Ihre Regierungszeit 1998 zu Ende geht

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

und man den Nachfolgern zusätzlich zur Erblast auch noch die Schuld dafür aufbürden kann. Warum soll es in der Bildung anders sein als bei dem von Ihnen angeordneten Desaster auf finanziellem Gebiet in Land und Bund?

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD, und Angelika Gramkow, PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Ja, ja!)

Ich würde auch fragen wollen: Warum sollen nur „gestandene Lehrer“ ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Lange wird diese Schallplatte nicht mehr halten, Herr Bluhm. – Zuruf von Erhard Bräunig, SPD)

Warum sollen nur „gestandene Lehrer und weitere Fachleute“ mitarbeiten dürfen? Sollte es eine Altersgrenze für Lehrer zur Mitarbeit geben, die junge Lehrer ausgrenzt? Warum sollen offensichtlich Eltern, Schüler und Schulträger nicht mitarbeiten? Halten Sie diese für inkompetent?

Bemerkenswert ist auch Ihr Sinneswandel zur politischen Zusammenarbeit. Ich kann mich nicht erinnern, daß 1990 die CDU in irgendeiner Form um Mitarbeit gebeten hätte. Vielmehr hatte ich damals den Eindruck, Sie waren von ihrer allein glücklich machenden Missionsarbeit im pädagogisch unterentwickelten Osten so überzeugt,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

daß Mit- oder Zusammenarbeit überhaupt nicht gewollt war. Nun, ich begrüße es jetzt jedoch, daß Sie nunmehr – wie heißt es doch – „als verlässlicher Partner“, der zudem „keine ideologischen Scheuklappen“ hat, die Sie uns permanent unterstellen, bei der Beseitigung der von Ihnen verursachten Fehlentwicklung helfen wollen.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Die vor uns liegenden Aufgaben haben eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Wir werden jeden brauchen, jeden mitnehmen, der es will, der zu pragmatischer, toleranter und kompromißfähiger Arbeit bereit ist. Wenn Sie das jetzt sind, herzlich willkommen!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Nun können wir uns diese Bedingungen nicht mehr aussuchen, sie sind vorhanden, teilweise sind sie besonders in der gymnasialen Ausbildung akzeptiert. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß das Ziel der gymnasialen Ausbildung, die Studierfähigkeit zu sichern, sich immer weiter zuungunsten einer Berufswahl im dualen System verschiebt. Dem verständlichen Wunsch der Eltern nach der besten Bildung für ihre Kinder wird damit zwar Rechnung getragen, aber es zeigt auch deutlich, daß die Schulformen der Sekundarstufe I diese Aufgabe, eine ihrer originären Aufgaben, nicht effizient erfüllen. Es muß also im Rahmen der Qualitätsentwicklung auch darum gehen, die Grundschule und die Sekundarstufe I so zu gestalten, daß sie diese Aufgaben wieder auf hohem Niveau realisieren können und daß sie vor allem die dafür notwendige Akzeptanz bei Schülern, Eltern und auch bei den Lehrern findet. Um Mißverständnissen vorzubeugen, das bedeutet nicht einen Qualitätsverlust an den Gymnasien, sondern eine sach- und fachgerechte Aufgabenerfüllung und -zuordnung unter pädagogischen Prämissen.

Die Bedingungen eines dünnbesiedelten Flächenlandes mit der 1990 vollzogenen Anpassung von über Jahrzehnten gewachsenen und den pädagogischen Erfordernissen entsprechenden Schulstandorten an ein anderes Bildungssystem ist bis heute nicht abgeschlossen. Die schmerzlichen Einschnitte in den Kommunen, Landkreisen und kreisfreien Städten durch Schulschließungen werden sich mit der jetzt anstehenden Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung fortsetzen. Strukturmaßnahmen wie zum Beispiel die Einführung der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe werden – abgesehen von den inhaltlichen Fragen – die weitere Ausdünnung von Standorten ein wenig mildern und an einigen Standorten auch verhindern; aufhalten allerdings werden sie diesen Prozeß nicht, und das schon deshalb nicht, weil die objektiven Voraussetzungen der demographischen Entwicklung nicht mehr zu ändern sind. Die vorhandenen Schulen im Lande wurden für circa 30.000 Schüler pro Jahrgang

konzipiert und gebaut. Wie Sie wissen, sind es jetzt nur noch circa ein Drittel. Die Tendenz – zum Glück – ist wieder steigend. Aber es wäre eine Illusion anzunehmen, daß die Geburtenzahlen der achtziger Jahre auch nur annähernd wieder erreicht würden. Berücksichtigt man dann noch, daß die Schulen möglichst wohnortnah vorgehalten und in einem den Anforderungen entsprechenden baulichen Zustand und Ausrüstungsniveau vorhanden sein müssen, dann wird die Dimension dessen, was vor uns liegt, deutlich.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das vorliegende Konzept ist ein Angebot. Es enthält die wesentlichen Instrumente und beschreibt die wesentlichen Prozesse für die allgemeinbildenden Schulen als Ganzes wie auch differenziert für die Einzelschule. Der für mich entscheidende Satz in der Drucksache ist in Punkt 4 „Umsetzung des Konzeptes in das Landesprogramm“ enthalten: „Im folgenden werden lediglich die sich bereits abzeichnenden Aufgaben benannt. Das Landesprogramm muß sich sowohl weiteren Detailfragen stellen als auch für Neues offen sein.“

Ja, für den Erfolg wird entscheidend sein, ob es uns auf Basis einer breiten demokratischen und fachlich orientierten Diskussion im Landesprogramm gelingt,

1. die wesentlichen inneren und äußeren Bedingungen der Qualitätsentwicklung und -sicherung zu erfassen und umzusetzen,
 2. von reparierenden Maßnahmen zu wirklichen Bildungsreformen zu kommen,
- (Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)
3. pädagogisch erzieherische Anforderungen in Verbindung mit Kompetenzentwicklung hinsichtlich ihrer Ziele, Inhalte, hier vor allem der Rahmenpläne, Methoden, Konzepte so exakt wie möglich zu bestimmen und danach die entsprechenden Strukturen zu schaffen,
 4. die Lehreraus-, -weiter- und -fortbildung mit dem notwendigen Vorlauf hinsichtlich der neuen Anforderungen zu qualifizieren sowie die Experimentierfreudigkeit, Innovationsbereitschaft und Motivation von Lehrern für die Neuaufgaben zu ermöglichen,
 5. den Schulen mehr Autonomie, Gestaltungsspielräume und Eigenverantwortung zu übertragen und gleichzeitig ein hohes Niveau auf allen Ebenen zu sichern,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

6. die Schulaufsicht auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten und sie von einer Aufsichts- und Verwaltungsfunktion über die Beratungsfunktion zu Multiplikatoren für neue Bildungsinnovation und Motor für progressive Veränderung umzugestalten,
7. die sehr verschiedenen pädagogischen Konzeptionen, die alle ihre Vor- und Nachteile haben, in einem breiten Konsens anzunähern und Entscheidungen zu treffen, die optimale Bedingungen für die Wissensvermittlung und das Lernen der Kinder in diesem Lande schaffen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind mit diesem Konzept auf einem guten Weg. Der nächste Schritt ist die Umsetzung in ein komplexes Landesprogramm. Auch das wird schwierig, schwierig vor allem auch deshalb, weil es sich um Maßnahmen handeln wird, die über einen langen Zeitraum zu gestalten sind und in

dieser Zeit sehr wahrscheinlich auch noch weitere Änderungen durch die gesellschaftliche Entwicklung erfordern.

Die Arbeit in den Schulen dieses Landes steht nicht still, sie geht jeden Tag weiter, und auch die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Qualitätssicherung und zum Qualitätsmanagement entwickeln sich in erheblichem Tempo. Neben der Festlegung, welche Maßnahmen wichtig und notwendig sind, müssen sie auch aktuellen Gegebenheiten angepaßt werden. Das, meine Damen und Herren, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Die beste Lösung scheint zu sein, die einzelnen Schritte hinsichtlich ihrer Bedeutung und Wirkung zu bestimmen und sie in Modulen sowohl nebeneinander als auch in einer logischen Abfolge umzusetzen. Fehler werden hoffentlich ausbleiben, sind aber wohl nicht ganz zu verhindern. Denken wir dabei an den Spruch: „Nur wer nicht arbeitet, macht keine Fehler.“ Aber klar ist: So, wie es ist, kann es nicht bleiben. Wir haben gar keine andere Wahl.

Und selbst die CDU-Zentrale beklagt in ihrem Positionspapier die Defizite in der Bildungspolitik und läßt dabei offensichtlich außer acht, daß sie diese durch die Bundespolitik 16 Jahre und auch durch Landespolitik zumindest 8 Jahre erheblich mitzuverantworten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Heike Lorenz, PDS: Es ist doch einfacher so.)

Für wirklich beneidenswert halte ich dann den Standpunkt, daß die CDU offensichtlich immer genau weiß, daß die Fehler immer nur die anderen machen.

(Harry Glawe, CDU: So ist das.)

Wenn es in den Bundesländern, in denen die CDU an der Regierung ist und dies auch länger wirklich so gut läuft, dann müßten die Leistungen zum Beispiel der bayerischen Schüler auf einem einsamen Spitzenplatz der internationalen Studien liegen. Davon sind sie aber meilenweit entfernt. Das Motto heißt eben manchmal doch noch: Wir sind immer vorn, und wenn wir hinten sind, dann ist hinten vorn.

Meine Damen und Herren, klar muß auch sein, und ich will es in dieser ganzen Deutlichkeit an dieser Stelle noch einmal sagen: Qualität ist nicht für einen Pfennig zu haben, Qualität wird auch Geld kosten.

Richard Bessoth hat den Sinn der Finanzen bei der Qualitätsentwicklung in seinem Artikel „Einige Grundbegriffe des Qualitätsmanagements“ als These 9 wie folgt beschrieben: „Qualität ist preiswert, Qualität ist ihren Preis wert.“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich bin davon überzeugt, Qualitätssteigerung im Bildungswesen dieses Landes führt letztlich zu einer Kostenminimierung,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig.)

denn es ist weniger Geld für Nachbesserungen, für Garantieleistungen und Reparaturen erforderlich.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Es wird wertvolle Zeit im Leben der Mädchen und Jungen eingespart werden können.

Es ist aber auch unstrittig, daß, wenn Qualität erst geschaffen oder weiter ausgebaut werden muß, Anschubfinanzierungen nötig sind. Hier können wir von der Wirt-

schaft lernen. Ich vermag nicht einzusehen, warum es in der Bildung grundsätzlich anders laufen soll. Das heißt ja nun nicht, daß eine Schule wie ein Betrieb organisiert, verwaltet und geführt werden soll. Sie kann nicht nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben rechnen, aber effizient und kostengünstig sollte sie schon sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Heinz Müller, SPD –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Und ich will an dieser Stelle ausdrücklich warnen: Wollen wir Qualität, dann müssen wir auch bereit sein, die dafür notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen, auch unter Sparzwängen. Es wäre verheerend, wenn wir nur das auf den Weg gebracht bekämen, was kein oder nur wenig Geld kostet. Das wären nur punktuelle Veränderungen, die nicht den nötigen Effekt erzielen würden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Abschließend – das vorliegende Konzept beschäftigt sich mit der Qualitätsentwicklung und -sicherung an den allgemeinbildenden Schulen des Landes. Das ist allerdings nur ein Teil des Bildungswesens. Insoweit ist es ein Anfang für einen wesentlichen Teil dieses Systems. Die Erfahrungen, Erfolge und auch Rückschläge und Niederlagen müssen dazu dienen, die Qualitätsentwicklung im gesamten Bildungsbereich, also auch bei der beruflichen Bildung und der Hochschulausbildung, weiterzugestalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir dürfen nicht vergessen, daß das, was vor der Schule kommt und nach der Schule möglich ist, durch wechselseitige Abhängigkeiten und Bedingungen organisch miteinander verbunden ist und verbunden bleiben muß.

(Angelika Gramkow, PDS: Erziehung
gehört auch in den Kindergarten wieder.)

Ich komme damit also auch auf meinen Eingangssatz zurück. Wir sind mit dem Konzept am Anfang eines Weges nicht nur für die allgemeinbildenden Schulen, sondern für das gesamte Bildungswesen in diesem Land, eine schwierige, aber große Aufgabe, in der Verantwortung für kommende Generationen. Es sollte deshalb nicht Last, sondern Lust für uns alle sein, was uns antreibt, sie zu lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt Frau Staszak von der Fraktion der SPD.

Karla Staszak, SPD: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es schon spät ist, aber ich habe doch noch einen anderen Aspekt, und ich möchte den hier gern dazu beitragen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sind ja auch
Gleichstellungsbeauftragte für uns Männer.)

Genau, genau.

Die Schule soll es den Heranwachsenden ermöglichen, jene Fach-, Selbst- und Sozialkompetenzen auszubilden, die sie für eine berufliche Tätigkeit, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Gestaltung eines sinnerfüllten Lebens benötigen. So steht es im Konzept. Gestatten Sie

mir, diese Zielbeschreibung, die ich sehr begrüße, unter dem Blickwinkel der Geschlechterperspektive zu beleuchten. Sie hatten recht. Eigentlich müßten die Mädchen in Mecklenburg-Vorpommern für ihre berufliche Tätigkeit und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie für die Gestaltung eines sinnerfüllten Lebens bestens gerüstet sein. Über 50 Prozent der Abiturienten sind nämlich weiblich. Mädchen verlassen die allgemeinbildenden Schulen mit im Durchschnitt höheren Bildungsabschlüssen.

Trotz dieser genannten positiven Voraussetzungen von Mädchen und jungen Frauen, erfolgreich in die Berufswelt einzusteigen, gibt es genügend Hürden und Hemmnisse, sich zum Beispiel einem technischen oder einem technikenahen Arbeitsbereich, der zukunftsträchtig ist, zu nähern. Mit der Entscheidung für einen sogenannten frauentypischen Beruf entscheiden sich die Frauen für weniger Geld, für weniger Aufstiegschancen, für weniger Entwicklungsmöglichkeiten. Nach wie vor verdienen Frauen weniger als Männer. Die Zahlen sind bekannt. Sie kennen auch meine Argumente. Ich könnte diese Liste fortführen. In diesem Zusammenhang steht nämlich die Frage: Welchen Anteil hat die Schule daran?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Die Schule bestimmt einen Großteil des Lebensweges junger Menschen, auch junger Mädchen bis hin zur Berufswahl. Deshalb verspreche ich mir von dem vorliegenden Konzept auch auf diesem Gebiet eine Qualitätsentwicklung,

(Beifall Hannelore Monegel, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

denn es kommt darauf an, Mädchen und Jungen in die Lage zu versetzen, selbstbewußt ihre eigenen Stärken und Fähigkeiten zu erkennen, ihre persönlichen Möglichkeiten einzuschätzen und diese in ihrer Entscheidung für die Berufswahl zu berücksichtigen

(Beifall Hinrich Kuessner, SPD)

und daraus eigene Lebensperspektiven mit Chancen für ein selbstbestimmtes Leben entwickeln zu können. Dabei gilt es auch, die besonderen Stärken von Mädchen und ihre Neigungen für bestimmte Berufe bewußt aufzugreifen. Gleiches gilt natürlich auch für die Jungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Henning Klostermann, SPD: Für die Jungs. –
Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,
und Dr. Ulrich Born, CDU)

Ja, ich weiß, daß Sie das zufrieden macht, wenn ich beide Geschlechter nenne. Hier muß meines Erachtens eine verstärkte Sensibilisierung erfolgen. Lehrerinnen und Lehrer gehen in ihrer Tätigkeit davon aus, daß sie Mädchen und Jungen gleich behandeln, aber gerade diese Gleichbehandlung von Jungen und Mädchen bewirkt eine Ungleichbehandlung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wieso das denn?)

Ja, das erkläre ich Ihnen jetzt.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Na, da bin ich ja gespannt.)

Ich wußte, daß hier gleich ein Widerspruch kommt,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein, ich bin gespannt.)

aber lassen Sie mich von einem dreijährigen Schulprojekt berichten, das gemeinsam mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Rostock durchgeführt wurde.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Mädchen
sind doch viel intelligenter.)

Ja.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Es sind
doch die Jungs die Benachteiligten.)

Unterrichtsmethoden, Unterrichtsstoffe und Unterrichtsmaterialien orientieren sich zum größten Teil geschlechtstypisch. Dazu liegen sehr viele Forschungsergebnisse vor. Um diese für Mecklenburg-Vorpommern aufzuarbeiten, haben wir einzelne Positionen im Rahmen dieses Projektes überprüft.

Nehmen wir die Schulbücher. Repräsentative bundesweite Untersuchungen belegen, daß Schulbücher Mädchen und Frauen noch immer in traditionellen Rollen zeigen. In unserer ausschnittswisen Untersuchung haben wir diese Ergebnisse bestätigt gefunden. In den Schulbüchern werden männliche Personen insgesamt als aktiver, interessanter, selbstbewußter, einfallsreicher und vielseitiger als weibliche Personen beschrieben.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Wunschdenken. –
Dr. Ulrich Born, CDU: Weil sie weniger
Selbstbewußtsein haben, deswegen muß man
sie aufbauen. – Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Frauen werden in der Regel kaum in Verbindung mit Berufen dargestellt – hört, hört! –, und wenn, dann häufig in traditionellen Frauenberufen, wie Sekretärin, Lehrerin oder undifferenziert als Mitarbeiterin. In einem Mathematikbuch Klasse 6 ergab die Analyse der Textaufgaben, daß Frauen keinen Beruf haben. Sie werden mit einer Ausnahme im häuslichen beziehungsweise im familiären Umfeld dargestellt. Ihre Tätigkeiten beschränken sich deshalb auf das Einkaufen, vor allem von Lebensmitteln, und die Bewirtung von Gästen. Ansonsten findet die Frau Erwähnung als Witwe eines Beamten

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

und wird indirekt als Sportlerin im Kugelstoßen benannt.

(Heinz Müller, SPD: Astrid Kumbernuss.)

Männer dagegen, das wird jetzt wieder interessant, Herr Born, bekleiden Berufe wie Landwirt, Gärtner, Kassierer, Beamter, Kapitän oder abenteuerliche Rollen wie Bandit, Seeräuber oder Goldgräber. Ihr Tätigkeitsbereich ist dementsprechend größer. Sie besitzen Autos, sie besitzen Land, sie haben Konten, sie bauen an,

(Heiterkeit bei Sylvia Bretschneider, SPD)

sie bekommen Gehalt, sie zahlen, und sie kaufen, natürlich nicht Lebensmittel. Soweit nur dieses Beispiel.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber Banditen,
das ist doch nichts Positives.)

Das ist interessant, nicht? Darüber können wir noch einmal reden.

Unbewußt wird dadurch ein Mangel an Selbstwertgefühl bei Mädchen erzeugt

(Harry Glawe, CDU: Das sollten Sie alles mal dem Minister zur Verfügung stellen, damit er das in sein Konzept einarbeitet.)

und gleichzeitig der Selbstüberschätzung von Jungen in entscheidenden Bereichen Vorschub geleistet,

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Das setzt sich im Alter fort.)

natürlich nicht nur durch die Schulbücher. Auch die Unterrichtsgestaltung kann dazu beitragen, daß Mädchen zum Beispiel trotz besserer schulischer Leistungen als Jungen an ihren Kompetenzen zweifeln. Bisherige Forschungsergebnisse belegen, daß eine höhere Zuwendungshäufigkeit bei Jungen festgestellt wird. International spricht man von einem Verhältnis von 66 zu 33 Prozent. Des weiteren verdeutlichen Hospitationen, daß der Unterrichtsverlauf auch durch die Jungen stärker beeinflusst wird als durch Mädchen. Im Rahmen des Schulprojektes wurden Hospitationen durchgeführt.

Folgendes Ergebnis steht im Projektbericht: „Die Hospitationen zeigten deutlich, daß der Unterrichtsverlauf in beiden Fächern, in denen hospitiert wurde, Mathematik und Deutsch, durch Jungen stärker beeinflusst wird, da sie wesentlich häufiger als Mädchen reinreden und ermahnt werden.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja.)

„Sie machen auf sich aufmerksam.“

(Harry Glawe, CDU:
Hier muß ein zweiter Lehrer her.)

Das haben wir ja im Landtag auch.

Diese Beobachtungen erklärten zum großen Teil die auch von den Lehrkräften beklagten Disziplinschwierigkeiten, deren Ursachen unseres Erachtens jedoch eng mit der geschlechtsspezifischen Problematik verknüpft sind. Die Analyse der Unterrichtsbesuche läßt den Schluß zu, daß die größere Präsenz beziehungsweise Aktivität vieler Jungen in der Klasse vor allem folgende Gründe hat: Zum einen wird sie durch die Lehrkraft meist unbewußt unterstützt, direkt, indem Jungen unverhältnismäßig oft drangenommen werden, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Obwohl das überwiegend Lehrerinnen sind.)

Ja, ja.

... und indirekt dadurch, daß das Reinreden stärker toleriert und akzeptiert wird. Auch die Ermahnungen zogen meistens keine Konsequenzen nach sich. Die Schüler erhalten damit grundsätzlich eine beständige positive Rückkopplung, so daß ihr bisheriges Verhalten stabilisiert und ihr Selbstbild nicht beeinträchtigt wird. Die Folge des beschriebenen Kreisprozesses ist in jedem Fall, daß die Schüler der Lehrkraft größte Aufmerksamkeit abverlangen und damit individuelle Förderung aller Schüler und Schülerinnen nicht mehr möglich sein kann. Für Mädchen bedeutet dies zum Beispiel, daß sie lernen, sich weniger kompetent und wichtig zu finden, was zu einer geringeren Ausprägung des Selbstbewußtseins und der Durchsetzungsbereitschaft führen kann. Andere Unterrichtsformen als der Frontalunterricht könnten hier Abhilfe schaffen.

Ich kann natürlich in meinem Beitrag diese Thematik jetzt nicht ausweiten, dazu gibt es auch Studien in ande-

ren Ländern. Aber es ist mein Anliegen, Sie darauf hinzuweisen, daß bei der Umsetzung des Konzeptes der Qualitätsentwicklung und -sicherung an allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern dieser Aspekt Berücksichtigung findet. Davon gehe ich natürlich aus, denn es geht auch um die Umsetzung des Koalitionspunktes 120. Und selbstverständlich geht das Thema Chancengleichheit – und ich meine Chancengleichheit, nicht Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit von Jungen und Mädchen in der Schule – ein in die Konzeption zur Umsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann für das Land Mecklenburg-Vorpommern, mit deren Erarbeitung Sie mich beauftragt haben. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Staszak.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schnoor von der Fraktion der CDU.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da kann man ja wirklich nicht meckern.)

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Minister, vielleicht sind Sie ja in der Lage, uns einmal zu erklären, vor allen Dingen diesem Hohen Hause zu erklären, wie Sie das mit der Narrenfreiheit der in demokratischen Wahlen frei gewählten Abgeordneten so gemeint haben.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, ich bedauere sehr, Ihnen hier heute mitteilen zu müssen, daß ich mit der vorliegenden Unterrichtung nicht zufrieden sein kann.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist ja ganz was Neues. Da sind wir aber überrascht! –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Das ist ja ganz was Neues.)

Sie haben von mir sicherlich nichts anderes erwartet.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber Sie hätten uns doch auch mal enttäuschen können. –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Aber diese Erwartung entspricht eher Ihrem Verständnis vom durchweg gegensätzlichen Verhältnis von Regierung und Opposition, als daß Ihre Erwartungen von sachlichen Argumenten geleitet werden. Sie fordern zwar eine konstruktive Opposition ein, wollen Sie aber einfach nicht, weil Sie auf gar keinen Fall bereit sind, konstruktive Vorschläge zu akzeptieren

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na, na!
Na, na! – Angelika Gramkow, PDS:
Das wissen Sie doch gar nicht.)

und sachliche Argumente zur Kenntnis zu nehmen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das gehört auch zu Ihrer Vorstellung von der Opposition. –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

Auf diese will ich mich zurückziehen, obwohl ich zunehmend die Erfahrung machen muß, daß Sie aus der Position der Macht heraus zunehmend nicht in der Lage sind, mit vernünftigen Argumenten umzugehen.

Herr Minister Kauffold, Sie sprachen immer wieder den Wunsch aus, im Landtag eine konstruktive Opposition vorzufinden. Sie haben eine vor sich. Wir haben im Januar den Antrag für die Erstellung eines Konzepts zur Qualitätssicherung begrüßt, ihm zugestimmt und haben gleichzeitig unsere Mitarbeit angeboten, denn mit der Bildung verhält es sich ja wie mit der Rente: Hier sollten Entscheidungen getroffen werden, die länger als vier Jahre ihre Gültigkeit haben.

(Jörg Vierkant, CDU: Richtig. –
 Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist
 aber schön. Das freut uns aber.)

Aber leider wurde die Opposition, wurde die CDU zu keinerlei Gesprächen eingeladen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
 Wir haben sie nicht mitspielen lassen.)

Ich will das hier nicht weiter interpretieren, aber dennoch bedauere ich dies, Herr Minister. Mein Gesprächsangebot bleibt aber nach wie vor bestehen.

Meine Damen und Herren, wenn sich der derzeitige Trend weiterhin fortsetzt, wird die CDU im Jahr 2002 eine ganz schön versalzene Bildungssuppe auszulöffeln haben,

(Harry Glawe, CDU: Jo.)

die nur begrenzt etwas mit Bildungsqualität zu tun hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem nun die Opposition schon kein Gesprächsangebot bekommen hat, sind auch andere Argumente der CDU vom Bildungsministerium nicht berücksichtigt worden. Im Januar hieß der Antrag der Koalitionsfraktionen noch „Konzept zur Qualitätssicherung in den Schulen“. In der Januarsitzung bat ich Sie demzufolge dringlichst, bei der Erarbeitung eines Konzeptes die Berufsschulen nicht zu vergessen. So hat nun das Bildungsministerium aus dem Antrag der Koalitionsfraktionen einfach ein Konzept für die allgemeinbildenden Schulen gemacht und dabei den berufsbildenden Bereich völlig ausgeblendet, obwohl, wie wir alle wissen, gerade hier die größten Probleme liegen.

(Beifall Jörg Vierkant, CDU: Richtig.)

Daher ist es auch geradezu lächerlich, daß es hier Streit um einen Entschließungsantrag gab. Komisch ist natürlich auch, daß in diesem Hohen Hause ein ähnlich gelagerter Antrag – allerdings initiiert von der PDS-Fraktion – überhaupt keine Diskussion hervorrief und natürlich behandelt wurde. Ebenso wie die allgemeinbildenden Schulen, brauchen auch die beruflichen Schulen ein Konzept

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

und ein Programm zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Sie sind aber nicht einmal bereit, sich heute dieser Problemlage hier zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fangen wir bei der Bewertung des Konzeptes von hinten an. Ich werde bei der Lektüre der 25 Seiten nicht das Gefühl los, daß das Bildungsministerium und die Regierungskoalition mit dem Konzept nun ihr bildungspolitisches Gewissen beruhigen.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
 Sie haben wenigstens eins. –
 Jörg Vierkant, CDU: Ein schlechtes.)

Sie haben sich mit dem Konzept eine Grundlage geschaffen, um koalitionsgenehme Strukturentscheidungen zu legitimieren und voranzubringen. Wie heißt es so schön unter Punkt 4.3? Ich zitiere: „Das Konzept enthält keine Aussagen zu finanziellen Auswirkungen, weil zunächst zwingend notwendig die unter 2.3.3 dargestellten Grundsatzentscheidungen zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen der Schulen des Sekundarbereiches I zu treffen sind. Diese werden Schwerpunkte und Einzelmaßnahmen im Landesprogramm mit bestimmen.“ Es geht Ihnen also doch vordergründig um die Durchsetzung von Strukturentscheidungen.

Und wann, Herr Minister, wollen Sie mit Qualitätssicherung und -entwicklung anfangen,

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben
 doch überhaupt nicht zugehört!)

wenn die schulartenunabhängige Orientierungsstufe erst im Schuljahr 2001/2002 wirksam werden soll?

(Andreas Bluhm, PDS:
 Noch mal von vorne lesen.)

Wie wollen Sie die finanziellen Mittel aufbringen,

(Andreas Bluhm, PDS: Sie hätten von vorne
 lesen sollen. – Wolfgang Riemann, CDU:
 Kommt noch, kommt noch!)

um Qualitätssicherung und -entwicklung zu betreiben, wenn Sie parallel zur Einführung der Orientierungsstufe wieder zum zwölfklassigen Abitur zurückkehren und dabei gleichzeitig die Stundentafel in der Mittelstufe und der gymnasialen Oberstufe auf die geforderten 265 Wochenstunden bringen wollen?

(Angelika Gramkow, PDS: Das liegt Ihnen
 aber schwer im Magen, Frau Schnoor, ne?!)

Sie übernehmen sich mit Ihren Vorhaben und schmeißen Ihre eigenen bislang hart umkämpften Beschlüsse um, obwohl ich mir noch gar nicht sicher bin, daß die Vorstellungen des Bildungsministers in der eigenen Fraktion konsensfähig sind.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: So, so, so, so.)

Denn nur zu gut, meine Damen und Herren, erinnere ich mich an die Verhandlungen zum Schulgesetz im Jahr 1996, in denen Frau Bretschneider das 13. Schuljahr zum Wohl und Wehe der großen Koalition machte. Dieses Hin und Her bei der SPD ist der Garant dafür, daß es in dieser Legislaturperiode nicht zu Qualitätssicherung und deren Entwicklung kommen wird.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach ja.)

Also, wie schon gesagt, Ihre Konzepte muß man von hinten anfangen zu lesen. Dann kann man sich den Rest sparen, da es für Sie sowieso egal ist – einmal abgesehen von Ihrer schulartenabhängigen Orientierungsstufe und der sechsjährigen Grundschule –, was an qualitativen Aspekten in den Schulen passiert. Wenn das so wäre, dann würden Sie mit einer Novelle des Schulgesetzes nicht die Schulen in freier Trägerschaft drangsalieren, denn dort wird Bildungsqualität mit der Streichung von Personalkostenzuschüssen belohnt.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Das ist Ihre Ideologie, meine Damen und Herren. Und ich bin vor allem von Ihnen, Herr Bluhm, doch sehr enttäuscht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sehen Sie, sehen Sie! Selbst auf Herrn Bluhm können Sie sich nicht verlassen.)

denn Sie wissen nur allzu gut, daß Schulen in freier Trägerschaft den staatlichen Schulen in puncto Qualität einiges vormachen.

(Die Abgeordnete Sylvia Bretschneider meldet sich für eine Anfrage.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Anfrage? (keine Zustimmung)

Steffie Schnoor, CDU: Also zwischen Anspruch und Realität klafft eine riesige Lücke,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Sie sehen das nur nicht richtig, Frau Schnoor.)

denn die Schulen in freier Trägerschaft gehören ebenso zur Schullandschaft wie die staatlichen Schulen und haben nach dem Grundgesetz ein Recht auf Gleichbehandlung. Mit den Worten Ihres Bundeskanzlers Schröder:

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Seit wann ist das denn unser Bundeskanzler? Ich denke, das ist eher Ihr Bundeskanzler, Frau Schnoor. –

Wolfgang Riemann, CDU: Nee, den nehmen wir nicht. – Heinz Müller, SPD: Wir geben ihn ja nicht her.)

Das ist unanständig, was Sie mit den Schulen in freier Trägerschaft machen. Das ist unanständig in einem Bundesland, in dem noch nicht einmal zwei Prozent aller Schüler eine Schule in freier Trägerschaft besuchen. Es ist unanständig, weil in diesen Schulen die Lehrer Bildungsqualitäten per excellence bieten, denn sonst hätten sie die Genehmigungsvoraussetzung als Ersatz- oder Ergänzungsschule gar nicht erhalten.

Das sind Kriterien, denen die staatliche Schule nicht unterliegt und die nicht jedes Jahr Grundlage für die Bemessung von Personalkostenzuschüssen sind. Aber auch an staatlichen Schulen wird hervorragende pädagogische Arbeit geleistet. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Das habe ich hier nie getan, und das will ich auch nicht tun. Der Unterschied allerdings zu den Schulen in freier Trägerschaft ist der, daß Lehrer an staatlichen Schulen am Gängelband der Bildungsbürokratie hängen. So kommt keine Ruhe in die Schulen, jede Partei will ihre Bildungskonzepte ausprobieren, ohne auch einmal die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ist das Selbstkritik, Frau Schnoor, rückblickend?)

und aus Rücksicht auf die Kinder auch einmal von diesen, zum Teil seit einigen Jahren überholten Konzepten Abstand zu nehmen.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Na das überholteste haben Sie uns doch übergestülpt unter Führung von Herrn Wutzke. Daß wir da nun vorsichtig herangehen, das ist doch ganz klar.)

Nein, meine Damen und Herren, da wird mit Gewalt gedrückt, was die Abteilung Volksbildung in der Werderstraße sich unter Führung der PDS in den Kopf gesetzt hat.

(Harry Glawe, CDU: Was hat Wutzke jetzt wieder falsch gemacht? – Heiterkeit bei Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Und, Herr Bluhm, Sie wissen ganz genau, daß Ihre Strukturentscheidung von heute morgen zwangsläufig Unruhe in die Schulen bringen wird, daß zwangsläufig damit die Qualität darunter leidet, zumal es ja nicht bei der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe bleibt. Dann kommt noch die sechsjährige Grundschule und die Abschaffung des 13. Schuljahres.

(Harry Glawe, CDU: Aber Frau Marquardt blendet er völlig aus, nicht wahr?)

Wozu haben wir es eigentlich eingeführt? Seien Sie doch einmal ehrlich und geben Sie zu, daß dies nicht ohne Reibungsverluste vonstatten gehen kann.

Geben Sie doch bitte zu, daß immer die Leidtragenden die Schüler sind, die in der Übergangsphase bei Strukturveränderungen Bildungseinbußen hinnehmen müssen! Geben Sie doch bitte zu, daß strukturelle Kontinuität die zwingende Voraussetzung für Qualitätsverbesserungen in der Schule ist!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Lieber kontinuierlich schlecht, das ist richtig.)

Springen Sie doch einmal über Ihren eigenen Schatten, und lassen Sie uns wirklich und endlich an den Inhalten arbeiten!

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja, richtig.)

Meine Damen und Herren, dennoch Ihr Engagement in Ehren, obwohl letztlich im Konzept nicht viel Neues steht und man vieles auch hätte einfacher formulieren können.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ach, Frau Schnoor, so gut waren Sie auch nicht. – Wolfgang Riemann, CDU: Das sehen die Lehrer anders. – Andreas Bluhm, PDS: Die Lehrer, Herr Riemann, gibt es doch nicht.)

Aber so erweckte man den Anschein, wir haben den Auftrag des Landtages erfüllt, und nun hoffen wir, daß diese Angelegenheit nicht so schnell wieder zur Sprache kommen wird.

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber, meine Damen und Herren, seien Sie sicher, die Opposition wird dranbleiben.

(Harry Glawe, CDU: Jawohl. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Das finden wir nett.)

Sie werden berichten müssen, und das jährlich, wenn nicht halbjährlich,

(Andreas Bluhm, PDS: Darum bitten wir. – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

in den Ausschüssen und wo auch immer, wie Sie denn nun die Qualität gemessen an Ihrem eigenen Konzept in den Schulen verbessern. Sie werden Ihre Hausaufgaben machen müssen, und Sie werden merken, daß das Herummäkeln an Entscheidungen des einen einfacher ist, als eigene Entscheidungen umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Da haben Sie recht! Sie meckern die ganze Zeit. – Siegfried Friese, SPD: Sie sind hier doch nicht in der Schule, Frau Schnoor.)

Sie haben, Sie werden es noch merken, Herr Schoenenburg, damit viel mehr Aufgaben vor sich, als Strukturen mit einem Federstrich zu verändern.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Frau Schnoor, ich weiß, daß Ihnen Opposition gerade deshalb Spaß macht, weil Sie mäkeln können.)

Und das waren ja die Sprüche von Frau Marquardt. Ein Jahr nach dem Regierungswechsel warten die Lehrer immer noch darauf, wie es eigentlich mit dem Lehrpersonalkonzept weitergehen wird. Es ist zwar interessant zu vernehmen, daß das Bildungsministerium dieses Konzept als demotivierenden Faktor anerkennt, aber ich kann bisher nicht erkennen, wie das Ministerium und die Koalitionsfraktionen dem jetzt und heute begegnen wollen. Sie können es einfach nicht. Und schon drei Wochen nach Schulbeginn räumt das Bildungsministerium in der „Ostsee-Zeitung“ vom 11.09.1999 ein, daß schon drei Wochen massiver Unterrichtsausfall zu beklagen ist,

(Wolfgang Riemann, CDU: Was? Ich denke, wir haben hundertprozentige Unterrichtsversorgung. – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Rechnerisch, Herr Riemann, rechnerisch.)

weil von 160 Neueinstellungen mit unbefristeten Verträgen ein Viertel der Neueinstellungen den Dienst nicht angetreten hat. Sehen Sie denn nicht, wo die Probleme wirklich liegen? Wozu brauchen wir denn ein schöngeistiges Konzept, wenn die Koalition nicht in der Lage ist, die objektiv vorhandenen Probleme zu lösen?

(Andreas Bluhm, PDS: Man braucht beides, Frau Schnoor. Und das wissen Sie ganz genau!)

Und Sie werden im Jahr 2000 wieder Verstärkungsmittel aus dem Einzelplan 11 in Anspruch nehmen müssen, da die 16 Millionen DM für Vertretungsunterricht nicht ausreichen werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig.)

Meine Damen und Herren, was soll ein Konzept, wenn das Bildungsministerium in den Bereichen, in denen es Gestaltungsmöglichkeiten hat, seinen Einfluß nicht geltend machen kann und tatenlos dieser Entwicklung zusieht? Das Konzept ist in diesem Fall nur Gewissensberuhigung.

Frau Polzin erkannte in der Pressekonferenz des Bildungsministeriums in der vergangenen Woche zwar sehr richtig – übrigens eine Position, die von der SPD auch jahrelang bestritten wurde –, daß der ausschließliche Elternwille für die Schullaufbahn dazu führt, daß Schüler im Gymnasium sitzen, die dort nicht hingehören. Sie haben zwar diese Entwicklung mit ihren politischen Entscheidungen so gewollt, und wir haben Ihnen diese Entwicklung immer vorausgesagt, aber Sie wollten sie bisher nicht wahrhaben. Es war einfacher für Sie, immer nur auf den Grundsatzentscheidungen bis 1994 herumzutampeln.

Aber warum tun Sie nichts gegen die aktuellen, von Ihnen so gewollten Entwicklungen, Frau Polzin? Da wird schon auf Seite 7 dieses Konzeptes schwadroniert, daß in einem Modellversuch der Bund-Länder-Kommission die Verankerung neuer Medien in die Rahmenpläne untersucht wird. Jedes Grundschulkind kann Ihnen heute diese Fragen beantworten. Wozu eigentlich ein Modellversuch? Wann kommen denn endlich die Computer in die Schulen? Das ist doch viel wichtiger. Im Jahr 2000 auf alle Fälle nicht,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ja warum haben Sie das denn nicht organisiert, als Sie Ministerin waren? Da wäre doch auch schon Zeit gewesen. – Sylvia Bretschneider, SPD: Das ist eine sehr gute Frage. – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das gab es doch da noch nicht. Mensch, Arno!)

denn der Bildungsminister strich gerade im Entwurf zum Haushalt 2000 2,55 Millionen DM aus einem Titel, der die Schulträger bei der Beschaffung neuer Medien unterstützen sollte.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wenn Sie ein bißchen Ahnung von Schule hätten, Herr Schoenenburg, würden Sie wissen,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Ich glaube, ich habe meinen Lehrabschluss früher als Sie gemacht. – Zuruf von Sylvia Bretschneider, SPD)

daß damit angefangen wurde, und ich erwarte, daß man dieses auch so weiterführt und dort nicht 2,55 Millionen DM herausstreicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Richtig. – Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Meine Damen und Herren, Sie werden in den Haushaltsberatungen zu diesem Thema von uns hören, was wir davon halten und wie wir es zu ändern gedenken. Auch in diesem Punkt werden Sie sich an Ihrem eigenen Konzept messen lassen müssen.

Meine Damen und Herren ein Letztes: Evaluation spielt in Ihrem Konzept eine große Rolle. Auf einmal ist TIMSS doch akzeptabel und auch andere Vergleichsstudien, auf jeden Fall will man sich daran beteiligen. Das ist neu und sehr lobenswert. Evaluation des Unterrichts in Ehren und dringend notwendig, befremdlich aber stimmt der Umstand, daß die SPD im Rahmen der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) versucht, die Ergebnisse in Ihrem Sinne schönzufärben. So hat die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD, Frau Speth, die sozialdemokratischen Kultusminister aufgefordert, im Rahmen der Studie und der Auswahl der Probanden darauf zu achten, daß kein „vernichtendes Urteil über die Gesamtschulen gefällt“

(Wolfgang Riemann, CDU: Hört! Hört!)

„und ‚SPD-Bildungspolitik der letzten dreißig Jahre zum Scheitern verurteilt‘ wird“. Nachzulesen in der FAZ vom 04.09. auf Seite 14. Herr Minister Kauffold kennt diesen Brief und wird uns vielleicht berichten können, ob er dem Wunsch von Frau Speth entsprochen hat, in einer Runde der SPD-Kultusminister die Vorbedingungen für eine Stichprobe zu beraten. Die SPD hat also offensichtlich Angst vor diesen Studien, denn Frau Speth beschwört eindringlich die SPD-Kultusminister, daß die CDU selbstverständlich ‚daraus Aussagen über den Erfolg ihres ‚bewährten‘ Systems machen und vor allem Länder mit Gesamtschulen angreifen‘ wird.

Und bevor Sie mir jetzt mit meinem Parteifreund Jürgen Rüttgers kommen, so kann ich Ihnen auch hier gleich den Wind aus den Segeln nehmen und Herrn Bluhm zitieren,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Das tun Sie aber ganz genau!)

der nämlich auf der Pressekonferenz im Bildungsministerium in der letzten Woche meinte,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das liegt schwer im Magen, wa?)

daß Frau Gramkow und Herr Schoenenburg hinsichtlich des nicht stattgefundenen Streites der Regierungskoalition

(Angelika Gramkow, PDS: Auch der
Minister war nicht so ganz auf meiner Seite.)

zur schulartenunabhängigen Orientierungsstufe lieber die Fachpolitiker hätten reden lassen sollen.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Da hat Herr Bluhm völlig recht.)

So verhält es sich auch in der CDU

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Und das hat tatsächlich Bluhm gesagt?! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

mit dem Urteil von Herrn Rüttgers zu den Gesamtschulen.

Habe ich jetzt aus dem Nähkästchen geplaudert, Herr Bluhm?

(Zurufe von einzelnen Abgeordneten der
PDS: Nein! – Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Da müssen wir noch mal drüber reden.)

Auch hier hätten lieber die Fachpolitiker etwas zum Thema sagen sollen.

(Angelika Gramkow, PDS: Er hatte recht. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und sehen Sie, Herr Bluhm, hier haben wir einen Zustand, der uns verbindet.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU
und PDS – Angelika Gramkow, PDS:
Also in meinem Fall hatte er recht. –
Zuruf von Dr. Arnold Schoenenburg, PDS)

Meine Damen und Herren, wenn das die Art der Evaluation ist, die Sie betreiben wollen, dann lassen Sie lieber die Finger davon. Das ist nur peinlich, und Sie werden unweigerlich nicht den Geruch los, daß aus dem Bildungsministerium wieder allmählich die Abteilung Volksbildung des Rates des Bezirkes mutiert. Herr Minister Kauffold schwört immer wieder auf unabhängige Gutachter. So lassen Sie diese doch auch bitte hier wirken!

(Harry Glawe, CDU: Die kosten doch kein Geld.)

Schule liefert gute Qualität. Sie liefert sie trotz der bildungspolitischen Eruption, der sie zwangsläufig alle vier Jahre ausgesetzt ist.

(Jörg Vierkant, CDU: Das ist schon erstaunlich.)

Das beste Konzept zur Qualitätssicherung an Schulen ist Kontinuität. Wenn, wie mit der schulartenunabhängigen Orientierungsstufe geplant, wieder Strukturen verändert werden sollen, dann ist das kontraproduktiv zum Bestreben der Verbesserung der Qualität des Unterrichts. Qualität kann nicht verbessert werden, wenn diejenigen, die sie verbessern sollen, über ihr weiteres Beschäftigungsverhältnis von Jahr zu Jahr im unklaren gelassen werden und sie durch eine Aufgabenüberhäufung von ihrer eigentlichen Arbeit abgehalten werden. Qualitätssi-

cherung erfolgt täglich und auf unspektakuläre Art und Weise. Dazu bedarf es sicherlich keiner pseudowissenschaftlichen Grundlage.

Meine Damen und Herren, ich appelliere daher noch einmal an Sie: Reden wir endlich über Inhalte, und vergessen Sie bitte die problembeladenen Berufsschulen nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Dazu hatten
Sie aber jetzt 20 Minuten Zeit.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Frau Bretschneider.

(Harry Glawe, CDU: Jetzt kommt die Fachfrage.)

Sylvia Bretschneider, SPD: Frau Schnoor, Sie haben sehr heftige Kritik geäußert an den vorgesehenen Änderungen zum Privatschulbereich. Bezug nehmend auf eine Äußerung einer Schulleiterin einer privaten Schule, die dargestellt hat, daß bei etwa 250 Schülern in 22 Klassen 40 Lehrer unterrichten an dieser Schule und wenn man das aufrechnet, liegt der Klassendurchschnitt an dieser privaten Schule

(Friedbert Grams, CDU: Frage! Frage!)

unter 15 Schülern, wenn man das ins Verhältnis setzt zur durchschnittlichen Schülerzahl an anderen öffentlichen allgemeinbildenden Schulen ...

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Bretschneider, formulieren Sie bitte die Frage!

Sylvia Bretschneider, SPD: Ja.

Wie bewerten Sie unter diesem Gesichtspunkt die vorgesehene Änderung, und halten Sie es für gerecht, daß hier, ich sage mal, mit ganz anderen Maßstäben gemessen wird angesichts der Finanzlage? Ist das gerechtfertigt?

Steffie Schnoor, CDU: Frau Präsidentin, gestatten Sie, daß ich Frau Bretschneider jetzt ausführlich antworte, denn die Frage zeigt doch soviel Unkenntnis im Bereich der Privatschulen, daß ich etwas ausholen muß.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Bretschneider, Sie wissen offensichtlich nicht, nach welchen Gesichtspunkten Privatschulen – Privatschulen ist eigentlich ein falscher Begriff, sie müßten heißen Schulen in freier Trägerschaft – bewertet werden. Sie bekommen ihre Personalkostenzuschüsse auf der Grundlage der Klassenfrequenzen an staatlichen Schulen. Das heißt, wenn eine Schule in freier Trägerschaft sich den Luxus leistet, kleinere Klassen als an staatlichen Schulen zu bilden, bekommen sie für diese Klasse auch nur einen Prozentteil der Lehrer, umgerechnet auf dreißig Schüler oder neunundzwanzig,

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS:
Den Rest zahlen die Eltern.)

je nachdem, wie es in dem staatlichen Bereich geregelt ist. Das ist das eine. Insofern bekommt die Schule in freier Trägerschaft – wenn sie selbst eine hohe Förderung von neunzig Prozent erhält –, wenn wir dies umrechnen auf die Klassenfrequenzen und auf mehr Stunden, als die staatliche Studentafel sie hat, im Schnitt zwischen fünfzig und sechzig Prozent der tatsächlichen Lehrerkosten

erstattet. Sie sollten sich mit der Frage mal auseinandersetzen, dann würden Sie vielleicht auch intelligentere Fragen stellen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Sylvia Bretschneider, SPD: Ich hätte eigentlich noch eine Nachfrage.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Beantworten Sie noch eine Nachfrage?

(Wolfgang Riemann, CDU:
Aber intelligenter bitte!)

Steffie Schnoor, CDU: Ich helfe Frau Bretschneider gerne weiter.

Sylvia Bretschneider, SPD: Ich werde mich bemühen.

Geben Sie mir recht, Frau Schnoor, wenn die Finanzsituation dort so dramatisch ist, daß es doch sehr eigenartig ist, daß sich die Schulen in freier Trägerschaft – ich rede jetzt nicht von Sonderschulen, also von Förderschulen, sondern von den anderen – dann derartige Klassenfrequenzen leisten können?

(Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann,
CDU: Stehenbleiben, Frau Bretschneider!)

Steffie Schnoor, CDU: Das ist sicherlich nicht eigenartig, sondern es ist eine Folge davon, daß Eltern mit den Bedingungen an staatlichen Schulen unzufrieden sind, daraus Elterninitiativen entstehen, die Schulen gründen und die sich den Luxus leisten, obwohl sie einmal für Schule über ihre Steuern bezahlen, ein zweites Mal über Schulgeld die Bedingungen für ihre Kinder in den Schulen verbessern wollen und deshalb gerne diese Kosten in Kauf nehmen.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Aber sie müssen es sich auch leisten können, Frau Schnoor.)

Das müssen sie nicht, da es Grundsatzurteile des Bundesverfassungsgerichtes gibt, die deutlich sagen, daß jede Schule für Schüler, die bedürftig sind, Freiplätze beziehungsweise sozialverträgliche Beiträge freihalten sollen.

(Dr. Arnold Schoenburg, PDS: Das reicht aber bei weitem nicht aus. – Wolfgang Riemann, CDU:
Das weiß Herr Schoenburg natürlich nicht.
Er hat ja Scheuklappen.)

Insofern wird die Änderung des Schulgesetzes zur Folge haben, daß Schulen, die aus Elterninitiativen heraus entstanden sind, die neuen zusätzlichen finanziellen Belastungen nicht mehr tragen können und daher die eine oder andere Schule in freier Trägerschaft nicht mehr bestehen wird. Zumindest aber wird es dazu führen, daß weitere Elterninitiativen nicht mehr den Mut und die finanzielle Kraft aufbringen können, weitere Schulen zu gründen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schnoor.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe jetzt ein Problem.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ho, ho, ho! –
Andreas Bluhm, PDS: Eins nur?)

Sie haben schon gemerkt, ich habe nicht allzuviel Redezeit,

(Wolfgang Riemann, CDU: Renatchen, gib es ihr!)

und ich hätte so gerne jede Menge zu dem vorigen Beitrag gesagt, Frau Schnoor. Doch ich muß mich einfach entscheiden, mein Thema ist mir auch wichtig. Aber Sie wissen, ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wir würden die Redezeit zugestehen.)

Das steht Ihnen nicht zu kraft Ihrer Wassersuppe, Herr Riemann.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Nein, aber wir würden uns bei der Präsidentin dafür verwenden. –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Frau Schnoor, ich biete Ihnen ganz einfach an, daß wir das Gespräch so führen, und Sie wissen eigentlich, das ich problemhaften Diskussionen nicht ausweiche.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ja, wir möchten das gerne aber auch hören. Wir wollen ja was lernen. – Wolfgang Riemann, CDU:
Wir wollen doch was lernen.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, lassen Sie Frau Polzin jetzt bitte reden!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Aber ausführlich!)

Heike Polzin, SPD: Über das Konzept in seinem Inhalt, seiner möglichen Ausdeutung und weiteren Ausgestaltung zu einem umfassenden Schulprogramm ist bereits viel gesagt worden, und wir erhoffen uns in der Folge eine breite Debatte mit Anregungen aus der Praxis, denn es sei noch einmal betont: Dieses Konzept ist erst der Anfang, ein Gesprächsangebot. Entscheidend hierbei ist – und das wird allzu häufig leider unterschätzt – die gesamtgesellschaftliche Dimension dieses Themas. Schule kann nur so gut sein, wie die gesellschaftlichen Bedingungen es zulassen.

(Harry Glawe, CDU: Ach so.)

Wenn also Probleme sichtbar werden, sich wachsende Unzufriedenheit einstellt, ist dieses keinesfalls nur eine Aufgabe für Lehrer, Erziehungswissenschaftler und Schulpolitiker. Gute Erziehung und Bildung unserer Jugend muß erheblich deutlicher ein Anliegen der demokratischen Gesellschaft werden, will man der momentanen fatalen Entwicklung entgegenwirken. Echte Kommunikation muß wieder stattfinden, statt der häufig nur vorherrschenden gegenseitigen Schuldzuweisung, statt der konsequenzarmen Sonntagsreden, statt des realitätsfernen Schlagabtausches von Ideologen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Das ist gut.)

Bildung und Erziehung ist nicht allein für Schüler, Eltern und Lehrer das zentrale Thema, sondern muß wieder wesentlich stärker in gesellschaftliche Gesamtverantwortung genommen werden, sonst rutschen wir immer mehr in die Mittelmäßigkeit ab, sonst lassen wir eine Jugend heran-

wachsen – ich wähle hier bewußt die Passivform –, die zunehmend desorientiert ist, unmotiviert konsumiert, statt zu gestalten. Kinder brauchen Leitbilder, Wertorientierungen, Gestaltungsräume und Grenzen, Verantwortung und Perspektiven. Dies kann Schule allein niemals leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie muß sich öffnen. Das heißt, sie muß in die Gesellschaft, in die Kommunen, die Vereine, die Wirtschaft gehen, was andererseits aber auch heißt, sie muß dort angenommen und nicht als Störfaktor angesehen werden. Das heißt, auch diese müssen sich öffnen.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen unheilvolle Tendenzen: zunehmende Gewaltbereitschaft, wachsender Ausländerhaß, völliges Desinteresse an gesellschaftlichen Prozessen. Eine erschreckend hohe Zahl an Schulabbrechern, Werteverlust, Orientierungslosigkeit, aber auch egozentrisches Befriedigen individueller beziehungsweise gruppenbezogener Interessen ohne Bereitschaft, dafür auch etwas zu geben. Betriebe beklagen mangelnde Fähigkeiten, ein zu geringes Wissen, vor allem aber den Mangel an Leistungsbereitschaft, Höflichkeit, Ordnung und Pünktlichkeit.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Also doch Kopfnoten.)

Dies sind Symptome, die wir alle auch unter Berücksichtigung eines Trends zu überzogenem Wehklagen ernst nehmen müssen, die ein Neudenken erfordern. Was läuft falsch, und was müssen wir ändern? Dabei sind neue Unterrichtsformen, früh einsetzender Fremdsprachenunterricht und der verstärkte Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln und -medien zwar wesentliche Bestandteile einer zukunftsorientierten Bildung, packen aber keineswegs die Wurzeln des Übels an.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Auch vermehrte Projektarbeit wird grundsätzlich nichts zum Positiven wenden, wenn sie nicht als Lernchance begriffen wird. Alle Bildungsangebote müssen zum Scheitern verurteilt sein und auf tauben Boden fallen, wenn ein Schüler sie gar nicht will, wenn Schule als nervendes Hindernis zwischen der eigenen Persönlichkeit und der großen Freiheit Nummer 7 empfunden wird. Kurz: Ohne eigene Anstrengungsbereitschaft und Motiviertheit bleibt alles graue Theorie.

(Dr. Ulrich Born, CDU:
Da kann man ja zustimmen.)

Wer ist denn nun zuständig für die Anerziehung obiger Willenseigenschaften? Wer vermittelt den Kindern Werte des menschlichen Zusammenlebens, soziale Kompetenz?

(Harry Glawe, CDU: Die Familie.)

Kann diese Erziehung erst in der Schule beginnen?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein.)

Kann man die Eltern allein damit lassen?

(Wolfgang Riemann, CDU: Nein.)

Welche Rolle spielen die Medien?

(Harry Glawe, CDU:
Die Lehrer machen das dann.)

Welche Rolle spielt das jeweilige Lebensumfeld, welche die Jugendvereine, die Kirche, die Politik?

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hoffentlich eine gute. –
Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Die CDU. –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Der Eindruck, daß sich nach und nach viele aus der Verantwortung stehlen, wird nachhaltiger, nur Erwartungen an den jeweils anderen werden immer größer. Dies schlägt gerade in den neuen Bundesländern besonders schmerzlich zu Buche. Der abrupte Übergang von einer streng autoritären, von allen staatlichen Institutionen getragenen Erziehung mit festen Normen in ein pluralistisches Bildungssystem aus dem sich der Staat zurückzieht, mußte ein Wertevakuum nach sich ziehen, mußte Orientierungslosigkeit bewirken.

Die einstigen Ideale sind nicht mehr. Kennt jeder die neuen? Die alten Wege sind verschüttet. Wer kennt andere? Lehrer, Eltern und Schüler müssen zu einem neuen Selbstverständnis finden und sind im Prinzip überfordert, weil sie damit allein gelassen werden. Da grenzt es schon fast an ein Wunder, daß Schulen noch so gut funktionieren, daß sie anfangen neue Wege zu gehen, sich auszuprobieren, sich zu profilieren. Dieses Wunder ist vor allem den Lehrerinnen und Lehrern vor Ort zu danken, die mit ungebrochenem Engagement ihre wesentlich schwieriger gewordenen Aufgaben in Angriff nehmen, die sich ihrer Verantwortung über den Unterricht hinaus stellen. Ein großer Teil von ihnen ist nämlich nicht Lehrer geworden, weil er vormittags recht und nachmittags frei haben wollte, und was der gleichen sinnige Sprüche mehr sind, sondern empfindet seinen Beruf als Berufung.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr gut.)

Die Erwartungen jedoch, die an ihn gestellt werden,

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

gleichen oft der Quadratur des Kreises. Die „Weltwoche“ brachte es auf den Punkt: „Gerecht soll er sein, der Lehrer, und zugleich menschlich und nachsichtig, straff soll er führen, doch taktvoll auf jedes Kind eingehen, Begabungen wecken, pädagogische Defizite ausgleichen.“

(Harry Glawe, CDU: Das lernt
heute jeder Student schon.)

„Suchtprophylaxe und Aidsaufklärung betreiben, auf jeden Fall den Lehrplan einhalten, wobei hochbegabte Schüler gleichermaßen zu berücksichtigen sind wie begriffsstutzige. Mit einem Wort: Der Lehrer hat die Aufgabe.“

(Dr. Ulrich Born, CDU: Eines Übermenschen.)

„eine Wandergruppe mit Spitzensportlern und Behinderten bei Nacht und Nebel durch unwirksames Gelände in nordsüdlicher Richtung zu führen, und zwar so, daß alle bei bester Laune und möglichst gleichzeitig an drei verschiedenen Zielorten ankommen.“

(Dr. Ulrich Born, CDU:

Sehr treffende Beschreibung. –
Harry Glawe, CDU: Ausgezeichnet.)

Das war ein Zitat.

Im Qualitätskonzept klingt vorsichtig die Frage an: Sind Lehrer motiviert genug, ihre schwierigen Aufgaben zu meistern? Ich formuliere das noch einmal explizit, um die politische Dimension zu verdeutlichen. Durch ihre Hände geht unsere komplette Jugend, die Zukunft unseres Gemeinwesens. Von ihrem pädagogischen Geschick, ihren

Fähigkeiten und ihrer Motivation hängt maßgeblich ab, wie unsere Kinder auf ein Leben in der demokratischen Gemeinschaft vorbereitet werden. Dafür brauchen sie einerseits eine gute Ausbildung, andererseits aber auch die Anerkennung und Unterstützung durch die Gesellschaft. Dabei rede ich jetzt keinesfalls von finanzieller Unterstützung, sondern hebe auf die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung ab. Seltsamerweise scheint in dieser Wahrnehmung die komplette Lehrerschaft innerhalb weniger Jahre zu arbeitsscheuen Ganzjahressurfern und Golfern mit gutbezahltem Halbtagsjob mutiert zu sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist doch Gerhard Schröder! – Wolfgang Riemann, CDU: Genau. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Nicht nur, also das aus aller Herrenländer.

Wie entsteht so ein Zerrbild,

(Harry Glawe, CDU: Das hat er doch in Niedersachsen gesagt.)

so eine Pauschalisierung von zugegebenermaßen vorhandenen Einzelfällen, die es ja wohl in anderen Bereichen auch gibt?

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und ich gucke da wirklich mal in Reihe zwei.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wieso?)

Weil Herr Seite da sitzen könnte.

Sollte es nicht gerade für die Politik ein wichtiges Anliegen sein, die Pädagogen zu unterstützen?

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Den Zusammenhang noch mal erklären?

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Geht in Ordnung. Ich sagte diese Ausnahmen gibt es in vielen anderen Bereichen auch. Unter vielen engagierten Leuten gibt es eben auch Ausnahmen. Das war die Beziehung jetzt.

(Harry Glawe, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: Aha!)

Gut?

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Jetzt hat er es verstanden.)

Sollte es nicht gerade für die Politik ein wichtiges Anliegen sein, die Pädagogen zu unterstützen?

(Lutz Brauer, CDU: Ich sehe Schüler Born schon bald in der Ecke stehen.)

Eine Gesellschaft, die ihre Autoritäten im Sinne von Leitbildern – dazu zähle ich ebenfalls die Politiker – systematisch demontiert, droht im Chaos zu versinken. Auch für die Eltern in ihrer umfassender gewordenen Eigenverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tut Unterstützung not. Ist die jetzige Elterngeneration in ihrer Überzahl doch durch die DDR-Kindereinrichtungen gegangen. Sie saßen in der Krippe gemeinsam auf dem Töpfchen, welche Tatsache bei hochqualifizierten Halbintellektuellen zu haarsträubenden Schlußfolgerungen führte,

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

lernten im Kindergarten die Schuhe zuzubinden, die Nase zu putzen, höflich zu grüßen, kannten durch die Vorschule schon die Zahlen und viele Lieder, hatten gelernt, sich zu konzentrieren, einander zuzuhören, wurden im Hort zur Erledigung der Hausaufgaben, zu regelmäßigem Üben, gemeinschaftlicher Freizeitgestaltung angehalten.

(Wolfgang Riemann, CDU: Und gefragt, wie die Fernsehuhren aussah, ob sie Striche oder Punkte hatte. – Harry Glawe, CDU: Und wer Erich Honecker war.)

Alle diese in ihrer Kindheit erlebten Bildungs- und Erziehungsbausteine sind nicht mehr vorhanden, und die Eltern selbst müssen die Lücken füllen. Ob dieses jedoch schon in jedes Bewußtsein gerückt ist, darf bezweifelt werden. Traditionen sind zählebig.

(Dr. Arnold Schoenenburg, PDS: Aber wir haben doch gerade gehört, was Herr Riemann gesagt hat.)

Die sehr unterschiedlichen Voraussetzungen bei der Einschulung zeigen, ...

Bitte, meine Redezeit, meine Herren!

(Harry Glawe, CDU: Die ist verlängert. – Wolfgang Riemann, CDU: Frau Präsidentin guckt ganz nachsichtig.)

... daß allerdings immer noch sehr viele Eltern von der Kita und der Schule die entscheidenden Erziehungsanteile erwarten und ihnen ihre eigene umfassende Aufgabe nur langsam bewußt wird. Dies muß zu Mißverständnissen und Frust führen. Auch hier gibt es Kommunikationsdefizite. Aufklärung tut not. Schule kann sich eben nur entwickeln, wenn alle Beteiligten im Einvernehmen daran arbeiten, wenn es einen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt über das, was Erziehung und Bildung leisten kann und muß und welche Wege dorthin gemeinsam gesucht werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Eben, eben.)

Offensichtlich schickt sich Deutschland an, diese neuen Wege zu gehen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Frau Abgeordnete, ich muß Sie jetzt doch bitten, Ihren Redebeitrag zu beenden, die Zeit dafür ist abgelaufen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist aber schade. Das ist sehr lehrreich.)

Heike Polzin, SPD: Ich lade Sie ganz einfach ein: Wir organisieren mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Veranstaltungsreihe zum Auftakt der breiten Debatte,

(Harry Glawe, CDU: Da wollen Sie uns auch einladen? Sehr schön.)

und da werde ich weiter Rede und Antwort stehen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Polzin.

Ich schließe die Aussprache.

Ich gehe davon aus, daß wir nach der jetzigen Aussprache die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 3/671 verfahrensmäßig für erledigt erklären.

(Beifall Heike Lorenz, PDS)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluß der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 16. September 1999,

um 9.00 Uhr ein. Nach der lebhaften Debatte wünsche ich allen einen ruhigen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 21.23 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Till Backhaus und Dr. Rolf Eggert.

Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Nachwahl
der zweiten Vizepräsidentin des Landtages teilgenommen haben**

– Drucksache 3/672 –

1. Dr. Bartels, Gerhard	PDS	34. Lorenz, Heike	PDS
2. Baunach, Norbert	SPD	35. Mahr, Beate	SPD
3. Beyer, Heidemarie	SPD	36. Markhoff, Dieter	CDU
4. Bluhm, Andreas	PDS	37. Monegel, Hannelore	SPD
5. Böttger, Gerd	PDS	38. Müller Detlef	SPD
6. Borchardt, Barbara	PDS	39. Müller, Heinz	SPD
7. Borchert, Rudolf	SPD	40. Müller, Irene	PDS
8. Bräunig, Erhard	SPD	41. Muth, Caterina	PDS
9. Brauer, Lutz	CDU	42. Nitz, Thomas	CDU
10. Bretschneider, Sylvia	SPD	43. Nolte, Georg	CDU
11. Brick, Martin	CDU	44. Polzin, Heike	SPD
12. Dr. Bunge, Martina	PDS	45. Prachtl, Rainer	CDU
13. Dankert, Reinhard	SPD	46. Rehberg, Eckhardt	CDU
14. Friese, Siegfried	SPD	47. Riemann, Wolfgang	CDU
15. Dr. Gehring, Hubert	CDU	48. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
16. Gerloff, Claus	SPD	49. Dr. Reißmann, Manfred	SPD
17. Glawe, Harry	CDU	50. Ritter, Peter	PDS
18. Gramkow, Angelika	PDS	51. Schädel, Monty	PDS
19. Grams, Friedbert	CDU	52. Scheringer, Johann	PDS
20. Helmrich, Herbert	CDU	53. Schier, Klaus	SPD
21. Holter, Helmut	PDS	54. Schildt, Ute	SPD
22. Holznagel, Renate	CDU	55. Schlotmann, Volker	SPD
23. Dr. Jäger, Armin	CDU	56. Schnoor, Steffie	CDU
24. Kassner, Kerstin	PDS	57. Dr. Schoenenburg, Arnold	PDS
25. Keler, Sigrid	SPD	58. Schulz, Gabriele	PDS
26. Kleedehn, Bärbel	CDU	59. Schwebs, Birgit	PDS
27. Dr. Klostermann, Henning	SPD	60. Dr. Seemann, Margret	SPD
28. Koburger, Annegrit	PDS	61. Skrzepski, Gesine	CDU
29. Dr. König, Arthur	CDU	62. Staszak, Karla	SPD
30. Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD	63. Thomas, Reinhardt	CDU
31. Koplín, Torsten	PDS	64. Dr. Timm, Gottfried	SPD
32. Kreuzer, Götz	PDS	65. Vierkant, Jörg	CDU
33. Kuessner, Hinrich	SPD		